links

SOZIALISTISCHE ZEITUNG

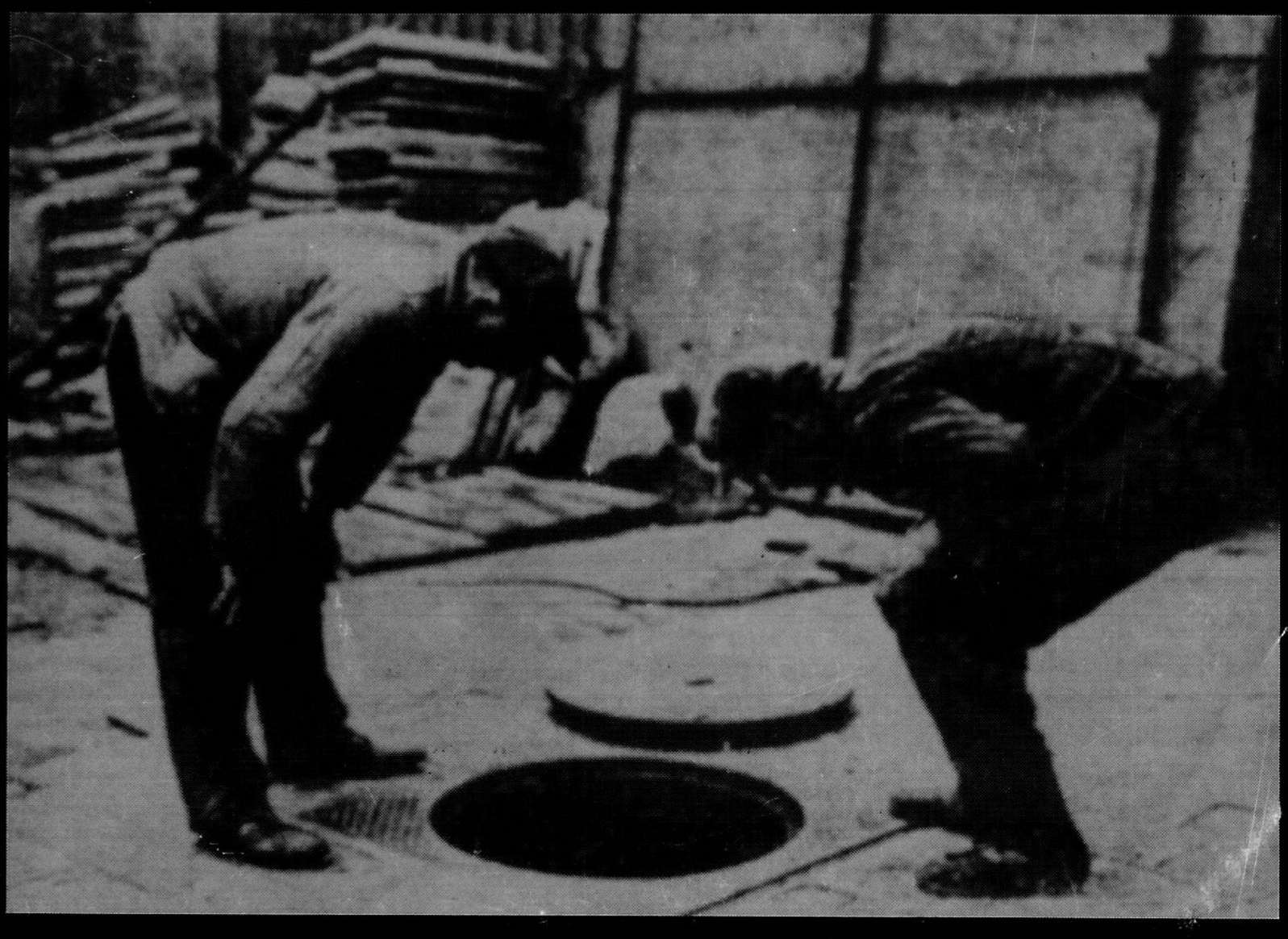
Klimagipfel

Interventionstruppe Bundeswehr

Spaniens Politikspektakel

Mexiko

PERSPEKTIVEN LINKER POLITIK



Offenbach Nr. 300 / 301 27. Jahrgang W: DM 13,– / O: DM 10,– Mai / Juni '95

Geneigte Leserinnen und Leser!

Der türkische Staat führt seinen Krieg gegen die KurdInnen auch außerhalb seiner Grenzen unbeirrt weiter. Die sogenannte „Völkergemeinschaft" einschließlich ihrer Daueradvokaten bleibt dazu recht stumm. Weder internationale Organisationen noch befreundete Staaten haben einen ernsthaften Protest gegen den immerhin in einer ursprünglich für die betroffene Bevölkerung eingerichteten UN-Schutzzone ausgetragenen Krieg erhoben. In seltener Einigkeit betreiben Einzelstaaten und Staatenbündnisse eine Politik der Nichteinmischung.

Allen voran die Bundesrepublik Deutschland. Neben der ökonomischen Unterstützung beliefert sie die Türkei großzügig mit Waffen aller Art und „vertraut" den Worten der türkischen Regierung, daß diese nicht gegen die KurdInnen eingesetzt würden. Beweismaterial dagegen wird einfach nicht zur Kenntnis genommen. Blindes Vertrauen ist eben Ehrensache zwischen NATO-Partnern. Wichtiger als die Ehre sind allerdings wohl die wirtschaftlichen und politischen Interessen. Immerhin ist die Türkei der politische Hauptverbündete und Stützpfeiler der Bundesrepublik in dem nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion höchst umkämpften mittleren Osten.

Daß die türkische Regierung Recht hat mit dem Kurdenkrieg und die „Zurückhaltung" der Bundesregierung mehr als legitim ist, zeigt sich schließlich doch auch im eigenen Lande. Es gibt eben „gute" und „schlechte" TürkInnen, wobei die schlechten in der Überzahl KurdInnen, insbesondere PKK-Angehörige sind. Wer die zahlreichen Anschläge gegen türkische Geschäfte, Banken, Reisebüros und sonstige Einrichtungen tatsächlich verübt hat, ist bislang ungeklärt. Doch gilt in der Öffentlichkeit als ausgemacht, daß es sich um Aktionen der PKK handelt. Wer möglicherweise mit den Brandsatzwürfen ganz andere Interessen verfolgt, scheint nicht untersuchungsbedürftig .

So schön und für das multikulturelle Gütesiegel geeignet die Forderung vieler BundesbürgerInnen, einschließlich der Staatsgewalt, „Schützt unsere türkischen MitbürgerInnen" ist, so wenig trägt allerdings ein verstärktes Polizeiaufgebot vor türkischen Häusern und Einrichtungen zur Beseitigung des Problems bei. Ein breiterer politischer Widerstand gegen die Politik der Bundesregierung, die aufgrund geo-ökonomischer und geo-strategischer Interessen die Verfolgungen und Gemetzel der türkischen Regierung mitträgt, mitverantwortet und durch flankierende Maßnahmen im eigenen Lande (wie die Abschiebung und Kriminalisierung der KurdInnen) unterstützt, würde erheblich mehr bewirken.

Wo aber gibt es diese Opposition? Wäre hier nicht wieder einmal „die Linke" gefragt? Die Frage gilt wohl einem Phantom. Gibt es überhaupt noch Grundlagen oder gar Perspektiven einer linken Politik? Das waren die zentralen Fragen einer Veranstaltung, die die *links* im Januar an der Uni Frankfurt durchführte. Weit mehr als 100 TeilnehmerInnen diskutierten mit Klaus Wolfram, Eike Hennig und Joachim Hirsch über die (Un)Möglichkeit linker Perspektiven. Das große Interesse an der Diskussion solcher Fragen nahm die *links* zum Anlaß, den vorliegenden Heftschwerpunkt diesem Thema zu widmen. Die Autoren versuchen zunächst eine Analyse der bundesrepublikanischen Szene, und zwar innerhalb und außerhalb der Parteienlandschaft. Leider traf der Beitrag von Klaus Wolfram, der über die Perspektiven der Bürgerrechtsbewegung der ehemaligen DDR sprach, nicht mehr rechtzeitig ein. Wir hoffen aber, ihn zu einem späteren Zeitpunkt veröffentlichen zu können. Darüber hinaus stellt sich die Frage nach dem Zustand linker Politik und/oder Opposition selbstverständlich auch in anderen Staaten. Daß die Beiträge zu Spanien, Osteuropa, Skandinavien und einigen Ländern des lateinamerikanischen Kontinents sich hauptsächlich mit sozialdemokratischen Parteien befassen, ist kein Zufall, sondern beschreibt ein offensichtlich weit verbreitetes Phänomen: das Fehlen bedeutenderer linker Bewegungen außerhalb der etablierten Parteien.

Die Redaktion

Errata

Zwecke können zwar auch zwicken, aber gleichzeitigen Vampirismus praktizieren außer Vampiren selbst noch Angehörige ihrer Kleinstausgabe: die Zecken.
Diese waren denn auch gemeint als Frieder Dittmar in seinem Beitrag: »Offene Grenzen. Aber subito« in der letzten *links* auf S. 43, 1. Spalte, Mitte fragt: „Zwickt die Zecke noch?" (kleines blutsaugendes Insekt) (statt: Zwickt die Zwecke noch?)

IMPRESSUM

REDAKTIONSADRESSE:
Sozialistisches Büro,
Postfach 10 20 62, 63020 Offenbach,
Telefon 069 / 88 50 06, Fax 069 / 82 11 16

REDAKTION: Natascha Apostolidou, Ulrich Brand, Uwe Fahr, Christoph Görg, Joachim Hirsch, Eva-Maria Krampe, Thomas Kunz, Jörg Lauterbach, Ludi Lodovico, Gottfried Oy, Sigrid Schönecker, Jens Winter

Unser Mann in Spanien: Holm-Detlev Köhler

HERAUSGEBERINNEN: Elmar Altvater, Ursula Beer, Klaus Briegleb, Andreas Buro, Josef Esser, Wolfgang Fach, Eike Hennig, Rosi Karges, Arno Klönne, Silvia Kontos, Hans-Martin Lohmann, Mohssen Massarrat, Ingeborg Maus, Margit Mayer, Wolf-Dieter Narr, Oskar Negt, Joachim Perels, Roland Roth, Gert Schäfer, Heinz Steinert, Klaus Vack, Edgar Weick

STÄNDIGE MITARBEITER:
Robert Detobel, Felix Schneider

REDAKTIONSBÜRO: Sigrid Schönecker

VERLEGER UND VERTRIEB:
Verlag 2000 GmbH, Bleichstraße 5/7,
Postach 10 20 62, 63020 Offenbach

SATZ: Birgit Letsch, Verlag 2000 GmbH

TITELBILD: Titelfoto der Zeitschrift
La Révolution Surréaliste, 1928

LAYOUT: Sigrid Schönecker,
Birgit Letsch

DRUCK: Ehgart & Albohn GmbH, Fernwald

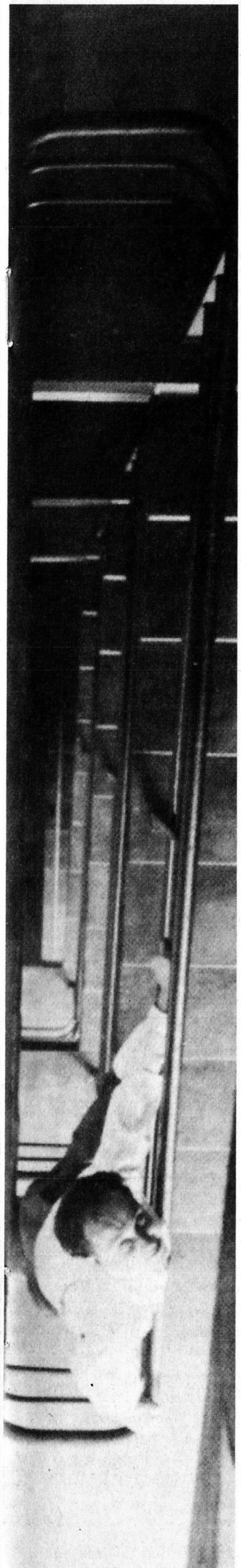
ERSCHEINUNGSWEISE: zweimonatlich,
6 Ausgaben im Jahr,
ISSN: 0024-404-X

REDAKTIONSSCHLUSS für die
Juli/August-Ausgabe '95 ist der 8. Juni '95

BEZUGSBEDINGUNGEN:
Doppelheft W: DM 13,-/O: DM 10,-
Jahresabonnement W: DM 75,-/O: DM 50,-
incl. Versand, Luftpostpreise auf Anfrage
Ermäßigtes Abonnement (s.S.59) DM 56,– gegen Vorlage einer Bescheinigung.

Abbestellungen müssen spätestens bis 30.9. vor Ende des Kalenderjahres schriftlich erfolgen.
Alle Rechte vorbehalten. Nachdruck, auch auszugsweise, ebenso Übersetzungen und fotomechanische Vervielfältigung von Beiträgen, bedürfen der vorherigen schriftlichen Genehmigung des Verlages.
Mit Namen gezeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Für Überschriften und Zwischentitel ist die Redaktion verantwortlich. Für Beiträge in *links* wird kein Honorar bezahlt. Texte können auf einer 5 1/4 oder 3 1/2 Zoll-**HD**-Diskette (kein ASCII) eingeschickt werden.

EIGENTUMSVORBEHALT: Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitung solange Eigentum des Absenders, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. Zur Habe-nahme ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des Vorbehaltes. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.



KOMMENTAR

INGO ZANDER: Erinnerung ohne Folgen 4

AKTUELL

ULRICH BRAND: Ein Sieg der »Bremser« und der Neoklassik. Zum »Klimagipfel« in Berlin 5

BUNDESKONGREß: Entwicklungsman(n)ie, Patriarchat und Solidaritätsbewegung 7

STEFAN GOSE: Bundeswehr: von der Bündnisarmee zur universellen Interventionstruppe 8

BERND LADWIG: Das Selbstbestimmungsrecht der Völker – Einfallstor für linken Nationalismus 11

PERSPEKTIVEN LINKER POLITIK

JOACHIM HIRSCH: Linke Politik: No future 14

EIKE HENNIG: Perspektiven linker Politik 16

JOACHIM HIRSCH: Die Wiederkehr eines Phantoms (Buchbesprechung) 18

PAUL TIEFENBACH: Linke in den Grünen – die neuen Jusos? 20

K.O.-GRUPPE FFM: Die Wissenschaft hat festgestellt...
K.O.tische Strategien gegen Neue Rechte im Wissenschaftsbetrieb 23

MICHAEL BRAUN: Italien – die merkwürdige Rechts-Links-Polarität 25

JOHANNES ANDERSEN / HENRIK KAARE NIELSEN: Strategie in Atemnot
Skandinavische Sozialdemokraten und Sozialstaat 28

HEINZ BRAKEMEIER: Die Grenzen der Sozialdemokratie in Osteuropa 31

VIKTOR SUKUP: Linke Perspektiven im Cono Sur? 34

INTERNATIONAL

JENS WINTER: Die Leiden einer einst perfekten Diktatur
Mexiko, eine Gesellschaft in richtungsloser Bewegung 37

MANFRED WANNÖFFEL: Mexico: El fracaso del neoliberalismo II 39

ULRICH BRAND: Solidarität schaffen – mit welchen Waffen?
Zwei sehr unterschiedliche Bücher zu Mexiko (Buchbesprechung) 41

HOLM-DETLEV KÖHLER: Staatsterrorismus, ein Starpolitiker und ein Super-Richter
Politschauspiel in mehreren Akten über die real existierende rechtsstaatliche Demokratie in Spanien 43

JENS ANDERMANN: Die Unsichtbaren von Madrid
Zwölf Jahre Realsozialdemokratie und Totalverweigerung an Europas südlichem Festungsgraben 46

JAMES O'CONNOR: Hyper-Kapitalismus. Anmerkungen zur US-amerikanischen Ökonomie 49

RÜCKBLICK

LUDGER FITTKAU: Der kurze Frühling der Revolution. Vor 75 Jahren griffen Ruhrarbeiter zu den Waffen 52

BUCHBESPRECHUNG

ULRICH BRÖCKLING: Aufzeichnungen eines Anarchisten. Erich Mühsams Tagebücher 54

PAUL TIEFENBACH / ANDREAS WAWRZINEK: Auf dem Weg zur ökologischen Honoratiorenpartei?
Raschkes Konzept für die GRÜNEN 56

CHRISTOPH GÖRG: Aktualität und Tradition. Einführung in die Kritische Theorie 58

RUBRIKEN

Termine 53

Leserbrief 55

In eigener Sache 57

Abo 59

Erinnerung ohne Folgen

Während anläßlich der Gedenkfeiern zum 8. Mai – zumindest jenen, die den Tag als Befreiung vom Nazi-Regime begingen – mehr oder minder aufrichtige Mahnungen, die maßlosen Greueltaten und deren Opfer nicht zu vergessen, ergingen, zeigten schon die anderen Feiern, die an die Kapitulation und die deutschen Opfer erinnerten, wie ambivalent das Erinnern und Nichtvergessen sind. Als bloße Lippenbekenntnisse erweisen sich die leeren Reden jedoch insbesondere dann, wenn man betrachtet, wie dieser deutsche Staat die Opfer der NS-Verbrechen behandelt.

Für die „vergessenen Opfer" von NS-Unrecht wurde 1987 eine sog. „Härtefond"-Regelung für nicht jüdische Verfolgte als „Dispositions-Fond" beim Bundesfinanzminister eingerichtet. Diese Regelung ohne gesetzlichen Anspruch der Opfer hat sich als ungeeignet erwiesen, da die Vergabepraxis willkürlich, ungerecht und teilweise nicht nachvollziehbar ist. In dieser Wahlperiode wird nicht einmal der 1988 eingerichtete „Unterausschuß Wiedergutmachung" des Innenausschusses weitergeführt, womit deutlich wird, daß zumindest auf dem Gebiet der NS-Entschädigung die Regierungsmehrheit einen Schlußstrich unter die NS-Zeit ziehen will.

Sinti und Roma berichten, daß sie die Verurteilung Josef Schwammbergers im letzten Jahr wegen seiner Tätigkeit als SS-Kommandant von Przemysl und Rozwadow erneut zum Anlaß nehmen, diese Lager als KZs anerkennen zu lassen. Vom Bundesfinanzministerium wird das bislang verweigert, weil diese KZs nicht gemäß dem Nazi-Verwaltungsjargon in dem „Lagerverzeichnis" des Reichssicherheitshauptamtes definiert wurden. Viele der heute inzwischen alten Menschen, die als Kinder Häftlinge in diesen Konzentrationslagern gewesen sind, erhalten noch immer keine Renten.

Sogar SS-Aufseher der Konzentrationslager sind besser gestellt als ihre Opfer, berichtete die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes Bund der Antifaschisten. Die VVN berichtete über ein Beispiel aus jüngster Zeit. „Margot Kunz, heute Margot Pitzner, war bis April 1945 SS-Aufseherin in Außenlagern des Frauenkonzentrationslagers Ravensbrück. 1946 verurteilte sie ein sowjetisches Militärtribunal zum Tode. Später wurde sie zu 25 Jahren Haft begnadigt. Ihre Inhaftierung erfolgte zunächst im Internierungslager Sachsenhausen und später in der Haftanstalt Hoheneck in Sachsen, aus der sie 1954 entlassen wurde. Im vergangenen Jahr erhielt sie durch die Stiftung ehemaliger politischer Häftlinge in Berlin auf der Grundlage des Häftlingshilfegesetzes eine Entschädigung von 64.000 DM."

Ansprüche auf Anerkennung als NS-Opfer stellen seit Ende der 80er Jahre auch die „Euthanasie"-Geschädigten und Zwangssterilisierten. Obwohl die Rassenpolitik der Nazis 1933 mit dem „Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses" begonnen hatte, galten die Zwangssterilisierten und „Euthanasie"-Geschädigten nicht als rassisch Verfolgte und damit als nicht entschädigungsberechtigt. Zwangssterilisation sei schließlich kein spezifisches NS-Unrecht gewesen. Auch die Ächtung des „Gesetzes zur Verhütung erbkranken Nachwuchses", zu der sich der Bundestag vor ein paar Jahren durchrang, ist für die Opfer ohne rechtliche Bedeutung geblieben.

Ähnlich erging es den Schwulen. Von 1935 bis 1945 verurteilte die NS-Justiz über 50.000 Menschen wegen homosexueller Handlungen, viele wurden in Konzentrationslager verschleppt. Schwule KZ-Häftlinge konnten zwar theoretisch Entschädigungsansprüche seit Ende der 50er Jahre geltend machen. Angesichts des fortgesetzten Verfolgungseifers gegenüber Schwulen fürchteten sie für den Fall der Antragstellung jedoch neue Strafverfolgung und gesellschaftliche Diskriminierung. Denn allein in den ersten 15 Jahren der Bundesrepublik wurden über 100.000 Ermittlungsverfahren wegen § 175 Strafgesetzbuch eingeleitet. Und noch 1986 beharrte die Bundesregierung auf der Rechtsposition, daß die „Bestrafung" von Homosexuellen weder NS-Unrecht noch rechtswidrig gewesen sei. Inzwischen ist aufgrund der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte in Straßburg anerkannt, daß die strafrechtliche Verfolgung homo-sexueller Handlungen zwischen Erwachsenen menschenrechtswidrig ist. In einer Stellungnahme des Schwulenverbandes wird der Bundestag aufgefordert, eine Entschließung zu verabschieden, die den menschenrechtswidrigen § 175 StGB als von Anfang an unrechtsmäßig erklärt, da die Verurteilungen nach diesem Paragraphen ab 1935 und alle anderen Verfolgungsmaßnahmen des NS-Staates typisches NS-Unrecht darstellen.

Kein spezifisches NS-Unrecht – mit dieser Formel wird auch die Anerkennung der Opfer der NS-Militärjustiz abgeblockt. Annä-hernd 50.000 Todesurteile und mehrere zehntausend Zuchthaus- und Gefängnisstrafen sind in Nazideutschland von einer barbarischen Militärjustiz, von SS-Gerichten etc. gegen Kriegsdienstverweigerer, Deserteure und sog. Wehrkraftzersetzer verhängt worden. Etwa 25.000 dieser Todesurteile wurden vollstreckt. Eine NS-Militärjustiz hat es nicht gegeben, bleibt hingegen die Doktrin der Bundesregierung.

Auf eine Entschädigung warten auch noch immer viele Zwangsarbeiter. Mehr als 8 Millionen ZwangsarbeiterInnen wurden durch das NS-Regime ausgebeutet bis hin zur Vernichtung durch Arbeit. Die Bundesregierung vertritt zur Abwehr dieser Entschädigungsansprüche die Meinung, daß Zwangsarbeit kein Unrecht, sondern normale kriegsübliche Ausbeutung gewesen sei. In keiner gesetzlichen Regelung der BRD ist Zwangsarbeit als Anspruch auf Entschädigung enthalten. Dagegen hatte das Europaparlament in einer Entschließung zu Entschädigungsleistungen für ehemalige SklavenarbeiterInnen der deutschen Industrie festgestellt, daß für die Firmen eine klare moralische und rechtliche Verpflichtung zu Entschädigungsleistungen bestehe.

Die Interessensgemeinschaft der Zwangsarbeiter fordert, Nachteile in der Sozialversicherung über ein Gesetz zur Wiedergutmachung auszugleichen. Ob es im gegenwärtigen politischen Klima allerdings gelingt, für die bisher ausgegrenzten NS-Opfer wenigstens eine Altersrente als Zeichen der Anerkennung durchzusetzen, muß aufgrund der Erfahrungen der letzten Jahre bezweifelt werden. Die Verfolgtenverbände sind sich einig, daß statt entwürdigender Nachweisverfahren die Glaubhaftmachung von Verfolgung und Schädigung genügen müsse. Wenn es doch noch zu einer bescheidenen Lösung kommen sollte, müßte sichergestellt werden, daß den Finanzbürokraten die Entscheidungskompetenz in der Praxis aus der Hand genommen wird – wie die Erfahrungen mit der Härtefond-Regelung seit 1988 gezeigt haben. Nicht einmal die bewilligten Gelder konnten an die Opfergruppen weitergeleitet werden, u.a. auch deswegen, weil die Opfer über diese Möglichkeiten gar nicht informiert sind und informiert werden sollen. Die Bundesregierung weigert sich seit Jahren, das in Köln ansässige Informations- und Beratungsbüro des Bundesverbandes Information und Beratung für NS-Verfolgte finanziell zu unterstützen. Deren Mitarbeiter mußte zum Jahresende 1993 gekündigt werden, nachdem auch das Land Nordrhein-Westfalen seine auf Zeit befristete finanzielle Unterstützung auslaufen ließ mit der nicht unberechtigten Begründung, daß dies Aufgabe des Bundes sei.

Angesichts dieser Tatsache werden die großen Worte zum 8. Mai noch schaler. Wieviel aufrichtiger und deutlicher ist da die Urteilsbegründung des Mannheimer Richters im Verfahren gegen den NPD-Vorsitzenden Deckart. Verständnisvoll schreibt er: „... daß der Angeklagte ein berechtigtes Interesse wahrgenommen hat, indem er bestrebt war, die (...) aus dem Holocaust gegen Deutschland erhobenen Ansprüche abzuwehren." ●

INGO ZANDER

ULRICH BRAND

Ein Sieg der „Bremser“ und der Neoklassik

Zum „Klimagipfel“ in Berlin

Ab 2005 soll also reduziert werden. Oder doch ab 2010 oder 2020? Um 10 Prozent oder 20 Prozent? Immer noch auf der Basis von 1990 oder auf der des Jahres 2000? Muß doch noch auf neueste „wissenschaftliche Erkenntnisse“ gewartet werden? Handelt es sich lediglich um CO^2 oder auch um andere „Klimagase“ wie Methan? Bei aller Verwirrung: Auch aus der abgelaufenen Berliner Konferenz ist, wie schon beim „großen“ Vorgänger der Fall, einiges zu lernen.

Die Vorgabe von der 1992 stattgefundenen Konferenz in Rio de Janeiro, im Jahr 2000 sollte das CO^2-Emissionsniveau von 1990 erreicht werden, war offensichtlich „nicht angemessen“. Wenn es an die Umsetzung des Geforderten geht, dann bremsen vor allem die OPEC- und einige OECD-Länder. Der von den Inselstaaten geforderten Selbstverpflichtung der Industriestaaten, 20 Prozent der CO^2-Emissionen verbindlich zu reduzieren, wird widerstanden. Die kürzlich zu Ende gegangenen Nachfolgetreffen der UN-Weltkonferenz zu Umwelt und Entwicklung (UNCED) endete damit genauso unverbindlich wie die erste Versammlung vor knapp drei Jahren. Daß das Geschacher um „Eckwerte“ nicht weit trägt, ist auch im eigenen Land zu sehen. Die Gespräche um den angestrebten sog. Energiekonsens in der BRD zeigen überdeutlich, wie CO^2-Emissionen je nach Interesse politisch runtergeredet oder hochgekocht werden. Der energiepolitische Roll-back spricht den Reden, die auf der Berliner Konferenz gehalten wurden, Hohn.

Bei einigen Punkten gilt es nach der Konferenz zu vermelden: Sieg für Deutschland! Nicht nur, daß der symbolträchtige Ort Berlin angesichts der vielfach enttäuschten Hoffnungen nach dem Fall der Berliner Mauer nun von den Berufsoptimisten und Klimabürokraten erneut als Chiffre für Aufbruch gilt. Die Einrichtung des ständigen Sekretariats der UN-Klimakonvention in Bonn wird zudem Arbeitsplätze und Prestige schaffen. Und wie schon auf der Konferenz in Rio hatte Kanzler Kohl, damals auch „Regenwald-Kanzler“ genannt, die feistesten Redenschreiber. Obwohl – oder weil – längst klar war, daß die Berliner Konferenz ohne konkrete Beschlüsse zu Ende gehen wird, legte sich der oberste Deutsche medienwirksam ins Zeug und schrieb der Menschheit ins Stammbuch, daß sie zuviel Auto fahre und anderes Schlechte für die Umwelt tue.

Ein Problem, mit dem politisch schwer umzugehen ist, stellt die Mittelbarkeit der ökologischen Zerstörung dar. Gerade beim Klima wird das deutlich: Der Zustand der Welt ist nicht mehr erfahrbar, sondern muß von Experten definiert werden. Die Naturwissenschaft gewinnt erhebliche Definitionsmacht, wie das vor und während der Berliner Konferenz immer wieder genannte „notwenige CO^2-Reduktionsziel 60 Prozent“ verdeutlicht. Das ist durch nichts gesichert und jeder, der sich mit den hochkomplizierten Klimamodellen beschäftigt, wird das bestätigen.

Wer sich aber aus sozial-ökologischer Perspektive auf diese Logik von Gutachten und Gegengutachten einläßt (und das Gutachten dann beim entsprechenden Institut in Auftrag gibt) verlagert die Definitionsmacht auf das scheinbar objektive Feld der Naturwissenschaften. Das Hauptproblem ist dann, ob die Vorhersage richtig ist, die Erde „verträgt“ 1,5 Grad oder 4,5 Grad Celsius Erwärmung in einem Jahrhundert. Die Bedrohung muß von Fachexperten definiert werden. (Bisher zummindest, denn das würde sich schnell ändern, wenn nicht mehr in einem kleinen Inselstaat, sondern in einem Land wie Holland die ersten Deiche aufgrund der ansteigenden Meeresspiegel brechen würden.)

Die geringe Bedeutung einer umfassenden sozial-ökologischen Politik kann an zwei verschiedenen Bedeutungen des Begriffs Klima verdeutlicht werden.

Denn obwohl man sich in Berlin für einige Zeit über das atmosphärische Klima sorgte, steht normalerweise eine ganz andere Klimadiskussion im Mittelpunkt. Gemeint sind die Investitionsbedingungen des „Standorts“. Obgleich von den zehn Städten dieser Erde, in denen die Luft am meisten verdreckt ist, fünf in China liegen, herrscht dort aus einer anderen Perspektive ein „gutes Klima“. Bezogen auf die weltwirtschaftliche Konjunktur stehen die Zeichen in bestimmten Ländern und dort für die Manager, Aktionäre, Besitzer von gesicherten Arbeitsplätzen und die gewählten Volksvertreter auf „schön“.

Die Politiker dieser Erde werden aber ei-

Es gibt einen nicht beendeten Streit, ein Mandat und einen Beschluß. Der Streit um den Abstimmungsmodus auf zukünftigen Konferenzen läßt den klimapolitischen „Bremsern“ alle Möglichkeiten offen. Das Mandat verlangt verbindlich weitere Verhandlungen zum Abschluß eines Protokolls über die (unverbindliche) Begrenzung und Verringerung von Treibhausgasen. Der Beschluß sieht eine Pilotphase zur „gemeinsamen Umsetzung“ (joint implementation) vor. Letzteres wurde zur Zauberformel der Berliner Klimakonferenz und zeigt an, wohin die Reise geht, auf der die Mächtigen „die Menschheit“ retten wollen.

nen Teufel tun, sich um „Menschheitsinteressen“ zu kümmern, wenn es um den Machterhalt im eigenen Land geht. (Vor diesem Hintergrund macht es auch wenig Sinn, von „Bremsern“ und anderen Ländern zu reden. Im Grunde genommen bremsen alle auf ihre Weise.) Denn die Interessen der Regierungen hängen wesentlich mit der realen und/oder gutgeredeten Lage, vor allem der wirtschaftlichen, im eigenen Land zusammen. Wenn Clinton es schafft, daß die derzeitigen Traumprofite von Ford oder General Motors ihm nur ein wenig gutgeschrieben werden, dann darf irgendein Staatssekretär sich auch als Klimaanwalt profilieren. Über die Chancen ihrer gemeinsamen Wiederwahl entscheidet zweifellos ersteres. Und Kohl wird bei der nächsten Kabinettsitzung seine Umweltministerin Merkel zurückpfeifen, falls sie sich zu weit aus dem Fenster lehnt. Die Absicherung der Standortbedingungen für eine Erhöhung des wirtschaftlichen Wachstums von x,2 auf x,3 hat allemal Priorität. Was der Konjunktur nicht recht, ist schlecht.

Dabei soll nicht bestritten werden, daß in bestimmten Bereichen wie zum Beispiel der Infrastruktur- oder Energiepolitik staatliches Handeln von Bedeutung wäre. Aber auch diese orientiert sich heute vor allem an Standort- und Konjunkturkriterien. Wenn staatliche Politik unter dem „Sachzwang Weltmarkt“ (E. Altvater) vor allem Wettbewerbspolitik in dem Sinne ist, daß Kapital angezogen werden soll, dann ist für den „Kostenfaktor Umweltschutz“ kein Platz.

Ganz im Gegensatz zu diesen Entwicklungen, die nationalstaatliche Politik vor allem zu Wettbewerbspolitik machen, suggerieren die UN-Konferenzen jedoch, daß „die Politik“ innerhalb der Nationalstaaten im Grunde genommen als zentrale gesellschaftliche Instanz den Entwicklungsweg bestimmt. Auf internationaler Ebene ist damit die Addition des Handelns nationaler Regierungen gemeint. Dieses gebannte Starren auf die Regierungen verhindert aber, daß der gesamte gesellschaftliche Rahmen der sozial-ökologischen Zerstörung in den Blick gerät. Die grundsätzliche Ausrichtung des ressourcenfressenden Produktions- und Konsummodells wird dabei nicht in Frage gestellt.

Dieser Eindruck wird dadurch verstärkt, daß zentrale Akteure des sich globalisierenden Kapitalismus, die transnationalen Konzerne, mit alldem scheinbar nichts zu tun haben. Die Lobby-Politik im Vorfeld der Rio-Konferenz wie auch der Berliner war genau darauf ausgerichtet. Und auch bei den schönlautenden Erklärungen der sich besorgt gebenden Wichtigen der Welt ist nichts von den „Global Players“ zu hören. Es sei denn in Zusammenhang mit der Forderung an die Konzerne, möglichst schnell das 5-Liter-Auto einzuführen.

Ein entscheidender Punkt wurde in Berlin und wird in den immer technokratischeren Diskussionen um Naturzerstörung ausgeblendet: Es geht nicht um das „Klima“ und um noch verträgliche, von Menschen verursachte klimarelevante Gase, sondern um eine andere Energiepolitik, die Teil *grundlegender* sozial-ökologischer Reformen sein müßte. Wenn man sich auf diesen Punkt ernsthaft einläßt, dann müßten Institutionen wie Staat, Unternehmen, Gewerkschaften u.a., wie auch herrschende Normen in Frage gestellt werden. Genau davon wird aber mit dem Grenzwerte- und Gutachten-Geschachere abgelenkt. Das hauptsächliche Dilemma dabei ist, daß die sozialen Akteure fehlen, die diese Werthaltungen und Institutionen weitreichend kritisieren, angreifen und verändern könnten. Wohlgemerkt sind diesen Druck mit verursachende Kräfte nicht die immer zahlreicher werdenden „Nicht-Regierungsorganisationen“ (NROs) gemeint, die sich zum großen Teil als Lobby-Organisationen verstehen.

Frieder Otto Wolf schreibt in »Freitag«: „Die Herausforderung der Klimapolitik ist eine Herausforderung an einen neuen Schub demokatischer Politik und nicht die Gelegenheit zu autoritären Phantasien über den rettenden Machthaber. Eine solche erneuerte demokratische Politik muß sich Handlungsräume im globalen Raum erkämpfen.“ Vielfach wird darauf verwiesen, daß man nur drei Jahre nach der Rio-Konferenz keine „konkreten“ Beschlüsse erwarten dürfe. Das mag durchaus so sein. Allerdings sind diese Großkonferenzen Seismographen sich anbahnender oder bereits vollziehender Entwicklungen. Vor allem geht es um das dominierende Verständnis von „Umwelt und Entwicklung“, dessen Redefinierung schon seit einiger Zeit erfolgt, was vor drei Jahren besonders deutlich wurde.

Die Treffen beweisen zwar, daß durchaus manche Diskussion mit solchen Medienspektakeln in Gang gebracht werden kann. In Rio auf der UNCED wurde die Formel des *sustainable development* (nachhaltige oder tragfähige Entwicklung) ins Zentrum gerückt und regte beispielsweise in der BRD eine mehr oder weniger breite Debatte an. Aber diese genügt weitgehend den ohnehin immer stärker auf die reichen Länder zentrierten Themen. „Effizienzrevolutionen“ als Hoffnung (wobei die Notwendigkeit technischer Entwicklungen hier nicht in Frage gestellt werden soll, wohl aber deren scheinbare Ausschließlichkeit) und „Grüner Punkt“ zur Gewissensberuhigung.

Was die peripheren Länder angeht (in einigen Jahren soll überprüft werden, wer da überhaupt dazugehört), so bleibt nach Rio mehrheitlich die Erkenntnis, daß der Entwicklungsaspekt aufgrund der internationalen Machtverhältnisse nicht mehr interessiert bzw. aufgrund der internen Kräftekonstellation in vielen Ländern „Entwicklung“ mit der Bereicherung einiger Weniger gleichgesetzt wird. Obwohl der Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen kein Luxus erstweltlicher Diskussionen ist, blieb nach Rio der bittere Beigeschmack, daß die sozialen Interessen der ärmeren Gesellschaften für die Reichen nicht von Belang sind. Daß „die Entwicklungsländer“ davon ausgenommen wurden, Emissionen zu reduzieren, wird heutzutage als entwicklungspolitisch „progressive“ Position hingestellt.

Daß aber mit „Entwicklung“ weiterhin und wesentlich Industrialisierung nach dem Vorbild der hochindustrialisierten Länder verstanden wird, das wird höchstens in Klammern erwähnt. Wenn die Offiziellen einiger „Entwicklungsländer“, allen voran China und Indien, dennoch verkünden, daß auch dort Emissions-Reduktionen notwendig seien, dann klingt das genauso hohl wie das Geschwätz von US-amerikanischen Vertretern, deren Anstrengungen hinter den Kulissen einzig darauf abzielen, das Wort „reduction“ aus den ohnehin unverbindlichen Absichtserklärungen herauszuhalten.

Die FAZ hingegen geht auch in Sachen Dritter Welt und Klimaschutz von dem aus,

volks uni 95
Politik, Kultur und Wissenschaft in Bewegung
Pfingsten, 2. bis 5. Juni 1995
in der Humboldt-Universität Berlin

Globalisierung und Demokratie
ökologie macht arbeit
Solidarischer Feminismus
Datenautobahn und Kommunikation
Grenzerfahrungen, Zusammenhänge und Perspektiven von MigrantInnen
Autonome Schule oder lean education

Weitere Informationen, Programmbuch- und Kartenbestellung?

Volksuni, Haus der Demokratie
Friedrichstr. 165, 10117 Berlin
☎ 030 - 229 17 92

was sie entwicklungspolitisch für das einzig Richtige hält: Marktöffnung. Denn nur die schafft größeren Wohlstand für alle, womit das Hauptproblem des Bevölkerungswachstums endlich angegangen werden würde, was gleichbedeutend mit Klimaschutz wäre. So einfach ist's.

Für die hochindustrialisierten Länder geht es, derselben Zeitung zufolge, um Energiesparen und eine andere Verkehrspolitik („Utopisch sind Forderungen nach einem Verzicht auf Wohlstand"), wobei mit Wohlstand offensichtlich u.a. der Besitz eines Autos gemeint ist.

Das Schweizer Pendant zur FAZ, die *Neue Zürcher Zeitung*, bringt das in ihrem Abschlußkommentar zur Konferenz – bewußt oder unbewußt – besser auf den Punkt. Nachdem eine halbe Zeitungsseite auf die Interessensunterschiede der verschiedenen Länder hingewiesen und die zentrale Bedeutung von Standortpolitik hervorgehoben wurde, folgt ganz zum Schluß der Hinweis, daß Klimaschutz nur gemeinsam geht oder gar nicht. Die logische Konsequenz aus dieser Argumentation ist: gar nicht.

In Berlin erfuhr das bisher recht vage Konzept der „gemeinsamen Umsetzung" (joint implementation) einen erheblichen Bedeutungsgewinn. Gemeint ist damit, Investitionen im „Umweltschutz" dort einzusetzen, wo sie am meisten „bewirken". Damit wird dann auf ein dreckiges Kohlekraftwerk in der „Dritten Welt" verwiesen, wo die Million doch viel effizienter angelegt sei als im relativ sauberen „Erst-Welt"-Kraftwerk. Dabei soll, das ist der Clou bei der Angelegenheit, dem finanziell helfenden Land die Reduktion in dem, dem geholfen wurde, auf eine noch auszuhandelnde Weise gutgeschrieben werden.

Der Vorschlag ist deshalb so attraktiv, weil er dem Leitbild des technischen Umweltschutzes entspricht und gesellschaftliche Ursachen eines gestörten Naturverhältnisses ausblendet. Zweites paßt er wunderbar in das heute hegemoniale, neoklassische Denken, das den sog. Grenznutzen zur ultima ratio allen Handelns macht. Wo kann ein zusätzlicher Geldbetrag am effizientesten angelegt werden? Drittens werden weltwirtschaftliche und -politische Dominanzverhältnisse nicht in Frage gestellt. Man hörte förmlich, angesichts dieses modernen Ablaßhandels, die Auftragsbücher der Exportmanager rascheln wegen solch rosiger Zukunftsaussichten. Denn die Effiziensteigerung in den Dritte Welt-Anlagen soll natürlich mit Erst Welt-Technologie erfolgen. Eigenständige technologische Entwicklungen in wirtschaftlich subalternen Ländern sind nicht wünschenswert, denn sie unterlaufen die bestehenden globalen Hierarchien.

Damit wird, und das nicht nur nebenher, das strittige Thema des Technologietransfers dahingehend gelöst, daß die dringende „Rettung der Menschheit" durch Kooperation im Sinne der Technologiebesitzer gelöst wird. Von der Forderung nach gleichem Zugang zu Spitzentechnologie ist nicht mehr die Rede. Es gibt wieder Geber und Helfer auf der einen und Nehmer und zu Helfende auf der anderen Seite.

Die Weltkonferenzen und ihre immer häufiger werdenden Folgetreffen („zur Konkretisierung") haben in einer zentralen Frage hohen Symbolgehalt. Ein seriöser Begriff von Entwicklung müßte ökonomische Effizienz, gerechte Verteilung und ökologische Nachhaltigkeit in demokratischem Rahmen für alle anstreben. Deutlich kann aber anhand der globalen Treffen werden, daß unter den gegebenen internationalen und jeweiligen nationalen Machtverhältnissen die sozialökologische und entwicklungspolitische „Quadratur des Kreises" nicht gelingen kann.

Wenn sich diese Erkenntnis durchsetzt, dann macht es Sinn mit schönen Reden und großen Kommissionen das Gewissen zu beruhigen, aber gleichzeitig die Ungleichheit politisch, wirtschaftlich und militärisch im nationalen und internationalen Rahmen gut abzusichern. Die Antiflüchtlingspolitik in Westeuropa versucht ja unter anderem, Armutsflüchtlinge als „Nicht-Politische" von den Segnungen der Wirtschaftszentren abzuhalten. Und auch die USA verstärkt die Anstrengungen, an ihrer Südgrenze zu Mexiko mittels gesetzlicher und polizeilicher Aufrüstung, die exklusiven Rechte der Wohlständigen als solche aufrechtzuerhalten.

Wenn in fünf Jahren festgestellt wird, das Reduktionsziel von 1995 war auch nicht angemessen, dann wird eben auf die nächste Konferenz gestarrt werden. Der Eindruck verstärkt sich, daß es immer wichtiger wird, die globale Klima-Diplomatie und -bürokratie als unverzichtbar zu institutionalisieren. Daß zur selben Zeit „zu Hause" demokratische Mitwirkungsmöglichkeiten ausgehöhlt und ein obsoleter institutioneller Rahmen verfestigt wird, interessiert die Konferenz-TeilnehmerInnen nicht. Leider gerät das auch den meisten der immer spezialisierteren NROs aus dem Blick. Den Gutachten um zulässige Höchstwerte werden eben Gegengutachten entgegengestellt. Die Erfahrungen der Menschen, so mittelbar sie in verschiedenen Fragen wie „Klima" auch sind (doch so unmittelbar wie im Fall von Atemwegserkrankungen oder Lärm), und ihre Beteiligungsmöglichkeiten an der Auseinandersetzung einer „nachhaltigen Entwicklung" (wie beispielsweise im Streit um die Lagerung von Atommüll oder eine andere Verkehrspolitik) spielen dabei kaum noch eine Rolle. ●

Entwicklungsman(n)ie, Patriarchat und Solidaritätsbewegung

Der 19. Bundeskongreß Entwicklungspolitischer Aktionsgruppen findet dieses Jahr in der Zeit vom 25.5. – 28.5.1995 in Wuppertal statt. Thema des Kongresses soll der Zusammenhang von patriarchalen Dominanzstrukturen, entwicklungspolitischem Denken und Solidaritätsbewegungen sein.

Die Vision einer „nachholenden Entwicklung" der sogenannten Dritten Welt verblaßt mehr und mehr. Vielen wird immer klarer, daß die Privilegien des „weißen Mannes" nicht auf alle Menschen ausgedehnt werden können, weil sie ohne sexistische und rassistische Ausbeutung gar nicht realisierbar wären – von den ökologischen Folgen der weltweiten Verbreitung westlicher Produktions- und Konsumstandards ganz zu schweigen. Dies wird auch in der „Dritten Welt" immer deutlicher gesehen: Zunehmend gibt es Widerstand gegen große Entwicklungsprojekte; Befreiungsbewegungen werden wegen ihres Modernisierungskurses kritisiert; immer mehr indigene Völker lehnen unser Entwicklungsdenken ab. Vor allem Frauen stellen fest, daß sich ihre Lage trotz oder wegen der von den Industriestaaten geleisteten Entwicklungshilfe in den vergangenen „Entwicklungsdekaden" drastisch verschlechtert hat. Dies führt, zusammen mit anderen Faktoren, zu einer starken politischen Verunsicherung der Solidaritäts-Bewegung. Viele Gruppen erkennen mittlerweile den systemstabilisierenden Charakter auch alternativer „Entwicklungspolitik", sehen jedoch noch keine Alternative, die sich auch in ihrer praktischen politischen Alltagsarbeit niederschlagen könnte. Daher brauchen, so die Veranstalter, die Solidaritäts-Bewegung wie auch der BUKO eine Neubestimmung der internationalistischen Arbeit jenseits des Entwicklungsdenkens. In den Foren des Kongresses sollen die bislang unhinterfragten Standards von Fortschrittlichkeit und „Entwicklung" in Frage gestellt werden.

Geplant sind insgesamt fünf Foren zu den Themen: „Fluchtursachen vor Ort bekämpfen"?, „Demokratische Verhältnisse weltweit durchsetzen"?, Sichtwechsel, „Nachhaltige Entwicklung" – Eine Wende in der Entwicklungspolitik?, Rasse, Klasse und Geschlecht.

Der 19. Bundeskongreß entwicklungspolitischer Aktionsgruppen findet im Kommunikationszentrum DIE BÖRSE, Viehofstraße 125, 42117 Wuppertal statt.

Voranmeldung bei: *Bundeskongreß entwicklungspolitischer Aktionsgruppen, Nernstweg 32-34, 22765 Hamburg*

STEFAN GOSE

Bundeswehr: von der Bündnisarmee zur universellen Interventionstruppe

Lange vor Mauerfall und dem „out-of-area-Urteil" des Bundesverfassungsgerichts wurden auf der Bonner Hardthöhe Schritte eingeleitet, um das außenpolitische Gewicht der Bundesrepublik auch militärisch zu stärken.

Seit Ende der 70er Jahre wurden verstärkt US-amerikanische 'burden sharing'-Forderungen für die in Deutschland stationierten GI's erhoben. Das hängt vor allem mit der wirtschaftlich starken Konkurrenz zusammen, die Deutschland zunehmend für die USA darstellte. Während seitens der USA sicherheitspolitisches Trittbrettfahrertum kritisiert wurde, mehrten sich in der Bundesrepublik die Stimmen, die für ein erhöhtes militärisches Engagement mehr militärpolitische Mitsprache forderten. Der NATO-Doppelbeschluß von 1979 spitzte diesen Konflikt auf zwei Ebenen zu: innenpolitisch sahen sich die wechselnden Bundesregierungen einer durch die NATO-Politik unerwartet gewachsenen Opposition gegenüber. Sicherheitspolitisch fragten selbst Konservative, wie groß der deutsche Handlungsspielraum innerhalb der nuklearen Triade noch sei. US-intendierte NATO-Strategien wie 'Air Land Battle' und 'Follow On Forces Attack/FOFA' wiesen Gesamtdeutschland als nukleares Schlachtfeld aus.

Anfang der 80er Jahre setzte daher eine sicherheitspolitische Polarisierung ein: Die offizielle bundesdeutsche Politik setzte weiterhin auf die transatlantische Achse. 1982 wurde das 'Wartime Host Nation Support/WHNS'-Abkommen mit den USA unterzeichnet, 1983 Pershing II und Cruise Missiles in der Bundesrepublik stationiert. Gleichzeitig begannen verstärkt sicherheitspolitische Sondierungen innerhalb Europas. Der Kontakt zum lediglich assoziierten NATO-Mitglied Frankreich wurde intensiviert, konkretere Formen einer 'Europäischen Politischen Zusammenarbeit/EPZ' im Rahmen der EG ins Auge gefaßt und Kooperationen bei europäischen Rüstungsprojekten geplant.

Mit der sicherheitspolitischen Orientierung auf Europa kam die bis Mitte der 80er Jahre lediglich noch formal existierende Westeuropäische Union/WEU wieder in den Blick. Was den USA zunächst als 'europäisches Standbein' der NATO verkauft wurde, sollte tatsächlich zu einer größeren Eigenständigkeit außerhalb des US-dominierten Bündnisses führen. Im französischen Interesse lag es, größeren Einfluß auf die europäische Militärpolitik zu bekommen, während Bonn durch die Einbindung Frankreichs und Großbritanniens den Verdacht von Alleingängen zerstreuen wollte. Daher bot sich die Wiederbelebung der WEU als eigenständiges europäisches Sicherheitsbündnis an, zumal Frankreich nicht Vollmitglied der NATO-Integration ist.

Statt sich durch eigene WEU-Streitkräftestrukturen gleich in Konkurrenz zur NATO zu begeben, wurde die WEU zunächst als Koordinator für europäische Rüstungsprojekte aufgewertet. Gemeinschaftsprojekte wie Tornado, Panzerabwehrhubschrauber Uhu, Fregatten, Future Large Aircraft und Jäger 90 wurden als industriepolitische Fortschritte präsentiert, die das Überleben der nationalen Rüstungsindustrien gegen die amerikanische Konkurrenz sichern sollten. Gleichzeitig war das europäische Bestreben zu größerer militärpolitischer Unabhängigkeit dabei unübersehbar. Neue Bedrohungsszenarien lagen der Neubelebung der WEU nicht zugrunde.

Beginn deutscher Alleingänge

Die Zweigleisigkeit der deutschen Sicherheitspolitik wurde immer ungeschminkter, auch wenn Kanzler Kohl noch vor einem direkten militärischen Ausbau der WEU aus transatlantischer Rücksichtnahme zurückschreckte und hierbei auch von Großbritannien gebremst wurde. Einerseits beteiligte sich die Bundesrepublik 1986 am amerikanischen Weltraumprogramm SDI. Gleichzeitig wurde über die WEU ein europäisches Pendant, die 'Europäische Verteidigungsinitiative/EVI' geplant (und verworfen). In einem ersten binationalen Militärverband außerhalb der NATO beteiligte sich die Bundeswehr 1987/88 an der deutsch-französischen Brigade in Böblingen. Diese Truppe wurde bewußt nicht hinsichtlich ihrer künftigen Verwendung, sondern als Symbol deutsch-französischer Aussöhnung präsentiert. Zeitgleich ließ die Bundeswehr erste Waffensysteme entwickeln, die von ihrer weitreichenden Auslegung nur noch am Rande zur Landesverteidigung 'geeignet' sind (U-Boot 212, Spionageflugzeug LAPAS). Wo eine nationale Produktion zu teuer oder das Waffensystem als Konkurrenz zu US-Monopolsystemen innerhalb der NATO verdächtig erschien, wurde die WEU als Träger neuer Rüstungsprojekte benutzt (Spionagesatelliten Helios II und Osiris).

Der Zusammenbruch des real vegetierenden Sozialismus raubte der NATO ihre Legitimation. Mit der Warschauer Vertragsorganisation verschwanden sowohl Gegenspieler als auch eigene Skrupel, die bisher der bundesdeutschen Militärpolitik Zügel angelegt hatten. In den 2+4-Verhandlungen konnte Gorbatschow noch eine maximale Friedensstärke der Bundeswehr von 370.000 Soldaten durchsetzen. Mit den Forderungen nach langfristigem Ausschluß Ostdeutschlands aus der NATO und einer Annäherungsverhinderung der osteuropäischen Staaten an die NATO scheiterte die UdSSR aber bereits. Nicht Rußland und immer weniger die historisch begründeten Vorbehalte osteuropäischer Nachbarstaaten, sondern nur noch die eigenen Verbündeten konnten einer militärischen Expansion Deutschlands entgegenwirken.

Dennoch waren die Positionen über die künftige Rolle der Bundeswehr von 1989 bis heute auch innerhalb der Bundesregierung weder einheitlich noch geradlinig. Viele Sachzwänge mußten berücksichtigt werden: die Ressourcenvorgaben von KSZE-Vertrag und 2+4-Verhandlungen, die Auflösung der NVA, finanzielle Restriktionen, industrie- und sozialpolitische Fragen. Die Einschätzung der sicherheitspolitischen Lage in Europa und darüber hinaus ist bis heute kontrovers und mit ihr die Frage, in wie weit Militär bei den gegenwärtigen Konflikten ein wirksames Lösungsmittel sein kann. Hier mischten sich

weltanschauliche Überzeugungen von einem 'zur Normalität zurückgekehrten Staat', der uneingeschränkt über Militär verfügen müsse, mit nationalistischen Höhenflügen über Deutschlands künftige Rolle und Verantwortung in der Welt. Auf der anderen Seite wurde die Daseinsberechtigung einer Bundeswehr ohne Gegner grundsätzlich in Frage gestellt.

Keine der Bonner Altparteien mochte sich auch nur auf das gedankliche Experiment einer entmilitarisierten Bundesrepublik einlassen. Um an Bundeswehr und NATO festhalten zu können, mußten sie also umgehend neue Aufgaben bekommen. Hier begann 1990 die Kontroverse, welche Mittel zur Landesverteidigung ausreichten und ob sich die Bundesrepublik künftig überhaupt auf Landesverteidigung beschränken sollte. Die Initiativen reichten von 'Bundesrepublik ohne Armee/BoA' über die Abschaffung der Wehrpflicht, eine Berufsarmee, eine Milizarmee oder gekaderte Verbände bis zu weltweit einsetzbaren Verbänden im Rahmen der UNO, der WEU, der KSZE oder einer 'Gemeinsamen Europäischen Außen- und Sicherheitspolitik/GASP' der Europäischen Union/EU.

Doch so wie bereits keine neue gesamtdeutsche Verfassungsdiskussion stattfand, wurde auch die sicherheitspolitische Lage Deutschlands nicht grundsätzlich neu vom Parlament bestimmt. Jahrzehntealte Leerformeln wie die 'NATO als Wertegemeinschaft' oder unbestimmte Floskeln wie 'die gewachsene Verantwortung Gesamtdeutschlands', 'humanitäre Verantwortung in der Völkergemeinschaft' oder 'vitale Interessen Deutschlands' wurden nicht konkret zur Diskussion gestellt, sondern bekamen durch einzelne Planungen ein neues Gewicht. Gleichzeitig lancierten einzelne Abgeordnete Teilziele, wie etwa einen ständigen Sitz im UN-Sicherheitsrat oder den NATO-unabhängigen Einsatz der Bundeswehr, ohne daß sich die Bundesregierung solche Ziele offiziell zu eigen gemacht hätte.

Bereits 1990 war klar, daß zur Landesverteidigung nach traditionellem Verständnis im Rahmen der NATO und künftig ohne Gegner ein Friedensumfang der Bundeswehr von etwa 200.000 Soldaten genügen würde. Damit wäre aber sowohl die Wehrpflicht gefallen, als auch das Gewicht und Prestige Deutschlands in NATO, WEU, UNO und EU gesunken. Um dies zu vermeiden, steuerte die Bundesregierung die in den 2+4-Verhandlungen vorgesehene Maximalstärke der Bundeswehr von 370.000 Soldaten an und beteiligte sich aktiv an den Neukonzeptionen von NATO, WEU und GASP. Damit legte sie sich indirekt auf künftige Auslandseinsätze der Bundeswehr fest, denn insbesondere die NATO war als transatlantisches Sicherheitsbündnis nicht länger alleine durch das befreundete Rußland zu begründen. Und daß die USA nicht auf ihr europäisches Standbein und militärisches Sprungbrett NATO verzichten wollten, wurde spätestens nach der Auflösung der WVO zum 1.4.1991 deutlich. Der Aufbau deutscher 'Krisenreaktionskräfte/KRK' ist also weniger das Kind eines neuerwachten deutschen Militarismus, als ein leidiges Zugeständnis der Bundesregierung an die einflußreichen Verbündeten, um den Rücken frei zu haben für eine neue EU-Hegemonialrolle in Europa.

Der Bundesregierung war klar, daß sie sowohl die eigene Bevölkerung als auch ehemalige Kriegsgegner und spätere Verbündete 'behutsam' an militärische Auslands-einsätze der Bundesrepublik 'gewöhnen' mußte. Bereits 1986 hatte es öffentliche Proteste gegeben, als US-amerikanische Bomber mit deutscher Unterstützung aus Ramstein, Stuttgart und Frankfurt/Main lybische Städte bombardiert hatten, ohne daß vorher ein NATO-Partner angegriffen worden wäre. Bonn wählte daher die 'Salamitaktik' einer 'scheibchenweisen' Ausweitung der Bundeswehreinsätze: 1988 flogen C-160 Transall der Bundeswehr in 'humanitärer Mission' Hilfsgüter zu den Erdbebenopfern im ehemaligen Feindesland Armenien. 1989 trafen in Namibia nicht Bundeswehrsoldaten, sondern BGS-Beamte und BKA-Polizisten als Aufbauhelfer auf ihre Kollegen aus der DDR.

Nachdem im August 1990 irakische Truppen Kuwait besetzt hatten, entsandte die Hardthöhe einige Fregatten als Entlastungsflotte ins Mittelmeer, damit die 6. US-Flotte in den Persischen Golf abziehen konnte. Hier setzte in der Bundesrepublik die Verfassungsdiskussion über den Einsatzradius der Bundeswehr ein. Denn als NATO-Bündnisarmee ist ihr Operationsbereich nach Art. VI des NATO-Vertrages bis zum nördlichen Wendekreis des Krebses begrenzt. Hierunter fällt zwar das Mittelmeer, umstritten war die deutsche Intervention aber dennoch, weil er den out-of-area-Einsatz einer anderen Bündnisflotte erst ermöglichte.

Ähnlich war die Kontroverse, als 1991 deutsche Alpha Jets der 'Allied Mobile Force' aus Oldenburg in die Türkei verlegt wurden. Offiziell durften sie sich nicht an Kampfhandlungen gegen den Irak beteiligen, zumal kein Angriff auf einen NATO-Bündnispartner gemäß Art. V, NATO-Vertrag, vorlag. Tatsächlich patrouillierten deutsche Piloten jedoch über Irakisch-Kurdistan, womit sie den irakischen Luftraum unerklärt verletzten. Sie wurden nicht angegriffen, weshalb lediglich darüber spekuliert werden kann, ob deutsche Kampfflugzeuge auch über dem Irak Bomben abgeworfen hätten.

An der 'heißen Phase' des 2. Golfkrieges im Februar 1991 waren deutsche Kampfverbände nicht beteiligt. Allerdings unterstützte die Bundesregierung die Kriegsführung der Alliierten mit über 17 Milliarden DM, Waffen und Versorgungsgütern. Die US-Kampagne gegen diese 'Scheckbuch-Kriegsführung' verfehlte ihren Druck auf künftige Bundeswehr-Auslandseinsätze nicht. Als nach den Kampfhandlungen deutsche Minenräumer in den Persischen Golf einliefen, regte sich in der Bundesrepublik kein nennenswerter Protest. Die Bundesregierung hatte diesen nicht vom NATO-Vertrag gedeckten out-of-area-Einsatz als 'humanitäre Aktion' präsentiert.

Ab November 1991 schickte die Bundesregierung 140 Soldaten und 75 BGS-Beamte im Rahmen der UNTAC-Übergangsverwaltung nach Kambodscha. Um diesen juristisch umstrittenen Auslandseinsatz deutscher Soldaten zu verwischen, wurden die Bundeswehrsoldaten nicht dem militärischen UN-Kommando unterstellt, sondern dem Inspekteur des Sanitäts- und Gesundheitswesens der Bundeswehr. Auch dieser eindeutige out-of-area-Einsatz deutscher Sanitäter wurde als 'Humanitärer Einsatz' der 'Engel von Pnom Penh' verbrähmt. Als schließlich am 14.10.93 ein deutscher Feldwebel in Pnom Penh erschossen wurde, fand die Trauerfeier keineswegs zivil, sondern mit militärischen Ehren in Wunstorf bei Hannover statt.

ami proudly presents:

Non - Proliferation

Unser Themenheft 12/94 ist da !!!

1995 läuft der Atomwaffensperrvertrag (NPT) aus. Wird er verlängert? Bleiben die Atommächte unter sich oder wird es künftig neue Atommächte geben? Haben sich die IAEO-Safeguards bewährt? Welche nuklearen Ambitionen hat die BRD?

Hintergründe, Risiken und Perspektiven des Atomwaffensperrvertrages.

Die ami ist ein monatlicher Informationsdienst, der seit 1971 über aktuelle Entwicklungen bei Rüstung, Militär, in Friedensbewegung und Friedensforschung berichtet. Von 12 Ausgaben erscheinen jährlich drei Themenhefte im doppelten Umfang.

Weitere aktuelle Themenhefte:

Wehrpflicht-Dienstpflicht-Zivildienst (10/94)
Frauen gegen Krieg und Militär (6/94)
Umrüstung in Europa (12/93)
Militarismus und Rechtextremismus (10/93)
Kriegsursachen (5/93)

Jahresabo: DM 40,- (+ DM 3,- Porto), Normalhefte: 3,-, Themenhefte: 4,50 (+ Porto)

antimilitarismus information
Eißholzstr. 11
10781 Berlin
Tel./Fax: (030) 215 10 35

Um weitere rechtlich zweifelhaften Militäreinsätze zu umgehen, wurde die Überwachung des Waffenembargos gegen Ex-Jugoslawien formal unter WEU-Kommando gestellt. Denn der WEU-Vertrag kennt keine territoriale Begrenzung. Seit Juli 1992 sollen deutsche Kriegsschiffe zusammen mit drei Breguette-Atlantique-Seeaufklärungsflugzeugen in der Adria verdächtige Schiffe aufbringen und kontrollieren. Sie dürfen dabei aber keine Waffengewalt anwenden, damit deutsche Soldaten nicht in Kampfhandlungen out-of-area verwickelt werden. Ähnlich werden bei AWACS-Aufklärungs- und Zielortungsflügen über Ex-Jugoslawien zwar die gleichen Bundeswehr- und NATO-Waffensysteme benutzt, doch als WEU-Mission sind deutsche Soldaten formal nicht an Kampfhandlungen außerhalb des NATO-Bündnisgebietes beteiligt. Durch ihre Zielplanung für verbündete Kampfflugzeuge leisteten sie jedoch 'Beihilfe zum Angriff'.

Für all diese Bundeswehreinsätze hatte bis dahin ein Kabinettsbeschluß gereicht. FDP- und SPD-Fraktion im Bundestag fühlten sich jedoch durch die formalen Spitzfindigkeiten übergangen und klagten vor dem Bundesverfassungsgericht: nicht etwa grundsätzlich gegen die Auslandseinsätze der Bundeswehr, sondern dagegen, daß das Parlament hierüber nicht abgestimmt hatte.

Zwar war das Karlsruher Urteil noch nicht gesprochen, doch den Einsatz von knapp 1.700 Bundeswehrsoldaten in Somalia ließ sich die Regierung vorsorglich am 2.7.93 von einer einfachen Bundestagsmehrheit bestätigen. Der Bundeswehrauftrag im Rahmen von UNOSOM II hatte kein humanitäres Deckmäntelchen mehr. Die deutschen Soldaten sollten eine indische Brigade versorgen und logistisch unterstützen. Statt der 4.000 erwarteten Inder kamen jedoch nur 3 nach Somalia, so daß sich die Bundeswehr mit ein paar Brunnenbohrungen, der medizinischen Betreuung von Somalis und der Verteilung von Hilfsgütern die Zeit vertrieb. In der Nacht zum 21.1.94 erschoß ein deutscher Wachsoldat einen Somali, der möglicherweise Treibstoff stehlen wollte. Von den ca. 310 Mio. DM, die der deutsche Somaliaeinsatz bis zum Abzug im März 1994 gekostet hatte, wurden gerade 0,74 % für 'humanitäre Hilfe' ausgegeben.

Noch bevor das Bundesverfassungsgericht über künftige out-of-area-Einsätze der Bundeswehr entschieden hatte, legte Verteidigungsminister Rühe im April 1994 sein 'Weißbuch 1994' vor. Darin schreibt das Verteidigungsministerium erstmals offiziell die Zweiteilung der Bundeswehr in teilaktive 'Hauptverteidigungskräfte/HVK' zur Landesverteidigung und 'Krisenreaktionskräfte/KRK' zum Auslandseinsatz fest. Zeitgleich mit der Karlsruher Urteilsverkündung, am 12. Juli 1994, ergänzte Rühe in seiner 'Konzeptionellen Leitlinie zur Weiterentwicklung der Bundeswehr', Aufgabe der Krisenreaktionskräfte sei es, „im Rahmen der Vereinten Nationen und der KSZE Einsätze im gesamten Spektrum von humanitären Maßnahmen bis hin zu militärischen Einsätzen nach der Charta der Vereinten Nationen durchzuführen".

Das out-of-area-Urteil

Kern des Karlsruher Richterspruches vom 12.7.94 ist eine Neuinterpretation des Art. 24 Abs. 2 des Grundgesetzes, der lautet: „Der Bund kann sich zur Wahrung des Friedens einem System gegenseitiger Kollektiver Sicherheit einordnen; er wird hierbei in die Beschränkungen seiner Hoheitsrechte einwilligen, die eine friedliche und dauerhafte Ordnung in Europa und zwischen den Völkern der Welt herbeiführen und sichern."

Bis dahin herrschte mehrheitlich Einigkeit darüber, daß ein solches 'System kollektiver Sicherheit' eines sein muß, in dem beide Kontrahenten vertreten sind. Als Beispiele wurden stets die UNO oder die KSZE genannt, nicht aber einseitige Militärbündnisse wie NATO oder die Warschauer Vertragsorganisation. Zwar haben sich NATO und WEU seit der Wende nicht grundlegend verändert. Doch das Verfassungsgericht nahm erstmals deren seit Jahrzehnten friedliebend klingende Erklärungen beim Wort, um beiden Militärbündnissen einen Wandel zu 'Systemen kollektiver Sicherheit' zu attestieren. Danach kann die Bundeswehr nach einem Parlamentsbeschluß mit einfacher Mehrheit künftig weltweit im Rahmen jedes Bündnisses eingesetzt werden, in dessen Statuten friedliche Ziele stehen.

Sowohl die Bundesregierung, als auch die klagenden Parteien waren mit diesem Urteil zufrieden. Um die Form zu wahren, wurden alle Abgeordneten zu einer teuren Sondersitzung aus dem Urlaub geholt, bei der mit einfacher Parlamentsmehrheit der Einsatz aller Bundeswehrsoldaten in der Adria bestätigt wurde. Für 1995 kündigte Volker Rühe jedoch an, die Bundeswehr würde sich in diesem Jahr an keinerlei weiteren Auslandsoperationen beteiligen. Denn nicht erst der Somaliaeinsatz hatte gezeigt, wie miserabel die Krisenreaktionskräfte für out-of-area-Einsätze geschult und ausgerüstet sind: Als nach dem überstürzten Abzug der USA kein Platz mehr für Bundeswehrsoldaten und Gerät auf US-amerikanischen Schiffen war, mußte die Hardthöhe erst Fregatten ans Horn von Afrika schicken, die zum Truppentransport völlig ungeeignet sind.

Auch Generalinspekteur Naumann wollte sich kein zweites Mal blamieren: als Konsequenz gab er eine Studie für ein 'Mehrzweckschiff' in Auftrag. Dieser Hubschrauberträger soll bei künftigen Auslandseinsätzen gleichzeitig als Kommandozentrale, Truppen- und Gerätetransporter sowie als schwimmendes Lazarett dienen. Weil die Hardthöhe im 2. Golfkrieg nicht mit der amerikanischen Weitergabe zensierter Satellitenbilder zufrieden war, plant die Bundesregierung über die WEU mit Frankreich nun die beiden eigenen Spionagesatelliten Helios II und Osiris. Auch der Kambodscha-Einsatz brachte erhebliche Verständigungs-, Versorgungs- und Kooperationspannen ans Licht. Seit Januar 1995 wurde deshalb das 'Führungszentrum' der Bundeswehr in Betrieb genommen, ein kleiner Generalstab, der künftige Auslandseinsätze planen und koordinieren soll.

Für den nächsten Auftrag – Einsatz 1995 hin oder her – hat Volker Rühe im Februar bereits alle Truppenteile benannt: 1.800 Bundeswehrsoldaten aller Teilstreitkräfte sollen beim möglichen Abzug von UNPROFOR aus Ex-Jugoslawien helfen. Zu Rühes Aufgebot zählen sowohl Sanitäter, als auch Tornado-Bomber und Minenräumer. Sollte die Truppe vom NATO-Rat angefordert werden, würden mit einfacher Bundestagsmehrheit erstmals seit dem zweiten Weltkrieg wieder deutsche Soldaten in Jugoslawien stehen.

Der Trend ist klar: deutsche Soldaten werden künftig immer öfter im Ausland schießen und sterben. Die 'Salamitaktik', von humanitären Aufträgen über logistische Unterstützung bis zum nackten Kampfeinsatz hat sich 'bewährt'. Nur Haushaltsbeschränkungen bremsen den Umbau der Krisenreaktion noch. Dennoch ist auf der Hardthöhe keine klare Strategie für Auslandseinsätze der Bundeswehr erkennbar. Grobe Planziele werden immer wieder durch pragmatischen Opportunismus durchbrochen, es entsteht der Eindruck, daß mit anderem Konzept ein Einsatz befürwortbar wird. Augenblicklich fordert Volker Rühe Geld für alle Möglichkeiten: von Spionagesatelliten, über Jagdbomber, Kampfhubschrauber, Transportflugzeuge, Hubschrauberträger, U-Boote und Fregatten bis zum Tropenhelm.

Rühe weiß, daß er nicht alles bekommen wird. Aber er weiß auch, daß er ohne einsatzfähige Krisenreaktionskräfte die Bundeswehr im heutigen Umfang nicht längerfristig legitimieren kann. Also bläht er die Krisenreaktion auf und versucht gleichzeitig, ihren tatsächlichen Einsatz zu vermeiden. Anders als Scharfmacher wie Generalinspekteur Naumann oder ahnungslose 'Globalstrategen' wie Außenminister Kinkel, weiß Rühe, daß bereits 'geringe Verluste' bei einem schlecht ausgerüsteten Einsatz der Bundeswehr den Bestand 'der Truppe' als ganzes gefährden könnte. ●

Stefan Gose, Dipl.-Pol., ist Redakteur der Monatszeitschrift antimilitarismus information.

BERND LADWIG

Das Selbstbestimmungsrecht der Völker – Einfallstor für linken Nationalismus?

Wie nationalistisch ist der linke Internationalismus?
Auf den ersten Blick herrscht Verwirrung: Erklärte Gegner des völkischen Nationalismus reden mit erstaunlicher Unbefangenheit vom „nationalen Selbstbestimmungsrecht" der Palästinenser, Kurden, Basken und manch anderer „Völker". Liegt der Unterscheidung zwischen „gutem" und „schlechtem" Nationalismus ein nachvollziehbares Kriterium zugrunde? Um diese Frage zu beantworten, möchte ich die Formel vom „Selbstbestimmungsrecht der Völker" einer näheren Betrachtung unterziehen.

I.

In aller Regel wird stillschweigend vorausgesetzt, daß sich die Rede vom „Selbstbestimmungsrecht der Völker" auf Kollektivsubjekte bezieht: eben auf „die Völker", die im politischen Raum einen Anspruch auf Anerkennung als Nationen erheben. Eine solche Lesart ist allerdings nicht zwingend. Wenig bekannt ist heute, daß der amerikanische Präsident Woodrow Wilson, als er in der Endphase des Ersten Weltkrieges das „Selbstbestimmungsrecht der Völker" proklamierte, zwei verschiedene Bedeutungen im Sinn hatte: zum einen das Prinzip der Bindung des Regierungshandelns und der Gesetzgebung an den Willen der Regierten, und zum anderen eben den Grundsatz, daß alle Völker ein Recht auf nationale Selbstbestimmung haben. In der ersten Bedeutung meint das Selbstbestimmungsrecht nichts anderes als Volkssouveränität. Die Subjekte des Rechts sind die Bürgerinnen und Bürger, an deren vereinigten Willen alle Staatsgewalt gebunden bleibt. Dieses Recht läßt sich daher in der vertrauten Sprache des neuzeitlichen Menschenrechtsdenkens begründen; seine moralische Basis bildet das Prinzip der jedem einzelnen Menschen zukommenden Autonomie.

Weniger klar ist, wer das Subjekt des Selbstbestimmungsrechts in der zweiten Bedeutung sein soll. Auf diese Unklarheit hat schon 1921 Wilsons vormaliger Secretary of State, Robert Lansing hingewiesen: „An welche Einheit denkt Wilson eigentlich, wenn er von der Selbstbestimmung spricht? Meint er eine Rasse, einen Gebietsteil oder ein Gemeinwesen? Ohne die Festsetzung einer ganz bestimmten, für die Praxis brauchbaren Einheit bedeutete die Anwendung dieses Prinzips eine Gefahr für den Frieden und die Stabilität."

Eine ähnliche Auseinandersetzung hat sich ungefähr zur gleichen Zeit auf der linken Seite des politischen Spektrums abgespielt. Im Jahre 1916 hatte Lenin das Recht aller „unterdrückten Nationen" auf Selbstbestimmung propagiert. Rosa Luxemburg sah darin einen schweren Fehler. Sie befürchtete, daß die Rede vom Recht „unterdrückter Nationen" nationalistische Begehrlichkeiten erst hervorrufen werde. Sie verteidigte gegen Lenin den unbedingten Vorrang der Rechte des Einzelnen und das Prinzip des proletarischen Internationalismus.

Diese Kontroversen führen zum Kern der Sache: Haben Völker oder nur Individuen ein Recht auf Selbstbestimmung? Kann man überhaupt voraussetzungslos von Völkern sprechen, oder sind sie erst das Produkt politischer Prozesse, zu denen auch die „Anrufung" sozialer Gruppen als Völker oder Nationen gehört? An dieser Stelle ist es erforderlich, drei verschiedene Bedeutungen des Wortes Volk zu unterscheiden.

II.

Erstens kann unter „Volk" die vorpolitische Einheit eines Ethnos verstanden werden. Die Idee ist, daß sich bestimmte objektive Faktoren identifizieren lassen, die eine Stammes- oder Abstammungsgemeinschaft konstituieren. Dabei lassen sich biologisch-genetische von kulturellen Faktoren unterscheiden. Zu den ersten zählen die berühmten Blutsbande, zu den zweiten gehören eine gemeinsame Sprache, Religion, Sitten und Gebräuche. Daraus folgt, daß man den Ethnos sowohl biologistisch als auch kulturalistisch akzentuieren kann.

Zweitens kann unter „Volk" die politische Willensgemeinschaft eines Demos verstanden werden. Der leitende Gedanke ist hier, daß sich das Volk als Einheit erst im Prozeß der politischen Willensbildung konstituiert und nicht unabhängig von diesem Prozeß existiert. Der Demos ist die selbstbewußte Bürgerschaft, ungeachtet aller vorpolitischen Unterscheidungsmerkmale.

Drittens kann unter „Volk" die Gesamtheit der sogenannten einfachen Leute verstanden werden. Ich nenne dies den plebejischen Volksbegriff. Nur die Subalternen bilden das Volk. Die Herrschenden stehen auf der anderen Seite. Daß von dieser Wortbedeutung bis heute eine mobilisierende Wirkung ausgehen kann, hat in jüngerer Zeit die Bürgerbewegung in der DDR demonstriert. Die performative Feststellung „Wir sind das Volk" beruhte auf der Unterscheidung zwischen „uns", dem Volk, das nichts zu sagen hat, und „denen da oben", den Bürokraten und Parteibonzen, die die politische Macht bloß usurpiert haben. (Durch Auswechslung eines einzigen Wörtchens verwandelte sich die plebejische dann allerdings in eine völkische Parole.)

Der plebejische Volksbegriff bezieht sich vor allem auf innergesellschaftliche Unterscheidungen, etwa auf Klassengegensätze. Er läßt sich nicht ohne weiteres auf die Ebene der internationalen Politik übertragen. Allerdings enthalten viele Imperialismustheorien die Argumentationsfigur, daß die nationale Klassenherrschaft eine Entsprechung im internationalen System findet. Unter solchen Voraussetzungen halten es viele für gerechtfertigt, ohne weitere Differenzierung von „unterdrückten Nationen oder Völkern" zu sprechen.

In linken Diskussionen wird nun ein Recht auf kollektive Selbstbestimmung gewöhnlich aus dem Vorliegen von Unterdrückungstatbeständen abgeleitet. Ich erinnere etwa an Lenins Unterscheidung zwischen unterdrückenden und unterdrückten Nationen; nur den letztgenannten gestand er ein Recht auf kollektive Selbstbestimmung zu. Entsprechend der vorgeschla-

genen Dreiteilung können wir drei solcher Tatbestände unterscheiden. Unterdrückt werden kann erstens die kulturelle oder biologische Eigenart eines ethnischen Kollektivs, zweitens die Gesamtheit der einheimischen Bevölkerung auf einem Territorium oder drittens der gemeinsame Wille einer auf subjektiver Grundlage geeinten Bürgerschaft.

Ein Beispiel für ethnische Unterdrükkung ist das Schicksal der Kurdinnen und Kurden, vor allem in der Türkei, in Syrien und im Irak. Beispiele für die Unterdrükkung einer einheimischen Bevölkerung in ihrer Gesamtheit, unabhängig von ethnischen Unterscheidungen, finden wir in der Geschichte des Kolonialismus. Ein Beispiel für die Unterdrückung eines Demos ist die Annexion Elsaß-Lothringens durch Deutschland nach dem Krieg von 1871.

Nun ist es eine Sache, Unterdrückung zu kritisieren, eine andere Sache jedoch, sich mit den Gegnern unterdrückerischer Verhältnisse zu solidarisieren. Wer etwa die mörderischen Militäraktionen der Türken gegen die kurdische Minderheit kritisiert, muß deshalb noch lange nicht der Forderung nach einem kurdischen Staat zustimmen. Beide, die Kritik und die Solidarisierung, bedürfen eines moralischen Maßstabes. Im Falle der Kritik genügt dazu in aller Regel die Meßlatte der Menschenrechte. Doch für eine sinnvolle Solidarisierung bedarf es außerdem der Überzeugung, daß die unterstützten Gruppen die Möglichkeit einer besseren Zukunft verkörpern. Wie ist nun im Lichte dieses Kriteriums die Berufung auf das „Selbstbestimmungsrecht der Völker“ zu bewerten? Auch diese Frage möchte ich wiederum für die drei Volksbegriffe getrennt erörtern.

Der plebejische Begriff des Volkes läßt recht unterschiedliche Ausfüllungen zu, die nicht zuletzt von den strategischen Interessen seiner Verwender bestimmt sein dürften. Außerdem legt er eine Homogenitätsfiktion nahe: Das Volk bildet demnach eine Einheit, zusammengeschmiedet durch die Erfahrung der Unterdrückung, geeint im Kampf gegen diese Unterdrükkung. Wer so denkt, neigt dazu, interne Differenzierungen, etwa zwischen unterschiedlichen Klassen, Subkulturen, Religionsgemeinschaften oder zwischen den Geschlechtern, für unwesentlich zu erklären.

Damit hängt zusammen, daß sich dem plebejischen Volksbegriff kein Ordnungsprinzip für eine nachrevolutionäre Phase abgewinnen läßt. Was ist, wenn definitionsgemäß das bisherige Volk die Macht besitzt? Etabliert sich dann eine neue Unterscheidung zwischen Volk und Herrschenden, oder werden innergesellschaftliche Gegensätze im Namen der Einheit des Volkes unterdrückt, wie es zum Beispiel in Kuba geschah? Denjenigen, die jahre- und jahrzehntelang im Namen der „Einheit des Volkes“ gegen Unterdrückung gekämpft haben, kann die Anerkennung eines innergesellschaftlichen Pluralismus schwer fallen, weil sie nicht gewohnt sind, in Kategorien der gesellschaftlichen Heterogenität zu denken. Wie ist demgegenüber der ethnische Volksbegriff zu beurteilen? Seine Verwendung in Kontexten von Solidaritätsarbeit ist oftmals unvermeidlich, weil die Einheit einer ethnischen Gruppe durch Unterdrückung, die auf dieser Gruppe lastet, diskriminatorisch hergestellt wird. Nicht selten werden ethnische Grenzen eher durch Fremdzuschreibungen als durch Selbstzuschreibungen stabilisiert.

Damit ist jedoch schon eine erste Einschränkung benannt. Ethnische Gruppen sind oft weniger ursprünglich, als ihre Angehörigen oder als Außenstehende wähnen. Max Weber hat darauf aufmerksam gemacht, daß für eine völkische Einheit der Glaube an die gemeinsame Herkunft meist wichtiger ist als die tatsächliche Herkunft. Die vermeintliche Objektivität ethnischer Merkmale verdankt sich nicht selten einer mythologisierenden Verkennung ihrer historischen Herstellung.

Nun kann aber die Einheit eines Ethnos auch negatorisch, durch gemeinsame Unterdrückungserfahrungen gestiftet sein. Zudem könnte man darauf hinweisen, daß die ethnisch-völkische Idee, egal wie trübe ihre Quellen auch sein mögen, eben längst zur materiellen Gewalt geworden sei. Daß sich viele Menschen heute irgendwelchen ethnischen Völkern zurechnen, ist eine politische Tatsache, die man nicht mit bloßer Ideologiekritik aus der Welt schaffen kann.

Doch folgt daraus notwendig die Forderung nach nationaler Selbstregierung? Ich meine nein. In Anlehnung an die amerikanischen Philosophen Kymlicka und Norman möchte ich drei Möglichkeiten des Abbaus ethnischer Diskriminierungen unterscheiden:

Erstens könnte man Minderheiten, solange faktische Diskriminierungen fortbestehen, kompensatorische Vertretungsrechte einräumen. Der Gedanke ist, daß solche Rechte dazu dienen, sich selbst überflüssig zu machen: Sie sollen den Abbau der Benachteiligungen beschleunigen. Kompensatorische Vertretungsrechte zielen auf Integration einer Gruppe in ein Gemeinwesen, nicht auf ihre Separierung.

Zweitens besteht die Möglichkeit, den Angehörigen ethnischer Gruppen sogenannte multikulturelle Rechte einzuräumen. Dieser Begriff ist nicht sehr klar, aber der Einfachheit halber sollten wir darunter solche Rechte verstehen, die über eine bloß desinteressierte Toleranz des Gewährenlassens hinausreichen. Multikulturelle Rechte können den Angehörigen einer kulturellen Gruppe dabei helfen, die Eigenarten ihrer Lebensform zu tradieren. Für solche Rechte – zu nennen wäre etwa zweisprachiger Unterricht, die finanzielle Förderung kultureller Aktivitäten oder ein erleichterter Zugang zu öffentlichen Kommunikationsmitteln – lassen sich unterschiedliche Begründungen anführen: etwa liberale Argumente, die den Beitrag kultureller Gruppen zur Entwicklung der Individuen hervorheben oder eher kommunitaristische Argumente, die auf den „intrinsischen Wert“ von Gemeinschaften abheben.

Was immer von solchen Argumenten im einzelnen zu halten ist: Auch sie berühren nicht die eigentlich brisante Frage des „Selbstbestimmungsrechts der Völker“. Wie kompensatorische Vertretungsrechte, so zielen auch multikulturelle Rechte gewöhnlich auf die Integration von Minderheiten in ein Gemeinwesen; allerdings, und das unterscheidet sie von der erstgenannten Kategorie von Rechten, geht es dabei nicht um die perspektivische Überwindung von Unterschieden, sondern bestenfalls um ihre Aufhebung. Kulturelle Pluralität und politische Integration müssen sich miteinander vereinbaren lassen. Ethnische Vielfalt gilt nicht per se als Problem, sondern vielleicht sogar als Bereicherung eines Gemeinwesens. Grundsätzlich kritikwürdig sind multikulturelle Rechte nur dann, wenn sie auf die Unterstützung von Menschenrechtsverletzungen hinauslaufen.

Lateinamerika Nachrichten

die Monatszeitschrift zu Lateinamerika

nächste Themenschwerpunkte:

Nr. 250 / April
(Über)leben in lateinamerikanischen Städten

Nr. 251 / Mai
Jüdisches und antifaschistisches Exil in Lateinamerika

Nr. 252 / Juni
Flucht und Exil von Nazis

Einzelheft 6,- DM, Jahresabo 60,- DM

Lateinamerika Nachrichten
Gneisenaustr. 2, 10961 Berlin

Gruppenrechte und Menschenrechte stehen nicht auf derselben normativen Stufe.

Drittens könnte man argumentieren, daß eine endgültige Überwindung der Benachteiligung nur vom Recht auf politische Selbstregierung zu erwarten sei. Erst damit wird das Ziel der Integration im Rahmen eines bestehenden Staates in Frage gestellt. Politische Selbstregierung kann von einem Autonomiestatus bis zur nationalen Sezession reichen. Bereits auf der Ebene der Autonomie stellt sich die Frage nach einer dauerhaften Verträglichkeit eines solchen Sonderstatus mit dem Ziel der Einheit eines Staates.

Die Forderung nach politischer Selbstregierung wirft zwei Probleme auf, die sich auf den ersten beiden Rechtsebenen noch gar nicht stellen: das Problem der Territorialität und das Problem der Zwangsmittel. Beide sind natürlich konstitutiv für den Status eines Staates.

Territorialität bedeutet die Notwendigkeit der Grenzziehung, mit der eine „In-Group" von einer Umwelt abgegrenzt wird. Die In-Group unterliegt dem Anspruch des Staates auf das Monopol der legitimen physischen Gewaltsamkeit.

Allerdings heißt das nicht, daß alle Bewohnerinnen und Bewohner eines solchen staatlich geeinten Territoriums die gleichen Rechte besitzen müssen. Selbst in demokratischen Rechtsstaaten wird stets zwischen einem Staatsbürgerstatus und mehr oder minder abgestuften anderen Positionen unterschieden. Es ist in diesem Zusammenhang durchaus gerechtfertigt, von innergesellschaftlichen Grenzziehungen zu sprechen, die bis zu apartheidähnlichen Zuständen der Ein- und Ausschließung reichen können, etwa im Fall von Flüchtlingen.

Mit diesem Problem der äußeren und inneren Grenzziehung ist das Problem der Zwangsgewalt verknüpft. Nach außen stellt sich das staatliche Gewaltpotential gewöhnlich militärisch dar, nach innen polizeilich. Je stärker ausgeprägt die inneren Grenzziehungen sind, umso wahrscheinlicher ist eine ungleiche Verteilung von Repressalien der Ordnungsmacht zu Lasten der Unterprivilegierten.

All diese Probleme verschärfen sich, wenn das Recht auf Selbstregierung ethnisch begründet wird. Der ethnische Nationalismus orientiert sich an einem Ideal, das Ernest Gellner als „Übereinstimmung der Grenzen von Staat und Nation" bezeichnet hat, wobei mit Nation der staatlich geeinte Ethnos gemeint ist. Da diese Deckungsgleichheit in der Realität wohl nirgends anzutreffen ist, neigen ethnische Nationalisten dazu, sie gewaltsam herzustellen: durch Assimilation, Vertreibung, Zwangsumsiedlung und physische Vernichtung. Selbst wenn dabei auf die besonders blutigen Formen der Vereinheitlichung verzichtet wird, bleibt der ethnischen Reinheitsvorstellung die Tendenz zur Ausgrenzung und Diskriminierung inhärent. Wenn es uns darum geht, die Kette der Gewalt zu zerbrechen, darf die Antwort auf ethnische Diskriminierung und Verfolgung nicht die Unterstützung von ethnischem Nationalismus sein. In allen ethnisch gemischten Gebieten – und welche wären das heute nicht? – entstehen mit jeder Grenzziehung neue Minderheiten, wie Bruno Schoch zu Recht angemerkt hat. Das ethnische Prinzip macht die Minderheitenproblematik zur russischen Puppe.

Eine normativ angemessene Diskussion des „Rechts der Völker auf Selbstbestimmung" sollte von dem empirischen Sachverhalt der ethnischen Heterogenität ausgehen. Das allerdings kann uns zum Eingeständnis eines Dilemmas zwingen. Es ist ja möglich, daß die heutige Heterogenität das Ergebnis vergangenen Unrechts ist. Beispiele dafür sind die Italienisierung Südtirols oder die Russifizierung des Baltikums. In so einem Fall müssen wir abwägen zwischen dem Wunsch nach ausgleichender Gerechtigkeit und dem Wunsch nach gleichmäßiger Achtung aller Ansprüche der heute auf einem Territorium Lebenden.

III.

Unter der Bedingung ethnischer Heterogenität ist es sinnvoll, einer Empfehlung des alten Brecht zu folgen und statt vom „Volk" von „Bevölkerung" zu sprechen. Allerdings ist und bleibt das Wort Volk ein normativer Zentralbegriff des politischen Denkens. Einen Ausweg aus dieser Schwierigkeit könnte der voluntative Volksbegriff weisen. Wird das Volk als politische Willensgemeinschaft verstanden, so bleibt die Bildung neuer Völker auch auf ethnisch heterogenen Territorien möglich. Damit bleibt auch die Problematik eines „Rechts auf Sezession" akut. Der Wunsch nach Sezession wäre legitim, wenn er sich auf einen zwanglos zustande gekommenen Gemeinwillen stützen könnte.

Doch die Idee des Gemeinwillens erweist sich selber als Fiktion, solange sie konkretistisch verstanden wird. Darauf hat vor allem, im Anschluß an Hannah Arendt, die postmoderne Kritik an den republikanischen Gründungsmythen aufmerksam gemacht. In der empirischen Welt gibt es ja keinen volonté générale, sondern nur einen volonté de tous; demzufolge sind diejenigen, die im Namen des ganzen Volkes irgendwelche bindenden Grundsätze verkünden, niemals deckungsgleich mit der Gesamtheit der daran Gebundenen. Ist also auch die Einheit des Demos nur um den Preis der Unterdrückung und der Ausgrenzung des „Anderen" zu haben?

Die „Vereinigung des Volkes" verliert den Schrecken der Unwiderruflichkeit, wenn wir sie lediglich als Metapher für einen sehr viel prosaischeren Sachverhalt lesen. Der „Wille des Volkes" ist gleichsam zweigeteilt: er teilt sich auf in die menschenrechtlich begründeten Bestimmungen einer Verfassung und in den realen politischen Prozeß der Entzweiung und des Zusammenschlusses, des Kampfes und der Verständigung. Eben dies meinte Jürgen Habermas mit dem Wort von der „Volkssouveränität als Verfahren".

Verstehen wir die Verfassungsprinzipien als Verkörperung des volonté générale, den politischen Prozeß als Ausdruck des volonté de tous, so können wir die moralische und die empirische Seite des Volksbegriffes adäquater aufeinander beziehen, als etwa Rousseau dies vermochte. Der empirische Vorgang der Assoziation und Dissoziation bewegt sich innerhalb eines rechtsstaatlichen Rahmens, dessen Richtigkeit wiederum von der letztinstanzlichen Bindung an universalistische Prinzipien abhängt.

Die zuletzt umrissenen Überlegungen laufen auf einen nachmetaphysischen Volksbegriff auf menschenrechtlicher Grundlage hinaus. Mein Vorschlag lautet, einen solchen Volksbegriff als Meßlatte auch an die Frage eines „Rechts der Völker auf Sezession" anzulegen. Nur dem politischen Volksbegriff lassen sich die erforderlichen normativen Ressourcen abgewinnen, um in dieser Frage wenigstens im Reich der Gedanken zu gerechten Lösungen zu gelangen. Über seine realpolitische Tragfähigkeit ist damit noch nichts gesagt. Hier gilt wohl eher die pessimistische Einschätzung von Bruno Schoch: Wenn eine ethnische Gruppe im Hegelschen Sinne entschlossen ist, um ihre „nationale Selbstbehauptung" einen Kampf bis zum Tode zu führen, so wird man ihr nicht mit moralischen Argumenten Einhalt gebieten können. In solch einem Fall wäre es schon viel, wenn es gelänge, ihr unter Anwendung aller zivilen Druckmittel und Anreize wenigstens die Anerkennung der Menschenrechte auch für Minderheiten abzutrotzen.

In jedem Fall sollte das undifferenzierte Gerede vom „Selbstbestimmungsrecht der Völker", zu dem gerade vorgebliche Internationalisten immer noch neigen, endlich der Vergangenheit angehören. Es gibt kein radikaleres internationalistisches Prinzip als die Universalität der Menschenrechte. Diese aber stehen in einem unaufhebbaren Spannungsverhältnis zum Anspruch auf nationale Selbstbehauptung. Die Linke muß sich entscheiden, ob der Bezugspunkt ihrer Unterstützung weiterhin das Kollektivsubjekt Volk, oder der einzelne, versehrbare Mensch sein soll. Die Aufopferung der Individuen im Namen höherer Prinzipien oder einer besseren Zukunft ist das schlechte Erbe der Geschichtsphilosophie. Von diesem Erbe sollten wir Abschied nehmen. ●

Bernd Ladwig ist Diplompolitologe und Redakteur der antimilitarismus information (ami).

JOACHIM HIRSCH

Linke Politik: No future

Was unter „links", gar „linker Politik" zu verstehen sei, ist bekanntlich umstritten. Wenn wir damit die Ansätze bezeichnen, die auf eine grundlegende Befreiung der Menschen aus Not, Ausbeutung, Würdelosigkeit und Unterdrückung zielen, so ist diese simpel erscheinende Umschreibung dennoch höchst bedeutungsschwer. Sie meint die Umwälzung aller gesellschaftlichen Verhältnisse, die menschlicher Befreiung entgegenstehen und sie schließt ein, daß diese Befreiung nicht nur materiell, sondern immer auch schon politisch gemeint sein muß. Linke Politik nach diesem Verständnis ist also zugleich sozialrevolutionär und radikaldemokratisch. Wenn der Begriff „Sozialismus" heute überhaupt noch etwas bedeuten soll, dann in diesem Sinne. Die Erfahrung mit dem gescheiterten „realen" hat zumindest dies bestätigt.

Versteht man „linke Politik" so, dann ist die Frage nach ihren derzeitigen Perspektiven schnell beantwortet: da es sie nicht gibt, kann sie auch keine haben. Daß auf dem Feld der offiziellen Politik sich Differenzen bestenfalls noch bezüglich der Frage ausmachen lassen, ob und wieviel Brocken den Zukurzgekommenen gelegentlich hingeschmissen werden und daß das Bekenntnis zum autoritären Parteienstaat die herrschende politische Klasse aller Richtungen zusammenschweißt, ist bekannt. Es gibt heute überhaupt keine Partei mehr, die sich nicht – ganz zu Recht – der konservativen „Mitte" zurechnet. Nicht zuletzt dies zeigt, wie nachhaltig das bürgerlich-parlamentarische Rechts-Links-Schema inzwischen der autoritären Transformation der real existierenden Demokratie zum Opfer gefallen ist. Statt „rechts" und „links" zählt tatsächlich nur noch das „hinten" oder „vorne" bei der Modernisierung des Kapitalismus, wie es die GRÜNEN gerade so erfolgreich vorexerzieren.

Neu ist allerdings, daß es jenseits dieser staatlich-parteipolitischen Ebene keine bedeutsame linke politische Kraft mehr gibt, die in der Lage wäre, wenn schon nicht folgenreiche Politik zu machen, so doch maßgebend auf die öffentliche Debatte Einfluß zu nehmen, genaue Gesellschaftskritik zu üben, Perspektiven über den strukturellen Status Quo hinaus zu formulieren, kurz: mit hegemonialem Anspruch aufzutreten. Je inflationärer der Begriff „Hegemonie" im linken Vokabular der letzten Jahre wurde, desto mehr war man real von ihr entfernt. Was heute an radikaleren linken Strömungen noch übriggeblieben ist, zeichnet sich vor allem durch theoretisch-politische Desorientierung aus und führt bestenfalls noch eine unbedeutende politische Randexistenz.

Die historischen Gründe dafür sind komplex und können hier nicht debattiert werden. Festzuhalten bleibt nur, daß die heute existierenden linken Strömungen sich bei aller möglicherweise vorhandenen verbalen Radikalität und trotz gelegentlich noch anzutreffender Militanz dadurch auszeichnen, daß sie in ihrem Politikverständnis den Rahmen der bürgerlichen Gesellschaft nicht mehr überschreiten. D.h. sie bewegen sich weitgehend innerhalb der Bewußtseins- und Handlungsformen, die von den bestehenden gesellschaftlichen Strukturen bestimmt werden. Sie verfügen nicht nur über kein plausibles gesellschaftliches Alternativmodell – was nicht so schlimm wäre –, sondern auch über keinen Begriff von revolutionärer Praxis. Die strukturellen sozialen Formen, die für die bürgerlich-kapitalistische Gesellschaft bestimmend sind – Trennung von „Staat" und „Gesellschaft", von „Politik" und „Ökonomie", können weder theoretisch kritisiert noch praktisch überschritten werden. Damit einher geht die Wiederbelebung der Staatsillusion, d.h. des Glaubens, im Staat läge der Ursprung und Grund von Herrschaft und damit zugleich der entscheidende Hebel gesellschaftlicher Veränderung.

Daß dies für das rotgrün parlamentarisierte ehemalige alternative Bewegungsmilieu gilt, bedarf keiner weiteren Begründung. Es gilt aber auch für die vielen antirassistischen, antinationalistischen und antifaschistischen Initiativen, die im Kern über das Einklagen bürgerlicher Menschenrechte – so wichtig das ist – nicht hinausgehen. Die Bekämpfung von Rassismus, Nationalismus und Neofaschismus hätte sich ja nicht nur auf deren aktuelle Personifizierungen und Ausdrucksformen, sondern auch auf die gesellschaftlichen Strukturen zu richten, die sie hervorbringen. Davon ist freilich wenig zu spüren. Diese Feststellung gilt im großen und ganzen auch für das sich als „autonom" verstehende linksradikale Spektrum, das sich zu den bestehenden ökonomisch-politischen Strukturen nur noch abstrakt negatorisch verhalten kann und sie gerade dadurch bestätigt.

Nehmen wir nur ein Beispiel: die als radikal empfundene Parole „Nie wieder Deutschland" war nicht nur deshalb politisch so hilflos, weil die Gründe für den Zusammenbruch der DDR offenkundig nicht verstanden wurden, sondern weil sie praktisch als Bekenntnis zur alten Bundesrepublik betrachtet werden mußte – eine nicht eben beeindruckend radikale, sondern eher konservative und jedenfalls wenig gesellschaftskritische Parole also. Natürlich

gibt es Gründe, weshalb sich als radikal begreifende Linke sich faktisch darauf beschränken, bürgerlich-demokratische Postulate und Verhältnisse zu verteidigen. Auch die Forderung nach „offenen Grenzen" zählt im übrigen – siehe das nun wirklich im Kern „bürgerliche" Asylrecht – dazu. Die Gründe liegen in den sich immer deutlicher ausdrückenden Tendenzen der Zerstörung einmal erkämpfter bürgerlich-demokatischer Verhältnisse. Das Problem freilich ist, daß nicht einmal diese verteidigt werden können, ohne sie gleichzeitig zu überschreiten.

Es ist keine billige Nostalgie, wenn man feststellt, daß die politische Diskussion schon weiter war. Nicht ganz wenige Menschen wußten einmal, daß sozialrevolutionäre Politik im Kern auf die unmittelbare und praktische Veränderung von Lebensverhältnissen und sozialen Beziehungen zielen muß, also von Arbeits- und Lebensformen, Konsumnormen, Geschlechterverhältnissen und Familienstrukturen. Es gab den Begriff der „Kulturrevolution", der genau darauf, auf die Erkenntnis, daß das „Private" entscheidend „politisch" ist, abzielte. Es war auch klar, daß solche Veränderungen nur Bestand und Entwicklungsperspektiven haben können, wenn sie in ein Netzwerk autonomer und selbstorganisierter politischer Strukturen eingebettet sind und daß die „Politisierung des Privaten" vor den kapitalistischen Produktions- und Verfügungsverhältnissen nicht Halt machen darf. Mit etatistischer Partei- und Verbandspolitik ist das überhaupt nicht zu leisten. Schließlich wußte man, daß gesellschaftliche Veränderungen in der Tat mit dem Kampf um „Hegemonie" verbunden sind. Das heißt, daß es einer selbstorganisierten alternativen Öffentlichkeit bedarf, die es sich nicht in subkulturellen Nischen bequem macht, wo man so nett unter sich ist und sich daher so identisch fühlt. Vielmehr kommt es darauf an, sich kritisch, präzise und nachvollziehbar auf herrschende Politik, Theorie und Ideologie zu beziehen und Strategien praktischer Gesellschaftsveränderung zum Thema und Gegenstand öffentlicher Auseinandersetzung zu machen.

Die „Kulturrevolution", die heute tatsächlich stattfindet, wird indessen maßgebend von den Industrie- und Medienmultis vorangetrieben und von vielen mitvollzogen, die sich immer noch und irgendwie als politisch oppositionell verstehen. Sie formen die herrschenden Lebensstile, die Geschlechterbeziehungen und die Konsumgewohnheiten am nachhaltigsten und es ist überhaupt nicht mehr zu sehen, woher sich Widerstand dagegen entwickeln sollte. Von linken E-Mail-Anschlüssen, Toscana-Fraktionen, noch so alternativen KulturindustriekonsumentInnen und InternetTeilnehmerInnen jedenfalls nicht. Und ein „Antikapitalismus", der sich wahlweise auf die Ökologisierung desselben oder auf das Einschmeißen von Bankfenstern konzentriert, ist auch nicht eben zukunftsweisend.

Ein wichtiger Grund für diese Entwicklung liegt gewiß im Scheitern all dessen, was die Protestbewegung Ende der sechziger Jahre und die „neuen sozialen Bewegungen" in ihrer Anfangsphase einmal anvisiert hatten. Daß die hochgesteckten revolutionären Hoffnungen enttäuscht wurden, hat sehr zur Resignation oder eben zu den bekannten politischen Wenden beigetragen. Die 68er-Bewegung ist inzwischen nur noch Gegenstand rancünehafter Abrechnungen, die Ökologie- ebenso wie die Frauenbewegung haben sich in wesentlichen Teilen als MitträgerInnen der neokonservativen Wende entpuppt, beschäftigen sich mit der ökologischen und quotentechnischen Modernisierung der bestehenden Produktions- und Herrschaftsverhältnisse.

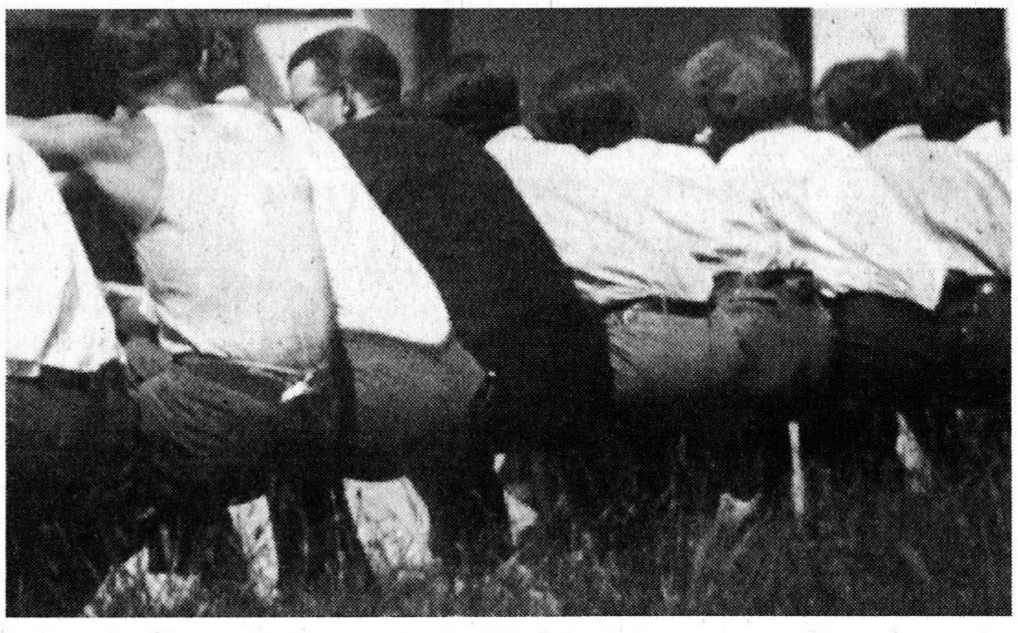
Für viele, die diese Wenden nicht mitgemacht haben, steht heute fest, daß diese Gesellschaft nicht mehr veränderbar ist und daß es nur noch darauf ankommt, die eigene kritische Position, das eigene Nicht-Mitmachen wenigstens zu proklamieren, sich seine „Identität" möglichst rein zu halten von den Gemengen politischer Praxis. Ideologische Selbstradikalisierung als Politikersatz. Dem mag vielleicht sogar eine realistische Einschätzung der Verhältnisse zugrundeliegen. Politik, gar linke, d.h. praktisch sozialrevolutionäre und radikaldemokratische, ist es allerdings keine. Und deshalb steht es mit den Perspektiven linker Politik derzeit so schlecht. Nicht weil es diese von den objektiven Bedingungen her überhaupt nicht geben könnte, sondern weil schlecht aufgearbeitete und verdrängte Erfahrungen mit politischen Fehlschlägen ein allgemeines Bewußtsein des „no future" produziert haben.

Wie lassen sich die gesellschaftlichen Verhältnisse umwälzen? Der Partei- und Staatssozialismus ist ebenso gescheitert wie der sozialdemokratische Reformismus. Daran ändern auch einige grün eingefärbte Wiederbelebungshoffnungen nichts. Man kann aus den gegebenen gesellschaftlichen Verhältnissen weder einfach austreten noch hilft es viel, abstrakte Gegenmodelle zu entwerfen. Utopie, deren absolutes Fehlen das gegenwärtige linke Desaster am meisten kennzeichnet, entwickelt sich aus praktischen Erfahrungen und Auseinandersetzungen. Jeder Versuch, die Gesellschaft zu verändern, muß an den bestehenden Verhältnissen und ihren Widersprüchen ansetzen. Dies schon deshalb, weil „bürgerliche" Bewußtseinsformen und Verhaltensprägungen tief in uns alle eingelassen sind. Sich davon zu befreien, ist ein langwieriger und konfliktreicher Erfahrungs- und Lernprozeß.

Das heißt, daß jede sozialrevolutionäre Politik sich zugleich *in und gegen Staat und Kapital* entwickeln muß. Sie gedeiht nicht im Ghetto. Das setzt nicht nur Selbstorganisation, sondern auch praktische Auseinandersetzung mit den herrschenden Institutionen voraus. Es geht nicht um die Übernahme von Staatsmacht, auch nicht nur um deren Zerschlagung, sondern um die Transformation der politischen Strukturen, und zwar dadurch, daß ihnen andere Handlungs- und Praxisformen entgegengesetzt, die bürgerlich-kapitalistischen politischen Formen durchbrochen und überschritten werden. Erst dadurch wäre es möglich, nach dem Scheitern aller Sozialismen die entscheidende Frage der Produktionsverhältnisse wieder folgenreich zu stellen.

Dieser praktische Bruch mit der herrschenden Politik, die Überschreitung der Grenzen bürgerlicher Repräsentativdemokratie macht politische Radikalität aus, nicht verbaler Radikalismus oder aktionistische Militanz. Wenn es je einmal wieder eine linke Perspektive geben sollte, dann müßte sie in einem *„radikalen Reformismus"* liegen, d.h. einer Politik, die auf eine selbsttätige und grundlegende Umwälzung der praktischen Lebensverhältnisse und auf eine schrittweise Demokratisierung der ökonomischen und politischen Institutionen zielt und sich dessen bewußt ist, daß dies einen Selbstrevolutionierungsprozeß beinhaltet, der konfliktreiche und schwierige Erfahrungs- und Lernprozesse einschließt.

Davon ist heute kaum noch etwas zu spüren. Bürgerliche Kultur und Politik herrscht unumschränkt, von den ökonomischen Verhältnissen ganz zu schweigen. Linke Politik, so es sie noch gibt, bewegt sich perspektivlos in den Schranken der kapitalistischen Gesellschaft. Was not täte, wäre zuallererst die kritische Aufarbeitung der Erfahrungen der letzten dreißig Jahre und die Wiedergewinnung einer praktisch gesellschaftskritischen Kompetenz. Das meint Kritik im Handgemege, Verbindung von Theorie und Praxis. Wenn dies nicht gelingt, bleibt „linke"Politik, die mehr ist als kapitalistische Modernisierung oder hilflose Verweigerung, eine Schimäre. ●

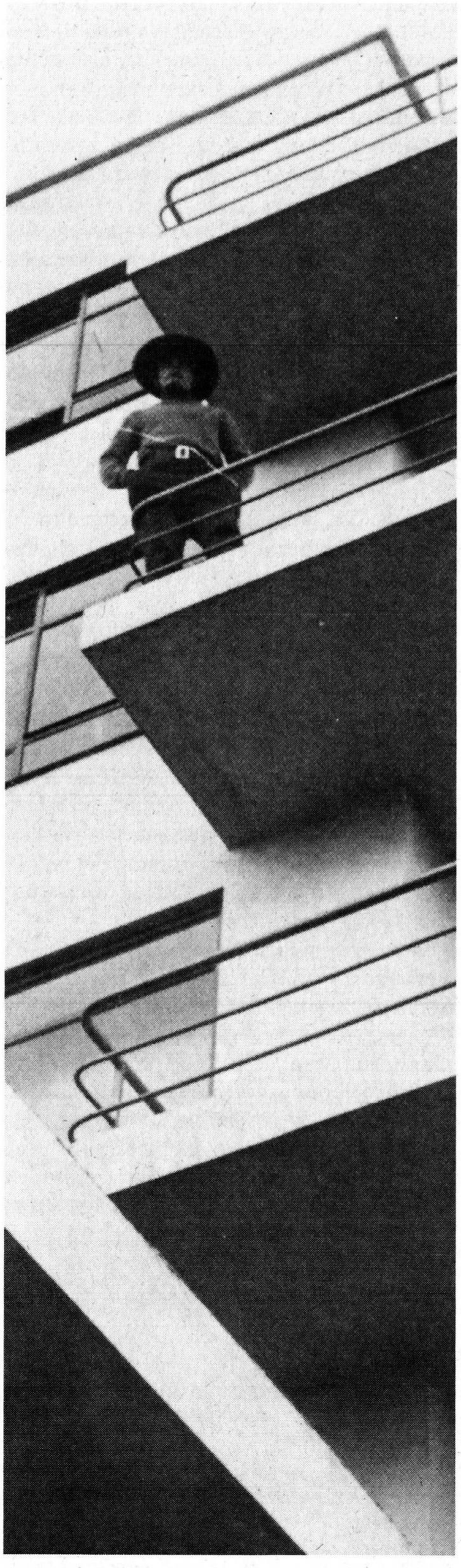


EIKE HENNIG

Perspektiven linker Politik

Die Vorstellung, ein globalisierter Kapitalismus verlange auch global gültige politische Konzepte, ist naiv. Schon Marx stellte fest, daß identische ökonomische Strukturen je nach örtlichen Gegebenheiten unterschiedliche kulturelle Muster und unterschiedliche politische Praktiken ermöglichen. Solche Unterschiede zwischen dominierender Struktur und historisch-konkreter Ausformung sind geradezu ein Merkmal der Moderne und des Kapitalismus. Globalisierung des Kapitals bedeutet also nicht, daß z.B. die Probleme der Migration in Singapur, Frankfurt oder in den Niederlanden überall die gleichen sind und gleich angegangen werden können. Die Differenz zwischen politisch-ökonomischer Strukturidentität und allen Bezügen zum Weltmarkt auf der einen und die jeweils spezifische Ausprägung politischer, sozialer und ökonomischer Probleme an einem Ort auf der anderen Seite definiert erst das Feld der Politik. Diese Differenz ist gleichsam das klassische Medium der Opposition, während die ökonomischen Interessen vor allem der tertiarisierten Leitindustrien sich internationaler, raumübergreifender darstellen. Das Erkennen jener Differenz eröffnet politische Handlungsspielräume, und insofern kommt die Frage nach den Perspektiven linker Politik zunächst als genuin theoretische daher.

Um das zu verdeutlichen, wird Charles Taylors Diktum von der Politik der Differenz und Anerkennung aufgegriffen. Gerade die unterschiedliche Behandlung der „multiethnischen Probleme“ etwa zwischen BRD, F, GB und USA, was die Staatsbürgerfrage betrifft, oder zwischen DK und BRD bezüglich der Rechtsstaatlichkeit der Verfahren oder zwischen BRD und NL, was Toleranz für Minderheiten anbetrifft, verweist auf die politisch von „links“ auszunutzenden Differenzen. Die politische Differenz definiert lokale, regionale wie nationale Besonderheiten der Rechten, Konservativen und Sozialdemokraten. Wenn das Spektrum 1. zwischen kategorialen Analysen und politischen Analysen beachtet wird, welches Marx selbst schon mit der Kritik der politischen Ökonomie und seinen politischen Tagesschriften aufgespannt hat, wenn 2. die Differenz



gegenwärtiger Politikentwürfe beachtet wird, dann zeigt sich, daß Handlungsspielräume existieren. Beispielsweise unterscheiden sich die Integrationsstrategien politischer Systeme – etwa im Schnitt des nationalen Output zwischen BRD, USA und GB, sie unterscheiden sich aber auch innenpolitisch hinsichtlich der „Monopolgruppen“. Politische Differenz ergibt sich für Oppositionen aus den Spannweiten zwischen abstrakter und konkreter Negation, für herrschende Interessen aus den Spannweiten zwischen abstrakten Strukturen und konkreten Strategien. Oppositionen und herrschende Interessen tragen Politik als Konflikt, Diskurs und Projekt in den Räumen der Differenz aus, d. h. in den Feldern der Strukturdifferenzierung und des Fundus an Deutungen des Verhältnisses von „Staat“ und „Gesellschaft“ bzw. oppositioneller, sozialtechnologischer, repressiver etc. Formen sozialer Integration bzw. Reaktionen auf sozioökonomischen Wandel.

Differenz bezeichnet sowohl die ökonomischen als auch die kulturellen und psychologischen Dimensionen und Konkretisierungen, in denen die jeweiligen Strukturabstrakta „der Kapitalismus“ und „der Moderne“ ihre konkret-sozialräumliche Gestalt(ung) annehmen. Differenz charakterisiert in Raum und Zeit die besonderen Parameter von Ökonomie, Politik und Gesellschaft, wie sie, immer abstrakter werdend, die Unterschiede zwischen Regionen innerhalb eines Staatsgebiets, zwischen nationalen Territorien und zwischen internationalen Staatengruppen beeinflussen. Diese Räume schließen an nationalstaatliche Territorien an, wobei Opposition, gerade dort, wo sie von „grassroot“ Projekten vor Ort getragen wird, stärker territorial gebunden ist als moderne Herrschaft und Technologie. Grenzöffnungen oder Grenzüber- wie -unterschreitungen sind maßgeblich nicht nur für die Beziehungen globaler Dienstleistungsindustrien und -zentren, sondern auch für deren Pendant „von unten“, die Migration aus „Weltdörfern“ in „Weltstädte“, und allgemein zur Reproduktion von „Erlebnisgesellschaften“ in Form touristischer Reise-

freiheit. Den bürgerrechtlich-lokalen und/oder wirtschaftsdemokratisch-betrieblichen Projekten der Opposition tritt mit diesen Grenzüberschreitungen mannigfach die Aushöhlung „des Nationalstaats" gegenüber und stellen ihrer lokalen; regionalen und nationalen Differenz die Dimension der Internationalität und der Menschenrechte gegenüber. Globalisierung ist deshalb kein Raumbezug, den die Oppositionen den herrschenden Interessen freigeben können, wenn ihre lokal-bürgerrechtlichen Projekte auf Gestaltungsraum insistieren. Andererseits mögen die o.g. Beispiele andeuten, daß gerade Globalisierung als ein Strukturbezug aufzufassen ist, dessen konkrete Ausgestaltung auf Differenzen zwischen kapitalistischen Eliten und politischen Systemen hinweist. Vor allem in Gestalt der „global cities" nimmt diese Konkretisierung handfest divergierende Formen an. Die „multiethnische Frage" z.B. nimmt in New York, London, Tokyo, Los Angeles, Miami, Singapur unterschiedliche Formen an, was vor allem die Handlungsspielräume dortiger Bürger- wie Menschenrechtsgruppen und sozialer Bewegungen beeinflußt. Frankfurt a.M. übrigens mit fast einem Drittel ausländischer Wohnbevölkerung weist bezogen auf Segregation noch nahezu idyllische Gleichverteilungen zwischen den Stadtbezirken auf.

Es gibt einen Pluralismus kapitalistischer Konzepte im Rahmen des Nationalstaats, bezüglich der Diskussion über die multinationale, transnationale und intergesellschaftliche Öffnung bzw. Unterwanderung desselben; es gibt einen Pluralismus zwischen den Nationalstaaten und/oder Blöcken. Indem dieser Raum der Differenz als Pluralismus bezeichnet wird, wird sogleich angesprochen, daß dieser Differenz eine „Entdramatisierung" der Klassenkonflikte und Widerspruchspotentiale unterliegt. Hier liegen, wie Kritiker von „links" einwenden können, sicher die Grenzen dieses Pluralismus – eines Pluralismus, im Prokrustesbett der Strukturkomponenten. Allerdings, bei Strafe des Maximalismus abstrakter Negationen, die der schlechten Welt die gute Theorie entgegenschleudern, oder des Theoretisierens zur Stabilisierung der Identität kritischer Kritiker, andere Spielräume als die solcher Differenzen sehe ich nicht. „Linke" Politik bezieht sich auf Demokratie und Menschenrechte, geht von Bürgerrechten aus, knüpft an lokalen Problemen an, überschreitet diese Ebene, von der sie gleichwohl ihre Konkretheit und Subjektivität „ableitet", tritt als ein pluralistischer Impuls in die politisch-pluralistische Arena. „Linke" Opposition sollte sich dabei aus der Vielzahl zivilgesellschaftlicher Diskursbeiträge abheben, indem sie nicht als reine Beliebigkeit und formalisiert-konventionelle Partizipation auftritt, sondern aus „grass roots" ihre besondere Emphase als „Einheit" von kritischer Analyse und emotional-moralischem Protest herleitet.

Perspektiven „linker" Politik ergeben sich daraus, die Differenz 1. anzuerkennen, sich 2. (pluralistisch – wie sonst?) gestaltend einzumischen – zumindest auf dem Wege der allgemeinen Meinungsbeeinflussung und der besonderen (idealiter allerdings zu vernetzenden) Projekte- und 3. wenn diese Differenzen auf die Chancen objektiver Möglichkeiten untersucht und beeinflußt werden. Insofern rechtsstaatlicher Universalismus und eine entsprechende Konfliktregelung durch Verfahren dafür unerläßlich sind, muß eine „Linke" sich defensiv vor allem dem Kampf um Verfassungspositionen widmen. Kampf um Verfassungspositionen meint aber nicht nur die Rolle eines Hüters der Verfassung, sondern bezieht sich auch auf die Diskussion und Praxis demokratischer Souveränität. In der Bundesrepublik allerdings zeigt die Verfassungsdebatte, daß „linke" Gruppen gegenwärtig zu sehr die Position des Widerstands beziehen, daß sie nach den „runden Tischen" zu Zeiten der DDR-Agonie auf gestaltende Volkssouveränität verzichten. Habermas' Einsatz für Verfassungspatriotismus illustriert diesen Rückzug.

Pluralistische Differenzen hinsichtlich ihrer objektiven Möglichkeit zu analysieren, macht die Aufgabe einer „linken" Theorie und „linken" Politik aus, zumindest im Gedanken an Relevanz, wenn nicht an Praxis, sollte die Trennung von Analyse und Politik zum Problem der Darstellung kritischer Theorie werden. Es geht darum, strukturelle Gewaltverhältnisse i.s. sachlich überholter Reminiszenzen an Abhängigkeiten und verhinderter Entfaltungen. kritisch darzustellen -dies ist der theoretisch-analytische Part- und diese Erkundungen sodann als pluralistische Differenz in einen öffentlichen Diskurs über die Fragen eines „common good" einzugeben. Der allgemeine Pluralismus wird dabei zugleich verlassen, weil zur Analyse und Öffentlichkeit die Ebene des Handelns in Projekten hinzukommt. Je mehr diese drei Ebenen zur wahrnehmbaren Differenz verschmelzen, desto „linker" mag diese Opposition genannt werden.

„Linke" Politik beginnt mit der kritischen Analyse und ist dann der Versuch, die Öffentlichkeiten einer „starken Demokratie" (Barber) mit diesen Recherchen zu unterstützen. Zentral ist die Intention, den Verfassungsrahmen und pluralistische Differenzen zur Durchsetzung objektiver Möglichkeiten auszunutzen. Gerade das Feld des Multikulturalismus bzw. der „Heimat Babylon" ist offen für unterschiedliche rechtliche Ausgestaltungen: Migration, Globalisierung und die Aushöhlungen, Überschreitungen bzw. Unterwanderungen vormals geschlossener nationalstaalicher Grenzen verweisen auf einen Pluralismus an Gestaltungsmöglichkeiten – ein Pluralismus, der für die hic et nunc nur einmal lebenden Individuen, für Migrierte wie Migranten, die Differenz von Leben oder Tod bedeuten kann. Dieser Pluralismus löst gewiß nicht „die" Probleme „der" Welt, wenngleich er den Traum einer schönen Welt nicht aufgibt. Der Pluralismus reformistischer Wagnisse und Kompromisse ist bemüht, nach Maßgabe objektiver Möglichkeiten Strukturen zu ändern, konkret zu negieren. Auf Änderungen und ein pluralistisch-selbstreflektives Konzept der demokratischen Transformation (das ist kein staatssozialistischer Entwicklungsplan!), nicht auf binäre Revolutionsbilder oder apokalyptische Umweltkatastrophen sollten sich die Energien von „links" kaprizieren. Binäre oder apokalyptische Codes transportieren Bilder abstrakter Negation, deren moralischer Duktus mit dem Verzicht auf konkrete Projekte korreliert. Das Medium eines „linken Pluralismus" ist die Menge „kleiner Änderungen" in Räumen der Differenz und der kumulative, sicherlich nicht lineare, Bezug auf ein Ganzes reflexiver Prozesse über Demokratie und Menschenrechte. Einzelne lokale Projekte und grün-alternative Bewegungen sind unverzichtbar, dort prägen sich Änderungen z.B. der Lebensformen aus. „Linker Pluralismus" stellt die Bündelung dieser Bewegungsimpulse dar. „Linker Pluralismus" bedeutet, die Ebenen der „grass roots" und der demokratischen Auseinandersetzung mit globalen Strukturen aufeinander zu beziehen; es ist dies eine menschenrechtliche Internationalisierung konkreter Oppositionen. ●

Beitrag zu der am 28.1.1995 in Frankfurt a.M. vom Sozialistischen Büro und links organisierten Veranstaltung: »Perspektiven linker Politik«.

8. Mai 1945

Ernest Mandel
Der zweite Weltkrieg
Mit einem Anhang zum Historikerstreit
1991, 245 Seiten
DM 34,00

Neuer ISP Verlag
Marienstr. 15
76137 Karlsruhe
Telefon (0721) 3 11 83
Fax (0721) 3 12 50

JOACHIM HIRSCH

Die Wiederkehr eines Phantoms

Karl Heinz Roth (Hrsg.):
Die Wiederkehr der Proletarität.
Dokumentation der Debatte,
Neuer ISP-Verlag Köln 1994, 285 S.

Das von K.H. Roth auf dem „Konkret"-Kongreß 1993 gehaltene Referat über „die Wiederkehr der Proletarität und die Angst der Linken" ist, zusammen mit einigen Debattenbeiträgen sowie einer ausführlichen Antwort darauf im vergangenen Jahr in Buchform erschienen. Inmitten der Hochkonjunktur, die linke Wendehälse derzeit haben, fällt eine Gestalt wie Roth, einer der Protagonisten der „proletarischen Wende" in der Studentenbewegung, der seinen operaistischen Orientierungen seit den siebziger Jahren unbeirrt treu geblieben ist, zunächst einmal eher positiv auf. Freilich kann solche Beharrlichkeit, wie man weiß, auch theoretischen Bornierungen und politischer Lernunfähigkeit geschuldet sein. Erstaunlich an dem Referat sind denn auch weniger seine Inhalte als die Tatsache, mit welchem Ernst es in einigen Kreisen debattiert wurde, die sich als „linksradikal" verstehen. Die Bedeutung der dokumentierten Texte besteht vor allem darin, daß sie als Symptom für den Zustand linker Diskussionen hierzulande gelten können.

Kurz zusammengefaßt ist die These von Roth, daß der neue, in Form von Globalisierung und Deregulierung vorgetragene Angriff des Kapitals auf die Arbeiterklasse die Grundlagen nationalstaatlich-korporativer Regulierungen und „Sozialpartnerschaften" unwiderruflich zerstöre, die fordistische Form der Normallohnarbeit allmählich zum Verschwinden bringe und weltweit zu einer massiven Ausweitung marginalisierter, pauperisierter und überausgebeuteter Arbeitsverhältnisse führe. Durch diesen globalen Verelendungsprozeß entstehe ein „neues antagonistisches Klassensubjekt", das sich im Rahmen weltweit ausbrechender Kämpfe „mit zunehmender Klarheit artikuliert" (S. 258f.). Die Tragweite dieser Entwicklung sei von „der" deutschen Linken – wer auch immer damit gemeint sei – überhaupt nicht wahrgenommen worden, obwohl auch sie selbst immer mehr diesem globalen Proletarisierungsprozeß anheimfalle. Die Angst vor eben diesem Schicksal sei es, der sie politisch blind mache. Roth hält es für seine Aufgabe, den derart Verängstigten die Augen zu öffnen. International verbundene „proletarische Zirkel" sollen den Bewußtwerdungs- und Vereinheitlichungsprozeß innerhalb eines sich in „dezentralisierten Kämpfen" herausbildenden „neuen Klassenkampfzyklus" vorantreiben.

Roths Terminologie weckt nostalgische Erinnerungen an die längst vergangenen Tage des linken Politzirkelwesens. Sie hebt sich eigentümlich und manchmal sogar fast wohltuend vom postmodernen rotgrünalternativen Politikgeschwafel ab. Ganz unbestreitbar ist es dringend notwendig, statt zivilgesellschaftliche Beschwörungsformeln herunterzuleiern, die Realität eines sich im globalen Restrukturierungsprozeß befindlichen kapitalistischen Klassenverhältnisses und die daraus resultierenden politischen und sozialen Folgen zur Kenntnis zu nehmen. Fatal ist es allerdings, wenn sich die Analyse darin erschöpft, zwecks Untermauerung einer vorgefaßten und nicht eben originellen politischen Position Zettelkästen auszuleeren und eine gewiß beeindruckende Fülle empirischen Materials passend zurechtzubiegen, ohne auch nur den Versuch zu machen, die aktuelle gesellschaftliche Entwicklung genau und in ihren Widersprüchen zu begreifen. Man kann Roth nicht anlasten, daß er kein ausgebuffter Gesellschaftstheoretiker ist. Allerdings wäre ihm aber etwas mehr Vorsicht bei schnellen Interpretationen und politischen Schlußfolgerungen anzuraten. Stattdessen sitzt er dem Fehler auf, dem theoretisch unreflektierte und politisch voreingenommene Faktenhüberei regelmäßig unterliegt: die Überbewertung von Einzelphänomenen, das Übersehen gegenläufiger Tendenzen und das Verkennen von Widersprüchen.

Roths Kapitalismusbegriff erschöpft sich seinem operaistischen Bekenntnis gemäß in der schlichten Entgegensetzung von „Proletariat" und „Kapital". Letzeres ist für ihn kein gesellschaftliches Verhältnis, sondern ganz schlicht ein handelndes Subjekt. Deshalb sind für ihn die historischen Formveränderungen, die das kapitalistische Produktionsverhältnis annimmt, kein theoretisches Problem. Innerhalb einer derart klassenreduktionistisch versimpelten Sichtweise kommen Politik, gesellschaftliche Institutionen und Staat ebensowenig vor wie die historisch sich verändernden Strukturen und Dynamiken des ökonomischen Reproduktionsprozesses. Bei der Erklärung der gegenwärtigen Krise bleibt es beim Griff nach ein paar längst widerlegten Versatzstücken aus der Mottenkiste der siebziger Jahre („die Kämpfe der Arbeiter produzieren die Krise"), während die nun ja doch inzwischen etwas weiter gediehenen ökonomietheoretischen Diskussionen bei Roth nicht einmal eine Spur hinterlassen haben. Daß Krisen einer historischen kapitalistischen Formation niemals nur rein „ökonomische", sondern zugleich immer auch politisch-ideologische, d.h. Krisen der Hegemonie sind, ist ihm fremd. Regulationstheoretische Ansätze beispielsweise werden eben mal dann zitiert, wenn einzelne Aussagen in den Kram zu passen scheinen, während er von ihren Fragestellungen und theoretischen Konzepten offenkundig keine Ahnung hat. Daß für diese Form bornierter Orthodoxie Natur- und Geschlechterverhältnisse ebensowenig existieren wie die Problematik von Freiheit und Demokratie, versteht sich fast von selbst. Schon dies bezeichnet den reaktionären Charakter der Roth'schen Texte.

Was dabei herauskommt, spricht für sich: Vorgestellt wird eine extrem versimpelte Globalisierungsthese, die nicht deutlich macht, was an diesem Prozeß nun eigentlich das historisch Neue sein soll (Roth hätte denselben Text, um ein paar aktuelle Schlagworte bereinigt, praktisch auch zwanzig Jahre früher schreiben können). Widersprüche, Ungleichzeitigkeiten und regionale Differenzen, die im Zuge der Globalisierung auftreten, können überhaupt nicht wahrgenommen werden. Schlagworte wie „Casino-Kapitalismus" verdecken die Unkenntnis der faktischen ökonomischen Strukturveränderungen, etwa die widersprüchlichen Tendenzen von Globalisierung und Regionalisierung, Schwächung und Revitalisierung des Nationalstaatensystems, Neoliberalismus und Neo-Etatismus. Internationale Ungleichheiten und Abhängigkeiten, die Unterschiede zwischen Metropolen und Peripherien, Imperialismus – für Roth ist das alles Schnee von gestern. Es fällt ihm

deshalb beispielsweise überhaupt nicht schwer, die ökonomische und politisch-soziale Entwicklung Deutschlands und Mexikos kurzerhand über einen Kamm zu scheren. Vielleicht hätte er, um Fakten bemüht, diesbezüglich doch mal die Leute vor Ort fragen sollen. Da sich in seiner Sicht die ganze Welt nach dem gleichen Muster entwickelt, sind natürlich auch die „Kämpfe" im Grunde überall dieselben und können daher – zumindest im Kopf des Betrachters – völlig problemlos „vereinheitlicht" werden. Daß gängige Politikersprüche und sonstige ideologische Auslassungen notorisch als bare Münze genommen werden, versteht sich von selbst, wenn man kapitalistische Verschwörungen als Ursachen allen Übels begreift. Daß der krude Neoliberalismus in den einschlägigen Denkfabriken längst passé ist, hat er noch gar nicht bemerkt.

Nationalstaaten und alles was damit zusammenhängt, gehören in Roths lockerer Globalisierungsperspektive naturgemäß längst der Vergangenheit an und sind ihm daher keiner analytischen Anstrengung wert. Entsprechend uninteressant sind auch die – z.B. mit dem Schlagwort der „Standortpolitik" bezeichneten – staatlichen Struktur- und Funktionsveränderungen im Gefolge des Globalisierungsprozesses. Die damit verbundenen politisch-sozialen Differenzierungs- und Spaltungsprozesse auf nationaler wie internationaler Ebene gelten als vernachläßigbar, Nationalismus, Neofaschismus und Rassismus bleiben Randphänomene. Daß die hierzulande tätigen Rassisten und Neofaschisten schlicht zu Opfern des Kapitalismus erklärt werden, denen mit der Gründung „proletarischer Zirkel" geholfen werden könnte, ist mehr als eine dumme Verharmlosung. Würden die etwas komplizierteren Zusammenhänge, aus denen die Welt nun einmal besteht, auch nur halbwegs ernst genommen, dann ließe sich allerdings auch nicht mehr so leicht von einer einfachen „Wiederkehr der Proletarität" und der „Einheit der Kämpfe" schwadronieren. Dann bekämen die Unterschiede zwischen hungernden lateinamerikanischen Campesinas/os und im sozialstaatlichen Netz „proletarisierten" deutschen Linksintellektuellen – von ausgebildeten Ärzten gar nicht zu sprechen – wohl doch etwas mehr politische Relevanz. Solch komplexe Überlegungen braucht Roth freilich nicht. Stattdessen schwadroniert er – man will seinen Augen kaum trauen – unverdrossen von einem „come back der Verelendungstheorie" (S. 188).

Einem Teil der in dem Band dokumentierten Diskussionsbeiträge ist zugutezuhalten, daß sie auf einige dieser Punkte durchaus kritisch eingehen. Da wird stellenweise wenigstens angedeutet, was eine auf der Höhe der Zeit befindliche Debatte beinhalten müßte. AutorInnen, die zentrale theoretische Fehler aufzeigen, bügelt Roth in seiner Antwort allerdings ebenso arrogant wie autoritär ab. Vielen empirischen Ein-

wänden entzieht er sich durch Verbalakrobatik, etwa durch das bekannte Einfügen der Wörtchen „zunehmend" oder „tendenziell". Z.B. gilt ihm der Staat im ursprünglichen Referat infolge der Globalisierung als schlicht bedeutungslos, während er im Antworttext „zunehmend die Fähigkeit verloren hat..." (S. 178), was im Effekt allerdings auf dasselbe hinausläuft. Seine peinlichste Reaktion bezieht sich auf den – zutreffenden – Vorwurf, in seinem Referat das Geschlechterverhältnis nicht einmal erwähnt zu haben. Sie besteht darin, Frauen mal schnell zu den bevorzugten Opfern – wessen wohl?: natürlich des Kapitals – zu stempeln, sozusagen zu besonders mitleidheischenden proletarischen Sozialfällen. Von sexueller Ausbeutung und Herrschaft keine Rede. Das geht auch nicht anders, solange jenseits des unmittelbaren kapitalistischen Klassenverhältnisses keine relevante gesellschaftliche Wirklichkeit, keine Antagonismen und Herrschaftsverhältnisse wahrgenommen werden können. Die Debatte, die das Buch dokumentieren soll, bleibt mithin höchst einseitig. Es handelt sich eher um einen Monolog mit folgenlosen Kommentaren.

Was aber bezeichnenderweise überhaupt nicht kritisiert wird, ist Roths eigentümlicher Begriff von „linker" Politik. „Linkssein" bedeutet für ihn vor allem eine Frage der materiellen Güterverteilung und der Parteinahme für die Ausgebeuteten (S.12). Universell beherrschend ist der patriarchale Blick. Selbstbestimmung, Freiheit und Menschenrechte sind für ihn offensichtlich irrelevante Begriffe, Demokratie wohl nichts anderes als ein Produkt bürgerlicher Ideologie. So wundert es auch nicht, wenn er die „Funktionseliten" der ehemaligen DDR ganz selbstverständlich „der" Linken zuschlägt (S. 32). Für autoritär diktierte soziale Gerechtigkeit und Gleichheit (der Beherrschten) waren die ja auch, mehr oder weniger. Dabei hätte ein Blick auf die Realität der „weltweiten Kämpfe" dem autoritären Sozialisten Roth durchaus einige Aufklärung verschaffen können. Die auch von ihm ebenso hochgejubelten wie verkannten mexikanischen Zapatistas beispielsweise kämpfen eben nicht nur für Land und Brot, sondern vor allem auch um Menschenwürde und Demokratie, fordern sogar Rechtsstaatlichkeit und korrekte Wahlen. Nicht zuletzt deswegen sind sie auf materielle Kompromißangebote der Regierung bisher nicht eingegangen. Und die Menschen in Osteuropa wurden vom Kapitalismus doch wohl nicht als Geiseln genommen, sondern haben die realsozialistischen Regime nicht ganz ohne Kenntnis der damit verbundenen ökonomischen Risiken abgeschüttelt. Offenkundig sind die vielbeschworenen weltweiten Kämpfe nicht nur räumlich dezentral, sondern von ihren Zielen und Akteuren her doch sehr komplexer Natur, stellt „Globalisierung" nicht nur ökonomische, sondern auch politische Fragen, bedeutet Befreiung einigen Menschen mehr als nur die Abwesenheit materieller Not. Aber solche Überlegungen kommen Roth nicht einmal in den Sinn. Von realen „Klassensubjekten", gar internationalen, versteht er keinen Deut.

Wie gesagt, die Fragestellung, die Roth anschneidet, ist umso wichtiger, je mehr sie den hiesigen Metropolenlinken aus dem Blick gerät. Aber die Art, wie er sie behandelt, ist theoretisch ebenso borniert wie politisch indiskutabel. Interessant ist daher, wie gesagt, weniger der Inhalt des Referats selbst als die Frage, warum es überhaupt breiter diskutiert wurde. Mutmaßlich ist dies ein Ausdruck der theoretischen wie politischen Orientierungslosigkeit, in der sich einige von den historischen Entwicklungen überrollte, ihres Weltbildes beraubte, politisch marginalisierte und sich selbst marginalisierende Linke nicht nur hierzulande befinden. Da können simple Welterklärungen, Mythenbildungen und ein forscher Verbalradikalismus bei der politischen Identitätsfindung durchaus hilfreich sein. Was Roths Texte liefern, ist eine Anleitung zur sektiererischen Selbstghettoisierung. Sie untermauern eine Realitätsverkennung, die um so virulenter wird, je mehr „der Linken" praktische Perspektiven emanzipativer Gesellschaftsveränderung verloren gehen.

Das Fatale ist, daß sich zwischen dieser Form eines notwendig folgenlosen und sich deshalb permanent selbst bestätigenden Ghetto-Radikalismus und einer realdemokratischen „Zivilgesellschafts"-Apologie im bundesrepublikanischen linken Spektrum immer weniger zu bewegen scheint. Roths Texte und die Diskussion darüber sind Dokumente einer theoretischen und politischen Selbstentmachtung. Der Verlag verkündet im Klappentext des Buches, die Debatte sei damit erneut eröffnet. Es wäre besser, ganz rasch damit aufzuhören. Der Zustand der Welt, die stattfindenden und bevorstehenden Katastrophen und Konflikte, die Tatsache, daß eine gesellschaftliche Alternative zum Kapitalismus nicht nur eine soziale, sondern eine Überlebensfrage geworden ist, hat eine theoretisch wie politisch angemessenere Behandlung verdient. ●

PAUL TIEFENBACH

Linke in den Grünen – die neuen Jusos?

Das Foto aus dem Bundestag, auf dem ein vergnügter Kohl dem am Rednerpult stehenden Joschka Fischer zulacht, wurde in vielen Zeitungen gedruckt. Es gibt tatsächlich die Realität besser wieder als die lautstarke Ankündigung der Grünen, man wolle die eigentliche Opposition im Bundestag sein, den Kanzler noch vor Ablauf der Legislaturperiode stürzen. Schwarz/grün ist das Thema der Stunde. Der ehrliche Linke reibt sich verwundert die Augen. Die Grünen sind doch eine linke Partei? Bis vor kurzem waren sie doch noch ein Kristallisationspunkt linker Diskussionen. Tatsächlich hat sich hier einiges geändert. Welche Rolle spielen Linke heute noch in den Grünen?

Freitag, der 2. Dezember 88, kurz vor Mitternacht: die Delegierten des Bundesparteitages in Karlsruhe sprechen dem amtierenden Bundesvorstand das Mißtrauen aus: die drei VorstandssprecherInnen Ditfurth, Schmidt und Michalik, alle 'Fundis', sind abgewählt. Im Rückblick stellt Hubert Kleinert zu Recht fest: „Aus heutiger Sicht wird noch viel deutlicher als damals: Die Karlsruher Abwahlentscheidung war ein tiefer Einschnitt und zugleich ein Wendepunkt in der Geschichte der GRÜNEN." (Kleinert: Vom Protest zur Regierungspartei, 293) Der Fundivorstand diente einer sich immer mehr auf gesellschaftliche Integration orientierenden Partei als gutes linkes Gewissen. Allerdings zeigten Umfragen, daß die Wähler inzwischen mit großer Mehrheit ihre Hoffnungen auf rot/grüne Koalitionen setzten. Eine Politik der strikten Verbalopposition kostete Stimmen. Dies führt uns zum zweiten großen Einschnitt in der Geschichte der Grünen: dieNiederlage bei den Bundestagswahlen 1990.

Bereits vor den Wahlen hatte ein Abwanderungsprozeß von 'Fundis' aus der Partei begonnen. Im April 1990 erklärte z.B. eine Gruppe um die früheren Spitzenfunktionäre Rainer Trampert und Thomas Ebermann ihren Austritt. Ein Jahr später folgten die 'Radikalökologen' um Jutta Ditfurth. Nichtsdestotrotz waren Linke in der Partei nach wie vor präsent. Es gelang ihnen sogar, die Wahl von Christian Ströbele zum Vorstandssprecher durchzusetzen, der zwar kein 'Fundamentalist' war, aber im grünen Spektrum deutlich links stand. Die Gelassenheit der Realos aber fand ihr Ende mit der Niederlage der Grünen bei den Ende 1990 stattfindenden Bundestagswahlen. Dieser Rückschlag traf die sich etablierende Partei wie ein Schock. Niemand hatte damit gerechnet. Liest man die Veröffentlichungen der grünen Parteielite vom Tag nach der Wahl, so drückt sich hier eine Art Weltuntergangsstimmung aus. Die Existenz der Grünen stünde auf dem Spiel. Nun müsse Schluß sein mit den Experimenten. Die Grünen müßten von Grund auf reformiert werden. Dies hieß vor allem: die fundamentalistischen Zöpfe abschneiden. In der Folge orientierte sich die Partei klar auf Regierungsbeteiligung. Noch verbliebene Reste von Basisdemokratie wurden (weitgehend) beseitigt. Künftige innerparteiliche Streitereien sollten um jeden Preis vermieden werden. Dies war inhaltlich das Ende für die fundamentalistische Strömung in den Grünen.

Die reformerische Linke

Der Ausstieg der radikalen Linken bedeutete aber keineswegs das Ende linker Politik in den Grünen. Auf zwei Ebenen findet sie nach wie vor statt:

In fast allen wichtigen Gremien und auch an der Basis findet man Einzelpersonen, die weit links von der SPD stehen. Sie konzentrieren sich auf ihre Fachgebiete, wo sie oft unbehelligt von der Veränderung der Partei weitgehend die gleiche Politik wie früher machen. Die Ideologiefreiheit vieler Mitglieder der Grünen bewirkt, daß Einzelpersonen, die fleißig, ehrlich und fachkundig sind, großes Ansehen in der Partei genießen können, selbst dann, wenn sie Linke sind. In einer Partei, die immer mehr nach rechts rückt, haben sie allerdings auch manche Niederlage einzustecken und Kompromisse hinzunehmen. Häufig ist bei diesem Personenkreis eine gewisse Resignation bezüglich der Veränderung der Grünen feststellbar. Mangels politischer Alternativen halten sie der Partei aber die Treue.

Daneben, teilweise personenidentisch mit obiger Gruppe, existiert mit dem früheren 'Linken Forum' (heutiger Name: 'Babelsberger Kreis') eine linke 'Strömung' in den Grünen, die den Anspruch hat, Einfluß auf die Geschicke der Partei als Ganzes zu nehmen. Beim Babelsberger Kreis finden Beratungstreffen statt, auf denen aktuelle politische Themen sowie Interna der Parteiarbeit diskutiert werden. Unter dem Namen 'Andere Zeiten' existiert ein Mitteilungs- und Diskussionsorgan. Da es sich um eine informelle Struktur ohne Programm oder Mitgliedschaft handelt und die Teilnehmer an den Diskussionstreffen wechseln, läßt sich der Einfluß des Kreises nicht genau abschätzen. An den Treffen nehmen Abgeordnete und Vorstände teil, ein Viertel der Bundestagsfraktion kann evtl. zum weiteren Sympathisantenkreis gezählt werden. Der frühere Sprecher des Bundesvorstands, Ludger Volmer, wurde unregelmäßig bei den 'Babelsbergern' gesehen. Von den Fundamentalisten unterscheidet die reformerische Linke einiges: Sie ist nicht mehr systemfeindlich, sondern eher linkssozialdemokratisch. Wichtiger vielleicht noch: Sie ist nicht von tiefem Haß auf die 'Realos' erfüllt, sondern durchaus kooperativ. Als beispielsweise die Bremer Parteimitglieder 1991 die von ihrer Parteispitze ausgehandelten Vereinbarungen für eine Ampelkoalition ablehnten, eilte der linke Vorstandssprecher Volmer nach Bremen, um die Mitglieder zum Bündnis mit SPD und FDP zu bewegen. Mit Trampert oder Ditfurth an der Parteispitze wäre das zweifelsohne nicht möglich gewesen.

Volmers Nachfolger Jürgen Trittin, der ebenfalls zur Parteilinken zu rechnen ist, hat seine Ideen 1993 in dem Buch „Gefahr aus der Mitte" skizziert. Die Republik rutsche nach rechts. Verursacher seien aber weniger die kleinen faschistischen Gruppen: „Die Rechtsverschiebung (...) ist im Zentrum der politischen Klasse entwickelt

und umgesetzt worden. Also zunächst von CDU und FDP."(24) Die Politik des von Erhard proklamierten Wohlstands für alle gehe zu Ende. Die Marginalisierung von Teilen der Bevölkerung werde von der Regierung bewußt hingenommen. Die SPD biedere sich an. Den Grünen werde „aus dem Erbe einer sich zerreißenden Sozialdemokratie eine neue Funktion aufgedrängt. Zum Anspruch auf eine Politik des ökologischen Umbruchs, der Verteidigung des Friedens, der Sicherung demokratischer Freiheitsrechte und eine emanzipatorische Frauenpolitik gesellt sich nun die Rolle der (politischen) Schutzmacht der Ausgegrenzten." (29) Themen wie Erwerbslosigkeit führten die Hitliste bei Meinungsumfragen an. Die Grünen stünden „psychologisch kurz davor, den Fehler zu wiederholen, zu einer zentralen gesellschaftlichen Auseinandersetzung zu schweigen, anstatt die Eroberung des Themas der sozialen Gerechtigkeit als eine Chance zur Profilierung ... zu begreifen." (Quelle ?) Auffallend an Trittins Vorstellung ist, daß er der üblichen Charakterisierung der Grünen als einer Partei, die die postmateriellen Interessen in die Politik einzubringen habe, die Aufgabe, soziale Interessen zu vertreten zur Seite stellt.

Hoffnungen früherer Tage

Es geht Trittin allerdings nicht um einen irgendwie gearteten Sozialismus – dieses Wort kommt in seinem Buch nicht vor. Rotgrüne Koalitionen seien auch keine „Jahrhundertchance", wie Christian Ströbele zu Beginn der Koalition von SPD und AL in Berlin euphorisch meinte. Sie hätten vorrangig eine Abwehrfunktion, sollten „die schlimmsten Exzesse mildern"(178). In der Vergangenheit lebte gerade in den Grünen linke Politik immer auch vom Glauben an die Utopie. Selbst eingeschworene Realpolitiker versprachen den Mitgliedern die schönsten rot/grünen Reformen, um Zustimmung zu Koalitionsentscheidungen zu bekommen. Trittin ist demgegenüber zweifellos ehrlicher und realistischer. Aber kann eine Perspektive, man wolle die schlimmsten Exzesse vermeiden 'die Massen begeistern'? Die linken Grünen verdienen sich mit ihrer Qualifikation und ihrem Engagement oft den Respekt der Mitglieder, die Hoffnungen früherer Tage können sie nicht erzeugen. Sie unterscheiden sich aber mit ihren radikaleren Forderungen z.B. zur Ausländer- und zur Friedenspolitik sowie der Betonung der sozialen Probleme deutlich vom Rest der Partei.

Um die Unterschiede deutlich zu machen, sei auf Wilhelm Bürklin (W. Bürklin, Grüne Politik) eingegangen. Nach ihm sind die Grünen seit ihrer Gründung eine Generationenpartei. Sowohl Wähler als auch Mitglieder gehören zum Großteil, jedoch nicht ausschließlich, der sog. 68er-Generation an. Diese einst rebellische Generation vertritt nach wie vor die gleichen postmateriellen Ziele, ist immer noch für Umweltschutz, Zeitautonomie usw. und von daher geneigt, den Grünen als Wähler treu zu bleiben. Aber Karriere und Familie sind inzwischen wichtiger als politische Partizipation. Aus der früheren Gegnerschaft zum Establishment ist die Forderung nach einem angemessenen Platz in der Gesellschaft geworden. Wenn die Grünen diese Gruppe als Unterstützer halten wollen, so müssen auch sie ihren Idealismus ablegen und realpolitischer werden. Vor dem Hintergrund der traurigen Wahrheit, daß das höchste Ziel jeder Partei stets ihre Selbsterhaltung ist, war die Trennung von den Fundamentalisten für die Grünen in diesem Sinne durchaus funktional, denn deren Neigung zur Rebellion entsprach nicht mehr den Bedürfnissen einer mehr und mehr gesetzten Stammwählerschaft.

Die reformerischen Linken berücksichtigen dies. So wie die 'Realos' wollen sie ihrem Klientel einen angemessenen Platz in der Gesellschaft sichern. Allerdings sehen sie ihr Wählerpotential anders. Die früher rebellische, heute sich etablierende Generation der 'Grünwähler' ist gespalten. Ein Teil hat den Einstieg in eine berufliche Karriere geschafft und sich zum neuen Mittelstand entwickelt. Auf diese Gruppe der saturierten Alt- oder Ex-Linken orientiert der realpolitische Flügel um Joschka Fischer. Ein beträchtlicher Teil der gleichen Generation hat den Einstieg jedoch verpaßt und lebt in Arbeitslosigkeit oder ungesicherten Arbeitsverhältnissen. Sie sind von Sparmaßnahmen im öffentlichen Dienst, dem größten Arbeitgeber für Geisteswissenschaftler, besonders betroffen. Auch diese Wählergruppe ist keineswegs revolutionär gesinnt. Im Gegenteil, diejenigen außerparlamentarischen Initiativen, die von ABM-Stellen leben, kritisierten früher am stärksten die Fundamentalisten und forderten Regierungsbeteiligungen der Grünen. Dennoch sollte ein realpolitisch-linkes Konzept, wie es Trittin vorschlägt, bei dieser Gruppe auf Gegenliebe stoßen. Fischers Vorstellungen, den öffentlichen Dienst durch Privatisierungen zu verkleinern und die Steuern zu senken, sind zwar für die saturierten neuen Mittelschichten attraktiv, könnten aber den Teil der Stammwählerschaft, der den Einstieg verpaßt hat, in die Arme der PDS treiben. Das objektive Interesse der Partei, ein großes Wählerpotential zu sichern und zu erschließen bricht sich jedoch an ihrer inneren Verfaßtheit. Ihre Politik ist von der Psychologie und der kurzfristigen Interessenlage der zentralen Akteure wesentlich mitbestimmt.

Was die Psychologie der Parteielite angeht, so ist festzustellen, daß diese natürlich dem Teil der 68er Generation angehört, der 'es geschafft hat'. Ihre Wahrnehmung ist viel stärker von den Defiziten der öffentlichen Haushalte geprägt als von Problemen erwerbsloser Geisteswissenschaftler auf dem Arbeitsmarkt. Daß sie, gäbe es die Grünen nicht, u.U. selbst zu dieser Gruppe gehören würde, führt dazu, daß sie dieses Problem verdrängen und sich um so stärker mit der politischen Klasse identifizieren.

Die unmittelbare Interessenlage der grünen Führungsschicht ist vor allem von dem Wunsch nach Regierungsbeteiligung gekennzeichnet. So staatsfern die Grünen früher mal waren, so sehr sind sie jetzt auf Regierungsbeteiligung um jeden Preis orientiert. Hier stellt sich aber bei Rot-Grün das Problem, daß die Grünen bei Wahlen in aller Regel vorrangig aus dem Wählerpotential der SPD dazugewinnen. Sie steigern zwar die Zahl ihrer Abgeordnetenmandate, gehen aber bei der Regierungsbeteiligung leer aus, weil die SPD in etwa das verliert, was die Grünen gewonnen haben. Aus diesem Kernproblem entspringt die zunehmende Neigung zu Koalitionen mit der CDU. Solche Koalitionen aber schwächen die Position der Linken in den Grünen. Das durch sie ansprechbare Wähler- und Mitgliederpotential dürfte abwandern. Um den Gegnern schwarz-grüner Koalitionen in der CDU und vor allem in der CSU keine Munition zu liefern, müßten Personen mit deutlich linkem Profil aus den führenden Positionen der grünen Partei verschwinden. Oder sie müßten sich bis zur Unerkennbarkeit in ihren Positionen zurücknehmen.

Schwarz-grüne Koalitionen?

So wie früher die rot-grünen Koalitionen beginnen auch die schwarz-grünen auf kommunaler Ebene. So wie den rot-grünen werden auch schwarz-grüne auf Länderebene folgen, wenn nur das Wahlergebnis entsprechend ist. Die Motive für schwarz-grüne Koalitionen sind für beide Seiten klar: die CDU muß fürchten, daß ihr angestammter Partner FDP aus dem Parteienspektrum ausgeschieden wird. Für die Grünen erhöht sich die Möglichkeit, an Regierungen teilzunehmen. Aber müssen solche Koalitionen, zumindest auf Länder- oder gar Bundesebene nicht wegen zu großer programmatischer Unterschiede zwangsläufig scheitern? Davon kann bei Lichte betrachtet keine Rede sein.

Das schwarz-grüne Techtelmechtel begann damit, daß sich Heiner Geißler im letzten Sommer bereit erklärte, Joschka Fischers Buch 'Risiko Deutschland' der Öffentlichkeit vorzustellen. Im Gegenzug war dann Antje Vollmer bereit, Geißlers Buch

'Gefährlicher Sieg' zu präsentieren, während im April wiederum Vollmers neues Buch von Geißler vorgestellt wird. Alle Beteiligten parieren aufkeimende Kritik der eigenen Partei souverän damit, daß in den Bücher der anderen doch höchst vernünftige Sachen stünden. Fischers in aufdringlich staatstragendem Tenor verfaßtes, aber durchaus belesen wirkendes Buch geht, insofern ähnlich wie Trittin, von der starken Gefahr einer drohenden Rechtsentwicklung aus, die bei ihm aber – anders als bei Trittin – nicht aus der Mitte, sondern vom rechten Rand kommt. Zwischen den Zeilen malt Fischer – damit Argumente der Linken aufnehmend – die Gefahr eines neuen deutschen Nationalismus aus, der in die Fußstapfen des 3. Reichs tritt. Demgegenüber ist der augenblickliche Zustand natürlich vorzuziehen: „Im postsowjetischen Europa geht der Angriff auf den Status quo nicht mehr von der Linken aus, die sich vielmehr in dessen Verteidigung als eher 'konservativ' erweist, sondern die nationale Rechte will diesen Status quo abschütteln und überwinden, will zurück in die Vergangenheit der 'ewigen Wahrheiten' des europäischen Nationalsstaats und des Nationalismus."(200)

Die Aufgabe der Linken ist die Verteidigung des Status quo, womit sich ein Zweckbündnis mit den nicht nationalistischen Konservativen geradezu anbietet. Man kann also zugleich links und konservativ sein, ja man muß es beinahe sein: „Was die deutsche Politik jetzt braucht, den Leser mag dies erstaunen, ist die Kraft zu einem historisch denkenden 'Konservatismus'." (232) Heftig wehrt sich Fischer gegen einen außenpolitischen Sonderweg Deutschlands, der ja auch von linken Grünen gefordert wird. Diese meinen damit, daß Deutschland auf die übliche machtorientierte, militärisch gestützte Außenpolitik verzichten solle und statt dessen neue Wege von Konfliktprävention und Konfliktlösung entwickeln müsse. Die Neubestimmung der Rolle der OSZE (früher: KSZE) spielt für die Linken dabei eine wichtige Rolle. Fischer dagegen sieht die Gefahr vor allem darin, daß ein Ausscheiden aus EU und NATO einem nationalistischen Deutschland die Möglichkeit zu aggressiven Alleingängen eröffne. Daher plädiert er für die Westbindung. Im Grunde sind seine außenpolitischen Vorstellungen in allen Punkten mit denen von Klaus Kinkel identisch. Eine ähnliche Bewegung der Grünen hin zur Mitte, wie sie Fischer in der Außenpolitik vorführt, ist in allen Poltikfeldern feststellbar. Da wo die Grünen noch eine recht radikale Programmatik vertreten, etwa in der Atom- oder Ausländerpolitik, haben sie in Koalitionen zur Genüge unter Beweis gestellt, daß es auch für sie ein Leben jenseits der Programme gibt.

Eine Koalition mit der CDU in Frankfurt schloß Fischer mit den Worten aus: „Der CDU-Fraktionsvorsitzende Mihm hat so akkurat gescheiteltes Haar, daß sich unsere Hippie-Mähne sträubt." Man kann tatsächlich vermuten, daß die Grünen mentalitätsmäßig der SPD näherstehen als der CDU. Ganz eindeutig ist das jedoch nicht.

Die postmaterielle Grundeinstellung der Grünen ('Mehr sein statt mehr haben') macht sie zur Durchsetzung von Sparpolitik besonders geeignet. Sibylle Tönnies verweist in der TAZ zurecht auf das Subsidiaritätsprinzip und die Ablehnung des Sozialstaats in dieser Form, worin sich CDU und Grüne auch ideologisch recht nah sind. Die sponti-anarchistische oder maoistische Vergangenheit ('Laßt hundert Blumen blühen') vieler Grüner lasse sie eher zur selbstregulierten als zur staatlich gelenkten Gesellschaft tendieren. Tatsächlich sind es insbesondere frühere KommunistInnen wie Antje Vollmer, die es jetzt zur CDU drängt. Ob hier weiterhin die alte linksradikale Abneigung „zu den ans Establishment angepaßten Jusos, die sie als 'Revis' leise verachteten" (Tönnies) eine Rolle spielt, oder ob es sich um das altbekannte Renegatenverhalten handelt, bleibt offen. Diese neokonservative Strömung, die aus dem früheren grünen 'Aufbruch' hervorgegangen ist, versteht die Konservativen als die eigentlichen Modernisierer der Gesellschaft. Auch frühere kommunistische Kadervorstellungen dürfen nachwirken, wenn Antje Vollmer formuliert: „In der Bundesrepublik haben wir das Experiment der Egalität bis zum äußersten getrieben" und die Notwendigkeit einer Elite betont: Das Bürgertum in Deutschland hätte zwar materiell alle Möglichkeiten, verstünde sich aber nicht als politische Elite. Intellektuellengruppen müßten diese Lücke schließen.

Neokonservative Parteielite

Dieses Entstehen einer neuen Führungsschicht dürfe man nicht ständig „durch den Vorwurf zerschlagen, daß etwas elitär ist oder daß das bloß wieder die Herren von und zu sind..." Es komme darauf an zu begreifen, „daß es auf die Dauer nicht ohne eine Elite geht." (Zeitpunkte Heft 1/94) Bei der neuen Elite denkt sie an zwei Gruppen: „Einmal an die 68er – weil ich finde, genau wir wären das eigentlich, die das auszufüllen haben. Wir haben uns aber aufgrund unserer Geschichte viel mehr im Exil angesiedelt als im Kern der Gesellschaft. Die andere Gruppe ist die jener Menschen, die vor vierzig Jahren unser Schicksal gestaltet haben."(Quelle ?) Die verstoßenen Bürgerkinder kehren gewissermaßen zurück. Daß es nach wie vor Linke in den Grünen gibt stört nicht nur ihre politische Strategie. Es erinnert sie auch an ihre früheren Ideale und weckt Ansätze von schlechtem Gewissen.

Es ist aber zu unterscheiden zwischen den Neokonservativen um Antje Vollmer oder den früheren Bremer Senator Ralf Fücks und dem viel einflußreicheren eigentlichen 'Realoflügel' um Personen wie Joschka Fischer und Hubert Kleinert. Letztere lehnen Koalitionen mit der CDU bisher ab und stehen selbst dem Ampelkonzept skeptisch gegenüber. Hierfür ist nicht nur das akkurat gescheitelte Haar der CDUler verantwortlich. Auch nicht, daß Fischer besonders links wäre. Als er kürzlich auf einem Bundesparteitag bekannte: „Ich bin auch ein Linker" erntete er einen großen Heiterkeitserfolg. Aber während früheren Kommunisten wie Antje Vollmer ihre Biographie psychologisch im Wege steht, gehen Fischer und Kleinert die grüne Strategiebestimmung rationaler an. Sie wissen, daß Koalitionen mit der CDU für die Grünen das große Risiko beinhalten, Wähler zu verschrecken. Untersuchungen des Allensbacher Instituts für Demoskopie haben recht klar ergeben, daß die Bevölkerung mit den von manchen als überholt erklärten Kategorien 'links' und 'rechts' keine Schwierigkeiten hat. Sie ordnet sich mühelos als eher links bzw. eher rechts ein und kategorisiert auch die Parteien entsprechend. Die Grünen-Anhänger verstehen sich dabei eindeutig als eher links. Außerdem fand Allensbach heraus: „Für jeden zweiten Anhänger der Grünen kommt bei der nächsten Wahl die SPD genauso in Frage wie die Wahl der Grünen."(6) Es ist denkbar, daß diese Gruppe dann doch lieber der SPD oder der PDS die Stimme schenken, sollten die Grünen mit der CDU koalieren. Unter anderem solchen Überlegungen verdanken auch die linken Grünen die nach wie vor relativ starke Stellung in der Partei. Wenn sie den Bundesvorstandssprecher stellen, leben sie innerparteilich weit über ihre Verhältnisse. Aber sie werden gebraucht. Wenn die Partei in Regierungsbeteiligungen von Kompromiß zu Kompromiß eilt, muß jemand da sein, der das linke Image rettet. Die PDS wurde im Osten in der Kombination als Regionalpartei und antisystemische Linkspartei von den Wählern belohnt, Bündnis 90 wurde für die „Kombination von Mainstream-Alternativlosigkeit und Politikverzicht" (F. Heilmann/ F.O. Wolf) bei den letzten Wahlen hart bestraft. Das soll sich im Westen nicht wiederholen. Mit dieser Einordnung wird linke Politik bei den Grünen nicht automatisch wirkungslos. Die Grünen sind keine linke Partei, aber ein gesellschaftlicher Ort, von dem aus Linke noch Politik machen können. Jedenfalls in einem gewissen Umfang. ●

Paul Tiefenbach ist Mitglied der GRÜNEN seit 1982. Er war Bürgerschaftsabgeordneter in Bremen und arbeitet als Politologe an der Uni Bremen.

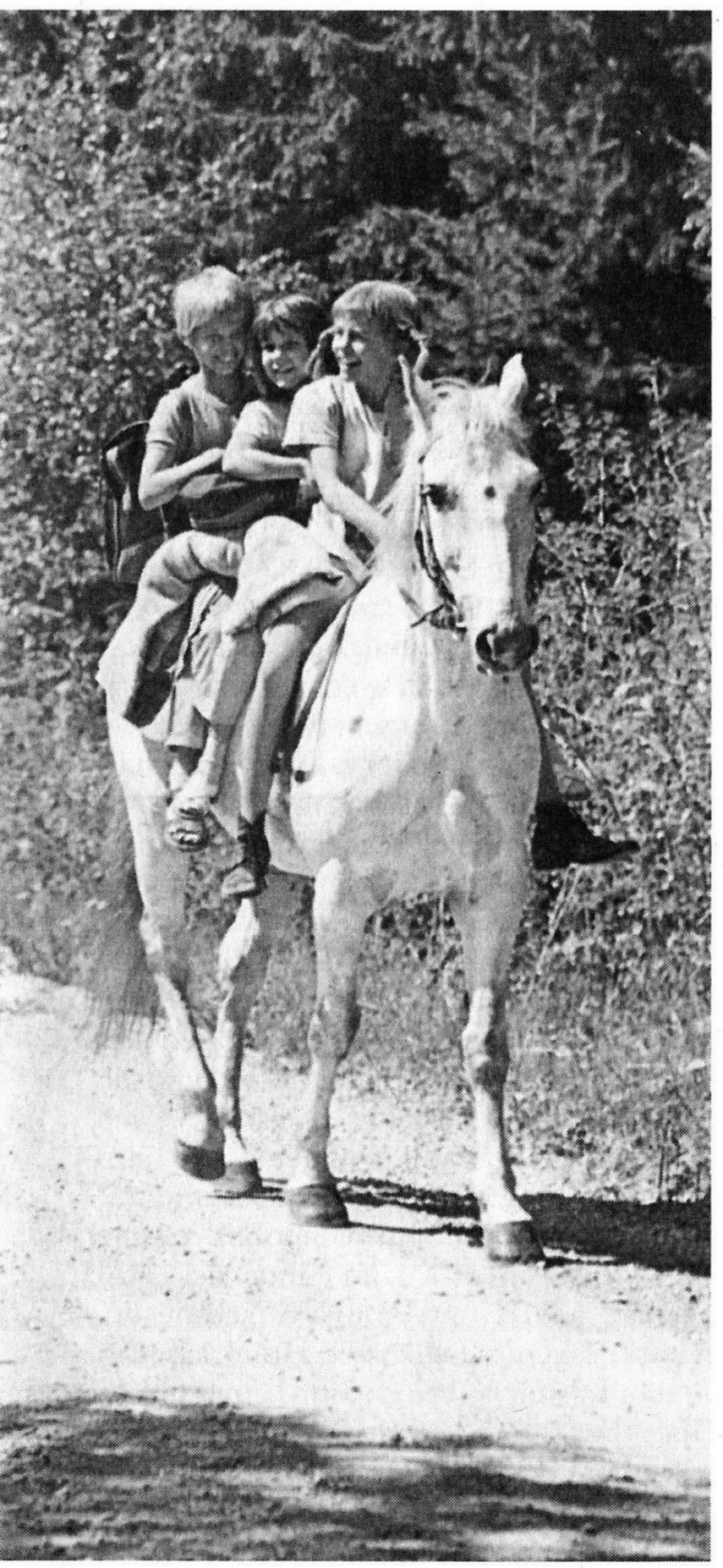
K.O.-GRUPPE FFM.

Die Wissenschaft hat festgestellt...

K.O.tische Strategien gegen Neue Rechte im Wissenschaftsbetrieb

Der Soziologieprofessor K.O. Hondrich veröffentlicht seit Jahren seine Überlegungen zur national strukturierten „kollektiven Identität" und zu den „Grenzen der Integration" von MigrantInnen in bundesdeutschen Blättern, wie dem Spiegel und der Zeit. Im Sommer 1994 trat die k.o.-Gruppe auf den Plan, um gegen dieses am Fachbereich Gesellschaftswissenschaften unwidersprochene Treiben zu intervenieren.

Was tun, wenn WissenschaftlerInnen mit SPD-Parteibuch scheinbar plötzlich Nationalismus und Rassismus an der Uni predigen, fragte sie sich und machte ihre Empörung öffentlich (vgl. auch Jörg Lauterbach, *links* 292/293). Nicht alle über einen Kamm scheren und zu RassistInnen erklären, sondern aufzeigen, welche rassistischen und nationalistischen Versatzstücke in den Argumentationen wie benutzt werden, so die politische Strategie, die die scientific community gehörig durcheinander wirbelte. Während sich jedoch die SPD-WissenschaftlerInnen – bemerkenswerterweise unter ihnen ebenso Hondrich wie auch seine prominenten KritikerInnen – einträchtig in der FR vom 14.02.95 zum Landtagswahlkampf in Hessen zusammenfanden, um mit ihrem guten Namen zum Wohle des Landes, d.h. zu Kürzungen im Hochschulbereich beizutragen, bastelte die k.o.-Gruppe weiter an ihrer Strategie, die sie im vorliegenden Text darlegt.



Auf dem hohen Roß der Wissenschaft, dem Hebel der Kritik entgegenreitend.

„K.O. ist o.k. – Gegen linke Hegemonie" steht in einem der Aufzüge im Gebäude des gesellschaftswissenschaftlichen Fachbereichs der Uni Frankfurt. Diese spontane Sympathiebekundung für K.O. Hondrich wirft ein Licht auf die momentane politische Verfaßtheit der Uni, an der nicht nur WissenschaftlerInnen wie Hondrich verstärkt zu nationalistischen und rassistischen Thesen neigen, sondern auch Studierende den neuen – oder auch nicht so neuen – nationalen Konsens nicht in Zweifel ziehen. Kritische Linke mag das in keinster Weise verwundern, wissen wir doch nur allzu gut über die Entwicklungen in diesem Land bescheid. Geht es jedoch um die Möglichkeiten in diesen Prozeß störend einzugreifen, versagt allzu oft linke Phantasie: „Was tun? Wie läßt sich überhaupt noch intervenieren?" Das sind oft gestellte und selten beantwortete Fragen.

Die k.o.-Gruppe existiert als loses Aktionsbündnis von Leuten aus verschiedenen linken Zusammenhängen seit ungefähr einem Jahr. Bezeichnenderweise entstand das Interesse, im Wissenschaftsbetrieb zu interventieren, nicht aus einem direkten Uni-Kontext, also etwa der Kritik an Seminaren, sondern aus der Lektüre der Debatten und Kontroversen in den großen bundesdeutschen Zeitschriften und Magazinen, z.B. Spiegel, Zeit, etc. So wie dort Grundlagen politischen Handelns nicht zuletzt von SozialwissenschaftlerInnen feuilleonistisch neu verhandelt werden, so ist an der Uni eher ein Zustand politischer Entpolitisierung zu verzeichnen. Diese ist als aktiver Prozeß zu verstehen, in dem Sinne, daß Rechte an der Uni nicht etwa in eine Art politisches Vakuum hineinplatzen bzw. eine „Leerstelle" besetzen, sondern daß eine Transformation des gesamten Wissenschaftsbereichs zu beobachten ist. Die politischen Dimensionen der an der Uni vertretenen sozialwissenschaftlichen Konzepte werden weder benannt noch diskutiert. Häufig reisen organisierte rechte Forscherbanden durch Seminare und Forschungsprojekte, ohne kritisiert oder ausgegrenzt zu werden. Die Strategie der Ausgrenzung, ein zu selten angewandtes Mittel politischer Wut, mag die Salonfähigkeit rechter Theoreme und Theoretiker situativ bestreiten. Die Grenzziehung, nach der die Drecksbande nach Außen verwiesen und wir selbst im freundlichen Innen angesiedelt werden, bleibt aber, zur einzigen Maxime erhoben, naive Gegenüberstellung und überhaupt schlechte politische Praxis.

Hondrich steht für Wissenschaftler, die im sozialdemokratischen Fahrwasser schwimmen und deren Thesen gleichzeitig eine eindeutige rechte Sprache sprechen. Auf bewußt polemische Art konnte Hondrich als einer dieser LegitimationswissenschaftlerInnen herausgegriffen werden: Zitate von ihm wurden in Zusammenhang mit Zitaten von rechten Hardlinern und ausgewiesenen Rechtsextremen gebracht. Ähnlichkeiten in Wortwahl und Argumentation konnten somit auf *wissenschaftliche Art und Weise* bewiesen werden. Die dadurch enstandene Verwirrung und Empörung in der scientific community beförderte politische Positionen zutage, die bis dato nur verdeckt und nicht offen geäußert wurden. Neben zustimmenden Reaktionen gegenüber der von uns vorge-

Eine Textsammlung zu den Themen: Nationalsoziologie, Neue Rechte, Hochschule und Feuilleton

Die von der k.o.-Gruppe erstellte Broschüre „Zugeschaut und Mitgebaut – Blaupausen für die Nation" liegt inzwischen in zweiter, durchgesehener und erweiterter Auflage (DinA 5, 93 S.) vor, und kann über die links-Redaktion gegen 3,- DM Rückporto bestellt werden.

brachten Kritik aus den an der Uni bekannten, marginalen linken Kreisen, überwog das Abwiegeln mit dem Argument „er hat doch alles nicht so gemeint, da muß man mal schauen, was Hondrich persönlich dazu sagt" und die harsche Zurückweisung der Kritik, da sie sich nicht auf einer wissenschaftlich seriösen Ebene befinde und womöglich die Freiheit der Forschung angreifen wolle. Anbei sei nur bemerkt, daß auch die andere Seite die Pfade wissenschaftlicher Seriosität dann und wann verließ. Oder wie ist es sonst zu erklären, daß z.B. ein Oberstudienrat im Hochschuldienst sich hinreißen läßt, disziplinarische Maßnahmen gegen KritikerInnen Hondrichs zu fordern? Es wurde uns aber auch von linker Seite vorgeworfen, daß wir in unserer Polemik Hondrich einem rechten Rand zuordnen und die damit konstruierte politische Mitte aus der Kritik herausnehmen würden.

Wissenschaft, so wie andere gesellschaftliche Bereiche, ist als Feld des politischen Kampfes zu begreifen, bei dem sich die Akzeptanz bestimmter Positionen, also dem, was als wissenschaftlich gilt, an der Hegemonie festmacht, die diese Positionen erlangen können. So etwa war es von vorneherein klar, daß die Beiträge der k.o.-Gruppe als unwissenschaftlich eingestuft wurden, während die Wissenschaftlichkeit der Texte Hondrichs kaum jemand in Zweifel zog. Zwar löste unser subversives Tun auch eine Debatte über die Unwissenschaftlichkeit von Hondrichs Thesen aus, diese wurde jedoch völlig losgelöst von der politischen Dimension geführt. Die explizit politische Argumentation der k.o.-Gruppe wurde in diesem Zusammenhang beispielsweise als moralisch – weil nicht wissenschaftlich – denunziert, weswegen uns die Fachschaft des Fachbereiches Gesellschaftswissenschaften eine finanzielle Unterstützung versagte.

In der Auswahl von Einzelbeispielen, die wohl zwangsläufig notwendig ist, um die Kritik am Wissenschaftsbetrieb zu konkretisieren, ging es uns nie darum, die kritisierten Personen von der Falschheit ihrer Positionen zu überzeugen, um sie etwa auf den Pfad linker Gemeinsamkeiten zurückzuführen, sondern darum, diese Positionen politisch unmöglich zu machen. Deshalb lehnte die k.o.-Gruppe eine Beteiligung an einer Veranstaltung Hondrichs ab: Nach unserer ersten Plakat- und Flugblattaktion hatte er „seine Kritiker" über Aushänge eingeladen. Zwei Gründe sprachen gegen eine Teilnahme an dieser Veranstaltung: zum einen die Strategie der Entpersonalisierung, zum anderen der Zweifel, ein solcher Disput lasse sich in wissenschaftlicher Manier mit der Überzeugungskraft des besseren Arguments schlagen. Stattdessen luden wir zu einer eigenen Veranstaltung mit Redebeiträgen aller Statusgruppen am Fachbereich ein. In diesem Kontext sei noch kurz auf die Erfahrungen hingewiesen, die wir mit den Institutionen des Fachbereichs Gesellschaftswissenschaften gemacht haben: Der Fachbereichsrat verweigerte die finanzielle Unterstützung eines geplanten Readers mit der Begründung, er könne schließlich nicht quasi blind eine Publikation finanzieren, die sich immerhin gegen ein Mitglied des Fachbereichs richte: diese Publikation müsse erst inhaltlich diskutiert werden. Da aber der Fachbereichsrat ein reines Verwaltungsgremium sei, könne dort nicht politisch diskutiert – also auch nicht finanziert werden.

In unserer Kampagne sahen wir uns mit zwei prinzipiellen Dilemmata konfrontiert: Stützt sich die Kritik zu sehr auf den „Fall Hondrich" und versucht diesen zu skandalisieren, wird nur die Reichweite des Problems verkürzt und zwangsläufig die Situation an den Universitäten ausgeblendet. Steht jedoch die Situation an den Universitäten im Mittelpunkt, werden beispielsweise Hondrich oder andere selbst als Ideologieproduzenten in keinster Weise angegriffen, wird der politische Kampf, der gegen solche Leute geführt werden muß, zu einer abstrakten Kritik ohne konkrete Eingriffsmöglichkeiten. Oder anders gesagt: Wenn man versucht ein schwaches Glied zu treffen, damit dessen Zerbrechen alles hochgehen läßt, terrorisiert man häufig die eigene Aktion mit dem Anspruch, auch ja das richtige Glied treffen zu müssen, denn sonst begradigt der Gegner lediglich seine Front. Im Zuge der Beschäftigung mit anderen WissenschaftlerInnen haben wir versucht aufzuzeigen, daß sich die Reihe der Apologeten des nationalen Konsens beliebig verlängern läßt.

Was man als ein zweites Dilemma unserer Arbeit betrachten könnte, ist ein häufig genannter Vorwurf: Das Schwanken zwischen Wissenschaftskritik und Provokation, zwischen zuvor bestimmter Strategie und politischer Wut. Ohne dies intendiert zu haben, erwies es sich wohl eher als ein Vorteil unseres Vorgehens. Zum einen ermöglichte die Anonymität unseres Angriffs eine Polarisierung der Positionen am Fachbereich und die Kritik konnte von einem breiten Spektrum in sehr unterschiedlicher Weise aufgenommen und weitergeführt werden; zum anderen konnte unsere Arbeit unterschiedlichste Kritikformen auf- und annehmen. Die Rede von einer stringenten politischen Strategie bleibt jedoch Produkt der Geschichtsschreibung und läßt sich als Vereindeutigung des eigenen Schaffens erst im Nachhinein rekonstruieren.

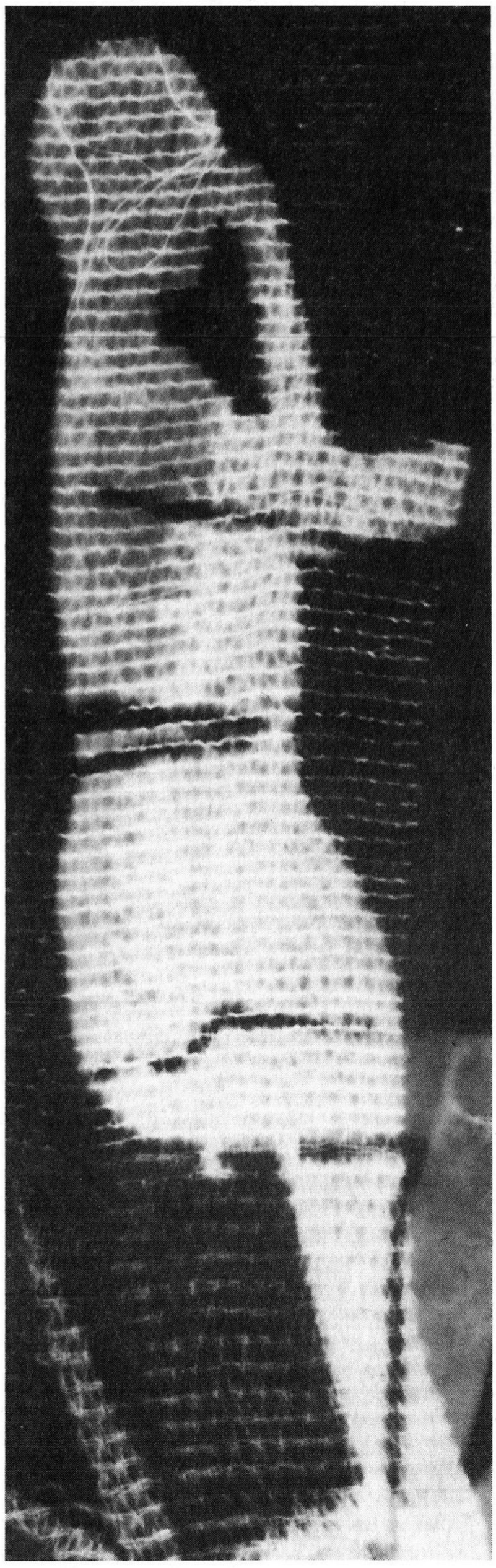
Bleibt noch die oft gestellte Frage, warum die k.o.-Gruppe entgegen einer langen linken Tradition bis heute keine expliziten Forderungen aufgestellt hat, oder wie es auch von einigen schon schärfer formuliert wurde: „Was wollt ihr eigentlich erreichen"? Diese Frage zu beantworten fällt nicht leicht, da zumindest an der Frankfurter Uni die Voraussetzungen auf seiten der Linken fehlen, um überhaupt machtvoll auftreten zu können.

Leichter fällt es zu sagen, was man nicht will: sich nicht als Zusammenhang zu institutionalisieren und mit den vermeintlich richtigen Forderungen an der Spitze der Bewegung zu marschieren. Genauso wenig darf man sich mit einer bloßen Sensibilisierung der Leute zufriedengeben, häufig Produkt unserer Vorstellung. Diese entscheiden ohnehin selbst, in welche Seminare sie gehen, welche Wissenschaft sie unterstützen, sei es passiv oder aktiv. Festzuhalten bleibt, daß die diskreditierende Kampagne dem ohnehin regen Zulauf zumindest zu Hondrichs Seminaren keinen Abbruch tat.

Zurück zum Eingangszitat: „Gegen linke Hegemonie" will der Autor / die Autorin des Spruchs vorgehen, sieht Hondrich und sich gegängelt durch Linke Moralapostel, die verbieten zu sagen, was doch angeblich einfach wahr sein soll. Daß die Linke alles andere als hegemonial ist, die Rechte mit ihrer stilisierten Tabubruchpolitik offene Türen einrennt, wird im Sinne des Programms neurechter Politik verschwiegen. Attacken gegen Leute wie Hondrich sind allenfalls Nadelstiche im Sinne einer linken Gegenhegemonie. K.o-Gruppe is' schon o.k., aber noch lang keine linke Hegemonie – wenn man sie denn will und was immer das dann heißen mag. ●

MICHAEL BRAUN

Italien – die merkwürdige Rechts-Links-Polarität



Von 1948 an war jede Alternanz zwischen Regierung und Opposition in Italien schon deshalb ausgeschlossen gewesen, weil die die Linke dominierende Partei die KP war – dies machte Italien zur „schwierigen Demokratie". Als die Wähler am 18. April 1948 zu den Urnen schritten, votierten sie nicht über zwei (oder mehrere) Politikangebote, die durch einen Grundkonsens der Demokraten zusammengehalten wurden und deshalb schiedlich-friedlich um die Macht hätten konkurrieren können. Zur Entscheidung stand weit mehr. Auf der einen Seite präsentierte sich die „Democrazia cristiana" als Partei des Bündnisses mit den USA, der kapitalistischen Wirtschaftsordnung und der parlamentarischen Demokratie; auf der anderen Seite stand ein Linksbündnis der KPI und der PSI, das seinen ideologischen Fixpunkt in der Sowjetunion hatte, im äußeren Feind des Westens also. Der demokratische Machtwechsel hätte deshalb wie auch immer das Ende der Demokratie bedeutet: entweder als Sieg der moskautreuen Kommunisten, oder (dies die weit wahrscheinlichere Alternative) als dessen Verhinderung durch einen Militärputsch. Die Wähler hatten aus dieser Situation ihre Schlüsse gezogen und der DC einen Erdrutschsieg beschert. Allein hatte sie 48,5 % mit den ihr alliierten Kleinparteien 60 % der Stimmen, während die Linke gerade einmal 31 % erreichte (von denen etwa 19 % auf die KP, 12 % auf die Sozialisten entfielen).

Italien war so westliche Demokratie geblieben – zugleich aber auch eine „blokkierte Demokratie". An dieser Situation sollte sich über 40 Jahre nichts ändern: Da die KPI auf der Linken ihre Hegemonie verteidigte, ja von Wahl zu Wahl ihre Stellung ausbaute, um 1976 schließlich 34,4 % zu erreichen, war eine Linksalternative zur DC unmöglich. Die KPI reagierte darauf, indem sie von den 70er Jahren an ihre Distanz zu Moskau akzentuierte und Schritt für Schritt ihren Frieden mit Kapitalismus und westlicher Demokratie machte – eine Entwicklung, die 1989 mit dem Verzicht auf den alten Parteinamen, mit der Umgründung zum „Partito democratico della sinistra" (PDS), zur „Demokratischen Partei der Linken" (bei gleichzeitiger Abspaltung einer Minderheit, die heute als „Rifondazione Comunista" firmiert) und schließlich mit dem Eintritt in die Sozialistische Internationale ihren Abschluß fand.

Erst recht war ein Machtwechsel zum Greifen nahe, da 1994 mit einem neuen Wahlrecht abgestimmt wurde. An die Stelle des alten Proporzsystems war ein Mehrheitswahlrecht nach englischem Muster getreten: Drei Viertel der Sitze wurden in den Wahlkreisen an die jeweils erstplazierten Kandidaten vergeben; nur noch ein Viertel der Mandate wurde nach Listenproporz verteilt.

Dieses Wahlrecht war gegen den Widerstand der regierenden Parteien – neben der DC vor allem die Sozialisten, die seit Anfang der 60er Jahre mit den Christdemokraten die Macht geteilt hatten – durch ein Referendum erzwungen worden. Die Linke hatte die Referendumsbewegung tatkräftig unterstützt, aus dem Glauben heraus, als erste von der Reform zu profitieren. Ihre Hoffnung wurde fast zur Gewißheit, als von 1992 an die Justiz des Landes nahezu das gesamte Personal der Regierungsparteien wegen Korruption auf die Anklagebank brachte und damit einen unaufhaltsamen Zersetzungsprozeß auslöste: in zwei Jahren brach die PSI (1992: 13,6 % der Stimmen) vollkommen zusammen, während die DC (1992: 29,9 %) unter dem neuen Namen „Partito Popolare" auf 10 % abstürzte. An den so durch das neue Wahlrecht wie durch den Niedergang der regierenden Mitte in Gang gekommenen Umbruch knüpfte die um die PDS gescharte Linke zwei Hoffnungen.

- Ihr schien es möglich, den politischen Raum in der Mitte durch die Schaffung eines breiten Mitte-Links-Bündnisses wie auch durch die programmatische (De-)Profilierung als zum Zentrum hin offene Kraft zu besetzen und die politischen Erben der DC zur konservativen Rechten hin abzudrängen;
- zugleich erwartete sie, daß an die Stelle der korrupten DC nun eine „respektable Rechte" treten werde, eine saubere konservative Partei, die in fairem Wettstreit mit der Linken um die Mehrheit im Lande kämpfte, die dabei den demokratischen

Grundkonsens mit der Linken nie in Frage stellte und deshalb antikonstitutionelle Kräfte jedweder Herkunft ausschloß.

Diese gerade von der Linken gepflegte Hoffnung auf eine „reife Demokratie“ läßt sich in einem Wort zusammenfassen: Sie war der Glaube, Italien werde nun endlich „britisch“. Statt der Zersplitterung in viele Parteien das Entstehen zweier Blöcke, statt endloser Koalitionsverhandlungen nach den Wahlen der Abschluß transparenter Bündnisse vor dem Urnengang.

Doch weder die Hoffnungen der Linken im besonderen noch auch die politologisch unterfütterten Erwartungen an das neue Wahlrecht im allgemeinen fanden im Urnengang vom März und in der ihm vorausgegangenen Wahlkampagne Bestätigung. Einmal abgesehen davon, daß nicht zwei, sondern drei Bündnisse antraten – Berlusconis Rechtsallianz aus seiner „Forza Italia“, der „post“-faschistischen „Alleanza Nazionale“ und der quasi-sezessionistischen „Lega Nord“, die um die PDS gruppierte Linke und die Mitte der Ex-Christdemokraten, einmal abgesehen auch davon, daß weder die Rechte noch die Linke echte Regierungsbündnisse waren – auf der Rechten behandelten und behandeln sich der Lega-Chef Umberto Bossi und Silvio Berlusconi nicht wie Alliierte, sondern wie politische Feinde, und auf der linken ließ das Gros der Kräfte keinen Zweifel daran, daß „Rifondazione Comunista“ zwar bei der Wahlallianz nicht aber bei einer Regierung mittun dürfe –, war doch der entscheidende Trugschluß ein anderer: der von der „Britannisierung“ des politischen Wettbewerbs, von der Konkurrenz echter Gentlemen, die hart in der Sache, aber höflich im Ton im Grundkonsens der Demokraten um Wechselwähler konkurrieren, dabei wechselseitig ihre demokratische Legitimität nicht in Zweifel ziehen und ideologisch ihre Positionen zugunsten eines pragmatischen Mainstream depolarisieren.

Statt dessen wohnten die Italiener einem Wahlkampf bei, der vor allem von der Rechten mit Tönen geführt wurde, die an 1948 erinnerten. Der gerade in die Politik eingetretene Silvio Berlusconi erklärte die Wahl zur Schicksalsentscheidung, er stilisierte die Linke zur „kommunistischen Gefahr“ und verkündete den Italienern eine „Zukunft in Unfreiheit und Elend“ im Falle eines Wahlsiegs der „Progessisti“; sogar die Möglichkeit, dieser Urnengang könne bei einem Sieg der Linken die letzte freie Wahl gewesen sein, malte Berlusconi an die Wand. Die Rechte polarisierte die Auseinandersetzung offensiv, und sie scheute sich auch – erstmals in der Nachkriegsgeschichte – nicht, den Terminus „rechts“ offen für sich zu reklamieren. Vor allem aber hielt sie es für unnötig, sich als „respektable Rechte“ zu präsentieren, die Allianzen in der Mitte suchte, am rechten Rand aber den Abstand zu Extremisten hielt. Berlusconi machte sowohl den mit der Sezession des Nordens liebäugelnden Umberto Bossi und seine „Lega Nord“ als auch die zur „Alleanza Nazionale“ umgetauften Neofaschistischen des „Movimento sociale italiano“ um Gianfranco Fini als Regierungskräfte hoffähig – immer im Namen der Verbindung eines Sieges der „Roten“.

Dennoch: Dieser Zusammenstoß zwischen der neuformierten Rechten und der Linken, der – statt den Übergang zu einer „reifen“ Demokratie sich wechselseitig legitimierender Konkurrenten zu markieren – das Land auf die ideologischen Schlachten von 1948 zurückzuwerfen schien, hat etwas unwirkliches. Denn die einander gegenüberstehenden Lager stehen ja gar nicht mehr für einander ausschließende Gesellschaftsentwürfe, politische Ordnungen, internationale Loyalitäten. Es fällt sogar schwer, die beiden Pole als Vertreter konkurrierender gesellschaftlicher Interessen zu identifizieren; jedenfalls hat es die Linke vermieden, mit einem Programm sozialer Forderungen ihr Profil zu schärfen. Symptomatisch war der Aufschrei, der durch das Bündnis der Progressivsten ging, als Fausto Bertinotti – Parteichef der „Rifondazione Comunista“ – die Besteuerung der Staatsschuldtitel forderte. Jene Titel bescheren ihren Besitzern erkleckliche, weitgehend steuerfreie Zinseinkünfte – und die Linke hielt nicht dies für einen Skandal, sondern die Forderung, auch Zinsen dem Fiskus zu unterwerfen. Statt sozialer Versprechen bot die Linke ihren Adressaten nur eines: die Aussicht, die Sanierungspolitik der Regierung Ciampi unverändert fortzusetzen.

Die Rechte verfügte demgegenüber schon eher über ein Profil. Alles, was den Unternehmen nützte – Steuererleichterungen, Flexibilisierung von Einstellungs- und Entlassungsvorschriften, Privatisierung von Sozialleistungen etc. – versprach in ihren Augen ein „neues italienisches Wunder“. Ein verspäteter Reaganism oder Thatcherism schien sich da anzukündigen: Der „Pol der Freiheit“ (so der Name des Rechtsbündnisses) trat für die Befreiung der Gesellschaft vom angeblich Italien knechtenden „Etatismus“ ein und forderte den Umbau des Staates zu einer „Azienda Italia“, einer „Firma Italien“, er sang das hohe Lied derjenigen, die sich wie etwa Berlusconi „im Schützengraben der Arbeit“ bewährt hatten und nun die „berufslosen Politikaster“ von den Schaltstellen der Macht vertreiben wollten – und doch ließe sich auch daraus die scharfe Polarisierung nicht erklären. Denn erstens nahm die Linke kaum je dezidierte Gegenpositionen ein, und zweitens war der Reaganism der Rechten mehr Fassade als

Realität. Auch die Rechte appellierte nicht an bestimmte soziale Gruppen – etwa an die Unternehmerschaft, den Mittelstand etc. Entweder versprach sie allen alles, verkündete also Slogans anstatt eines Programms (Steuern runter für die Reichen, aber auch für die Schlechtverdienenden), oder sie appellierte gerade an die Klienten der Linken („1 Million Arbeitsplätze") – und gewann so die Mehrheit auch in den unteren Einkommensschichten – oder aber sie konterkarierte sich selbst: Während ein Vertreter der Rechten die Streichung der millionenfach gewährten Invalidenpensionen forderte, verkündete ein anderer, er sei auch dafür – wenn an deren Stelle ein anderer „sozialer Puffer" trete, wenn es also unter anderem Titel so weiter gehe wie bisher. Schon in der Zusammensetzung der Rechtskoalition findet dieses Prinzip beredten Ausdruck: Der ultraliberalen „Lega Nord" steht mit den Neofaschisten eine Partei gegenüber, die sich als soziales Gewissen der Rechtsallianz versteht, die de facto zur Südliga und damit zur Vertreterin der am Staatstropf hängenden Regionen geworden ist und die deshalb den Anti-Etatismus ihrer Partner nach Kräften konterkariert. Auf diese Weise schaffte es die „anti-etatistische" Rechte, fast komplett jene Klientelen der alten Regierungsparteien zu sich herüberzuziehen, die bisher vor allem aufgrund der gar nicht antietatistischen Wahlgeschenke DC oder PSI gewählt hatten. Geradezu paradigmatisch faßte Vito Gnutti, der neue Industrieminister von der Lega Nord, diesen Politikansatz zusammen, als er von seiner ersten Begegnung mit den Gewerkschaften berichtete: Die Gewerkschaften hätten darauf bestanden, daß ihre Klientel nicht die Kosten der Krise zu tragen habe; genausowenig wolle natürlich die rechte Koalition, daß ihre Wähler aus Mittelstand und Unternehmerschaft Lasten aufgebürdet bekommen, also – dies Gnuttis naivehrliches Fazit – „suchen wir einen Dritten, der bezahlt".

Eine Linke, an der Linkes kaum mehr ausfindig zu machen ist über dem festen Willen, sich als national verantwortliche Kraft, als Sanierer des Staates zu erweisen und damit für alle Bürger jenseits ihrer spezifischen Interessen wählbar zu sein, daneben eine Rechte, die desgleichen wenige genuin rechte Politiken, aber mehr Wohlstand für alle verspricht und das Zahlen „Dritten" überläßt – dies drängt den Verdacht auf, die neue Renaissance von „rechts" und „links" sei purer Schein, in Wirklichkeit finde unter diesen Titeln eine Auseinandersetzung statt, die mit diesen Kategorien kaum adäquat zu beschreiben ist.

„Links" und „rechts" an beiden Bewegungen sind allein ihre Wurzeln in der Ersten Republik, die mit den Wahlen von 1994 beerdigt wurde, nicht aber die Rezepte zur Bewältigung ihres schweren Erbes. Und betrachtet man diese Wurzeln, so steht man vor einer merkwürdigen Verkehrung: die Partei, die vierzig Jahre als „Anti-System"-Partei aus der nationalen Regierung ausgeschlossen war, wirft sich zur Verteidigerin des Staates auf, macht sich zum Anwalt der Notwendigkeiten seiner Sanierung, appelliert an Staatstugenden und Bürgersinn; die Allianz dagegen, die in direkter Kontinuität zum alten Regierungslager steht, die von ihm Wählerschaft, politisches Personal, Klientelen und Ideologen in den Medien geerbt hat – sie zieht mit der Attitüde des „Anti-Etatismus" über die Erste Republik her, als sei sie Vertreterin eines Lagers, das die ganze Zeit in Untergrund und Opposition überwintert hätte. Dieses eigenartige Spiel auch mit verkehrten Rollen erleichterte der Rechten ihren Sieg, schaffte sie es doch, die Linke zur Vertreterin des „Alten" zu erklären und sich selbst als Kraft des „Neuen" zu präsentieren.

Es war dies aber weniger eine propagandistische Umkehrung als die erfolgreiche Ausbeutung eines echten Widerspruchs der Ersten Republik. Jene Partei, die in ihr zur Opposition verdammt war – sie war es, die trotz ihrer Bindung an die UdSSR seit je die Anliegen eines funktionierenden Gemeinwesens, einer korrekten Verwaltung, eines effizienten Einsatzes öffentlicher Mittel vertreten hatte und sich in ihrer Anhängerschaft so als Verfechterin staatsbürgerlicher Tugenden betätigt hatte. Ganz anders das Regierungslager, das vor allem auf die Mobilisierung klientelistischen Konsenses setzte, das seinen Anhängern den Staat nur im Tausch partikularistischer Gefälligkeiten gegen Gefolgstreue für die Parteivertreter nahebrachte. Schon in den 50er Jahren standen deshalb US-Politologen vor dem Paradox, daß gerade die Anhängerschaft der „antidemokratischen" KP ein weit höheres Maß an demokratischen Tugenden wie Partizipation, Interesse für Anliegen des Gemeinwesens etc. aufwies als die in Klientelstrukturen denkenden Anhänger der DC. Und auch die Folgen waren scheinbar paradox: Am besten funktionierte der italienische Staat in jenen Regionen und Kommunen, die traditionell von seinen „Feinden", von der Linken regiert werden.

Es waren also gerade die Regierenden, die in Italien das Verhältnis der Bürger zu ihrem Staat unterminierten, es auf einen Tausch reduzierten, in dem kein Platz für die Gültigkeit abstrakter Regeln, Vorschriften, Gesetze blieb. Denn dieser Tausch funktionierte nur, wenn es den Regierenden gelang, allen Bürgern zustehende Rechte – den Zugang zu Arbeitsplätzen im öffentlichen Dienst, die Gewährung von Sozialleistungen, die Erteilung einer Konzession etc. – in Privilegien zu verwandeln, an die einzig der gelangte, der als Klient über einen politischen Patron verfügte. Und genauso ließ sich auch verfahren, wenn nicht Rechte, sondern UN-Rechte zur Debatte standen. Schwarzbauten, Steuerhinterziehungen, ohne die erforderlichen Requisite erlangte berufliche Positionen – all' dies war tauschbare Münze im Handel um politische Gefolgschaft. Finanziert wurde dieses Geschäft über Jahre durch die Staatsverschuldung; sie aber war schließlich die Achillesferse des Klientelregimes. Denn als die Zinslasten übermäßig stiegen, stieg die klientelare Konsensproduktion an ihre Grenzen.

Hier liegen die Wurzeln des modern gewordenen Anti-Etatismus: Er ist nicht die Beschwerde über die vorherigen klientelaren Leistungen, sondern über deren Ausbleiben – und über die Zeche, die der Staat den Bürgern nun präsentiert. Klientelistisch gestimmte Wähler, die jeder für sich ihren kleinen klientelaren Vorteil wahren möchten, ohne mit dessen Kosten behelligt zu werden, wünschen den Abtritt des Staates dort, wo er ihnen Steuern, Vorschriften etc. auferlegt. Hieraus auch speiste sich die ganze Erbitterung des Zusammenstoßes zwischen „rechts" und „links" – nicht aus der Furcht, die Linken seien noch die „Roten", sondern aus einer gänzlich anderen Furcht: Die Linke präsentierte sich im Wahlkampf als „Partei der Regeln", als Partei einer übergeordneten Staatsräson – und wurde ausgerechnet darüber zum Schreckgespenst. „Etatismus" konnte angesichts dieser Linken nicht die Furcht vor Verstaatlichung, ja nicht einmal vor Umverteilung, vor übermäßiger Ausdehnung des Sozialstaats oder vor übermächtigen Gewerkschaften meinen – er stand und steht für die Furcht der bisher „staatstragenden" Teile der Wählerschaft vor einer funktionierenden Staatsgewalt, die etwa mit ihrer Steuerhoheit ernst macht, ohne ganzen sozialen Gruppen wie den in Italien ein Drittel der Erwerbsbevölkerung stellenden kleinen Selbständigen, aber auch dem Millionenheer der Schwarzarbeiter das de facto-Privileg der Steuerhinterziehung einzuräumen.

Die Wähler haben sich klar auf die Seite der populistischen Allianz geschlagen, aber weit wird diese Rebellion der Klienten gegen die Kosten des Klientelismus kaum tragen – aus dem schlichten Grund, daß der „Dritte, der zahlt" sich kaum wird finden lassen. Dann aber wird das Pendel schwerlich zur anderen Seite ausschlagen, zur rigoristisch-staatstreuen Linken. Eher schon steht eine Staatskrise zu erwarten, die Raum schafft für genuin rechte Politikentwürfe, für autoritäre Lösungen, sei es als nord-nationalistischer Sezessionismus oder als großitalienisches Präsidialregime. ●

Von der Redaktion gekürzter Aufsatz aus: kultuR-Revolution, Nr. 30 (1994).

JOHANNES ANDERSEN / HENRIK KAARE NIELSEN

Strategie in Atemnot

Skandinavische Sozialdemokraten und Sozialstaat

Um den Jahreswechsel 1994 - 95 versammelten sich wie so oft die Führer der sozialdemokratischen Parteien in Skandinavien. Man zog hier Bilanz nach den norwegischen, schwedischen und finnischen Volksabstimmungen zum Thema EU-Mitgliedschaft. Diese Abstimmungen hatten Schweden und Finnland in die Europäische Union gebracht, während eine Mehrheit der Norweger nochmals mit Nein gestimmte hatte – trotz der Empfehlungen des überwiegenden Teils des politischen Spektrums, hierunter alle sozialdemokratischen Parteien in Skandinavien.

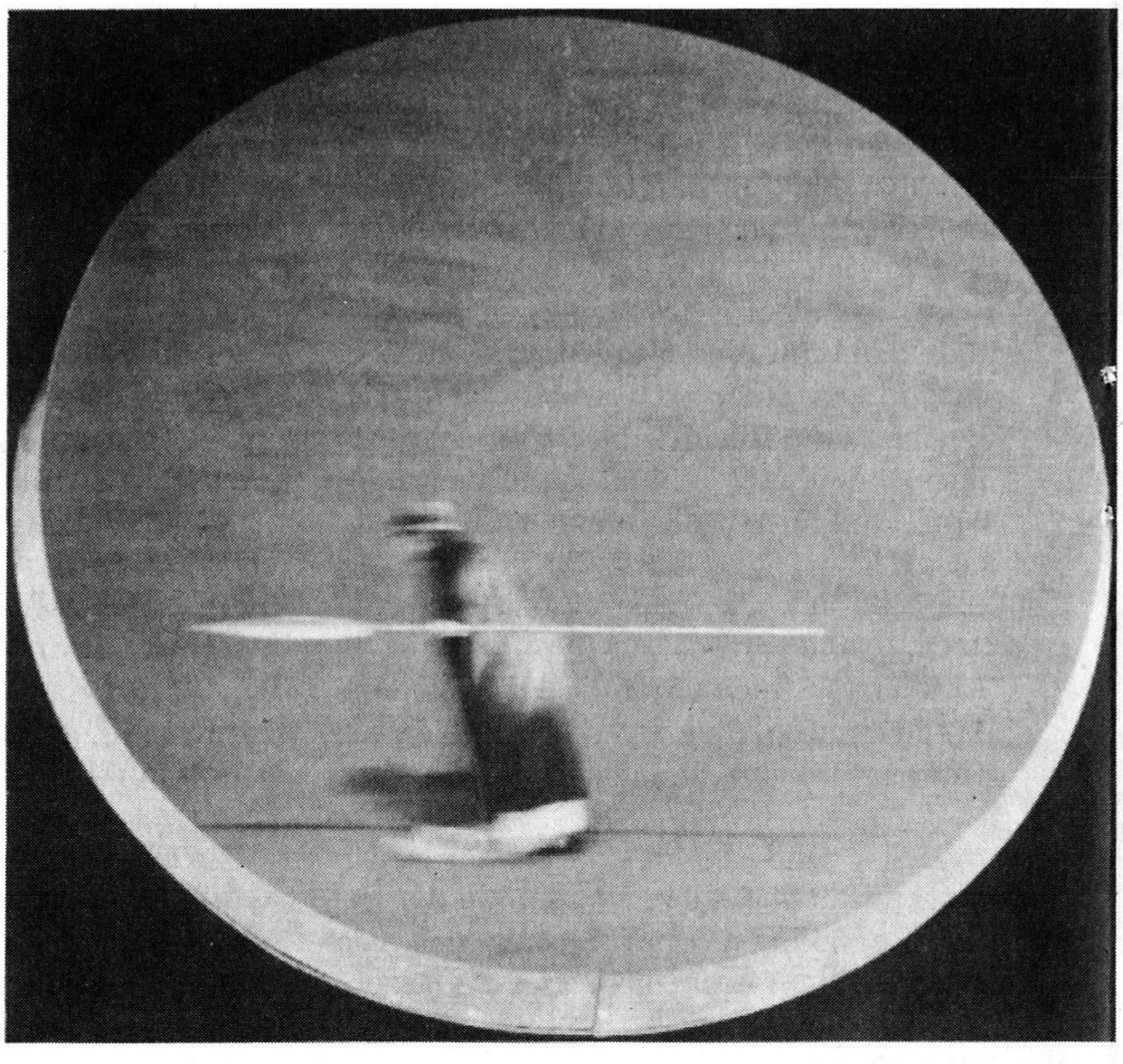
Trotz dieser Unterschiede stehen die skandinavischen Sozialdemokraten im wesentlichen vor den gleichen Aufgaben, was auch in ihrem Verhältnis zur EU zum Ausdruck kommt: Der Sozialstaat muß gesichert werden, nicht zuletzt im ökonomischen Sinne, weil man hier den größten Druck verspürt. Wenn dies gelingen sollte, besteht die Hoffnung, daß man die erforderliche Ruhe hat, um eine neue Strategie für die Entwicklung des Sozialstaates und damit der Gesellschaft der Zukunft zu entwerfen. Denn der skandinavische Sozialstaat – und damit das skandinavische Modell – ist unter ernsthaften Druck geraten, wobei die Sozialdemokraten in die Defensive gedrängt worden sind.

Das skandinavische Modell ist zweiseitig. Einerseits versucht es, alle universellen sozialen Rechte zu sichern, in dem Sinne, daß allen geholfen wird, wenn ihnen ein 'soziales Ereignis' widerfährt. Andererseits geht man davon aus, daß dieses soziale Netz über die Steuern finanziert wird. Das Modell ist in den strategischen Überlegungen der skandinavischen Sozialdemokraten in Bezug auf die Entwicklung einer neuen und besseren Gesellschaft, eines demokratischen Sozialismus, tief verwurzelt.

Die erste politische Offensive der Sozialdemokraten galt dem Kampf für demokratische Rechte. Sie hat sich Ende des 19. Jahrhunderts abgespielt, d.h. zu dem Zeitpunkt, an dem die sozialdemokratischen Arbeiterbewegungen generell zunehmend an Profil gewannen. In diesem Prozeß erreichten die Parteien eine Stärke, die den radikaleren linken Strömungen nur eine marginale Position einräumte.

Der Stimmenanteil der sozialdemokratischen Parteien stieg im Zuge der Industrialisierung stetig an. In Norwegen und Schweden konnten sie Anfang der 30er Jahre etwa 40 % der Stimmen verbuchen, während sie in Dänemark nur um die 36 % erreichten. Nichtsdestoweniger ist es ein gemeinsames Muster in den skandinavischen Ländern, daß die Sozialdemokraten seit den 30er Jahren die Regierungsmacht dominieren, gestützt von bürgerlichen Parteien der politischen Mitte. In dieser Periode haben sie sich auf den reformistischen politischen Kurs eingestellt: auf eine gerechte und demokratische Gesellschaft. Hier hat also das skandinavische Modell Gestalt angenommen, und es unterscheidet sich in der sehr frühen Orientierung an pragmatische Reformarbeit und Klassenzusammenarbeit entschieden von der deutschen Entwicklung. Wer wirklich eine demokratische Gesellschaft sichern will – so die Perspektive des skandinavischen Modells –, der darf die Einflußnahme der Bürger nicht vom ökonomischen und sozialen Status abhängig machen. Alle müßten ihren Einfluß geltend machen können, ohne von Arbeitslosigkeit oder anderen sozialen Katastrophen bedroht zu werden. Geborgenheit für alle war mit anderen Worten die Losung der zweiten sozialdemokratischen Offensive, die in den 30er Jahren eingeleitet wurde. Diese breite Perspektive war natürlich ein Versuch, sowohl die Interessen der Stammwähler, der Arbeiter, zu verteidigen, als auch gleichzeitig an Wähler aus anderen Bevölkerungsschichten zu appellieren.

Die Offensive war zweiseitig. Erstens wollten die Sozialdemokraten gegen die tiefe Wirtschaftskrise der 30er Jahre ankämpfen, u.a. um die hohe Arbeitslosigkeit zu beseitigen. Zweitens wollten sie durch soziale Reformen die Bevölkerung vor den Auswirkungen der Krise schützen. Eine Reihe von sozialen Gesetzen wurde somit verabschiedet, die alle kleine Schritte verkörperten auf dem Weg zur Etablierung universeller, steuerfinanzierter Rechte. Es handelte sich um begrenzte Maßnahmen, z.B. um ein neues Gesetz zur universellen Rentensicherung, wo Norwegen und Schweden die Führung übernahmen. Anfangs hat dies zum großen Teil auf dem Versicherungsprinzip basiert, aber allmählich hat sich das Prinzip der Steuerfinanzierung durchgesetzt. Zuerst in Dänemark, später in den anderen skandinavischen



Ländern. Diese Offensive brachte gleichzeitig eine neue Einsicht an den Tag: daß soziale Reformen die Wirtschaft stimulieren können. In dieser Weise entwickelten sich in dieser Periode auch die Konturen jener keynesianischen Wirtschaftspolitik, die seitdem für die sozialdemokratische Regulierungsstrategie für die Wirtschaft grundlegend gewesen ist. Der zweite Weltkrieg hat in den skandinavischen Ländern die sozialdemokratischen Projekte zum Stillstand gebracht: Vor allem in Dänemark und Norwegen, während sich Schweden kraft seiner Neutralität in etwas größerer Distanz zum Krieg entwickeln konnte. Nach dem Krieg leiteten die sozialdemokratischen Parteien in allen drei Ländern erneut eine Offensive ein. Jetzt sollten die Ansätze der 30er Jahre voll entfaltet werden – eine Bestrebung, die sich in den neuen Programmen der Parteien spiegelte.

Niederlage

Diese Perspektive hat sich vor allem in der Entwicklung der skandinavischen Wohlfahrtsstaaten in den 50er und 60er Jahren verwirklicht. Wobei das generelle Wirtschaftswachstum jener Jahre entscheidend zur Entwicklung beigetragen hat. Indem sie über eine Zeitspanne von 30 – 40 Jahren das skandinavische Sozialstaatsmodell schufen, waren die skandinavischen Sozialdemokraten somit die führende Kraft gewesen bei der Sicherung von politischen und sozialen Rechten für alle. Es war daher logisch, daß die Sozialdemokraten, nicht zuletzt in Dänemark und Schweden, eine dritte Offensive einleiteten, die auf ökonomische Demokratie zielte – im Sinne von obligatorischer Teilung der Gewinne der Wirtschaft zwischen Unternehmen und Lohnarbeitern und der Etablierung von Investitionsfonds der Arbeitnehmer unter der Kontrolle der Arbeiterbewegung. Diese Offensive setzte Ende der 60er Jahre ein, und sie hat die erste entscheidende politische Niederlage der skandinavischen Sozialdemokraten eingeleitet. Diese groß angelegte reformerische Strategie, die sozusagen evolutionär den Lohnarbeitern die Kontrolle über das Kapital sichern wollte, um es als Kapital weiter funktionieren zu lassen, die also den Klassenwiderspruch abschaffen aber den Akkumulationszwang beibehalten wollte, haben die bundesdeutschen Sozialdemokraten unseres Wissens nie aufgegriffen.

Das Scheitern der Offensive für ökonomische Demokratie hatte mehrere Gründe. Erstens erlebten die skandinavischen Länder, vor allem Dänemark und Norwegen, Anfang der 70er Jahre eine Rezession, die aus einleuchtenden Gründen das Interesse an Gewinnbeteiligung bei den Lohnarbeitern stark modifiziert hat. Hinzu kam, daß jetzt die plötzlich rapide ansteigende Arbeitslosigkeit – die im Gegensatz zur Bundesrepublik schon mit der 'ersten Ölkrise' 1973 einsetzte – in den Mittelpunkt rückte. Zweitens war die soziale Verankerung der Sozialdemokratie in der Bevölkerung im Wandel begriffen. Unter den älteren Arbeitern hatte die 'Arbeiteridentität' nach wie vor großes Gewicht, während es bei den jüngeren Arbeitern eher daran haperte, was sich in den Mitgliederzahlen der Parteien dramatisch bemerkbar machte. Drittens wurde diese Entwicklung durch das Hervorwachsen neuer sozialer Gruppen ergänzt, u.a. einer großen, wohlausgebildeten Gruppe öffentlicher Angestellter, die sich in ihrer Mehrheit an der Sozialdemokratie links vorbeiorientierte. Sowohl was die relative Größe dieser Gruppe als auch ihre politische Orientierung anbelangt, haben wir es wieder mit einer andersartigen Entwicklung als der bundesdeutschen zu tun.

Alle sozialdemokratischen Parteien in Skandinavien erlebten somit ernsthafte Rückschläge bei den Wählern, und ihre Offensive für ökonomische Demokratie hat praktisch nirgends Zustimmung gefunden. Die Parteien mußten sich auf neue Aufgaben konzentrieren, vor allem darum, die Regierungsmacht zu bewahren und die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen. Die sozialdemokratischen Parteien in Skandinavien befanden sich ernsthaft auf dem Weg in die Defensive, was symbolisch darin zum Ausdruck kam, daß die schwedischen Sozialdemokraten 1976 bis 1982 die Regierungsmacht abgeben mußten, daß man in Norwegen seit 1973 in schwachen Koalitionsregierungen kämpft, und daß die dänische Partei ebenfalls seit 1973 geschwächt ist und von wechselnden Partnern unter Druck gesetzt wird.

In keiner der Parteien wurde der volle Umfang der Krise erkannt, in die man geraten war, bevor bürgerliche Parteien die Regierungsmacht übernommen und neue Perspektiven für den Wohlfahrtsstaat formuliert hatten. In Norwegen geschah dies 1981, in Dänemark 1982, während in Schweden erst 1991 ernsthaft die politische Tagesordnung den Bürgerlichen überlassen werden mußte.

Die bürgerliche Tagesordnung thematisiert den Sozialstaat im Spannungsfeld zwischen Solidarität und Effektivität. Die Sozialdemokraten hatten deutlich auf den ersteren Pol gesetzt, was eine Reihe von Problemen mit sich brachte. So war es im Laufe der 70er Jahre klar geworden, daß der Wohlfahrtsstaat zunehmend unlenkbar war. Dauernd entstanden neue Bedürfnisse, die befriedigt werden mußten, und neue Probleme, die im Namen der Solidarität und der Geborgenheit in institutionelle Behandlungsstrategien umgesetzt werden mußten. Dies hat dazu beigetragen, eine Reihe wichtiger Fragen zum Wohlfahrtsstaat als Strategie zu thematisieren.

Es hat als Finanzdebatte angefangen. Am deutlichsten ist dies in Dänemark und

WIDER ★ SPRÜCHE

Zeitschrift für sozialistische Politik im Bildungs-, Gesundheits- u. Sozialbereich

Umbau des Sozialstaats – Treffen der Generationen (H. 54)

Weinert: Wer hat, der hat... Reichtum in Deutschland ● *Busch-Geertsema:* Wohnungsnot im Wohnungswohlstand ● *Bäcker / Steffen:* Die Negativsteuer – »Aussteigerprämie« oder »Lohnarbeitspeitsche«? ● *Schaarschuch:* Spaltung der Gesellschaft und soziale Bürgerrechte ● *Völker:* Let's Talk About ... What? Armut!? Sozialhilfe!? ● *Dietz:* Anmerkungen zum Pflegeversicherungsgesetz – Pflegeverunsicherung oder pflegepolitische Hoffnung? ● *Jürgens:* Thesenpapier zur Pflegeversicherung ● *Freyberg:* Im Irrgarten von Macht und Moral – Auf der Suche nach einer neuen Sozialethik ● Gipser: Italienische Verhältnisse – eine Schule für alle ● Forum ● Magazin
120 Seiten, DM 16,–

Dienstleistung ... in der Jugendhilfe. Jenseits v. Hilfe u. Herrschaft? (H. 53)

Olk: Jugendhilfe als Dienstleistung ● *Klatetzki:* Zwei Modelle zur Beurteilung von Non-Profit-Organisationen ● *Meinhold:* Was heißt »Qualitätssicherung« bei sozialen Dienstleistungen? ● *Späth:* Erziehungshilfen als soziale Dienstleistungen ● *Greese:* Die Amtsperson als Dienstleister ● *Halves:* Frauen in sozialen Dienstleistungsberufen ● *May:* »The times, they are a-changing«. Ein Kommentar zum 9. Jugendbericht der Bundesregierung ● Forum ● Magazin
120 Seiten, DM 16,–

UNSER KENNENLERNANGEBOT:
Schicken Sie uns einen 20,- DM-Schein und wir senden Ihnen zwei Probehefte.

BEZUGSBEDINGUNGEN: Jährlich 4 Hefte, Jahresabo W: 63,- DM, Einzelheft 16,- DM, O: 40,- DM, Einzelh. 10,- DM, StudentInnenabo 40,- DM

Verlag 2000
Postfach 10 20 62, 63020 Offenbach
Tel. 069 /88 50 06, Fax 069 / 82 11 16

Norwegen zum Ausdruck gekommen, wo populistische, sogenannte 'Fortschrittsparteien' mit einer harten Kritik an der Steuerbelastung das politische System ins Wanken brachte. In der Folge ist es zudem immer klarer geworden, daß der Wohlfahrtsstaat als Strategie die Tendenz gehabt hatte, gesellschaftliche Probleme in Aufgaben für Professionelle und ihre Institutionen zu verwandeln. D.h. eine Tendenz zur Klientelisierung der Bürger. Die Perspektive dieser Entwicklung ist, daß immer weniger gesellschaftliche Aufgaben in Prozessen zwischenmenschlicher Solidaritätsbeziehungen gelöst werden, während immer mehr Aufgaben von sozialstaatlichen Institutionen übernommen werden.

In der politischen Debatte ist diese Entwicklung zunehmend als Bevormundung der Bürger durch den Wohlfahrtsstaat erörtert worden, und es wurde als Konsequenz dieser Bevormundung interpretiert, daß große Teile der Bevölkerung ihren eigenen sozialen Verpflichtungen, z.B. als engagierte Staatsbürger, immer geringere Beachtung schenkten, und statt dessen dem Output des Wohlfahrtsstaates immer größere Aufmerksamkeit zukommen ließen. Also die Frage, was für sie selbst dabei rausspringt, und was andere eventuell auf betrügerische Weise ergattern können.

In dieser Weise hat die Entwicklung des Wohlfahrtsstaates quasi die Bestrebungen der bürgerlichen Parteien gestärkt, statt der Solidarität die *Effektivität* des Sozialstaates zu betonen. Der Wohlfahrtsstaat im allgemeinen und die öffentlich Angestellten im besonderen sollten unter Kontrolle gebracht werden. Zu diesem Zweck wurde die Rolle der Bürger als Nutznießer öffentlicher Leistungen in den Mittelpunkt des Diskurses gestellt, und die Macht der Mitarbeiter in leitenden Funktionen wurde gestärkt und explizit hervorgehoben. Letzteres mag im deutschen Kontext normal erscheinen, war aber in den skandinavischen Ländern ein Bruch mit einem historisch erkämpften und gewachsenen Egalitarismus.

So ging manches Hand in Hand. Durch die Stärkung der Rolle des Bürgers als Nutznießer konnte man in erster Linie die Leistungen des Staates im ökonomischen Sinne effektiver und in Bezug auf den Verbraucher adäquater machen. In dieser Weise wurde der Tendenz zur Bevormundung und Unlenkbarkeit begegnet. Gleichzeitig konnte man den Wünschen insbesondere der wohlausgebildeten Gruppen nach politischen Einfluß entsprechen, in einer Zeit, in der die neuen sozialen Bewegungen praktisch von der politischen Bühne verschwunden waren.

Nicht nur die bürgerlichen Parteien haben also neue, kritische Seiten des Wohlfahrtsstaates hervorgehoben, und in dieser Weise haben die skandinavischen Sozialdemokraten ihre Position als die führende Kraft in der Entwicklung des Sozialstaates eingebüßt. Sie sahen sich plötzlich gezwungen, ihre Themen Solidarität und Gleichheit mit der Hervorhebung der Effektivität und der Stärkung des Bürgers als Nutznießer öffentlicher Leistungen zu kombinieren – und was bei dieser Kombination herauskam, war weitgehend eine Anpassung der sozialdemokratischen Politik an die der bürgerlichen Parteien.

Der Ausgangspunkt der skandinavischen Sozialdemokraten war die Betonung der Solidarität, der Gleichheit und die Gemeinsamkeit. Diese Wertvorstellungen sind in der Entwicklung individueller Perspektiven der Selbstrealisierung und der zunehmenden Effektivierung im Rahmen der modernen Gesellschaft zu kurz gekommen. Die Parteien stehen jetzt mit einem Wohlfahrtsstaat, der einerseits überentwickelt ist, und der andererseits die soziale, lebensweltliche Grundlage der Solidarität, auf der er fußt, untergraben hat. Die Solidarität und die Gleichheit sind Anliegen des Staates geworden.

Das skandinavische Modell hat mit anderen Worten einerseits eine systematische Verdinglichung der sozialen Solidarität gefördert und andererseits, als ein strategisches und ideologisches Gegengewicht, Individualität und Effektivität in den Mittelpunkt gestellt. Das Modell hat somit zwei soziale Rollen entschieden gestärkt: die – entmündigte – Rolle als Klient und die – im verdinglichten Sinne 'mündige' – Rolle als Nutznießer, bzw. Konsument öffentlicher Leistungen. Dadurch ist grundlegend die Rolle als demokratischer, engagierter, öffentlich diskutierender, Einfluß suchender und sozial verpflichteter Staatsbürger (citizen, citoyen) untergraben worden.

Das sozialdemokratische Modell für den Wohlfahrtsstaat läßt sich nicht auf die Entwicklung einer demokratischen Zivilgesellschaft (citizenship) umstellen. Die staatliche Regulierung in Kombination mit der verborgenen Hand des Marktes wird in der jetzigen Situation nur die Weiterentwicklung der Klienten- und Konsumentenrollen fördern können. Auf keinen Fall die Entwicklung der Zivilgesellschaft und der Staatsbürgerrolle. Hier wären die klassischen Regulierungsformen der Zivilgesellschaft gefragt: das Gespräch, die soziale Verpflichtung und die persönliche Beziehung. Diese Aktualisierung der Potentiale der Zivilgesellschaft findet zu einem Zeitpunkt statt, wo das skandinavische Wohlfahrtsmodell in weitem Ausmaß genau diese Potentiale der zwischenmenschlichen Regulierung untergraben oder ernsthaft in Frage gestellt hat. Am weitesten scheint diese Entwicklung in Schweden gediehen zu sein, am wenigsten in Norwegen. ●

Johannes Andersen ist Dozent für Politische Wissenschaft an der Universität Aalborg, Dänemark.

Henrik Kaare Nielsen ist Dozent für Kulturwissenschaft an der Universität Aarhus, Dänemark.

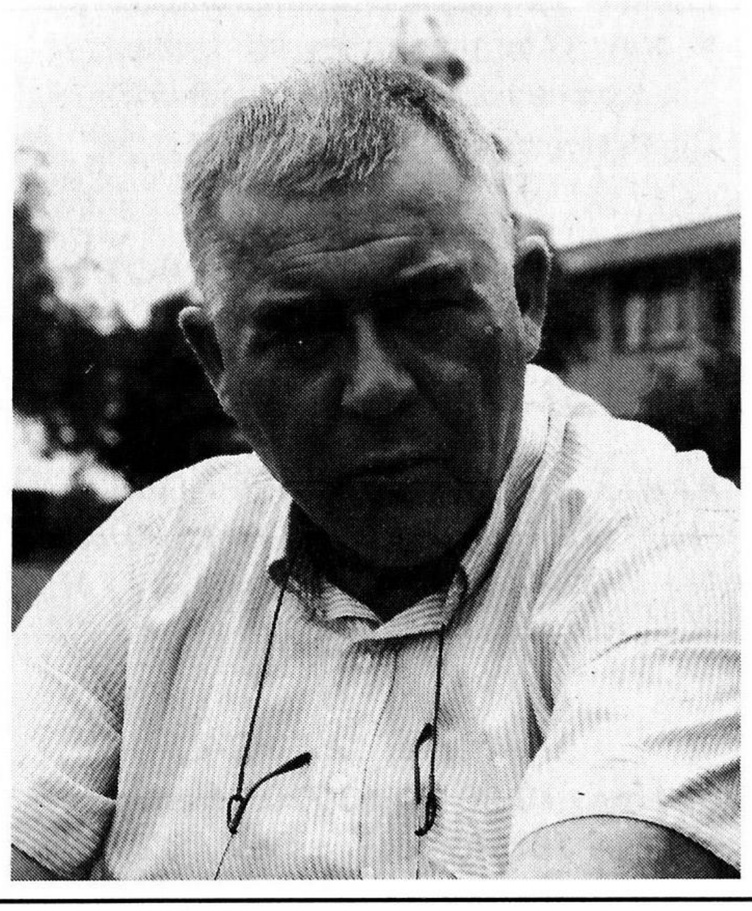


Foto: Thilo Vack

Glückwunsch

Sei es in der Sag-nein!-Bewegung gegen die Remilitarisierung der Bundesrepublik in den 50er Jahren, in der Ostermarsch-Bewegung der 60er Jahre oder in den letzten Jahren im Kampf um konkrete Unterstützung und um eine friedliche Lösung in Ex-Jugoslawien – Klaus Vacks Organisationstalent und politisches Engagement war immer von Bedeutung. Als Mitbegründer des Sozialistischen Büros im Jahr 1969 arbeitete er dort zehn Jahre als Sekretär, bis er 1979 ausschied und das Komitee für Grundrechte und Demokratie mitbegründete.
Klaus Vack, rastloser Friedenskämpfer, unnachgiebiger Menschenrechtler, wird am 17. Mai 60 Jahre alt.

Die *links*-Redaktion gratuliert!

HEINZ BRAKEMEIER

Die Grenzen der Sozialdemokratie in Osteuropa

Solche Kriterien scheint die Sozialdemokratie Westeuropas nachgerade mehr zu fürchten als der Teufel das Weihwasser. Erst recht, wenn noch ein Kriterium der Linken hinzugefügt wird, das der 'Sozialen Bewegung'. (J. Raschkes häufig rezipierte Definition 'sozialer Bewegung' lautet fachsoziologisch: 'kollektiver Akteur', welcher mit mannigfaltigen öffentlichen Aktionsformen 'gesellschaftlichen Wandel' erreichen oder verhindern will.) Daß eine sozialdemokratische Partei oder gar Parlamentsfraktion nur eine der Ausdrucksformen eines solchen 'kollektiven Akteurs' sein könne, ist nicht einmal mehr respektabler Gegenstand 'linker' Diskussionsbeiträge während sozialdemokratischer Parteitage.

Solche sozialdemokratischen Parteien wollen aber derzeit auch jene sein oder werden, welche sich in der Konkursmasse marxistisch-leninistischer Staatsparteien Osteuropas als Restposten erhalten haben, um seit 1993/94 einen Altweiber-Sommer als neue Regierungspartei durchzustehen. Es sind das alles Bemühungen von oben. Aus einer wachsenden 'Sozialen Bewegung' ging oder geht keine dieser sozialdemokratischen Versuche hervor. Und gäbe es eine – „antikapitalistische" – wachsende soziale Bewegung, wären deren Ziele vermutlich keine sozialdemokratischen westeuropäischen Zuschnitts.

Die marxistisch-leninistischen (Staats-) Parteien hatten eine Geschichte, in welcher sie zuerst Produkt, Ausdruck und gar Inspirator, sodann aber durchweg Liquidator von sozialen Bewegungen waren. Schon der russische Revolutionsprozeß von 1917/18 verlief in diesem Rhythmus. Noch rigider und schneller in den Ländern Ost-Mittel-Europas in und nach dem Kriegsende von 1944/45: Um Stalins Bündnis mit den Westmächten fortsetzen zu können, hatten sich die wiederentstehenden ML-Parteien in den jeweiligen Grenzen der jeweiligen 'Nationalen Front' zu bewegen. Als die Kriegs-Koalition dennoch – ab 1946/47 – mehr und mehr zerbrach, wurden insbesondere die noch schwachen Ansätze von autonomer Arbeiterbewegung weiter in das Prokrustes-Bett des Machtmonopol-Ziels der werdenden Staatsparteien gezwängt. Deren marxistisch-leninistisch legitimierter Führungs-Anspruch konnte mit staatlicher Macht an die Stelle der Mündigkeit von 'Massen' gesetzt werden. Mündig hätte die Masse der Individuen nur in autonom realisierten und öffentlich-kritisch verarbeitenden Lern- und Kampf-Zyklen werden können – etappenweise, darin bewußte Solidarität erwerbend. Man studierte dagegen die faktische Liquidation der neuen Betriebsräte-Bewegung in all den ost-mittel-europäischen Gebieten, welche unter die Gewalt der sowjetischen Sieger-, Befreier- und Besatzungsmacht gerieten.

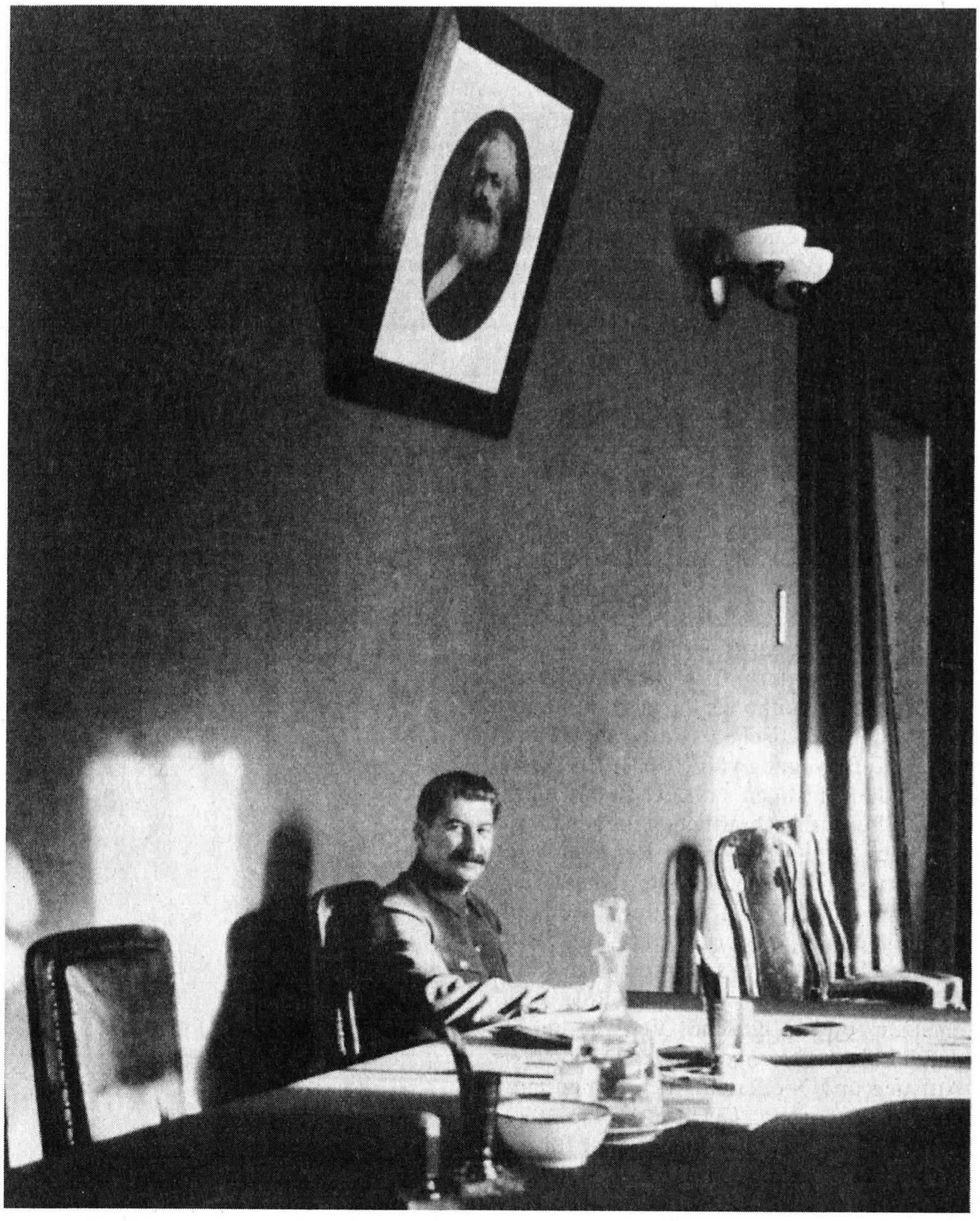
Alle Ansätze sozialer Bewegungen richteten sich in der Folge gegen die institutionalisierte Herrschaft jener Staatspartei als Form der 'Nomenklatura'-Herrschaft. Bis zum Ende der 60er Jahre hatten die sozialen Bewegungen jedoch stets an die Tradition der Betriebs-Räte-Bewegung angeknüpft. Mit ihr wurden die Forderungen nach Hebung des Lebensstandards verknüpft. Die polnische Solidaritätsbewegung ließ diesen Zusammenhang sogar 1980/81 (in ihrer ersten Welle) noch einmal öffentlichkeitswirksam werden. Allgemein jedoch war seit Beginn der 70er Jahre eine spezifische Wende zu registrieren: Von der Bewegung in Richtung auf eine Produzentendemokratie zu einer Opposition der Massen, die vornehmlich die Erhöhung des konsumtiven Lebensstandards auf westliches Niveau forderte. In Polen hatte gerade Gierek Gomulka als Parteisekretär abgelöst, den asketischen Autokraten, Held der Räte-Bewegung von 1956, 1970 ersetzt durch den einstigen politischen Manager eines überdurchschnittlichen Lebensstandards im alten schlesischen Bergbau- und Industriegebiet. Giereks Befriedung der Unruhen von 1970/71 ist jüngst treffend wie folgt charakterisiert worden: „Das Wesen der Politik Giereks bestand darin, ökonomische Reformen durch Wachstum zu ersetzen und politische Veränderungen durch Lohnerhöhungen." (Ben D. Fowkes: Aufstieg und Niedergang des Kommunismus in Osteuropa, Decaton-Verlag 1994, S. 163). Das galt mehr oder minder für die Politik der Nomenklatura in ganz Osteuropa. Wo noch ökonomische Reformen ver-

Gibt es eine Linke in Osteuropa?

Jüngst schrieben ein dänischer und ein kanadischer Politikwissenschaftler: strenggenommen handele es sich „dabei um die demokratischen Sozialistinnen und Sozialisten (die Bezeichnung 'demokratisch' ist zugegebenermaßen überflüssig), d.h. um antikapitalistische Strömungen, die für die maximale Erweiterung der Demokratie (...) eintreten. Dabei geht es nicht nur um die radikale Demokratisierung der politischen Sphäre im engeren Sinne, sondern auch – und wahrscheinlich vor allem – um jene des wirtschaftlichen und sozialen Lebens. Diese konsequent demokratische Linke spiegelt objektiv die Interessen der Arbeiterklasse wieder."

sucht werden, zielten diese darauf, durch neue Organisationsstrukturen oder einzelne Elemente des Marktgesetzes, den Leistungen der Betriebe größere Effizienz abzuverlangen. Und die Glücks-Erwartungen der Massen vermittelten sich nicht länger mit einer Renaissance der alten autonomen Produzentenbewegung. Die wachsende Bekanntschaft mit überlegenen 'westlichen' Konsumgütern, vor allem solchen des langlebigen Gebrauchs, konfrontiert mit sichtbarem Verfall in jeder Hinsicht, mit neuen ökonomischen Stagnationstendenzen seit der zweiten Hälfte der 70er Jahre, gaben dann als einzigen Ausweg 1988/89 die Restauration der kapitalistischen Produktionsweise vor, damit aber die notwendige Integration in deren Weltmarkt.

Dieser hat allerdings überall die Abwendung von dem – sozialdemokratisch inspirierten – 'Wohlfahrtsstaat' erzwungen. Ignorant dem gegenüber, war nach 1989 dieses Staatsziel dennoch zur Wahlkampfphrase – auch – der 'sozialdemokratisch' umdefinierten Reste der alten Staatsparteien geworden. (Als neuer 'Rechter' sich entpuppend, hatte nur der heutige tschechische Ministerpräsident Klaus sogleich den Mut, zu sagen, die kommende 'Marktwirtschaft' könne „keine soziale", sie müsse vorerst eine „reine" sein.) Undiskutiert blieb, ob und wieweit sich der 'Wohlfahrtsstaat' bzw. das 'soziale' Moment der westlichen Marktwirtschaft einer spezifischen 'langen Welle' des ökonomischen Wachstums nach dem zweiten Weltkrieg verdankte, einem sogenannten 'IV. Kondratieff'-Zyklus, welcher in seinen technologischen/technischen Bedingungen und seinen Kapital-Verwertungsmöglichkeiten nicht einfach wiederholbar war. Undiskutiert blieben die globalen ökologischen Folgen dieses Zyklus, die darin angelegten Grenzen der Wiederholbarkeit. Und unerörtert blieb in der öffentlichen Meinung, wieweit sich auch durch den 'IV. Kondratieff' hindurch der Abstand reproduziert hatte, der als ein kontinuierliches Verhältnis von 'Zentren' ('Metropolen') und ('Semi-') Peripherien beschrieben worden war. Dabei gab es historische Erfahrungen genug, die nahelegten, Osteuropa generell bis 1914 bzw. 1939 den Status einer 'Semi-Peripherie' zuzuschreiben.



Für die 'neo-klassisch' bzw. 'neo-liberal' konditionierten ökonomischen Berater, Inspiratoren und Akteure war die Transformationsstrategie gleichwohl einfach zu bestimmen: Zuallererst und übergangslos eine 'Ordnungspolitik', die ihrer Dogmatik entsprechende Institutionen festschrieb: Rechtliche Sicherung des Privateigentums an den Produktionsmitteln; schnelle Privatisierung; Vertragsfreiheit; eine Zentralbank, die eine stabile und bald frei konvertierbare Währung bezweckt; Gleichgewichts-Preise, welche die realen sogenannten 'Knappheiten' repräsentieren – möglichst bald auch in der Lohn-Politik; ausgeglichene öffentliche Haushalte, um die Inflationsrate zu senken mit möglichst geringer Steuerlast auf den Unternehmen; Öffnung der Grenzen zum – kapitalistischen – Weltmarkt, auch für die Importe etc. – im Rahmen dieser Ordnung seien dann die alten und neuen außenwirtschaftlichen Schulden zu bedienen, soweit nicht gestundet oder erlassen. (Der Internationale Währungsfonds und die Weltbank werden dann helfen, wo es vorübergehend schwierig werde.) Neues westliches Kapital werde so sichere und rentable Anlagemöglichkeiten sehen und ergreifen...

Im Rahmen der neuen Ordnung werde es zwar einige Monate Umstellungsturbulenzen geben, z.B. Preissteigerungen. Mit fragwürdiger gedanklicher Anleihe bei Schumpeter wurde auch von einer Phase der 'produktiven Vernichtung (Zerstörung)' produktiver Einheiten gesprochen, solcher, die überflüssig oder dem neuen Markt nicht gewachsen seien. Das schaffe jedoch Spielraum für neue, dem Markt konforme, wirtschaftliche Einheiten.

Destruktion und Lähmung in der industriellen Produktion trat auch schnell und verbreitet ein. Selbst die Ertragschancen der landwirtschaftlichen Produzenten wurden vom Weltmarkt in vielfach unerwarteter Weise betroffen. Aber der kontinuierliche allgemeine Aufschwung ließ auf sich warten, hat, wo überhaupt erst im Jahr 1993 Hoffnungen geweckt – und das Niveau des Sozialprodukts von 1988/89 ist noch nicht wieder erreicht. Vor allem eine zusätzliche Verarmung der Massen war ein sichtbares und spürbares Resultat. Dazu weiter Inflation, reale oder drohende Massenarbeitslosigkeit und zumeist außenwirtschaftliche Defizite.

Wie ist das zu erklären? Warum ist zweifelhaft, ob auch nur das ökonomische Wachstum – etwa der Pro-Kopf-Produktion – der ostasiatischen Schwellenländer in Osteuropa erreicht werden kann? Eine Ursache dafür ist der ungenügende Zufluß westlichen Kapitals für industrielle Investitionen. Allgemein lag und liegt er in Osteuropa weit unter den Erwartungen

und dem Bedarf (Ausnahme gegenwärtig: die tschechische Ökonomie). Billiglohn-Land zu sein, hat allein offenbar nicht ausgereicht, genügend auswärtiges Kapital anzulocken – verständlich bei der steigenden Zahl von Billiglohn-Land-Angeboten auf dem Weltmarkt in den 90er Jahren. Wo die Billiglohn-Produktion nicht genügend im Binnenmarkt abgesetzt werden kann, sondern vor allem Konkurrenzvorteile außerhalb verschaffen soll, ist die Investitionsneigung des Kapitals offenbar nur eine begrenzte. Nicht einmal die Textilindustrie läßt sich völlig aus den 'Hochlohn-Ländern' in die des 'Niedrig-Lohnes' verlagern. Ein größeres Wachstum des inneren Marktes wäre gleichfalls notwendig, ist aber bei niedrigen Masseneinkommen nicht realisierbar. Und damit auch nicht eine größere Sparneigung der Massen, die eine Quelle für wachsende innere Kapitalbildung sein könnte. Kam und kommt kein neues Kapital, war und ist auch die Privatisierung der großen Unternehmen ein häufig zweckloses, ja gesamtwirtschaftlich schädliches Manöver. Es befreite das Management nur von staatlicher Aufsicht und Lenkung, befreite von den Resten alter gesamtwirtschaftlicher Verantwortung. Die Transformation lief auf eine räuberische Form der bloßen privaten Bereicherung hinaus, in der sich signifikant die alte Machtelite der 'Nomenklatura' in eine eindeutige Klasse der 'Nomenklatura'-Kapitalisten verwandelte – teilweise über formelle Beteiligungszertifikate von Belegschaften und kleinen Anlegern.

Damit war wiederum eine Basis geschaffen, in der die 'Massen' der nun vollends atomisierten Einzelnen sich einmal mehr getäuscht sehen, andererseits in einigen Ländern Osteuropas sich sagen lassen, immer noch mangelnde 'neo-liberale' Konsequenz und Rasanz in der Transformation sei der wesentliche Grund der fortdauernden oder gesteigerten Armut. Widersprüchlich wie Einstellungen, Erwartungen, Verhalten hier sind, kann sich damit auch eine nostalgische Verklärung alter Zeiten verbinden. Dieses Syndrom hat vermutlich ausgereicht, den neuen Sozialdemokraten aus den alten Staatsparteien die Wahlsiege ab 1993/94 zu verschaffen oder die Regierungsfähigkeit zu erhalten; zumal diese Parteien die ökonomischen Transformationen energisch fortzuführen versprachen, aber auch, die 'soziale' Seite der 'Marktwirtschaft' zu realisieren. Demgegenüber sind sie jedoch die Gefangenen ihrer 'neo-liberalen' Programme. Aber nicht nur deren: Wo alles liebt, kann Karl allein nicht hassen, sagt Schillers Don Carlos. Wo alle Regierungen, auch die sozialdemokratischen, dem Staat als 'Wettbewerbsstaat' (J. Hirsch) Präferenz vor dem 'Wohlfahrtsstaat' geben, können die Regierungen osteuropäischer Staaten noch weniger davon abweichen, wenn ihre Industrien auf dem Weltmarkt bestehen wollen. Die 'terms of trade' sind darin für Ökonomien der 'Semi-Peripherie' (im Verhältnis zu denen der 'Zentren') ohnehin so, daß die 'Wettbewerbs-Fähigkeit' besonders gefördert werden muß; und darum die 'Kapital-Rentabilität' im Innern. Steuererleichterungen und Hilfe zum billigen Erwerb von nutzbaren Anlagen, Grund und Boden etc. werden nötig. Schon das zwingt eher die Sozialausgaben zu kürzen als sie zu erweitern. Ohne solche Freundlichkeiten scheut sich das auswärtige Kapital vor dem Land. Sich der Gnadensonne der 'Europäischen Union' annähern, gibt ein weiteres Motiv ab, einer Politik des 'Wettbewerb-Staates' Priorität zu geben. Die Beschlüsse der 'G7'-Gruppe (regelmäßige Konferenz der Regierungschefs der ökonomisch stärksten Staaten) werden zwar ironisch eine „Planwirtschaft der Reichen" (G. Mapp) genannt, andere als neo-liberale Projekte in Osteuropa würde sie aber zu strafen wissen. Direkt sind aber die neuen Sozialdemokraten in Osteuropa den „Strukturanpassungsmaßnahmen" unterworfen, die der 'Internationale Währungsfonds' und mit ihm die 'Weltbank' als „Gesundungskur" fordern. Das bedeutet faktisch: Löhne blockieren, Sozialausgaben senken, Nahrungsmittel-Subventionen streichen, Währung abwerten, Gewinne abziehen lassen. Zum Überfluß ist auch in den neuen Schuldenabkommen mit den öffentlichen und den Banken-Gläubigern des 'Westens' weltmarktgerechtes 'neo-liberales' Wohlverhalten die bleibende Geschäftsgrundlage – und für die spezifische 'Osteuropa-Bank' noch einmal. Solches Wohlverhalten ist denn auch generell nach den Wahlerfolgen der neuen Sozialdemokraten des Ostens zu beobachten, allen Wahlprogrammen und Wäh-lererwartungen zum Trotz. „Wer wäre nicht gern einmal gut und nicht so roh. Doch die Verhältnisse, die sind nicht so." (Peachum in der Drei-Groschen-Oper)

Doch die 'Massen' gehen bei aller Passivität mit nationalistischen und rassistischen Stimmungen schwanger. Wo es noch stalinistisch gefärbte Trümmer der alten Staatsparteien gibt, scheinen diese weiterhin keine Scheu zu haben, sich solchen Stimmungen anzuschmiegen (Besonders in Rußland). Ist demgegenüber die neue Sozialdemokratie in Osteuropa eine Macht der – internationalistischen – 'Linken'? In Polen z.B. sagt ihr Name das ausdrücklich. Real droht der linke Gehalt sozialdemokratischer Politik – international – im wesenlosen Schein zu ver-dunsten. Andererseits kann sie gegenüber der definitiven 'Rechten' auf diesen Schein nicht völlig verzichten – in ihrem politischen Handeln. Sie machte sich überflüssig.

Wo einzelne dezidiert linke Intellektuelle oder Zirkel in dieser Dämmerung die politischen Flügel zu bewegen versuchen, bleibt ihnen nichts, als in der Auseinandersetzung mit jener 'Rechten' jene Sozialdemokratie zu unterstützen und zugleich radikal zu kritisieren, mittels Kategorien der 'Kritik der politischen Ökonomie' als einer Kritik von akademischer Wirtschaftswissenschaft als solcher und der daran orientierten ökonomischen Praxis. Das gilt auch gegenüber der 'Weltmarkt'-Integration und deren 'neo-liberaler' Sinnstiftung. Methodisch bedeutet das, deren ökonomischen Kategorien bzw. welt-bürgerlichen Prinzipien radikal beim Wort nehmen, damit sie ihre Selbstwidersprüchlichkeit offenbaren. ●

Heinz Brakemeier lehrt am FB Gesellschaftswissenschaft der J.W. Goethe-Universität, Frankfurt.

VIKTOR SUKUP

Linke Perspektiven im Cono Sur?

Überall im „Cono Sur" oder südlichen Kegel Amerikas, zu dem manchmal auch Paraguay und Brasilien gerechnet werden, haben in den letzten zwei Jahren Präsidentschafts- und Parlamentswahlen stattgefunden, mit Ausnahme von Argentinien, das im Mai folgt. Klar fortschrittlich orientierte Parteien haben nur in Uruguay, und mit Einschränkungen in Brasilien, Positionsgewinne erzielen können, und sie erscheinen auch in der Regel als zu zersplittert, zu wenig kohärent und kaum fähig, echte Alternativen zu bieten.

Argentinien mit seiner besonders mörderischen Diktatur der Jahre 1976 – 1983, deren Todesopfer auf 30.000 geschätzt werden, hat auch ein überaus kompliziertes und recht spezifisches politisches Erbe, aber sein Fall ist von regionalem Interesse. Nicht nur wurden alle fortschrittlichen Kräfte brutal verfolgt und viele Hunderttausende flohen ins Exil, aus dem die meisten nicht mehr zurückkehrten; es ist auch die nicht eben glorreiche Geschichte der nationalen Linkskräfte in Rechnung zu stellen, mit Sozialisten, die vielfach entschiedene und unkritische Vertreter des Freihandels waren, und Kommunisten, die zu den ärgsten Stalinisten der Komintern gehörten. Und dazu kam vor allem die sehr widersprüchliche Rolle der peronistischen Massenbewegung, die ab 1945 viele, wenn nicht die meisten fortschrittlichen Elemente absorbierte und das Land weniger in eine Mitte-Links- und eine Mitte-Rechts-Hälfte als vielmehr in zwei bitter verfeindete Lager von Peronisten und Antipero-nisten trennte, wobei auf beiden Seiten von der radikalen Linken bis zur extremen Rechten alle Nuancen vertreten waren.

Das Jahr 1989, als der peronistische Kandidat Carlos Menem haushoch die Präsidentschaftswahlen gewann, war hier eine historische Wende. Kaum an der Macht, zögerte Menem nicht, die Traditionen seiner Bewegung radikal über Bord zu werfen, zumindest was deren nationalistische und sozialreformerische Aspekte betraf. Er und sein Anfang 1991 ernannter Wirtschaftsminister Domingo Cavallo wurden zu Musterschülern, denen von den USA, Westeuropa und den Institutionen wie dem IWF für ihre ultraliberale Politik begeisterter (oder tosender) Beifall zuteil wurde. Selbst Margaret Thatcher blieb in puncto Privatisierungen – die hier auch noch die Atom- und Wasserkraftwerke und Flughäfen erreichen sollen – Deregulierungen und „Flexibilisierung der Arbeitsbeziehungen" weit zurück.

Wie reagierten nun die Linkskräfte auf diese plötzliche Bekehrung Menems? 1989 hatte eine schwere Krise mit einer Hyperinflation von 5000 % das Land in ein Chaos gestürzt. Menem und Cavallo erreichten seit 1991 eine Stabilität, die zwar fiktiv und künstlich ist, aber als „erfolgreich" verkauft werden konnte. Um den Preis einer noch rasch weiter zunehmenden Außenverschuldung und der Desartikulierung der Wirtschaft, des beschleunigten Niedergangs der einst vorbildlichen öffentlichen Unterrichts- und Gesundheitssysteme, der Aufgabe des Eisenbahnnetzes usw. sowie von deutlich vertieften sozialen Gräben, ist ein Wirtschaftswachstum von rund 25 % in drei Jahren registriert worden. Ein Wirtschaftswachstum, das von dem katastrophalen Ausgangspunkt der Jahre 1989/90 ausgeht und auf sehr fragiler Basis und ohne viele Perspektiven einer Kontinuität ist.

Gewinnt das Gespann Menem-Cavallo bei den Wahlen im Mai 1995 oder nicht, eine schwere Krise des „Modells" erscheint hier als ebenso unvermeidlich wie in Mexiko, was auch immer die konservativ-liberale Weltpresse über die angeblichen (und realen Teil-) Erfolge des Landes in den letzten Jahren behauptet. Die Teilerfolge betreffen die tatsächlich bedeutenden Produktivitätssteigerungen in einigen Sektoren und eine klare Verbesserung der Fähigkeiten des Staates in der Erhebung von Steuern, aber das vielgepriesene, jetzt wieder gestörte, finanzielle Gleichgewicht der letzten Jahre war sichtlich auf dem Zustrom ausländischen Spekulationskapitals und der verantwortungslosen Verschleuderung der Staatsbetriebe aufgebaut. Heute ist das Land noch viel tiefer verschuldet und hat praktisch keine Aktiva mehr. Die Investitionsgüterbranchen gingen beschleunigt zugrunde.

Kurz nach Menems Machtantritt traten einige peronistische Abgeordnete aus der Bewegung aus und gründeten eine dissidente „Achter-Gruppe", deren geringe Zahl die Schwäche der innerparteilichen Opposition zeigte. Ihre charismatische Figur wurde Carlos „Chacho" Alvarez, der laut gegen die notorisch korrupten, autoritären und unsozialen Aspekte der Menem-Politik protestierte. Im April 1994, bei den Wahlen zur verfassungsgebenden Versammlung – die Menem zum alleinigen Ziel einberufen hatte, seine bis dahin ver-

fassungswidrige unmittelbare Wiederwahl zu ermöglichen – erhielt die von „Chacho" angeführte „Große Front" (Frente Grande, FG) der linken Mitte rund 13 % landesweit, davon 37 % in der Hauptstadt. Eine neue Alternative zum anscheinend fast unvermeidlichen Sieg Menems war geboren. In der Folge enttäuschte jedoch der populäre „Chacho" viele seiner Anhänger, als er zentrale Aspekte der Menem-Cavallo-Politik wie die Privatisierungen und die per Gesetz festgelegte Dollar-Peso-Parität, rechtfertigte. Dann kam es zur Allianz mit dem peronistischen Dissidenten neueren Datums José Octavio Bordón, der Linksabspaltung unter dem bekannten Filmregisseur Fernando Solanas und zu für alle Staatsbürger offenen Vorwahlen, die Bordón im Februar knapp gegen den Favoriten Alvarez gewann.

Mit Bordón, der Menem im zweiten Wahlgang schlagen könnte, wären keine radikale Richtungsänderungen zu erwarten, aber doch kleine Kurskorrekturen. Er ist für die Rechte akzeptabel, für die Mitte attraktiv und die Linke jedenfalls das kleinere Übel. Man kann auf eine Einschränkung der Korruption und auf ein Bemühen um mehr soziales Gleichgewicht hoffen. Bordón hat es auch verstanden, sich in etlichen Monaten in den USA als eine „saubere" Variante des liberal-korrupten Menem-Modells ins rechte Licht zu rücken.

Die andere große traditionelle Partei, die Radikale Bürgerunion (UCR) des Ex-Präsidenten Alfonsín – historisch eine Mitte-Links- bis-Mitte-Rechts-Partei, im Sozialen eher konservativ und im juristisch-institutionellen Bereich eine relativ demokratische, obwohl auch hier nicht völlig tadellose Kraft – steckt vor allem seit der Alfonsín-Menem-Absprache zur Verfassungsreform in einer akuten Krise und hat mit ihrem schwachen Kandidaten Horacio Massaccesi kaum Chancen. Ihre sozialdemokratischen Sektoren neigen zur Allianz mit Bordón, vor oder nach dem ersten Wahlgang, und die schon geschlossenen bedeutenden lokalen Allianzen zwischen der UCR und der Bordón-Front FREPASO dürften in jedem Fall zukunftsweisend sein.

Die radikalere Linksopposition wird vor allem von Solanas und einige ihn unterstützenden Gruppen wie den wenig bedeutenden Kommunisten vertreten. Aber der rechtsnationalistische Ex-Putschist Aldo Rico hat etliche der traditionellen Themen der Linken aufgegriffen und gehört mit Solanas zu den wenigen, die nicht nur gegen die unsozialen Folgen der Modells, die weitverbreitete Korruption und die unzähligen Extravaganzen des Staatschefs, sondern auch gegen den radikalen Ausverkauf des Landes an in- und ausländische Monopole, für ein autonomeres Lateinamerika und für die Aufhebung des US-Embargos gegen Kuba Stellung bezogen haben.

In Uruguay ist die Lage in vielen Punkten anders. Die Linksallianz Encuentro Progresista (EP) ist heute eine der drei großen politischen Parteien, die bei den allgemeinen Wahlen vom November 1994 alle um die 30 % der Stimmen erreicht haben, und sie hat ihre klare Mehrheit in der Hauptstadt noch ausbauen können. Ihr Präsidentschaftskandidat Tabaré Vázquez, vorher Bürgermeister von Montevideo, hat mehr Stimmen bekommen als der Sieger Julio Maria Sanguinetti von den traditionellen Colorados, aber das uruguayische Wahlsystem erlaubt die Summierung der Stimmen mehrerer Kandidaten der gleichen Partei, auch wenn diese sehr verschiedene Tendenzen vertreten. Sanguinetti hat nun die schwierige Aufgabe, die alten sozialdemokratischen Tendenzen mit jenen diverser neoliberaler Nuancen in der eigenen Partei und den der konservativen Blancos irgendwie unter einen Hut zu bringen, um mit einem prekären Gleichgewicht regieren zu können.

Einer der Punkte wird dabei die Politik der Privatisierungen betreffen, die sein Blanco-Vorgänger Lacalle forciert hat und die bei einem Referendum eine glatte Abfuhr von 72 % der Stimmen erhielt. Ein weiteres Thema ist der umstrittene Abbau von z.T. noch heute sehr großzügigen Sozialgesetzen, die insbesondere das Pensionssystem in den Bankrott geführt haben.

Die zentralen Aufgaben der Linkskoalition EP sind es jetzt, ihre Verwaltung von Montevideo weiterhin effizient zu gestalten, den Sozialabbau in Grenzen zu halten, von den traditionellen Parteien der Blancos und Colorados differenziert zu bleiben bzw. gegen diese eine konstruktive Opposition zu führen, und ihre bisher schwachen Positionen im Landesinneren auszubauen. Natürlich gibt es einige Meinungsunterschiede zwischen „radikalen" und „pragmatischen" Fraktionen innerhalb des EP, sowohl in puncto liberale Wirtschaftsrezepte als auch in Bezug auf die marxistischen Traditionen oder den für Uruguay potentiell besonders bedeutenden, aber auch überaus gefährlichen „Gemeinsamen Markt des Südens" mit seinen großen Nachbarn.

Chile hat ganz andere politische Traditionen entwickelt mit zwei bedeutenden marxistisch orientierten Parteien, den Sozialisten und den Kommunisten, die zusammen mit anderen das sozialistische Experiment der Unidad Popular unter Salvador Allende (1970 – 73) leiteten. Auch hier hat die brutale Diktatur von 1973 – 1989 den eigentlichen Linksbewegungen hart zugesetzt, wie jeglichem unabhängig-fortschrittlichen Denken. Die KP, die früher rund ein Sechstel der Stimmen erreichte – weit mehr als sonst überall auf dem Kontinent die verschiedenen „Schwesterparteien" – hat heute kaum mehr als ein Drittel davon. Das hat nicht nur mit dem Fall der Berliner Mauer zu tun. Bei den Präsidentschaftswahlen von 1993 wurde ein Priester als Kandidat aufgestellt. Er kombinierte einen radikalen Diskurs im Sozialen mit sehr konservativen Positionen in anderen Bereichen wie z.B. gegen die längst überfällige Legalisierung der Ehescheidung.

Die früher radikalen Sozialisten, die die Regierungen der wieder konstitutionellen Präsidenten Patricio Aylwin und Eduardo Frei bildeten, haben offenbar vom langen europäischen Exil vieler ihrer leitenden Persönlichkeiten die Erfahrungen und oft den unendlichen Pragmatismus – oder Opportunismus? – spanischer, italienischer und französischer Sozialisten mitgebracht. Das neoliberale Modell, das von der Pinochet-Diktatur mit eisener Faust durchgesetzt wurde, ist seit 1990 in kaum abgeschwächter, wenn auch sozial etwas abgefederter Form weitergeführt worden. Nur kleine Gruppen bezweifeln dessen vielgepriesenen Erfolg, obwohl dieser in Wirklichkeit im Wirtschaftsbereich sehr relativ war.

Die Debatte über das angebliche „Wirtschaftswunder" ist grundlegend. Auch die Sozialisten haben da fast alle kritische Distanz verloren, obwohl die Realitäten klar die Schattenseiten des Modells zeigen und selbst die reinen Wirtschaftszahlen keinen wirklichen makroökonomischen Erfolg für die Gesamtperiode 1973 – 1090 zeigen. In 20 Jahren sind die Import- und Exportkoeffizienten von weniger als 15 auf über 35 % gestiegen, was sicher bedeutende Produktivitätssteigerungen brachte, aber auch mit einer besseren Spezialisierung der chilenischen Wirtschaft zusammenhängt, und auch ökologische Folgen wie Raubbau an Wäldern und Küstengewässern und eine deutlich erhöhte Verwundbarkeit in bezug auf die Schwankungen der Weltwirtschaft mit sich brachte.

Nicht zuletzt aus diesen Gründen und wegen der unerfreulichen sozialen Bilanz der letzten 20 Jahre hat bei den Wahlen Ende 1993 der grün-alternative Präsidentschaftskandidat Manfred Mex-Neef, ein von Deutschen abstammender ehemaliger Professor aus Berkeley und Träger des alternativen Ökonomie-Nobelpreises, mit 5,5 % der Stimmen einen klaren Achtungserfolg errungen. In der Debatte um die Zukunft des Landes wird die Umweltproblematik, neben den sozialen Fragen und der nationalen Autonomie, einer der zentralen Punkte sein.

Brasilien – das allein ein Drittel der Bevölkerung und über 40 % des Territoriums von Lateinamerika und seiner Industrieproduktion darstellt – litt an einer besonders langen Diktatur (1964 – 1985), die jedoch im wirtschaftlichen Bereich nicht

Nicht täglich- aber gründlich

(203) Fluchtursachen

Themen Frühjahr '95
204 Südostasien
205 Demokratisierung
206 GATT/WTO

Die *blätter* sind die größte unabhängige entwicklungspolitische Zeitschrift im deutschen Sprachraum, erscheinen seit 1970 acht mal im Jahr mit einem Umfang von 60 Seiten und werden von der Redaktion des Informationszentrums Dritte Welt (*iz3w*) zusammengestellt.

✂----------

Bestellung:
❍ Ich probiere das Einstiegsabonnement mit vier Ausgaben für 20 DM. Das Einstiegsabo verlängert sich automatisch zum Jahresabo wenn es nicht vier Wochen vor Ablauf gekündigt wird.
❍ Bitte schickt mir Eure Materialliste

✂----------

informationszentrum dritte welt
Postfach 5328, 79020 Freiburg
☎ 0761/74003,Fax: 0761/709866

ohne Erfolge blieb und relativ wenig brutal war. Zwar verschärften sie viele alte und neuere Probleme, insbesondere im sozialen und im Umweltbereich, aber sie ist dennoch in differenzierterer Weise zu beurteilen als die katastrophale Diktatur Argentiniens. Anders als die drei eigentlichen, sehr europäisch geprägten Cono-Sur-Länder zählt Brasilien keine alten, traditionsreichen Parteien, sondern zeichnet sich durch eine sehr sprunghafte Entwicklung seines Parteiensystems aus, bei der noch mehr als anderswo die Persönlichkeiten des Moments die Hauptrolle spielen.

Mit der Arbeiter-Partei (PT) unter Führung des ehemaligen Metallarbeiters und Gewerkschaftsführers Luiz Inácio da Silva, genannt Lula, entstand in Brasilien eine Linkspartei völlig neuen Typs, die gerade 15 Jahre alt geworden ist. Hier sind syndikalistische, trotzkistische, KP-nahe, fortschrittlich-christliche und diverse basisdemokratische Strömungen zusammengetroffen und haben 1989 Lula mit fast 48 % der Stimmen an den Rand der Präsidentschaft gebracht. Im Oktober 1994 aber hat der gleiche Lula im ersten Wahlgang nur rund die Hälfte dieses Prozentsatzes erreicht, während der Sozialdemokrat Fernando Henrique Cardoso mit über der Hälfte der Stimmen ohne Stichwahl zum Staatschef gewählt wurde.

Der Sieg Cardosos, der lange hinter dem Favoriten Lula lag, ist vor allem durch das anscheinende Gelingen seines (als früherer Wirtschaftsminister) in Gang gesetzten „Real-Plans" zur Inflationsbekämpfung zustande gekommen. Hier zeigte sich sowohl eine Schwäche der breiten Linksfront Lulas als auch die geballte Macht der einflußreichen Massenmedien – vor allem des Fernsehens – und des gesamten Establishments, die unverhüllt für Cardoso Stellung bezogen. Lula wies zurecht auf die schwachen Punkte dieses Plans hin, insbesondere auf seine bestenfalls einkommensneutrale Wirkung in diesem Land mit seinen abgrundtiefen sozialen Ungleichheiten. Aber selbst die Helden der populären Fernsehserien priesen die neue, wenn auch prekäre Stabilität nach vielen Jahren immer schlimmerer Inflation, die zuletzt 40 bis 50 % monatlich erreicht hatte. Und der Linksopposition gelang es nicht, den raschen Umschwung der Wählergunst abzubremsen. So gelang es zwar der PT, im Kongreß und in den Bundesstaaten ihre Präsenz auszubauen, aber im Rennen um die Präsidentschaft blieb sie weit hinter Cardoso zurück.

Die weitverbreitete Vorstellung, daß der hochkarätige Intellektuelle Cardoso mit einer halb neoliberalen, halb sozialdemokratischen Politik die schweren sozialen Probleme des Landes lösen und Brasilien wieder auf Wachstumskurs bringen könne, scheint in wenigen Monaten deutlich einer gewissen Skepsis Platz gemachen zu haben.

Daß die alten Ideale der Freiheit, Gleichheit und Solidarität heute bedrohter denn je sind, auch wenn das erste im Prinzip durch die demokratischen Institutionen als fürs Nächste prekär gesichert erscheint, kann niemand bezweifeln. Damit stellt sich auch die Frage nach den Perspektiven demokratischer linker Politik, die zumindest um die Sicherung bürgerlicher Rechte kämpft. Frühere messianisch-militaristische und avantgardistische Abwege der Linken sind heute weitgehend überwunden, nicht aber der Hang zum Sektierertum und zum Dogmatismus, oder zu allzu vereinfachenden Programmen, während andererseits immer opportunistische Versuchungen drohen. War nicht einst Cardoso einer der brillantesten Theoretiker der Linken, ein „Subversiver" für die Diktatur, bevor er mit recht zweifelhaften Allianzen und einer eher „pragmatischen" Politik die Präsidentschaft erreichte?

Neue Antworten auf die Herausforderungen der beschleunigten Veränderungen weltweit und in der Region sind dringend notwendig, darunter eine erneuerte, sowohl flexiblere als auch gestärkte und möglichst korruptionsfreie Gewerkschaftsbewegung, für deren Entstehen es einige gute Anzeichen gibt. Die Rolle von Staat und Markt muß intensiver diskutiert werden, um den neoliberalen Mystifikationen effizienter entgegentreten zu können. Die „Bewältigung" der neueren Vergangenheit mit ihren schweren Verbrechen steht noch aus und beeinträchtigt die neuen demokratischen Institutionen, wozu die Linke einiges zu sagen hätte. Interne Demokratisierung und ein engeres Zusammenspiel zwischen Basis und Führung, sowie vernünftige Allianzen mit zentristischen und Mitte-Links-Parteien bleiben wichtige Punkte. Im breiteren Zusammenhang muß die Frage der nationalen Autonomie in einer „globalisierten" Weltwirtschaft eingehend analysiert werden, wenn sowohl ultraliberale Irrwege á la Mexiko oder Argentinien mit ihren katastrophalen sozialen Folgen als auch fragwürdige „Wirtschaftswunder" wie in Chile und autarische, kaum lebensfähige Modelle abgelehnt werden. Themen wie Umwelt, die Rolle der Frauen, Beziehungen zwischen Linkskräften und katholischer Kirche, indigene Völker und rassistische Haltungen verlangen ebenfalls noch viele Debatten, wenn fortschrittlich orientierte Gruppen echte, kohärente und glaubhafte Alternativen zu den wenig erfreulichen Realitäten von heute bieten wollen. Demokratische Institutionen ohne ein Minimum von sozialer Gerechtigkeit werden auf Dauer nicht lebensfähig sein. Vor allem nicht im Rahmen einer quasikolonialen Abhängigkeit, die sich in den letzten Jahren verschärft hat und in Abwesenheit einer erneuerten, demokratischen und realistischen Linken. ●

JENS WINTER

Die Leiden einer einst perfekten Diktatur

Mexiko, eine Gesellschaft in richtungsloser Bewegung

Jahreswechsel sind gewöhnlich für Optimisten ebensosehr wie für Populisten ein willkommener Anlaß, Bilder einer besseren Zukunft auszumalen. In Mexiko jedoch hatten die jüngsten Jahreswechsel einen gegenteiligen Charakter. Sie kündigten die Rückkehr in eine düstere Realität an und verdeutlichten den phantasievollen Gehalt vergangener Prophezeiungen über die sozioökonomische Zukunft des Landes. Wurde 1994 die fragwürdige Hoffnung NAFTA durch die Erhebung der EZLN umgehend relativiert, so offenbarten der dramatische Kurssturz des Peso und der darauf folgende Börsenkrach zum diesjährigen Jahreswechsel ebensosehr wie die erneute Zuspitzung der Situation in Chiapas nur die sichtbaren Effekte einer Krise, die das gesamtgesellschaftliche Gefüge Mexikos zur Disposition stellen. Die Träume verfliegen und das Neue bahnt sich seinen Weg; aber wie und wohin?

Die Wirtschaftskrise der letzten Monate offenbarte, daß der oft propagierte mexikanische Traum, endlich vom Kuchen der sog. Ersten Welt mitspeisen zu können, ausgeträumt ist. Galt Mexiko unter der Obhut von IWF und Weltbank jahrelang als das Musterbeispiel des neoliberalen Entwicklungswegs, so zeigte sich spätestens in den letzten Monaten die Fatalität dieser Politik. Das Wirtschaftswachstum der 80er Jahre war nur durch ausländische Kredite und eine immense Überbewertung des Peso zu finanzieren, was die Devisenreserven des Landes zu verschlingen drohte. Die notwendig gewordene Freigabe des Wechselkurses am 20.12.94 löste schließlich die schwerste Wirtschaftskrise seit der Zahlungsunfähigkeit 1982 aus. Der mexikanische Peso verlor bis Ende März fast die Hälfte seines Wertes gegenüber dem Dollar. Die darauf folgende chaotische Hochzinspolitik, ein verzweifelter Versuch, die Defizite auszugleichen, ließ die Zinsen Mitte Februar von unglaublichen 50 % auf vernichtende 90 % steigen, was die gesamte Mittelklasse, vor allem aber private Investoren an den Rand des wirtschaftlichen Ruins brachte. Schließlich sollten Stützungskredite von IWF und den Vereinigten Staaten den totalen Zusammenbruch des mexikanischen Wirtschaftssystem verhindern. Doch insbesondere das 20 Milliarden-Dollar-Paket der USA, verabschiedet am 21.2.95, erhitzte die angeschlagenen mexikanischen Gemüter um so mehr. Denn die Sicherheit für dieses Finanzpaket, das ohnehin nur zur Begleichung der aktuellen Schuldzinsen sowie der Rettung nordamerikanischer Investoren und des südlichen NAFTA-Absatzmarktes dienen sollte, ist das mexikanische Öl. Und das mexikanische Öl ist eines der wenigen säkulären Dinge, die in Mexiko als heilig gelten.

1938 war das denkwürdige Jahr, in dem der damalige Präsident Lázaro Cárdenas, Vater des letztjährigen Präsidentschaftskandidaten der linken Oppositionspartei PRD (Partei der demokratischen Revolution), die Verstaatlichung der damals unter ausländischer Kontrolle stehenden Ölfirmen gelang. Doch war dies wegen der Macht der westlichen Industriestaaten nicht möglich, ohne eine entsprechende Abfindung zu zahlen. Dem populären Cárdenas kostete es nicht viel Mühe, die Bevölkerung Mexikos von der Notwendigkeit dieser Zahlung zu überzeugen. Hoffnungsvoll und euphorisch, das Diktat ausländischer Investitoren endlich überwinden zu können, übergaben viele Mexikaner den staatlichen Zahlstellen neben Ersparnissen auch Naturalien wie Hühner und Mais. So finanzierte die Bevölkerung Mexikos das Öl unmittelbar, in der Hoffnung auf eine wirtschaftlich unabhängigere Zukunft; ein bislang wohl einmaliges Ereignis. Doch genau dieses Öl, Symbol der Souveränität Mexikos, ist heute wegen den Konditionen des 20 Milliarden Dollar Stützkredits faktisch wieder unter der Kontrolle der Vereinigten Staaten von Amerika.

Vor dem Hintergrund des katastrophalen Resultats neoliberaler Politik – die nun die Abhängigkeit Mexikos durch die neusten harten Fakten für alle und nicht nur für die Ärmsten am eigenen Leib spürbar werden läßt – verstärkt sich zusehends der Druck auf den frischen Präsidenten Zedillo. Sein eng begrenzter Handlungsspielraum, aber auch seine hilflose Wirtschaftspolitik, die nur versuchen kann zu retten, was gerade noch zu retten ist, verschaffen ihm keinen Rückhalt in der Gesellschaft. Doch wäre dies das einziges Problem seiner Regierung, dann würde er wohl etwas gelassener in die Zukunft blicken können.

Kurz vor der Verabschiedung des 20 Milliarden-Pakets verkündete Zedillo die mutmaßliche Identität des in Chiapas längst zum Mythos gewordenen Subcommandante Marcos und ordnete die Ergreifung aller führenden Commandantes der EZLN an. Erneut wurde der Ausnahmezustand in Chiapas ausgerufen und dem Militär alle Handlungsfreiheit überlassen. Ein Tag darauf wurden unter Einsatz von schwerem Kriegsmaterial die von der EZLN kontrollierten Randgebiete der Selva Lacandona besetzt. Die Zapatisten zogen sich umgehend in die unzugänglichen Regionen des Lakandonenurwalds zurück, um eine direkte militärische Konfrontation zunächst zu vermeiden. Mit ihnen flüchteten rund 25.000 Zivilisten der umliegenden Dörfern, denn nur zu gut ist das Vorgehen der mexikanischen Armee im Januar 94 der Erinnerung präsent. Unmittelbar darauf marschierte die guatemaltekische Armee in Absprache mit der mexikanischen Regierung an der Grenze zu Chiapas auf, um eine mögliche Flucht sowohl der Vertriebenen als auch der EZLN nach Guatemala zu vereiteln.

Neben diesem eindeutigen und harten Vorgehen wurden auch die Formen subtiler Repression im ganzen Land verschärft. Universitätsprofessoren wurden als Sympathisanten und geistige Väter der EZLN verdächtigt und unter Druck gesetzt. Journalisten aus aller Welt wurde – wie im Januar 94 – der Zutritt in das Krisengebiet verwehrt. Menschenrechtsorganisationen wurden in ihrer Arbeit behindert. So z.B. in San Cristobal de las Casas,

wo das Büro der linken NRO „Conpaz“ kurzerhand besetzt und deren Koordinatorin Alejandra Alvarez unbegründeterweise als Comandante der EZLN verdächtigt und vorübergehend gesucht wurde. Auch mischte sich vermehrt zivile Polizei unter die Bevölkerung; überall in der Stadt war Angst und Miß-trauen zu spüren, und niemand wagte mehr offen zu reden.

Um so überraschender erschien der plötzliche Geisteswandel Zedillos am 15.2.95, fünf Tage nach dem Beginn der militärischen Offensive. So erklärte er, daß die mexikanische Regierung nun eine andauernde und gerechte Lösung für Chiapas anstrebe, die weder Sieger noch Verlierer kenne. Ein Amnestiegesetz solle geschaffen werden, das auch für die Comandantes der EZLN gültig sei, um letzten Endes die Rückkehr an den Verhandlungstisch zu ermöglichen.

Foto: Ulrich Brand

Darüber hinaus wurde ein Tag zuvor die Absetzung des umstrittenen PRI-Gouverneur Chiapas' Robledo angeordnet, dessen Wahlsieg im August des vergangenen Jahres offensichtlicher Wahlbetrug zugrundelag. Seitens der EZLN waren die Absetzung seiner Person neben dem Rückzug des Militärs die Bedingungen für die Wiederaufnahme der Verhandlungen mit der Regierung.

Das militärische Vorgehen in der Selva Lacandona blieb allerdings von diesen Zeichen aus Mexiko-Stadt und Tuxtla Guttierez, dem Amtssitz Robledos, gänzlich unbeeindruckt. Berichten der NRO „Conpaz“ in San Cristobal de las Casas zufolge, zog das Militär den Kreis um die Selva Lacandona enger, wodurch sich die Versorgungslage der Flüchtlinge dramatisch zuspitzte. Auch wurde die Konferenzstätte der CND (Convention Nacional Democratica) in Aguascalientes, das Symbol der zivilgesellschaftlichen Demokratiebewegung, zu der im vergangenen August über 6.000 Teilnehmer zur konstitutionellen Tagung der CND in den Urwald pilgerten, kurzerhand abgerissen.

Was mögen die Motive für diesen schwindelerregenden Kurswechsel des Präsidenten von einer repressiven innenpolitische Linie zu einer plötzlichen Verhandlungsbereitschaft gewesen sein? Ohne Frage, der Präsident ist hinsichtlich seiner durch die ökonomische Krise geschwächten Position in Zugzwang. Und zweifellos ist es in solchen Zeiten ein probates Mittel, an anderer Stelle Stärke zu demonstrieren, um den Schein zu wahren, daß alles nach wie vor unter Kontrolle sei. Darüber hinaus wurden in den Vereinigten Staaten unüberhörbare Stimmen laut, die ein entschlosseneres Vorgehen gegen die EZLN forderten. So etwa in einem Mitte Februar bekannt gewordenen Memorandum der Chase-Manhatten Bank. Zwar sei „Chiapas keine fundamentale Bedrohung der politischen Stabilität Mexikos“, allerdings würde dies von vielen Investitoren so wahrgenommen. Insofern bestünde für Zedillo die Notwendigkeit, „mit Marcos und seinen Genossen Schluß zu machen.“

Auch die von Zedillo angekündigte Rückkehr zur Verhandlungsbereitschaft hätte man wohlmeinend noch als taktischen Zug interpretieren können. Denn aus der Position der Stärke heraus und mit einer unter Druck gesetzten EZLN würde diese sich womöglich auf eine gemäßigtere Linie trimmen lassen. Doch selbst dies wäre in Anbetracht der politischen Gradlinigkeit der EZLN eine falsche Einschätzung gewesen.

Wahrscheinlich ist vielmehr, daß die verwirrende Chiapas-Politik Zedillos tatsächlich Produkt seiner eigenen Konfusion vor dem Hintergrund der übermächtigen Krisen und weniger das einer taktischen Überlegung ist. Darüber hinaus wird in linken Kreisen in Mexiko-Stadt befürchtet, daß Zedillo zusehends die Kontrolle über das Militär verliere, daß dieses mittlerweile eigenmächtig vorgehe und seinen Befehl vom 10.2., den Zapatisten ein Ende zu bereiten, nun vollbringen wolle.

Ein derartiges Zerwürfnis zwischen politischer und militärischer Macht wäre eigentlich in Lateinamerika nichts besonderes, würden wir nicht von Mexiko reden. In Mexiko wäre es das erste Mal, daß das Militär – seiner potentiellen Rolle als Machtfaktor sich bewußt werdend – zu eigenmächtigen Initiativen griffe; ein Umstand, der zu Zeiten des geschlossenen PRI-Systems kaum denkbar war. Was dies für neuartige Probleme in sich bergen könnte, ist leicht vorstellbar. Doch die Probleme Mexikos greifen noch tiefer.

Vor dem Hintergrund der zerplatzenden mexikanischen Träume ist es zwar nicht erstaunlich, daß das in Mexiko wohlbekannte kommödiantische Spiel namens PRI wieder aufblüht. Doch fehlt in der jüngsten Aufführung der zentrale Akteur. Niemand weiß die Fäden so zu führen, daß alle Mitspieler nach der sechsjährigen „Legislatursaison“, wohlgenährt und ohne größeres Aufsehen zu erregen die Bühne verlassen, während die Zuschauer, längst an das Gewohnte gewöhnt und mit beruhigenden Prophezeiungen versorgt, sich dem Alltäglichen widmen könnten. Vielmehr irrt inmitten des Ganzen ein noch frischer Präsident Ernesto Zedillo, der selbst überrascht und überfordert von den Geschehnissen auf der Bühne zusehends die Kontrolle verliert. Die Träume verfliegen und die Komödie verwandelt sich in ein Drama, in dem das gesamte gesellschaftliche Gefüge Mexikos ins Schwimmen geraten ist.

Verantwortlich hierfür ist, daß inmitten der sozialen und ökonomischen Krise und durch die fortschreitende Erosion des PRI-Apparats auch die einstigen Machtzentren der Gesellschaft zur Disposition gestellt werden. Die PRI war und ist keine politische Partei mit einem mehr oder weniger eindeutigen Programm. Vor allem war sie ein Apparat, der im Verlauf seiner 65jährigen Regierungszeit in einer einmaligen Art und Weise diese Machtzentren zu dominieren verstand. Alle relevanten gesellschaftlichen Bereiche vermochte sie in ihr korruptes Gebäude zu integrieren. Mittels dieses Vermögens gelang es ihr als zentrale Regulierungsinstanz aber auch, das gesellschaftliche Gefüge Mexikos, aller Krisen zum Trotz, immer wieder zusammenzuhalten. Insofern war sie ohne Zweifel gerade wegen ihres undemokratischen und korrupten Charakters auch ein Garant für eine fragwürdige, aber letzten Endes funktionierende Stabilität der mexikanischen Gesellschaft.

Doch spätestens seit dem Aufstand in Chiapas offenbart die PRI ein anderes Bild. Aus dem einstigen Stabilitätsgaranten ist ein Destabilitätsfaktor geworden. Ein erstes offensichtliches Anzeichen hier-

für war die Ermordung des reformwilligen PRI-Präsidentschaftskandidaten Colosio im Februar des vergangenen Jahres, die allem Anschein nach auf einem PRI-internen Konto zu verbuchen ist. Und heute, in Anbetracht der sich zuspitzenden Krisen, sind die jüngsten Streitigkeiten zwischen dem Ex-Präsidenten Salinas und Zedillo repräsentativ für die innere Zerrüttung des einstigen Machtzentrums. Indem diese sich gegenseitig die Schuld für die aktuelle Misere zuschoben, dabei zwar auf die alten Requisiten des Komödienspiels nicht verzichteten, brachen sie dennoch ein ungeschriebenes Gesetz des PRI-Apparats. Sie ließen sich als Präsident und Ex-Präsident nicht in Frieden. Unter den neuen Umständen einer erodierenden PRI formieren sich schon seit geraumer Zeit jene Kräfte, die das entstandene politische Machtvakuum Mexikos zu füllen beabsichtigen. Allerdings zeichnet sich hierfür alles andere als eine eindeutige Zukunftsoption ab. Sicher ist lediglich, daß ein Zurück zum einst problemfreien Schauspiel der PRI undenkbar ist.

Möglich wäre zum einen, daß sich die allgemeine Situation beruhigt und Ernesto Zedillo sich mit den ihm wohlgesonnenen und noch funktionierenden PRI-Strukturen zusammenrauft, um zumindest die jetzige Legislaturperiode mit einigen Schrammen zu überstehen. Solch eine Entwicklung könnte auch den Rahmen für einen fortschreitenden bürgerlichen Demokratisierungsprozeß in relativ ruhigen Gewässern bewahren, lanciert durch die aufstrebenden sozialen Bewegungen und die vielbeschworene Zivilgesellschaft. Dieser Entwicklungsmöglichkeit stehen aber unübersehbare Hindernisse im Wege. Zunächst einmal ist es nicht absehbar, in welchem Maße die noch junge Demokratiebewegung bereits in der Breite der Gesellschaft verwurzelt ist, um schließlich eine relevante Rolle in der politischen Umformierung Mexikos übernehmen zu können. Darüber hinaus bleibt es in Anbetracht der ökonomischen Krise, die keineswegs ein vorüberziehendes Gewitter ist, fraglich, ob Zedillo überhaupt das verlorene Vertrauen in konservativeren Kreisen der Bevölkerung wieder zurückgewinnen und somit seine Position stärken können wird. Schließlich bleibt gänzlich unklar, wie sich das seiner Macht bewußtere Militär in Chiapas und gegenüber der Zentralregierung künftig verhalten wird.

So gibt es neben dieser relativ ruhigen Zukunftsoption für Mexiko zweifellos gefährlichere Varianten, die gerne übersehen werden. In Mexiko existieren Kräfte, die die Rettung der alten Strukturen zum Ziel haben und zwecks Machterhaltung sich wahrscheinlich nicht scheuen würden, die adäquaten Mittel dafür einzusetzen. Und tatsächlich kursieren in politisch informierten Kreisen in Mexiko-Stadt Gerüchte von einem bevorstehenden Präsidentialstreich. So stünden PRI-Dinosaurier wie Gutierrez Barrios oder Garcia Paniagua, beides ehemalige Aspiranten für das Präsidentenamt, bereits in den Startboxen, um den Posten des geschwächten Zedillo zu übernehmen. Gutierrez und Garcia pflegen zweifelsohne auch intensivere Beziehungen zum Militär und könnten im Falle eines Präsidentialstreichs auf die ihrer Machtfunktion bewußtere Generalität zurückgreifen. Welche düsteren Folgen eine solche Entwicklung für Mexiko im allgemeinen und für Chiapas im besonderen haben könnte, ist offensichtlich.

Auch in diesem Fall wäre die zentrale Frage, wie stark die junge Demokratiebewegung Mexikos tatsächlich ist, um sich diesem möglichen reaktionären Prozeß entgegenzustellen? Ist es vor dem Hintergrund einer sich bewegenden Gesellschaft überhaupt noch möglich, eine PRI-Diktatur neuer Couleur zu formieren? Oder ist man auf dem Weg der bürgerlichen Demokratisierung schon dermaßen weit vorangeschritten, daß dieser Sprung bereits unmöglich geworden ist.

In Anbetracht der chaotischen und unklaren Struktur der progressiven mexikanischen Opposition, die bislang kaum Anzeichen einer eindeutigen Linie aufzuweisen vermag, bleibt es jedoch schwer vorherzusagen, welches Mobilisierungspotential tatsächlich hinter ihr verborgen liegt. Aber vor allzu optimistischen Annahmen sei gewarnt. In einer Gesellschaft, die über Jahrzehnte in politischer Unmündigkeit gehalten wurde und in der auch von der Linken wenig überzeugende Perspektiven angeboten werden können, ist ein diffuses Verhalten weiter Teile der Bevölkerung nicht weniger wahrscheinlich als ein entschlossenes Eintreten für Demokratie und soziale Gerechtigkeit. Das rettende Ufer für das schwimmende Mexiko bleibt jedenfalls in weiter Ferne. ●

MANFRED WANNÖFFEL

Mexico: El fracaso del neoliberalismo II

In den ersten Wochen des Jahres 1995 machen in Mexiko ungewöhnlich viele politische Witze die Runde. Sie sind auch ein Ausdruck davon wie heftig die politische und ökonomische Lage des Landes die Öffentlichkeit beherrscht.

Chiapas ist wichtig, aber nicht das zentrale Problem. Mindestens 95 % der Mexikaner brennt nach 15 Jahren Dauerkrise und 65 % Reallohnverlust ein anderes Thema unter den Nägeln. Die erneute tiefe Liquiditätskrise des Landes, die die Volkswirtschaft seit Jahresbeginn stark erschüttert: 70 % Inflation der Preise für Konsumgüter, bis zu 300 % bei den Zinsen, dazu kommen eine breite Schließungswelle der Klein- und Mittelindustrie und damit der Verlust von bislang 250.000 Arbeitsplätzen. Zudem hat sich eine breite politische und akademische Debatte über den tieferen Sinn des neoliberalen Modernisierungspfads entfacht. In dieser Diskussion stehen drei Aspekte im Mittelpunkt:

- die Vernichtung der internen Ersparnis durch die Privatisierung und die drastische Reduzierung der Lohnquote;
- die extreme Verwundbarkeit der mexikanischen Ökonomie gegenüber dem flexiblen internationalen Finanzkapital;
- der absolute Souveränitätsverlust des Nationalstaats in wirtschafts-, finanz- und sozialpolitischen Entscheidungen.

Sitzen der neue Präsident Zedillo und ein politischer Freund am Stammtisch. Sagt Zedillo: „Wir haben ihn gejagt, waren eine Zeitlang nahe 'dran, aber dann ist er uns doch entwischt. Eigentlich haben wir heute kein Konzept mehr ihn zu kriegen." Fragt sein Freund: „Marcos?"; antwortet der Präsident erstaunt: „Nein, den Dollar!"

Mitten in der Debatte um den Souveränitätsverlust staatlicher Politik beginnt auf Anordnung des Präsidenten am 9. Februar dieses Jahres die durch Artikel 89 der mexikanischen Verfassung (Gewalthoheit des Staates) abgesicherte Militäroffensive der Regierungstruppen. 60.000 Soldaten gehen gegen die Stellungen und fünf führende Repräsentanten der EZLN, deren Mitgliedschaft inzwischen auf 18.000 geschätzt wird, vor. Diese überraschende Kehrtwendung der Regierung gegenüber der EZLN ist nicht von der Liquiditäts- bzw. der tiefen Sinnkrise des Landes zu trennen.

Die Regierung selbst macht die EZLN insgesamt und insbesondere deren militärische Offensive im Dezember 1994 für die starke Verunsicherung bei den in- und ausländischen Kapitalanlegern mitverantwortlich. Tatsächlich wurden allein im Dezember 10 Mrd. US-Dollar aus Mexiko abgezogen. Mit Chiapas wurde jedoch von offizieller Seite versucht, von den eigentlichen Strukturproblemen des neoliberalen Modernisierungskonzeptes abzulenken.

Mit der Liberalisierung des Kapitalmarktes im Jahr 1989 konnten Defizite in der Handelsbilanz ausgeglichen werden. Ein politisch festgelegter Wechselkurs sowie eine Hochzins- und stabile Preispolitik führten zu Kapitalimporten. Aber dieses Kapital wurde zum überwiegenden Teil kurzfristig angelegt und in den letzten Jahren dazu verwandt, die wachsenden Importe von Primär- (vor allem Mais) und Produktionsgütern zu bezahlen.

Die Öffnung des mexikanischen Marktes insbesondere gegenüber den USA führte also bereits in den letzten Jahren zu hohen defizitären Handelsbilanzen Mexikos. Die mit der nordamerikanischen Freihandelszone (NAF-TA) seit 1. Januar 1994 forcierte außenwirtschaftliche Öffnung multiplizierte die Defizite in der Außenhandels- und Leistungsbilanz. Schätzungen zufolge soll das Defizit der Zahlungsbilanz von 28 Mrd. US-Dollar in 1994 (bis zum Beginn der Peso-Krise Mitte Dezember) auf 80 Mrd. in 1995 ansteigen.

Die seit Jahren beobachtbaren Folgen dieser monetaristischen Politik sind Betriebsschließungen, Arbeitslosigkeit zwischen 25 und 35 %, die Tasache, daß bis zu 60 % der Bevölkerung zusätzlich zur formellen Erwerbsarbeit oder ausschließlich im sog. informellen Sektor arbeiten. Schätzungsweise 45 Millionen Mexikaner, d.h. die Hälfte der Bevölkerung, lebt in Armut. Die Verschärfung der Krise in den letzten Wochen führt dazu, daß der Peso um 45 % abgewertet wurde und die Zinsen nun bei 100 % liegen, was katastrophale Auswirkungen für Klein- und Mittelbetriebe hat. Außerdem wird die Inflationsrate in diesem Jahr auf 70 % geschätzt bei Lohnerhöhungen von 7 %.

Das Mexiko des Jahres 1995 ist kein Ausnahmefall, sondern nur ein Puzzle der Wirtschaftsordnung, die sich derzeit herausbildet. Diese scheint weniger das Resultat bewußter politisch-strategischer Regierungsentscheidungen zu sein, als vielmehr die Folge des individuellen Verhaltens transnationaler Konzerne, deren Anzahl weltweit zwischen 1970 und 1993 von 7.000 auf 35.000 angewachsen ist, sowie von weltweit operierenden Finanzorganisationen, die täglich 1.000 Milliarden US-Dollar auf den Devisenmärkten dieser Welt handeln.

Dagegen machen die mit dem internationalen Handel verbundenen Devisentransfers jährlich nur ca. 3.600 Mrd. US-Dollar aus (also nur 1 % des spekulativen Handels). Die Folge ist, daß heute die Wechselkurse nicht mehr den Konstellationen auf dem Weltmarkt entsprechen. Kaufkraftparitäten und unterschiedliche Produktivitätsniveaus von Volkswirtschaften – damit auch der Faktor Beschäftigung – spielen in der Standortdebatte unter ökonomischen Gesichtspunkten heute eine eher untergeordnete Rolle. Vor allem Arbeit als wertschöpfende Quelle hat für privates Kapital und Staat konjunkturell an Bedeutung eingebüßt.

Auch Mexiko versucht, seine beschränkte wirtschafts- und finanzpolitische Souveränität auf dem Gebiet der Sicherung der „Wettbewerbsfähigkeit“ an ihrem Standort durch mikro- und makroökonomische Kostensenkung zurückzugewinnen, um mit den weltweiten Konkurrenten um externe Investition mithalten zu können. Da jedoch die Wechselkurse, Zinsen und Warenpreise über nationale Politiken nur noch in eine Richtung steuerbar sind (attraktive Zinsen), reduziert sich die Eingriffsmöglichkeit des Staates heute auf die Gestaltung der gesellschaftlichen Kosten des Inlandproduktes. So verwundert es also keineswegs, daß ausschließlich die Reduzierung der Sozialkosten und der Lohn im Mittelpunkt der nationalen Anpassungspolitik stehen. Das Ziel ist die Schaffung und das ständige Aufrechterhalten von Rahmenbedingungen, die das Vertrauen von ausländischen Investoren erhöhen und möglichst nicht nur kurzfristiges Spekulativkapital, sondern Direktinvestitionen anziehen sollen.

Die Militäraktion in Chiapas Anfang Februar 1995 ist ein Teil dieser Strategie der neuen mexikanischen Regierung, um internationale „Hilfen“ von ca. 50 Mrd. US-Dollar der US-Regierung, des Internationalen Währungsfonds und von internationalen Privatbanken an den mexikanischen Kapitalmarkt zu binden, was zumindest erlaubt, die kurzfristigen Verbindlichkeiten des Staates von 25 Mrd. US-Dollar an ausländische Gläubiger zurückzuzahlen.

Sie hatte deutlich – nach außen gerichtet – symbolischen Charakter und sollte die starke Hand des Staates unter Beweise stellen, die es an anderer Stelle längst an die anonymen Kräfte der internationalen Finanzspekulation abgegeben hat. Mag die Intervention außenpolitisch kurzfristig etwas eingebracht haben (Vertrauen schöpfen bei Kapitalanlegern der Wall Street, die nach Aussagen des US-Botschafters Jones in Mexiko nicht einmal wissen was Chiapas ist, etwa ein Vorort von Mexiko-Stadt?), ist die militärische Attacke, die bis zur Unterzeichnung einer von einer Mehrparteienkommission eingebrachten Gesetzesinitiative für „Frieden und Amnestie“ zum 1. März andauerte, innenpolitisch für die neue Regierung zunächst nach hinten losgegangen. Vor allem, weil sich die Militäraktion nicht nur gegen die EZLN, die Zivilbevölkerung, sondern auch gegen Einrichtungen der Katholischen Kirche in

Chiapas und ganz konkret gegen die Person von Samuel Ruiz richtete. Diese Aktionen beruhten auf zwei Zielen:

Einerseits sollte damit eine der wenigen Institutionen geschwächt werden, die noch als Schutzschirm für die Indígenas und Bauern gegen die Großgrundbesitzer und ihre Todesschwadronen gewirkt hat. Auf der anderen Seite bedeutete der Angriff die Desintegration der einzig funktionierenden Vermittlungsinstanz zwischen der EZLN und der Zentralregierung, die die militärische „Lösung" in eine politische Lösung hätte umwandeln können.

So war die Woche nach der Ausrufung des Ausnahmezustandes Mitte Februar von Massendemonstrationen gekennzeichnet, die auch deutlich gemacht haben, daß es die EZLN geschafft hat, wichtige Allianzen mit sozialen Bewegungen und mit in- und ausländischen Intellektuellen zu knüpfen, die die Regierung gerade nicht hat.

Chiapas und die Aktion gegen die Symbolfigur Marcos schufen vielmehr die Gefahr einer sozialen Mobilisierung, wo die Regierung doch gerade wegen der Verhandlungen mit ausländischen Banken und dem IWF besondere Ruhe im Land benötigte. Um die Stimmung im Land etwas zu beruhigen, wurde deshalb auch der Rücktritt des PRI-Gouverneurs in Chiapas, Robledo, drei Tage nach Beginn der Militäraktionen und während der Protestwelle gegen die Politik der Regierung von eben dieser durchgesetzt.

Daraufhin kündigte die Regierung am 1. März 1995 den Rückzug der Truppen aus den seit dem 9. Februar besetzten Gebieten an, die vorher von den Zapatisten kontrolliert worden waren. Außerdem wurden die Haftbefehle gegen führende EZLN-Mitglieder und die Order zur Entwaffnung der Guerilla aufgehoben.

In vielen Fällen hat sich die Regierung gegenüber der eigenen Armee offensichtlich nicht mit diesen Befehlen durchgesetzt, die den Krieg dennoch weiterführt. Dies deutet auf eine Neuerung hin, die für Mexiko untypisch ist, nämlich eine gewisse Verselbständigung des Militärs. Inwieweit dieses zu einem eigenständigen Faktor in der mexikanischen Politik wird, muß in der nächsten Zeit genauso scharf beobachtet werden wie die Wankelmütigkeit des Präsidenten. Sind die abrupten Kehrtwendungen Ausdruck der Schwäche oder steckt dahinter ein gewisses Kalkül? ●

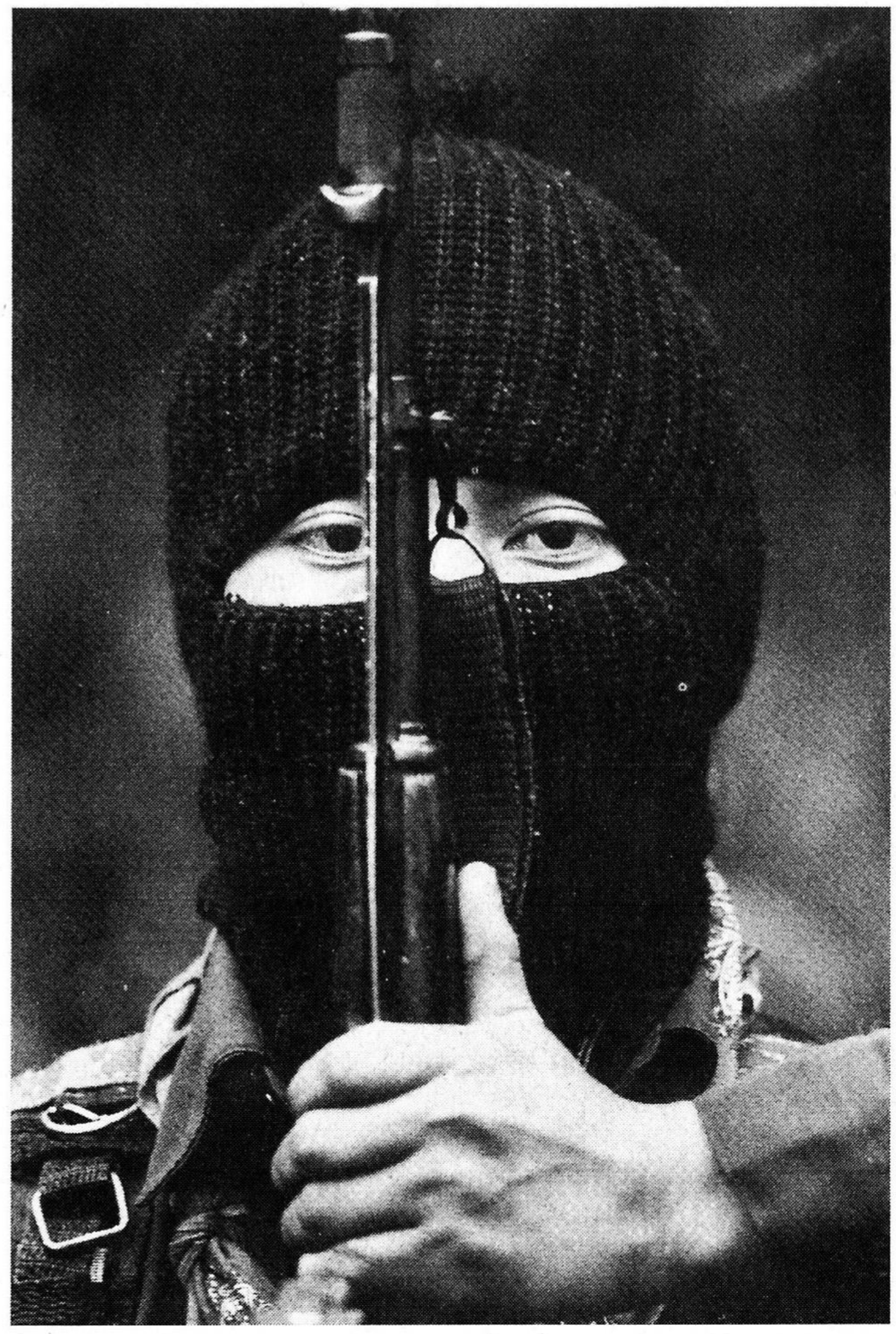
ULRICH BRAND

Solidarität schaffen – mit welchen Waffen?

Zwei sehr unterschiedliche Bücher zu Mexiko

Die Ereignisse in Mexiko überschlagen sich seit dem Januar 1994, so daß es neben den spärlichen umfassenderen Informationen nicht ganz einfach ist, den Überblick zu behalten.

Politische Aufklärung im besten Sinn betreibt die Redaktionsgruppe „Topitas" (Maulwürfchen) in Zusammenarbeit mit fünf entwicklungspolitischen Gruppen, mit ihrem Buch *Ya basta!*, in dem das „Genug ist genug!" des zapatistischen Aufstandes von Januar 1994 bis ungefähr zum August desselben Jahres nachgezeichnet wird. In vielen Originaldokumenten des EZLN, Interviews und Artikeln, die zum größten Teil von MexikanerInnen verfaßt wurden, sollen bestimmte Aspekte der aufregenden Entwicklungen verdeutlicht werden: die Geschichte und der Kampf der EZLN gegen die staatliche Armee, die Friedensgespräche im Februar 1994 nach dem Waffenstillstand im Januar desselben Jahres, die Rolle von Frauen und der Kirche, die Einflüsse von bzw. Auswirkungen auf soziale Bewegungen, die Friedenskarawane, der erste demokratische Nationalkonvent (CND) sowie die Wahlen im letzten August.



Wer Antworten auf die Frage sucht, was denn das Neue an dem Aufstand in Mexiko sei, der oder dem sei v.a. das Kapitel zu Frauen und zum Nationalkonvent zur Lektüre empfohlen sowie die drei Essays, die zwischen den anderen ausschnitthaften Texten einen umfassenderen Charakter haben. Gustavo Esteva sieht das Besondere im Vergleich zu früheren bewaffneten Aufständen darin, daß die EZLN neue Ansprüche formuliere, keinen anerkannten Führer habe (?) und „in der langen Tradition indianischer und bäuerlicher Aufstände, die großen Einfluß auf die Geschichte Mexikos hatten" stehe. Auch die Anführer der mexikanischen Revolution (1910-17), Emiliano Zapata und Francisco Villa, „hatten nicht rebelliert, um die Macht zu ergreifen und das Land zu regieren, sondern um ihre kommunalen Lebensbereiche zurückzuerobern". Ob gerade dieser Aspekt damals nicht zum Problem wurde, diskutiert Esteva jedoch nicht. Er weist aber zu Recht auf die entstandene brei-

das FORUM informiert grenzenlos

Sonderaktion!

alle unten aufgeführten Hefte gibt es im Paket für nur
28,-DM

Heft 6 DM, Doppelheft 9 DM
(+ Porto, gegen Rechnung)
JahresAbo 50
Soli-/InstitutionenAbo 70 DM
ForderAbo ab 100 DM

Schwerpunktthemen:

185/86	Frauen - drinnen und draußen
187	Si por Cuba!?
188/189	Gentechnik stoppen!
190	Spiritualität und Politik
191	Osteuropa in der Modernisierungsfalle

FORUM entwicklungspolitischer Aktionsgruppen
Buchtstr. 14/15, 28195 Bremen
Tel. 0421-32 51 56, Fax 33 78 177
PGA Hamburg, Sonderkonto FORUM
BLZ 200 100 20
Konto 66 69-209

te Bewegung vernetzter Gruppen hin.

Veronika Bennholdt-Thomsen ordnet im zweiten Essay den Aufstand in bekannter Schärfe, aber leider auch mit den gewohnten Dichotomisierungen in den weltpolitischen Kontext ein. Nach einem kurzen Gang durch die koloniale und neokoloniale Geschichte stellt Bennholdt-Thomsen fest, daß die neoliberale Globalisierung der Kern des Übels sei und von „uns" nicht länger gestützt werden dürfe. „Nicht zuletzt ist es die Komplizenschaft mit den Räubern, die uns zu ihren potentiellen nächsten Opfern macht." Die Antwort auf die Globalisierung könne nur in der Regionalisierung liegen. Und zu Chiapas wird es bizarr: „Soviel weiß ich gewiß, den chiapanekischen Völkern wird es nur dann gelingen, sich dem neoliberalen kolonialen Zugriff zu entziehen, wenn sie sich selbst intern antikapitalistisch organisieren. Wenn sie statt auf die Konkurrenz auf die Gemeinschaft orientiert bleiben, und statt auf den Profit auf die Subsistenz. Dies ist in unserer Zeit nur möglich, wenn das patriarchale Geschlechterverhältnis aufgelöst wird."

Der beste unter vielen guten Beiträgen ist m.E. der dritte Essay von Wolfgang Dietrich, der hervorhebt, wie sich die EZLN frühzeitig von traditionellen Revolutionskonzepten der Erlangung von staatlicher Macht und der Theologie der Befreiung abgrenzte. Sie bekunden außerdem, „daß sie über kein alternatives Ordnungskonzept für die Neugestaltung Mexikos verfügen. Die wollen sie einer nicht näher beschriebenen „Zivilgesellschaft" überlassen.

Würde, Autonomie und Identität – das sind nach Dietrich die Hauptmotive für den Aufstand. Scharfsinnig analysiert er die „34 Punkte", den Forderungskatalog der EZLN in den Friedensgesprächen – er nennt sie einen „Brief an das Christkind" – und vor allem die CND. Dietrich fordert ein hiesiges Solidaritätsverständnis, durch das wir auch auf unsere eigene Wirklichkeit verwiesen werden. „Es geht nicht darum, daß wir unseren solidarischen Beitrag in den Latrinen von Chiapas deponieren, sondern daß wir aus dem abstrakten Raum des Entwicklungszeitalters zur Würde unseres eigenen Ortes zurückfinden."

Ya basta! ist ein „Lesebuch", so schreibt die Redaktionsgruppe im Editorial, „weil wir unsere produktive Verunsicherung nicht gleich mal wieder in die vertraute Form fester Theoretisierungen, Einschätzungen ... gießen wollten." D'accord. Was immer ein „Lesebuch" auch genau sein soll, zu bemängeln ist am vorliegenden dann doch, daß einige wichtige Punkte nicht oder zu schwach behandelt wurden. Das ist u.a. die Konsequenz einer, von den RedakteurInnen selbst so genannten, „Marcomania" (aber auch ein Spiegel der mexikanischen Diskussion, da die meisten Beiträge Übersetzungen sind). Der Subcommandante kommt in zehn Beiträgen selbst zu Wort, dazu wurden fünf Kommuniqués der EZLN abgedruckt. Was fehlt, sind mehr historische Beiträge zu Mexiko und Chiapas. Lediglich Emiliano Zapata und der Bauernbewegung sind historische Beiträge gewidmet. Damit wird das Buch aber voraussetzungsvoll, ist also für Leute, die sich überhaupt nicht mit dem Thema auskennen, eine schwierige Lektüre. Wer waren Lázaro Cárdenas oder, in der jüngeren Geschichte, Luis Donaldo Colosio? Was bedeutete die mexikanische Revolution für verschiedene soziale Gruppen im Verlauf der Zeit, was ist PRONASOL? Als zweiten Punkt vermißt man eine intensivere Auseinandersetzung mit den ökonomischen Rahmenbedingungen des Aufstandes. Hier wäre eine Skizze der mexikanischen Wirtschaftsgeschichte seit den 30er Jahren und insbesondere seit 1982 angebracht gewesen.

Dennoch sollte diese Kritik niemanden davon abhalten, sich anhand von *Ya basta!* einen informativen Überblick über die Geschehnisse und die Zusammenhänge zu verschaffen.

Hervorgehoben werden soll auch der Fotoessay „Die Geschichte vom alten Antonio". Das alles für 28 Mark, wovon das AutorInnenhonorar auch noch in den Medienfonds des EZLN weitergeleitet wird. Auf Bewegte, schnellen Schritts!

Verkneifen kann ich mir an dieser Stelle dann doch nicht eine Bemerkung zur Besprechnung von *Ya basta!* in der *taz*. Dem dortigen Rezensenten Klaus Jetz sei empfohlen, das nächste Mal das zu besprechende Buch genauer oder mehr als die Einleitung zu lesen bzw. zumindest aus dieser richtig zu zitieren.

Die Edition Nautilus versucht seit Mitte Februar *dieses* Jahres, d.h. 1995, mit Übersetzungen der Kommuniqués der EZLN, die als Flugblätter verteilt werden, „Solidarität zu schaffen". Außerdem wurde mit *Viva Zapata!* ein Heft veröffentlicht, in dem neben einem Einleitungsaufsatz von Lutz Schulenburg ausschließlich Gespräche mit Subcommandante Marcos publiziert werden, die Marta Durán de Huerta Patino mit ihm führte.

Über die Einschätzung Schulenburgs läßt sich streiten: "Von diesem abseitigen Weltwinkel ging eine verzaubernde Botschaft aus. Das Echo folgt der Geographie: von Mexiko aus, wo das ganze politisch-soziale System ins Wanken geriet, mobilisierte es die Volkskräfte in ganz Lateinamerika, und läßt hier in Europa verzückt aufhorchen. Die positive Resonanz, die die Botschaften von Marcos ausgelöst haben, zeigen uns, daß mit den Zapatistas keine lokal begrenzte Bewegung in Erscheinung getreten ist, sondern eine, die die soziale Emanzipation als eine autonome Klassenbewegung zurückbringt."

Der Anspruch, hierzulande mehr Aufmerksamkeit und Solidarität für den Kampf in Mexiko zu erreichen, macht natürlich Sinn (auch wenn zu fragen ist, warum erst im Februar 1995 damit begonnen wird). Allerdings nicht in seiner einseitigen Ausrichtung auf die EZLN oder gar Marcos.

In einem Gespräch mit dem Europavertreter der CND (*links* 3/95) fiel auf, daß dieser nicht ein einziges Mal Marcos erwähnte oder gar nur auf diesen als Person anspielte, sondern immer nur von der EZLN insgesamt als wichtigen Teil einer umfassenderen Bewegung sprach. Der einseitigen Solidaritätsarbeit der Edition Nautilus, die nicht per se denunziert werden soll, kann mit einer Aussage aus *Ya basta!* von Wolfgang Dietrich entgegnet werden: "Wer von hier aus Solidaritätsarbeit als eine mit Aktionismus verbundene Projektion der eigenen Träume in fremde Wirklichkeiten auslegt, hat Chiapas gründlich mißverstanden."

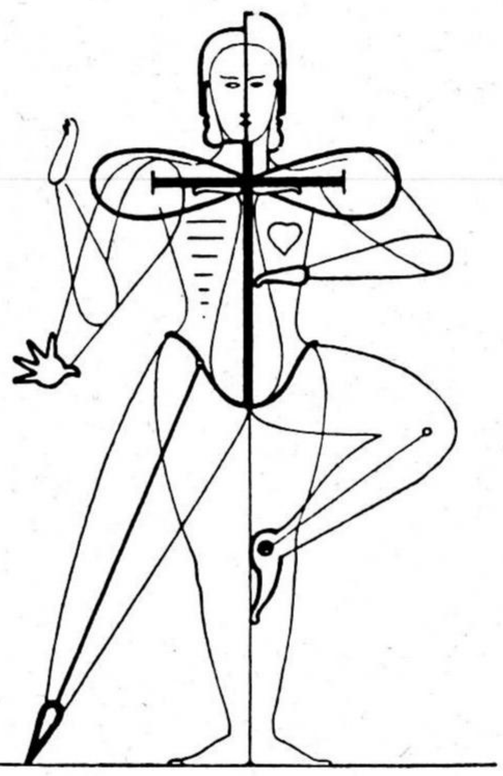
Topitas (Hg.), „Ya basta! Der Aufstand der Zapatistas", Verlag Libertäre Assoziation, 366 Seiten, DM 28.–
Marta Durán de Huerta Patino, „Viva Zapata! Gespräche mit Subcommandante Marcos in Chiapas", Edition Nautilus, 82 Seiten, DM 12.–

HOLM-DETLEV KÖHLER

Staatsterrorismus, ein Starpolitiker und ein Super-Richter

Politschauspiel in mehreren Akten über die real existierende rechtsstaatliche Demokratie in Spanien

Dem ungläubig Staunenden sei versichert, daß alle Personen und Handlungen dieses Spiels keineswegs frei erfunden sind, sondern tatsächlich existieren und sich so zugetragen haben.



Der Starpolitiker:
Der sozialistische Regierungschef Spaniens, Felipe González, hat alle Angriffe bisher erfolgreich abgewehrt und keine Zweifel aufkommen lassen, daß er bis zum Ende, d.h. bis zu den nächsten Wahlen 1997, durchhalten will. Scherzhaft sagte er, er wolle das Kopf an Kopf -Rennen mit seinem Freund Helmut Kohl gewinnen, der ein paar Monate länger an der Regierungsmacht ist. Zahlreiche Minister incl. des stellvertretenden Ministerpräsidenten Alfonso Guerra mußten wegen der vielen Skandale nach und nach zurücktreten; hohe Polizeibeamte stehen vor Gericht; die Bankiers des sozialistischen Wirtschaftsbooms (eher ein politisch inszenierter Spekulantenboom) der zweiten Hälfte der 80er Jahre – die Ikonen des neureichen Unternehmertums – sitzen wegen betrügerischer Geschäfte, zu denen auch die illegale Finanzierung der sozialistischen Regierungspartei PSOE gehört, hinter Gittern; ein Schwager des Regierungschefs kassierte bei öffentlichen Aufträgen kräftig ab, doch Felipe hält Stand. Schon die Wahlen 1993 wurden nur Dank seines persönlichen Kraftaktes gewonnen, während seine Partei schon an allen Enden bröckelte und innerlich zerstritten war. Mit seinem treuen Fernsehblick becirct er vor allem Hausfrauen, RentnerInnen und konservative ländliche Bevölkerungskreise – die Spanier nennen dies: soziologischen Franquismus – während die Minderheit der Arbeiter und städtischen Mittelschichten schon lange anders oder gar nicht mehr wählt. Dabei hatten sie einst dieses junge Politikertalent an die Macht gebracht, von dessen Politikstil und -Inhalten sie sich heute geradezu abgestoßen fühlen.

Der Super-Richter:
Doch ausgerechnet der Richter Balthazar Garzón von der Madrider Terrorismus-Strafkammer, der bei den letzten Wahlen als parteiunabhängiger Repräsentant der politischen Erneuerung im Kampf gegen die alles zersetzende Korruption und als Freund Felipes direkt hinter ihm auf dem zweiten Listenplatz ins Parlament einzog, bringt den Starpolitiker nun erstmals ins Wanken.

Am 6. Mai 1994 trat Garzón von seinem sieben Monate zuvor bezogenen Posten als Leiter des nationalen Drogenbekämpfungsplans mit der Begründung zurück: „Der Ministerpräsident verhält sich absolut passiv gegenüber der Korruption und ... hat mich nur als Feigenblatt im Wahlkampf mißbraucht." Es war der Abschluß einer unruhigen Skandal-Woche, in welcher der Guardia Civil-Direktor Luis Roldán verschwand, um sich seiner Verhaftung zu entziehen, der Zentralbankchef Mariano Rubio und sein Komplize De la Concha verhaftet wurden und zwei Minister sowie der Fraktionssprecher und ehemalige Wirtschaftsminister Solchaga ihren Hut nehmen mußten. Enttäuscht und verbittert, aber um etliche Erfahrungen reicher, ging Richter Garzón wieder zurück zur 5. Madrider Strafkammer. Die Untersuchung des Staatsterrorismus, die von seinem eben verlassenen Arbeitgeber, dem Innenministerium ausging, kanalisierte nun seine Arbeitswut.

Die Inszenierung
Sie findet als Medienspektakel statt, bei dem die führenden Tageszeitungen sich auf einen Enthüllungsjournalismus spezialisiert haben, der in kleinen Häppchen täglich neues Politskandalmaterial hervorbringt. Im Unterschied zum klassischen Sensationsjournalismus handelt es sich fast ausnahmslos um Wahrheiten mit nur geringen Übertreibungen, die von den Richtern mit mehrmonatiger Verspätung bestätigt werden. Angesichts des Versagens staatlicher Institutionen und politischer Parteien sind die Politiker ebenso wie die Bevölkerung in eine Zuschauerrolle gedrängt oder betätigen sich als Juniorpartner ihrer Referenzzeitungen. So versorgen die rechten und linken Oppositionspolitiker in einer Anti-Felipe-Koalition – nicht zu verwechseln mit einer Anti-Korruptionskoalition, an der es keinerlei sichtbares Interesse gibt – die Zeitung EL MUNDO mit Infos, während die regierungsnahen Kollegen über die verblassende EL PAIS versuchen, eine Gegenpropaganda zu inszenieren.

I. Akt
Spaniens Diktatur in den 60er Jahren: Aus einer kleinen, friedlichen jesuitischen Studentengruppe mit dem Namen Euskadi ta Askatasuna ETA (Baskenland und Freiheit), die zur Erneuerung des verstaubten baskischen Nationalismus angetreten war, ist eine bewaffnete Untergrundorganisation geworden. Ausgehend von den südfranzösischen Baskenprovinzen organisiert sie gezielte und erfolgreiche Attentate gegen Polizei- und Militärrepräsentanten der Diktatur, wobei sie sich große Popularität in der Bevölkerung und internationale Anerkennung erwirbt. Die Ausnahmezustände und Razzien im spanischen Baskenland sind von begrenzter Wirkung, solange die „etarras" auf der anderen Seite der Pyrenäen staatlich geduldeten Unterschlupf finden.

Franco reagiert: die Terroristen muß man mit ihren eigenen Mitteln besiegen. Dazu bildet er eine Todesschwadron mit dem offiziellen Namen „Brigada Político Social" (Sozialpolitische Brigaden), im Volksmund „brigada de muerte" (Todesbrigaden), im Beamtenmund „los Sociales" genannt. Schon damals war ein junger Polizist mit Ehrgeiz dabei: José Amedo. Der „schmutzige Krieg gegen die ETA" war geboren, die Strategen saßen im Innenmini-

sterium, doch wer sollte an die Front, d.h. illegal ins französische Baskenland, um dort etarras und Sympathisanten zu jagen?

Neben Killern aus der internationalen Söldnerszene eigneten sich dafür besonders „asylsuchende" italienische faschistische Terroristen des Ordine Nuevo und der Avanguardia Nazionale (verantwortlich für das blutigste Attentat Europas im Bahnhof von Bologna), denen der spanische Staat Zuflucht und Beschäftigung bot. Im Auftrag der spanischen Polizei ermordeten sie ETA-Verdächtige im französischen Baskenland.

II. Akt

Spaniens Demokratie zu Beginn der 80er Jahre: Spanien hatte eine international hochgelobte erfolgreiche Demokratisierung hinter sich, den letzten Putschversuch im Februar 1981 unbeschadet überstanden und 1982 eine sozialistische Regierung gewählt, die das Demokratisierungsprojekt vertiefen und vollenden sollte. Doch vorerst starben weiter ETA-Verdächtige in den Folterkammern der spanischen Polizei, so z.B. Joseba Arregui und Santiago Corella „Nani", deren verbeamtete Mörder von ihren Kollegen nicht gefunden werden. Der sozialistische Innenminister José Barrionuevo und sein Abteilungsleiter für Staatssicherheit Rafael Vera lassen sich zu dieser Zeit von den franquistischen Polizeichefs in die Arbeit einführen. Die Terrorismusabteilung war durchsetzt mit alten „Sociales".

Eine dieser alten „Sociales", der inzwischen zum Kommissar aufgestiegene José Amedo, schaut sich bei den Fußball-Weltmeisterschaften dieses Jahres die Tore von Englands Robson gegen Frankreich im Bilbaoer Stadion an und geht danach mit einem enttäuschten Kollegen der französischen Grenzpolizei zu einem Kneipenbummel. Laut Aussage Amedos entstand dabei eine Polizistenfreundschaft, die es ermöglichte, den „schmutzigen Krieg gegen die ETA" wieder verstärkt aufzunehmen. Er war nie zum Stillstand gekommen, wie die Terrorakte der ATE (Antiterrorismo ETA) und BVE (Batallón Vasco Español = Spanisch-Baskisches Bataillon) in den Jahren 1978-80 belegen.

III. Akt

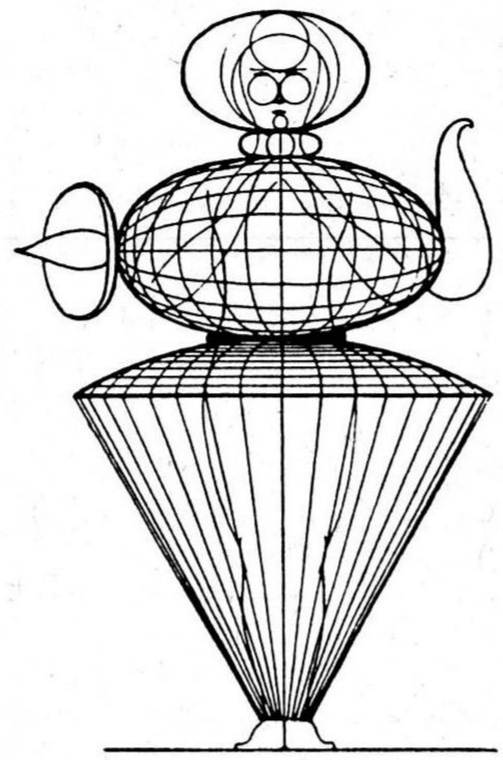
1983-86: Im Dezember 1983 wird das ETA-Mitglied Mugika Arregui von Südfrankreich nach Spanien entführt und 11 Tage mit Wissen des Polizeichefs von Bilbao (größte baskische Stadt) und des baskischen Zivilgouverneurs gefangen gehalten. Die GAL (Grupos Antiterroristas de Liberación = Antiterroristische Befreiungsgruppen) erklären, von nun an kein ETA-Verbrechen mehr ungesühnt zu lassen. Es stellt sich heraus, daß der Entführte nur verwechselt wurde und tatsächlich ein Unternehmer mit Namen Segundo Marey war. Die GAL, d.h. gedungene Killer, meist Söldner und Verbrecher aus der Marseiller Unterwelt, ab und zu auch Terroristen aus der internationalen rechten Ultra-Szene, ermorden in den folgenden drei Jahren im französischen Baskenland 28 ETA-Mitglieder, Sympathisanten oder schlicht Leute, die etarras ähnlich sahen. 2 Mio. Peseten (damals ca. 30.000 DM) standen als Kopfgeld für ermordete etarras. Die spanischen Steuerzahler sind sich ihres persönlichen Beitrages dazu allerdings noch kaum bewußt. Die Bekennerbriefe werden in spanischen Regierungsbüros geschrieben, der Killerlohn wird aus sog. Reservefonds zur Terrorismusbekämpfung bezahlt.

Die ETA hat zwar vieles von ihrem antifranquistischen Renommee eingebüßt, doch Polizeifolter und Killermorde an ihren Mitgliedern bestätigen neben der ignoranten Politik gegenüber dem Baskenland für viele Basken die Echtheit der antispanischen ETA-Propaganda und führen ihr beständig jugendlichen Nachwuchs und Legitimation zu.

IV. Akt

Im April 1987 wird einer der GAL-Killer in Lissabon verhaftet und vor Gericht gestellt. Bald darauf passiert dasselbe in Frankreich. Als Auftrag- und Geldgeber tauchen die Namen von zwei spanischen Polizisten auf: José Amedo und Michel Domínguez.

Die spanische Polizei ist zu dieser Zeit in Korruptionsskandale verwickelt. Die Opposition fordert eine parlamentarische Untersuchungskommission, doch die sozialistische Mehrheit blockt ab und kümmert sich stattdessen darum, ihren Einfluß auf die Richter zu verstärken. Der inzwischen zum Staatssekretär aufgestiegene Vera: „Die Polizei untersucht ihren eigenen Körper". Ein internes Papier schildert wie: Als die französische Polizei 1986 um Mitarbeit in der GAL-Geschichte bittet, fangen die spanischen Polizisten an, Zeitungsausschnitte dazu zu sammeln. Hinsichtlich der Klärung der GAL-Morde erklären sie sich nicht-zuständig,"weil es sich um eine Organisation handelt, die auf französischem Gebiet agiert, und denen forschen wir genauso wenig nach wie der IRA oder den Roten Brigaden".

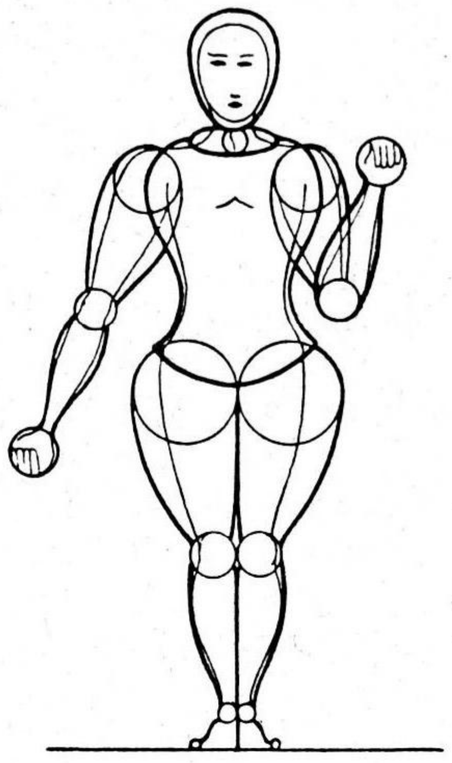


V. Akt

Ein junger Richter kommt im Februar 1988 an die Strafkammer nach Madrid und überwindet das Desinteresse der spanischen Justiz an dem Fall GAL. Mit unerschrockener Untersuchungsarbeit, die ihm bald den Beinamen „Super-Juez" (Super-Richter) einbringt, und mit Hilfe von französischen Gerichtsakten rollt er den Fall auf und bringt die beiden Polizisten Amedo und Domínguez hinter Gitter. 1991 verurteilt er sie wegen sechsfachen Mordes zu 108 Jahren Haft. Bei den Auftraggebern und Drahtziehern kann er allerdings nur ein großes „X" auf die Akte machen.

Die Regierung verhinderte mit allen Mitteln eine Aufklärung des Falles. Die Reservefonds, aus denen die Killer bezahlt wurden, wurden zur Staatssicherheitssache erklärt, um sie dem richterlichen Zugriff zu entziehen. Zwei wichtige Zeugen wurden verschleppt. Der eine mußte einen Sonderauftrag in Bolivien erledigen, der andere den diplomatischen Dienst – Diplomaten genießen Strafverfolgungsimmunität – im afrikanischen Zwergstaat Santo Tomé, dessen Staatshaushalt zu erheblichen Teilen aus Madrider Entwicklungshilfe finanziert wird, antreten. Der so zu Dipomatenehren gekommene Francisco Paesa verschob in den folgenden Jahren für seinen Freund Luis Roldán, Chef der Guardia Civil, Waffen aus Spanien ins Bürgerkriegs-Angola.

Felipe González in einer Pressekonferenz am 29.7.1988: „Niemals wird man die Verbindung des staatlichen Sicherheitsapparates zu den GAL nachweisen können!" Seine Sicherheitschefs bemühen sich derweil um einen Ausweg. Nachdem eine Flucht von Amedo und Domínguez verworfen wurde, findet man einen anderen Weg: die beiden nehmen alles auf sich und werden dafür von ihren Auftraggebern und Vorgesetzten entschädigt. Erstens erhalten sie das Versprechen, unabhängig von der



Haftstrafe bald wieder auf freiem Fuß zu sein, und zweitens werden in der Schweiz zwei Konten auf den Namen ihrer Ehefrauen eingerichtet. Der Kontostand Januar 1995 besagt, daß in den folgenden sechs Jahren aus den Reservefonds ca. 3,8 Mio. DM dorthin geflossen sind.

VI. Akt

Zu Beginn des Jahres 1994 wird bekannt, daß der Generaldirektor der Guardia Civil Luis Roldán mit den Reservefonds des Innenministeriums zahlreiche betrügerische Geschäfte betrieben hat und daß sich die hohen Polizeibeamten daraus erhebliche steuerfreie Extragehälter bezahlt haben. Diesmal entscheidet man sich für die Flucht. Roldán taucht mit Hilfe seiner Untergebenen unter und wird von seinem o.g. Freund Paesa über dessen weltweites Schieberkontaktnetz auf eine 10monatige Weltreise mit persönlichem Geleitschutz geschickt. In seinem letzten Interview drohte er möglichen Verfolgern: „Falls ich ins Gefängnis gehe, dann bestimmt nicht alleine!“ und: „Ich lasse mich nicht so hintergehen wie Amedo und Domínguez.“

Damit hatte er bei den beiden Häftlingen, die inzwischen offenen Strafvollzug als offensichtliches Privileg für Staatsterroristen genossen, einen wunden Punkt getroffen. Als der Verlust der absoluten PSOE-Mehrheit bei den Wahlen im Juni 1993 auch noch die heimlich versprochene Begnadigung und die Fortzahlung der illegalen Schweigegelder beendete – die neuen Leute im Innenministerium gehörten nicht zur GAL-Bande – neigte sich die Stillhaltegeduld der staatstreuen Polizisten dem Ende zu.

VII. Akt

Weihnachten 1994: Richter Garzón war wieder auf seinen Richterstuhl zurückgekehrt. Seine verurteilten GAL-Polizisten haben die Nase voll von ihren ehemaligen Auftraggebern, die sie mit falschen Versprechungen hingehalten hatten, um währenddessen weiter polizeipolitische Karriere zu machen, sich kräftig persönlich aus den Reservefonds zu bedienen und damit ihre Bordell-Vergnügungen zu finanzieren (auch diese sind von den eifrigen Medien ausführlich mit Photos dokumentiert). Sie erzählen Garzón, was sie wissen.

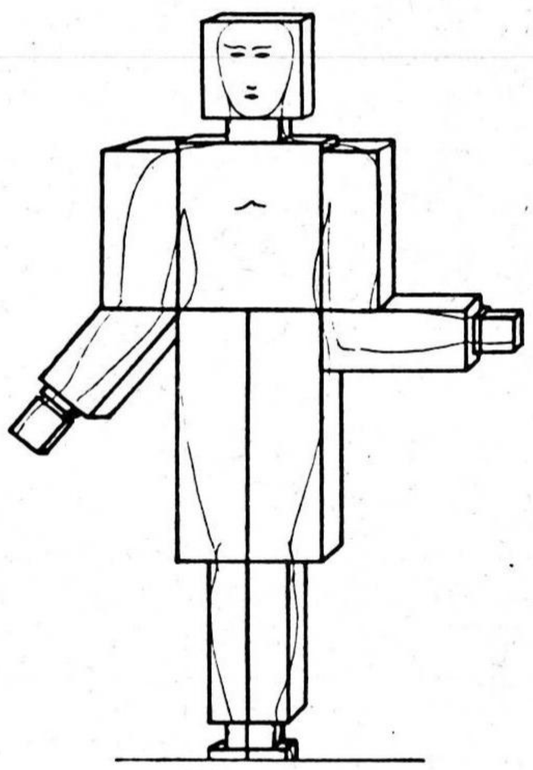
Zwei Wochen später sitzt eine ganze Riege oberster Sicherheitsbeamter hinter Gittern. Immer noch ungeklärt ist allerdings das „X“ auf Garzóns Akten, denn wie weit nach oben die GAL-Auftraggebung reicht, ist noch unklar. Felipe González hat seinen oben zitierten Satz aus dem Jahre 1988 inzwischen leicht abgewandelt: „Die Beteiligung der Regierung an den GAL ist eine unmögliche Hypothese und kann deshalb auch niemals nachgewiesen werden (Fernsehinterview, 9.1.95). Nachdem also seine These von der Nichtbeteiligung des Staatsapparates nachhaltig widerlegt ist, reduziert er sie nun auf die Regierung. Getreu seiner Verdunkelungslinie weist er seine Untergebenen an, Klagen gegen all diejenigen einzureichen, die der Regierung und ihm Beteiligung an den Verbrechen nachsagen. Auf die Idee, endlich eine Untersuchung des Falles anzuordnen, kommt er nicht.

Stattdessen versuchte die Regierung, durch Befangenheitsanträge dem allzu eifrigen Garzón den Fall zu entziehen und einem staatshörigeren Richter zuzuschieben. Nach Ablehnung der Befangenheitsanträge mußten der ehemalige Staatssekretär Vera und der ehemalige PSOE-Vorsitzende der Baskenprovienz Vizcaya García Damborenea ins Gefängnis. Die beiden ehemaligen Innenminister Barrionuevo und Corcuera und der amtierende stellvertretende Regierungschef Narcís Serra werden ebenfalls beschuldigt, hinter der GAL-Affaire und der Unterschlagung der Reservefonds-Gelder zu stehen. Das Beweismaterial reicht bislang wohl noch nicht zur Verhaftung. Je dicker die Fische, desto länger braucht das Netz der Justiz, um sie zu fangen. Der Schatzmeister der PSOE hat jedenfalls einen Fonds zur Strafverteidigung seiner Mitglieder für Vergehen in hohen Staatsämtern eingerichtet, eine Verwendung von Parteigeldern, die nicht nur viele Mitglieder empört. Der Generalsekretär der PSOE, Felipe González, wußte davon angeblich nichts.

VIII. Akt

Spanien zu Beginn 1995: Nach dem Fernsehinterview am 9.1.1995 fällt die Peseta und der Madrider Aktienindex auf einen historischen Tiefstand. Der Markt, das ideologische Credo der spanischen Sozialisten, glaubt González nicht mehr. Er hatte seine Unschuldsbeteuerungen verknüpft mit einer Theorie der Waffenungleichheit im Kampf gegen den Terrorismus: „Der Kampf gegen den Terrorismus ist ein ungleicher Kampf, weil wir die gesetzlichen Mittel anwenden müssen, während die Terroristen jedes Mittel anwenden.“ Genau das dachten die Gründer von Francos Brigada Político Social und den GAL auch, um daraufhin „jedes Mittel“ anzuwenden. Am 30.2. scheint plötzlich alles anders, d.h. die Regierung scheint wieder glaubwürdig zu werden. Mit fröhlich-triumphaler Mine erzählt Innenminister Belloch, daß die Polizei den flüchtigen Roldán geschnappt hat und nun alles vor Gericht aufgeklärt wird. Doch noch am selben Abend ist die kurze Regierungsherrlichkeit wieder vorbei: Die Presse veröffentlicht eine Abmachung zwischen der Regierung und dem ausliefernden Land Laos, daß Roldán nur wegen eines geringen Teils seiner Verbrechen mit einem Entsprechend "erträglichen" Strafmaß angeklagt wird.

Seither ist es niemand gelungen, den Tathergang zu rekonstruieren. Die Polizei scheint selbst nicht recht zu wissen, wie ihr ehemaliger Chef zum Flughafen der thailändischen Hauptstadt Bangkok und dort in ihre Hände geriet. Die wahrscheinlichste Variante verweist auf den Bruch der Männerfreundschaft Paesa-Roldán, da ersterer um sein Geld fürchtete. Als die Untersuchungsrichter die Beschlagnahme von Roldáns Konten anordneten, drohten dem internationalen Händler illegaler Waren einige Million auf gemeinsamen Konten mit Roldán verloren zu gehen. Die einzige Möglichkeit, diese zu retten, war ein Geschäft mit der Regierung: Roldán gegen Geld. So spielte er seinen Freund mit gefälschten Papieren – die Unterschriften Roldáns und des Innenministers sind echt, aber das Außenministerium von Laos wußte von nichts – der Polizei in die Hände. Seither wartet Spanien, wann Roldán die von ihn angedrohte "Informationsbombe" hochgehen läßt.



Statisten und Nutznießer

Während die einen darauf warten, wer noch alles ins Gefängnis kommt, möchten die anderen mit aller Kraft, aber mit wenig Geschick Felipe stürzen. Der Führer der rechten Oppositionspartei PP (Partido Popular) José María Aznar, dem trotz wenig Sympathien dank des Regierungsdesasters jüngst deutliche Wahlsiege bei Europa- und Regionalwahlen gelangen, bemüht sich um eine Parlamentsmehrheit für ein Mißtrauensvotum und um anschließende Neuwahlen. Neben vielen anderen Fähigkeiten fehlt ihm dafür ein akzeptables Angebot für die baskischen und katalanischen Rechtsparteien. Zukunftsorientierte Beamte und junge Aufsteiger erwerben inzwischen trotzdem massenhaft das PP-Parteibuch, im Glauben bald der Regierungspartei anzugehören.

Ebenfalls Profiteur von Anti-PSOE-Stimmen ist derzeit der Chef der Kommunistischen Partei und Führer des linken Wahlbündnisses Izquierda Unida (Vereinte Linke) Julio Anguita. Doch dieser übertrifft seinen rechten Oppositionskollegen

fast noch an politischer Dummheit und versteigt sich beinahe ausschließlich zu persönlichen Attacken gegen den wahren „Mister X" Felipe González. Keiner weiß, was er mit einem Rücktritt von González gewonnen hätte, oder was danach aus seiner Sicht besser würde. Er versäumt jedenfalls derzeit die allerbesten Chancen, die Kritik am Sicherheitsstaat, am autoritären Verwaltungsapparat, an der korrupten politischen Klasse und deren Verbindungen zu den Finanzspekulanten, an den verkrusteten politischen Parteien und parlamentarischen Institutionen, an den Strukturdefiziten der spanischen Demokratisierung etc. mit linken Inhalten zu besetzen. Sein kurzsichtiger – um nicht zu sagen: blinder – Populismus führt wahrscheinlich schon bald zu einer neuen politischen Niederlage der spanischen Linken, auch wenn ihr demnächst vorübergehend ein paar Wählerstimmen zufließen werden. Manche gefallen sich in der Rolle des Statisten besser als in der eines politischen Hauptdarstellers, denn sie wissen, daß sie zu mehr nicht taugen.

Was den Anti-Staatsterrorismus der ETA anbelangt, ist jüngst ein Hoffnungsschimmer aufgeschienen. Nach dem ETA-Mord an dem PP-Stadtverordneten Gregorio Ordoñez am 23. Januar in San Sebastián, der dieser rechts-nationalistischen Partei weitere Stimmen einbringen wird, kam es zu einer spürbaren Kritik und Dissidentenstimmung in den Reihen der baskischen Separatistenpartei HB (Herri Batasuna = Volkseinheit), die traditionell immer die ETA-Attentate rechtfertigte. Insbesondere die eindeutige Verurteilung des historischen ETA-Gründers Julen Madariaga erregte Aufsehen, denn Kritik an der ETA gilt in diesem Spektrum als Verrat und läuft Gefahr, von der ETA mit Mord bestraft zu werden. Hoffnung heißt in diesem Fall Emanzipation eines wachsenden Teils der politischen Formation HB, die in allen baskischen Parlamenten stark vertreten ist, von der Terrororganisation ETA und damit eine Demokratisierung eines erheblichen Teils der baskischen Bevölkerung. Wann der spanische Polizeiapparat demokratisiert und endkriminalisiert wird, ist derzeit noch völlig im Dunkeln.

Nachwort

Die Spanier sind stolz auf ihre friedliche und erfolgreiche „Transición", d.h. auf den Übergang von der Diktatur zur Demokratie. In aller Welt verkaufen sie ihr Demokratisierungsmodell, zuletzt bot es die Regierung auch Fidel Castro als Lösung an. Was die GAL-Affaire wie so viele andere Beispiele aus der jüngeren spanischen (und der deutschen, französischen, italienischen ...) Politik zeigt, ist jedoch vor allem die Unfähigkeit liberaler parlamentarischer Demokratien, ihren Sicherheitsapparat einer demokratischen Kontrolle zu unterwerfen und ihren Staatsapparat von Korruption und Klientelismus frei zu halten. Für Demokratisierungsprozesse kann man vor allem daraus lernen, daß man mit einer paramilitärischen, von einem autoritären Staat geerbten und nicht angetasteten Polizei und einem entsprechenden Sicherheitsapparat nicht mal einen funktionsfähigen Rechtsstaat aufbauen kann. Der Transformationsprozeß verlief vielmehr umgekehrt. Eine demokratisch-sozialistische Partei der antifranquistischen Opposition mit jungen, unerfahren idealistischen Politikern, paßt sich als Regierungspartei mit atemberaubender Geschwindigkeit und verblüffender Geschmeidigkeit an den vorgefundenen autoritären Staatsapparat an, verwandelt sich dabei in eine korrupte Wahlkampfmaschine und Schulungsanstalt für eine Politikerzunft, die betrügerische Selbstbereicherung zu ihrem Hauptgeschäft gemacht hat. Postkommunistische Seilschaften in Koalition mit westlichen Politikberatern und mafiaartige Vermarktwirtschaftlichung lassen grüßen. ●

JENS ANDERMANN

Die Unsichtbaren von Madrid

Zwölf Jahre Realsozialdemokratie und Totalverweigerung an Europas südlichem Festungsgraben

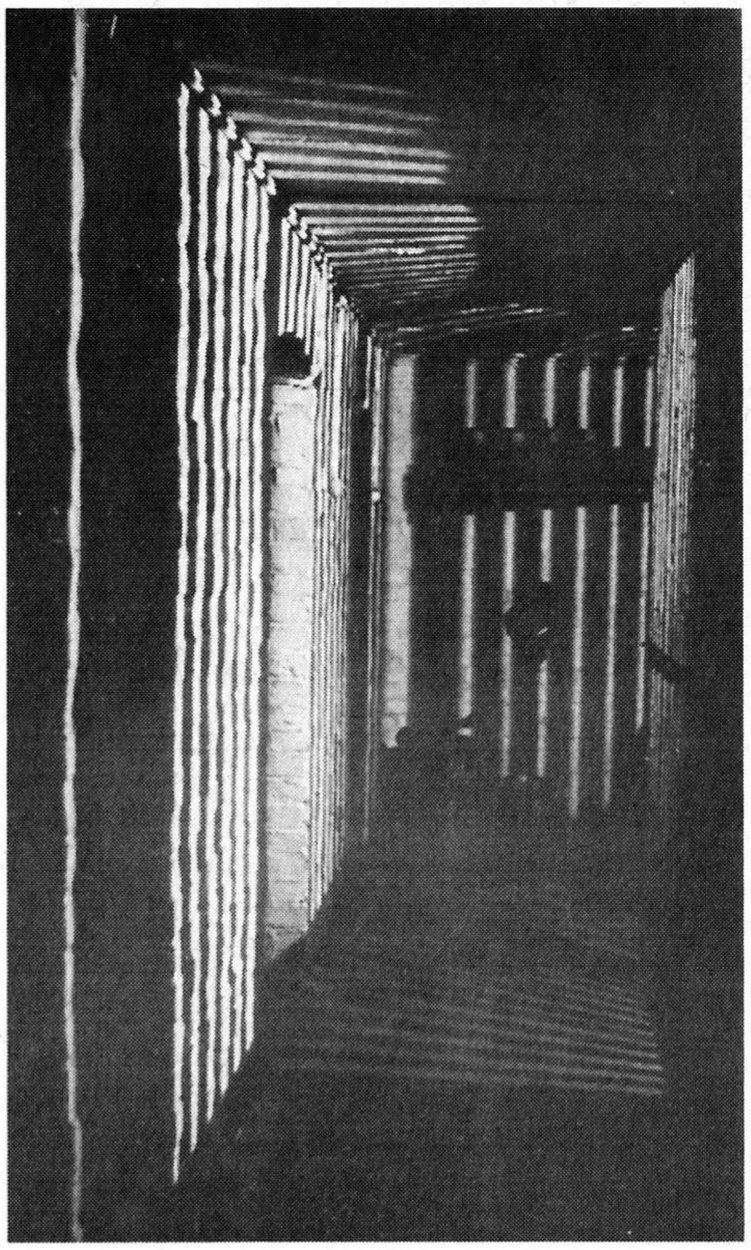
Spanien ist das Land mit der höchsten Zahl von Totalverweigerern in Europa: Über 10.000 Jugendliche lehnen Wehrdienst wie zivilen Ersatzdienst ab und nehmen statt dessen das Risiko mehrjähriger Haftstrafen auf sich.

Denn gerade die seit zwölf Jahren regierende sozialdemokratische Partei (PSOE) unter dem korruptionsgeschüttelten Felipe González hat in Sachen Militärpolitik die harte Linie des Franco-Regimes nicht etwa liberalisiert, sondern im Gegenteil nochmals verschärft – durchaus im Einklang mit der generellen Rechtswende, die ihr Programm kennzeichnet, seit sie 1982 erstmals an die Macht kam. Gerade hier, im Bereich der sakrosanten „nationalen Sicherheit" nämlich, profiliert sich die Partei von Willy Brandts Lieblingsenkel in klassisch sozialdemokratischer Manier als staatstragender Oberwachtmeister und Musterschüler der Neuen Weltordnung, um auf diese Weise ihre mittlerweile recht kurios zusammengesetzte Stammwählerschaft (mehrheitlich Rentner, Hausfrauen und ländliche Bevölkerung) bei der Stange zu halten. Innenpolitisch drückt sich dies aus in der Ausweitung polizeilicher Vollmachten wie der Erlaubnis von Hausdurchsuchungen ohne vorherigen richterlichen Befehl und der Einschränkung wesentlicher Bürgerrechte wie Asyl und Datenschutz, außenpolitisch durch die militärische Einbindung in die NATO seit 1984 und die Beteiligung spanischer Soldaten am Golfkrieg, die 1991 in einem präsidialen Durchmarsch ohne vorherige Information der Öffentlichkeit oder gar parlamentarische Debatte durchgepaukt wurde. So ist die stetig anwachsende totale Verweigerung gegenüber dieser Politik nicht allein Ausdruck einer grundsätzlich antimilitaristischen Haltung, sondern zugleich, in einer von lähmendem Mangel an substantiellen Debatten gekennzeichneten Öffentlichkeit, fundamentaler Einspruch gegen den herrschenden Neoliberalismus sozialdemokratischen Zuschnitts, der die vielleicht perfideste von allen dessen möglichen Varianten verkörpert.

Linke traditionelleren Zuschnitts sehen das freilich immer noch ein wenig anders. Mein Mitbewohner Miguel etwa, der sich eines proletarisch-kommunistischen El-

ternhauses rühmen kann (und dies weidlich tut), meint, in der Armee lerne man immerhin das Schießen, und dies sei, im Revolutionsfalle, doch gar nicht zu verachten. Tatsächlich scheint diese Ansicht in vergangenen Dekaden eine gewisse Beliebtheit unter spanischen Linken genossen zu haben: Zu Francos Zeiten gelang es zum Beispiel der Kommunistischen Partei durchgehend, geschätzte 40 bis 50 ihrer Mitglieder in das Offizierskorps der Armee einzuschleusen, um im Falle eines Putsches sofort die Kontrolle strategisch wichtiger Regimenter zu übernehmen. Am 2. Februar 1981, sechs Jahre nach dem Beginn der „demokratischen Transition", kam es indessen genau umgekehrt, als der Oberstleutnant Tejero in einem (glücklicherweise miserabel organisierten) Staatsstreich das Parlamentsgebäude stürmen ließ, 37 Schüsse in den Plafond des Sitzungssaals abfeuerte und diesen erst wieder räumte, nachdem König Juan Carlos in einer historischen Fernsehansprache den Putschisten den Wind aus den Segeln genommen und Kommunistenchef Santiago Carrillo, selbst ehemaliger ranghoher Militär, statt sich gleich seinen Abgeordnetenkollegen aufforderungsgemäß zu Boden zu werfen und den Mund zu halten, den Putschistenführer in drastischen Worten angeherrscht hatte, sein 'dämliches Geballere' gefälligst einzustellen.

So jedenfalls will es die Legende, sicher ist, daß die Armee mit dieser operettenhaften Aktion noch den letzten Rest an Kredit verspielte, der ihr nach Jahrzehnten der Repression verblieben war: Unabhängig von allen parteilichen Sympathien lehnen aktuellen Umfragen zufolge 65 % aller Jugendlichen inzwischen die allgemeine Wehrpflicht ab. 1994 ließen sich allein in den ersten sechs Monaten 48.000 Jugendliche als »Gewissensverweigerer« registrieren, bis zum Jahresende wurde ein Anstieg auf 100.000 erwartet. Diese Zahlen können in einem Land, das erst 1984 ein Zivildienstgesetz einführte und die bis dahin wegen Verweigerung verurteilten 24.000 Antimilitaristen amnestierte, durchaus als dramatischer Anstieg verbucht werden. Und zumal der wachsende Anteil an Totalverweigerern, die jegliche Beteiligung an militärischen oder zivilen Aktivitäten ablehnen, die im Kriegsfall zur logistischen Unterstützung herangezogen werden können, markiert einen Paradigmenwechsel in einer Gesellschaft, in der das bewaffnete Austragen von Konflikten jahrzehntelang Normalzustand gewesen war. Denn gerade in Katalonien, Galizien und im Baskenland wächst die Anzahl von Totalverweigerern, die ihren radikalen Antimilitarismus in einen regionalistischen Zusammenhang stellen und damit als Alternative nicht nur zur zentralstaatlichen Repression, sondern auch zum bewaffneten Separatismus von ETA und deren politischem Flügel Herri Batasuna (HB) postulieren.



Wir befinden uns unterdessen in der »Taberna Grândola« in Lavapies, einem jener verwinkelten Viertel der Hauptstadt, die steil zu den zusehends verelendenden südlichen Vorstädten hin abfallen. Draußen befehlen wutentbrannte Ladenbesitzer auf allgegenwärtigen Transparenten Dealern und Junkies, sich in Luft aufzulösen: Madrid beschwert sich lautstark, daß es seine wachsende soziale Not auch noch anschauen muß – und drängt sie ab nach Süden, in die »Chabolas«, die Elendsviertel. Wir, das sind im übrigen der Autor dieser Zeilen, Ramón, der hinter der Theke das Regiment führt, und schließlich Juan, ein häufiger Gast dieser Bar, die mit Revolutionsgraphik des deutschen Expressionismus und einer großen Fotografie des Ché Guevara dekoriert ist.

Hier befindet sich das Hauptquartier des lokalen Totalverweigererkollektivs »Los Invisibles« – Die Unsichtbaren –, und was es mit diesem Namen auf sich hat, wird sich noch herausstellen. Ramón zapft einige »Cañas« und erklärt, wegen der Wirtschaftskrise meldeten sich zur Zeit immer mehr Jugendliche als Dienstsoldaten bei der Armee. Die Jugendarbeitslosigkeit in Madrid liegt bei über 50 %. Selbst Izquierda Unida (IU), die Vereinigte Linke um die Kommunistische Partei, sympathisiere mittlerweile mit der Schaffung eines professionellen Dienstheeres, anstatt grundsätzlich antimilitaristisch Stellung zu beziehen. Freilich ziehe man es auf Seiten der »Insumisos« – der Unbeugsamen, wie Totalverweigerer hier allgemein genannt werden – ohnehin vor, parteipolitisch ungebunden zu bleiben, wenn es auch auf lokaler Ebene mitunter Kontakte zur IU gebe.

Ramón bekam vor zwei Jahren seinen Wehrdienstbescheid zugestellt, zusammen mit einem Zugbillet und der Anschrift einer Kaserne in Valladolid, sowie Datum und Uhrzeit, zu denen er vorstellig zu werden habe. Pech, daß es bei der allsommerlichen Auslosung der tatsächlich einzuziehenden Wehrpflichtigen ausgerechnet ihn erwischen mußte, hatte er sich doch zuvor nicht bei der Kommission für den »freiwilligen« Ersatzdienst (Consejo Nacional de Objección de Conciencia, CNOC) registrieren lassen und fiel daher nun automatisch unter den Verwaltungsablauf »obligatorischer Wehrdienst« (man bemerkt bereits, daß es um die Freiwilligkeit der zivilen »Prestación Social Sustitutoria« recht eigentümlich bestellt ist: anzufügen wäre noch, daß dort statt der neun Monate »Mili« 18 Monate abzuleisten sind, all dies für den stolzen Lohn von monatlich 2.000 Peseten, etwa 25 DM). Den Wehrdienstbescheid schickte Ramón nach eingehender Lektüre zurück an den Absender, auch eine alsbald eintreffende gerichtliche Aussageaufforderung blieb unbeantwortet, was zur automatischen Prozeßeröffnung führte. Nachdem er sich auch dort nicht hatte blicken lassen, setzte man ihn auf die landesweite Fahndungsliste, und nach einigen erfolglosen Festnahmeanläufen an den Wohnungstüren verschiedener Kollegen und Familienmitglieder erwischte es ihn am Ende zufällig, bei einer Routinekontrolle der Polizei auf der Straße, als er unglücklicherweise seine Papiere in der Tasche hatte und sofort identifiziert werden konnte. Verurteilt wurde er zu drei Monaten Haft, von denen er wegen guter Führung nur einen abzusitzen brauchte, diesen allerdings im berüchtigten Gefängnis von Carabanchel im Südosten Madrids, wo die Drogenabhängigkeit unter den Insassen bei 80 – 90 % liegt. Juan steht all dies noch bevor: seit Juni 1994 steht er auf der Fahndungsliste, seitdem übernachtet er bei wechselnden Bekannten und läßt seine Papiere nach Möglichkeit dort, wenn er ausgeht. Daß er sich einstweilen nur durch Schwarzarbeiterjobs über Wasser halten kann, sagt er, sei eigentlich nichts Besonderes. An eine richtige Stelle würde er sonst ja auch nicht herankommen. Irgendwann werde er sich ohnehin stellen, gemeinsam mit anderen Insumisos, damit man ihnen einen großen öffentlichkeitswirksamen Gruppenprozeß machen müsse.

● Unserer Meinung nach, sagt Ramón, ist der Militärdienst eine Einrichtung, deren Ziel die Bewahrung von Egoismus, Unsolidarität, Klassendifferenz, Machismo und Kadavergehorsam ist. Dir wird klargemacht, daß du immer einen über dir hast. Die steigende Zahl von Leuten, die den Ersatzdienst machen, ist immerhin ein strukturelles Anzeichen für den absoluten sozialen Legitimationsmangel, den der Militärdienst inzwischen erfährt. Und das, obwohl der Ersatzdienst in Wahrheit Ersatzbestrafung heißen müßte: er dauert doppelt solange wie die Mili, und das Dienstregiment

ist wesentlich schärfer. Die Verträge sind der letzte Dreck und bedeuten einen Diebstahl an Arbeitsplätzen. Die Regierung behauptet, es gebe sowieso kein Geld, um daraus richtige Arbeitsplätze zu machen, und insofern vernichte sie keine Arbeitsplätze, wenn sie Stellen für Sozialarbeiter, Krankenpfleger, Bibliothekare, Forstgehilfen usw. mit Ersatzdienstleistenden besetze. Das ist einfach makaber, in einem Land mit über drei Millionen Arbeitslosen. Es stimmt natürlich nicht, wenn man uns beschuldigt, wir seien zu überhaupt nichts bereit. Wir sind bereit, ins Gefängnis zu gehen, um gegen diesen Militarismus und dieses soziale Unrecht zu kämpfen.

● Wenn wir nicht vor Gericht erscheinen, bedeutet das nicht, daß wir uns damit einer Sache entziehen wollen, die sowieso früher oder später eintritt. Wir glauben, daß es die einzige Möglichkeit ist, um Richtern und Politikern deutlich zu machen, daß die Totalverweigerung kein rechtliches, sondern ein politisches Problem ist. Außerdem ist es eine Form des Protests gegen den Versuch, uns auseinanderzudividieren, indem einige von uns Richter bekommen, die alles Mögliche dafür tun, uns nicht zu Gefängnisstrafen verurteilen zu müssen, während andere zu Gefängnisstrafen bis zu 28 Monaten verurteilt werden. Wir alle sind Insumisos, wir alle haben gemeinsam das gleiche Delikt verübt. Also werden wir die Art, das Wann und das Wie unseres Erscheinens vor Gericht selbst aussuchen, um die Individualisierung zu durchbrechen, die man uns aufzwingen will.

Die organisatorische Struktur der Insumisos ist – mit Absicht – lose gehalten und wird im wesentlichen von lokalen und regionalen Gruppen getragen. Regelmäßige Treffen auf nationaler Ebene zwecks Informationsaustausch finden unter dem Dach der Wehrdienstverweigererbewegung OMC statt, einer Gründung aus den frühen 80er Jahren. Aktionen reichen von Hungerstreiks der einsitzenden Insumisos, der Öffentlichkeitsarbeit zu Militärpolitik und politischen Häftlingen in Spanien und anderswo bis zu Demos, Sabotageakten und Happenings verschiedenster Art: Einige Resonanz fand vor ein paar Jahren eine Sprayaktion, bei der Insumisos eine Franco-Statue im Zentrum Madrids reichlich mit Graffitis und Fäkalien bedachten. Vor allem aber fungieren die lokalen Gruppen als Netzwerk von Adressen, bei denen polizeilich gesuchte Totalverweigerer im Ernstfall schnell und unkompliziert untertauchen können.

Bis 1991 fiel das Delikt »Totalverweigerung« unter Militärgesetzgebung, was in einzelnen Fällen dazu führte, daß sich Insumisos im gleichen Gefängnis wie die Putschisten von 1981 wiederfanden (die, im übrigen, wurden 1990 schon wieder amnestiert). Der Übergang der Verfahren auf die zivile Gerichtsbarkeit führte indessen nicht etwa zur Milderung der bisher verhängten Strafen, vielmehr wurde die Höchstdauer von 28 Monaten Haft nun wesentlich häufiger verhängt als zuvor. Dies, obwohl der Innenminister 1993 eine Strafrechtsreform und die Entkriminalisierung der Totalverweigerung angekündigt hatte und versprach, daß künftig keine Insumisos mehr inhaftiert würden. Zwar sind Innen- und Justizressort mittlerweile sogar unter einem Dach angesiedelt, doch in Sachen Insumisos ist alles beim alten geblieben: Noch immer bleibt jeder einzelne Fall der Willkür des jeweiligen Richters überlassen, und so teilen sich (seltene) Freisprüche die Bilanz mit Höchststrafen, Bußgeldern über ca. 1.250 DM und Hausarrest. Die zur Zeit am häufigsten verhängte Strafe sind ein Jahr Gefängnis und mehr, die, abzüglich der U-Haft, für drei Jahre auf Bewährung ausgesetzt werden, falls es sich um das erste »Strafdelikt« handelt. Derartig absurde Disparitäten haben indessen dazu geführt, daß die staatliche Strategie, der Insumiso-Bewegung durch die Kriminalisierung der Totalverweigerung und die ständige Suggestion von Querverbindungen zum Terrorismus jede soziale Basis von vornherein zu entziehen, wegen ihrer offensichtlichen Unverhältnismäßigkeit nicht aufgeht. Derzeit versucht die Regierung deshalb, ein reformiertes Wehrgesetz zu lancieren, das im wesentlichen auf drei Pfeilern ruht: Zum einen wird versucht, die Armee durch Anreize wie Lohnerhöhungen und die Möglichkeit, den Wehrdienst nahe des eigenen Wohnortes abzuleisten, »attraktiver« zu machen, zum anderen, den Mangel an Ersatzdienstplätzen durch Druck auf Basisorganisationen und NGOs zu kompensieren, damit diese, zu den Bedingungen von CNOC und Zivilschutz, Ersatzdienstleistende beschäftigen. Im Verweigerungsfall droht Subventionsentzug, was für viele Gruppen de facto das Ende ihrer Arbeit bedeuten würde. Für Totalverweigerer schließlich zielt das neue Wehrgesetz auf die Ersetzung der strafrechtlichen durch soziale Marginalisierung: Insumisos sollen in Zukunft zwar nicht mehr polizeilich verfolgt werden, statt dessen aber für 10 bis 14 Jahre kein öffentliches Amt bekleiden, kein Stipendium annehmen und keinen Führerschein besitzen dürfen. Damit hofft die Regierung sich die wenig imageträchtigen Bilder von eingesperrten und hungerstreikenden Insumisos vom Hals zu schaffen und zugleich wesentlich wirksamere und subtilere, an die Zukunftsängste von Jugendlichen angesichts miserabler Perspektiven auf dem Arbeitsmarkt appellierende Formen der Abschreckung zur Hand zu haben.

Denn Störenfriede werden nicht gebraucht auf Spaniens Weg zur gemeinschaftseuropäischen Musternation. Die Armee dagegen sehr wohl, empfahl sich diese den regierenden Sozialdemokraten doch schon des öfteren als effizientes Instrument sozialer Disziplinierung: 1987 gelang es dank des beherzten Einschreitens der Truppe, einem Streik des madrilenischen Metropersonals ein brüskes Ende zu setzen, und auch während eines Generalstreiks im Dezember 1989 waren die Uniformierten zuverlässig zur Stelle und auf den Straßen, als der Ministerpräsident den Ausnahmezustand ausrief. Im Spektakeljahr 1992, als Spanien fünf Jahrhunderte Kolonialismus mit milliardenfach verpulverten Peseten für Olympia, Weltausstellung und Kulturkapitale zelebrierte, sorgte die Armee mit verstärkter Präsenz an den Grenzen für Ruhe. Und blieb, zumindest an der südlichen, auch gleich dort stationiert, um künftig mit dem nötigen Nachdruck für die strikte Umsetzung der EU-Einwanderungsbestimmungen zu sorgen: Vorsicht, Sie betreten nun die Neue Weltordnung.

Und eine schöne, eine sozialdemokratische neue Welt wird es sein: Denn während man am Ende der siebziger Jahre noch euphorisch die Öffnung des Landes nach Jahrzehnten faschistisch-korporativistischer Diktatur zu einer modernen und pluralen Zivilgesellschaft zelebriert hatte, so hat sich inzwischen, vielleicht nicht anders als überall in der vermeintlich triumphierenden »westlichen Welt«, eine verärgerte Gleichgültigkeit, eine Verdrängung des Politischen aus dem öffentlichen Raum eingestellt, die es, weil das hegemoniale Projekt der PSOE sich wesentlich dadurch auszeichnet, überhaupt nicht mehr als solches formuliert zu werden, unmöglich zu machen scheint, noch über alternative Modelle zu diskutieren. Das Bestehende, der status quo, etabliert sich dank der von regierungsoffizieller Technokratie und audiovisuellem Reizbombardement in trauter Eintracht betriebenen Zerstückelung des Politischen als ultimative und unhintergehbare Realität, jenseits derer kein Nachdenken mehr möglich sein soll. Der kritische Einspruch, innerhalb der entropierenden offiziellen Öffentlichkeit längst nicht mehr mitteilbar, beginnt deshalb mit der Suche nach diskursiven Orten jenseits des Medien- und Parteieneinerleis, mit mehr oder minder symbolischen Akten der Verweigerung gegenüber einer scheinbar dissensfreien, Sachzwänge und -zwecke verwaltenden Politik, in der nicht mehr Alternativen zur Debatte stehen, sondern Züge abfahren. Das Zauberwort für eine militante Politik, welche neuerlich die Protagonistenfunktion für einen alternativen und emanzipativen, einen linken Diskurs einfordern könnte, heißt hierzulande *No*. ●

Jens Andermann studierte Latein- und Nordamerikanistik. Studienaufenthalte in Bueños Aires und Madrid.

JAMES O'CONNOR

Hyper-Kapitalismus

Anmerkungen zur US-amerikanischen Ökonomie

Gegenwärtig läßt sich die Weltwirtschaft als das Zusammentreffen folgender Entwicklungen umschreiben: sie wird angetrieben von dynamischen asiatischen Märkten; die Konkurrenz zwischen EU, NAFTA und dem asiatischen „Yen-Block" verschärft sich zunehmend; von den G-7-Ländern (die 7 reichsten Industrieländer USA, Großbritannien, Frankreich, Italien Deutschland; Kanada, Japan), die zu Zeiten des Kalten Krieges die USA wirtschaftlich verwöhnten, wird eine Destabilisierung vorangetrieben; das globale Finanzsystem ist jeglicher Kontrolle entzogen. Aufgrund dieser Konstellation ist nicht damit zu rechnen, daß es eine reale Verbesserung des Lebensstandards der US-AmerikanerInnen geben könnte, insbesondere nicht für unterdrückten Minderheiten und Frauen.

Die von Bush eingeleitete und von Clinton fortgesetzte Wirtschaftspolitik, die die amerikanische Ökonomie auf Kosten der Produktion für den heimischen Markt in eine exportorientierte transformieren will, führt zu einer weiteren Verschlechterung der Situation.

Kommunale Selbstbestimmung und die Macht der Gewerkschaften werden ebenso wie die Stärke der Umweltbewegung allmählich ausgesaugt werden. Wesentlich rabiater wird allerdings gegen bisherige Bestimmungen, die die Arbeits- und Umwelt, den Konsumentenschutz, die Stadtplanung, das Transportwesen, die Forstwirtschaft und den Bergbau betreffen, vorgegangen werden. Gesundheit, Sicherheit und das allgemeine Wohlbefinden am Arbeitsplatz und in der Kommune, die Artenvielfalt und die Integrität ökologischer Systeme, der Umweltschutz und die urbanen Lebensbedingungen werden sich weiter verschlechtern. Die Reallöhne sinken auch weiterhin und die Familieneinkommen stagnieren oder nehmen ab. Teilzeit- und befristete Arbeitsverhältnisse werden zunehmen. Die „Reform der Sozialgesetzgebung" wird arme Frauen, Minoritäten und in Armut lebende Familien besonders treffen. Die „Reform des Bildungswesen" wird die Schulen in Fabriken verwandeln, in denen dressierte Arbeitskräfte produziert werden, nicht aber BürgerInnen mit zivilen Tugenden. Die „Reform des Gesundheitswesens", die darauf abzielt, die Kosten zu senken, wird zu einer Verschlechterung der Versorgung führen.

Im Rechtssystem wird der Begriff Recht zunehmend synonym mit „Besitzrechten" statt mit „Individualrechten". Freiheit wird mehr und mehr als ökonomische Freiheit denn als individuelle oder politische Freiheit definiert werden. Die Ökonomie – „der Anker an der Kette, mit der die herrschende Klasse die Menschen gefesselt hält" – wird weiterhin bestimmte reaktionäre Lehrsätze der Evolutionsbiologie adaptieren (z.B. das „Egoismus-Gen"), um damit die irre Prämisse „des ökonomischen Menschen", die diese trübselige Wissenschaft ausgegoren hat, zu untermauern. Während der Rassismus zunehmen wird, werden sich die Beziehungen zwischen Weißen und Farbigen und zwischen den verschiedenen Schichten innerhalb der Kommunen unterdrückter Minoritäten verschlechtern. „Radikale Zeiten brauchen radikales Handeln." Mehr als 60 Prozent der amerikanischen WählerInnen würden es begrüßen, wenn es eine dritte Partei gäbe. Ob sie sich eine rechte oder eine linke Partei wünschen, bleibt offen. Alternativen, die diskutiert und in beschränktem Rahmen auch praktiziert werden, sind folgende: die Restauration städtischen Lebens; die Entwicklung neuer Stadt-Land-Beziehungen, um den „Metabolismus zwischen beiden besser zu regulieren"; die Konversion der Industrie in eine arbeiterfreundliche; die Konversion der Landwirtschaft in eine ökologische; die Schaffung „grüner Städte"; die Wiederherstellung und den Schutz beschädigter ökologischer Systeme und von Umweltmaßnahmen; die Neubewertung von Hausarbeit etc.

Alle Alternativen setzen voraus, daß bestehende demokratische Politikformen verteidigt werden und neue Formen am Arbeitsplatz, auf lokaler Ebene und für die staatlichen Institutionen, die die Produktion kontrollieren, geschaffen werden müssen. Dies kann und wird nicht machbar sein, wenn nicht eine neue Basis für bereits bestende und mögliche Koalitionen zwischen Arbeiterschaft, der Linken, den Grünen, den Frauen, urbanen Bewegungen, Bürgerrechtsorganisationen und anderen mehr gefunden wird. Solche Koalitionen auf lokaler, regionaler und nationaler Ebene müssen heute nicht nur spezifische politische Ziele entwickeln, sondern auch ihre übliche Praxis des Einsatzes bestimmter politischer Mittel zur Durchsetzung ökonomischer, sozialer und nicht politischer Ziele überdenken.

Damit hat man sich viel vorgenommen. Aber vielleicht auch wieder nicht so viel, wie manche heute glauben mögen. Schließlich gilt es zu bedenken, daß sich das Land wirtschaftlich gesehen auf einem selbstzerstörerischen Weg befindet. Außerdem nehmen „morbide Formen gesellschaftlichen Lebens" enorm zu, und das gegenwärtige politische System verliert permanent an Legitimation. Immer mehr Menschen öffnen sich für alternative Lebens-, Arbeits- und Selbstverwaltungsformen. Und immer mehr werden dafür zugänglich sein, wenn diese Alternativen sorgfältig und intelligent entwickelt werden und außerdem die wirklichen Kämpfe der lokalen, Arbeiter- und anderer Gruppen aufnehmen, die in einer ständig sich verschlechternden und feindlicher werdenden Umwelt zu überleben versuchen.

Die Weltwirtschaft

Der asiatische Markt stellt heute sozusagen die Lokomotive dar, die die Weltwirtschaft zieht. Asiatische Märkte sind hauptsächlich für Asiaten da und nicht für Nordamerikaner. Investitionen der G-7-Länder, im Ausland lebender Chinesen und der asiatischen Tigerstaaten in China, Süd- und Südostasien (und in einige ausgewählte lateinamerikanische und europäische Länder) sind der Kraftstoff für die Lokomotive. Die Weltwirtschaft ist abhängig vom Erfolg oder Mißerfolg dieser Märkte und Investi-

tionen. Seit der Inflation der späten 70er Jahre hat das Kapital seine politische und ideologische Macht über die Arbeiter zurückgewinnen können, während das Finanzkapital seine Macht über das Produktiv- und Warenkapital behauptete. Zur gleichen Zeit als die politische Macht von der Arbeiterbewegung zurück ans Kapital ging, verschob sich das ökonomische Machtzentrum von Europa und den USA nach Asien.

Das wundert nur wenig, schließlich verfügt Asien über gewisse Vorteile in Hinblick auf die Durchsetzung eines autoritären Kapitalismus. In Asien (und Mexiko, Chile und einigen anderen nicht asiatischen Wachstumszentren) ist die liberale Demokratie entweder zu schwach, völlig entstellt oder hoffnungslos korrupt. Tatsächlich zwingen die asiatischen Staaten die anderen Nationen geradezu dazu, die Arbeitskräfte noch intensiver auszubeuten und liberal demokratische Institutionen zu untergraben. Die Investitionen der G-7-Länder in China, Süd- und Südostasien tragen dazu bei, daß Asien diesen Zwang noch stärker ausüben kann. Jede G-7-Investition in Asien impliziert unmittelbar die Schwächung der Demokratie und den Machtzuwachs des Kapitals in den G-7-Ländern selbst, und zwar in genau dem Maße, in dem diese Investitionen die Produktivkraft und den autoritären Kapitalismus in Asien fördern.

Die von Asien ausgehende Intensivierung der Ausbeutung verschärft das Problem des Kapitals „Mehrwert zu realisieren", d.h. Waren zu den Produktionskosten plus durchschnittlichem Profit verkaufen zu können. Stellt man diese Entwicklung in Zusammenhang mit der zunehmenden Zentralisierung des Kapitals und der Modernisierung von Investitionen, so erhält man die perfekte Formel für den „Untergang der Mittelklasse" in den G-7-Ländern, insbesondere im anglo-amerikanischen Raum. Währenddessen wächst die Mittelklasse in Asien. Die Nachfrage nach Konsumgütern verschiebt sich infolgedessen von den G-7-Ländern nach Asien. Kurz gesagt, die G-7-Länder exportieren ihre Mittelklasse nach Asien. Gleichzeitig ist in Asien (Mexiko etc.) eine rasante Proletarisierung zu beobachten, die die Nachfrage nach grundlegenden Konsumgütern anwachsen läßt. In Verbindung mit der Ausweitung der Kredite und den staatlichen Defiziten in den G-7-Ländern ergibt sich ein weiterer Faktor, der den Konsumgüterbedarf hoch hält.

In den meisten G-7-Ländern besteht heute ein unausgewogenes Verhältnis zwischen den industriellen Kapazitäten für die Produktion von Konsum- und Investitionsgütern. Das erklärt sich folgendermaßen. Die G-7-Länder exportieren High-Tech-Ausrüstungen, Maschinen und Dienstleistungen nach Asien (Mexiko etc.), wodurch die Kapazitäten zur Produktion von Kosumgütern in den „Entwicklungsländern" expandieren. Sie können nun Kosumwaren für ihre eigenen wachsenden Märkte und für den Export in die G-7-Länder produzieren. Da die Investitionsgüterindustrie im Verhältnis zum festgelegten Kapital relativ wenig Menschen beschäftigt, bedeutet eine Ausweitung ihrer Produktionskapazitäten das gleichzeitige Absinken des Konsumgüterbedarfs.

Darüber hinaus gibt es noch weitere Probleme, und zwar auf der Kostenseite. Die Obsession des Kapitals, die Kosten zu reduzieren, führt unzählige Betriebe (und ganze Länder wie z.B. Taiwan) zur „Externalisierung" der Kosten. Das heißt, sie werden den ArbeiterInnen, den Kommunen und Städten und der Umwelt zugeschlagen, wodurch allerdings mittelbar die Kosten des Kapitals dennoch ansteigen.

Die heutige Weltwirtschaft mit ihrem unendlichen Zyklus von Kostenreduzierung und der Innovation von Kosumwaren kann man nur als „Hyper-Kapitalismus" bezeichnen, der die Arbeiterbewegung attackiert und der um die asiatischen (und anderen) Wachstumsmärkte kämpft. Damit ist der Kapitalismus in eine neue Epoche eingetreten. In früheren Boomzeiten funktionierte die Inflation als Schutzschirm für kostenintensive Betriebe. Die Entwicklung neuer Konsumwaren war auf Zeiten des ökonomischen Wachstums beschränkt, während kostenreduzierende Technologien hauptsächlich in einer Rezession gefördert wurden. Kein Wunder also, daß das Kapital sich heute immer schneller umschlägt und damit nicht nur die ökonomische, sondern auch die soziale und politische Sphäre destablisiert.

G 7

Wie konkurrieren die Großen Drei der G-7-Länder mit Asien? Sie versuchen, ihre eigenen kostengünstigen regionalen Produktionssysteme aufzubauen: Deutschland in Süd- und Südosteuropa, die USA in Mexiko und in der Karibik, Japan in Asien. Dabei ist Japan den USA und Deutschland in zweifacher Hinsicht voraus. Zum einen in bezug auf das „Outsourcing" von Investitionen, um Kosten zu senken und konkurrenzfähig zu bleiben, und zum anderen im Bereich von Investitionen zur Bedienung von Wachstumsmärkten in Asien selbst. Hinzu kommt, daß China und andere asiatische Wachstumszentren immer stärker Exportbeschränkungen für Waren aus den G-7-Ländern fordern und mehr Waren in Asien selbst produzieren wollen.

Deshalb suchen die EU und die USA nach Rezepten, mit denen sie ihre alte Rolle als Zugmaschine zurückgewinnen können. Dabei kamen sie auf die Idee, sich nach dem Ebenbild des jeweils anderen neu zu schaffen, also eine Art kosmetische Operation vorzunehmen. Allerdings werden ihre Versuche, sich einander ähnlicher zu machen, unzureichend bleiben und viel zu spät kommen. Dennoch: Hier bietet sich den Wissenschaftlern eine neue „Konvergenztheorie", die sie erforschen können.

Die neue Konvergenz kann folgendermaßen beschrieben werden. Die USA sind davon überzeugt, daß ihr Problem in einem zu geringen Sparaufkommen und in mangelnden Investitionen, insbesondere in „Humankapital" (früher Bildung genannt), besteht. Dementsprechend rufen die ökonomischen Gurus tagtäglich danach, die Sparvermögen und Investitionen zu erhöhen und die Bildung stärker an den Erfordernissen des neuen Arbeitsmarktes zu orientieren. Darüber hinaus soll die in der EU übliche allgemeine Gesundheitsversorgung garantiert werden, um die Arbeitskräfte loyal und produktiv zu halten. Ein weiterer Schwerpunkt der Clinton-Regierung besteht darin, das Haushaltsdefizit zu senken, um Kapital für private Investitionen freizusetzen.

Beeindruckt vom „frontier"-Kapitalismus insgesamt, blicken die EU-Staaten besonders neidvoll auf den flexiblen US-amerikanischen Arbeitsmarkt mit einer ständig steigenden Zahl von Teilzeit- und befristeten Arbeitsverträgen. Die hohe Arbeitslosigkeit in der EU reicht offensichtlich nicht aus, die Arbeiterschaft so zu disziplinieren, wie es sich die herrschenden Klassen wünschen.

Gleichzeitig wünscht sich Deutschland (und auch Japan), daß die USA mehr Disziplin in finanziellen Angelegenheiten lernen und aufhören, den rücksichtslosen „verlorenen Sohn" zu mimen. Andererseits würden es die USA gerne sehen, wenn Japan den amerikanischen Konsumwahn imitieren und weniger sparen würde. Nach US-Meinung verdienen Kleinbetriebe und Bauern nicht so viel Unterstützung, vielmehr solle Japan den Einzel- und Großhandel ausschalten und amerikanische Discount-Ketten ins Land lassen.

Um der asiatischen Konkurrenz begegnen zu können, wünschen sich die herrschenden und politischen Klassen in Europa und den USA folgendes: hohe Spar- und Investitionsquoten; mehr Investitionen in „Human-, natürliches und kommunales Kapital"; die Deregulierung der Märkte; die weitere Aushöhlung der Verbraucher- und Umweltschutzbestimmungen; die Schaffung flexiblerer Arbeitsmärkte, um die Atomisierung der Arbeiterschaft weiterzutreiben; ein weiterer Abbau des Wohlfahrtsstaates; größere Disziplin auf den Finanzmärkten, um dort Irritationen zu vermeiden. All dies würde den „wahren Kapitalismus" etablieren – ein System, in dem weder die Arbeiterschaft noch die Frauen, weder die Kommunen noch die Umwelt ir-

gendeinen Einfluß auf die Wirtschaftspolitik hätten. Diese Intentionen der Herrschenden sind, wenn schon nicht ein riesiger Irrtum, so doch wenigstens reines Wunschdenken. Die „guten" kapitalistischen Eigenschaften einer anderen Ökonomie zu übernehmen und die „schlechten" dabei zu vermeiden, ist ebensowenig möglich, wie es die kulturelle Angleichung der drei Kontinente wäre. So wird nicht die beste mögliche Welt geschaffen, sondern die schlechteste, die denkbar ist.

Die USA

Während Europa und Japan einen Ausweg aus der Rezession suchen, durchläuft die US-Ökonomie einen deutlichen strukturellen Wandel. Konnte sie früher ein relatives Gleichgewicht zwischen der inländischen Produktion und Konsumtion und dem Export halten, wird sie heute in eine exportorientierte umgewandelt. Machte der Export in den 70er Jahren noch ca. 5 Prozent des GDP aus, so liegt er heute bereits bei 12 Prozent. Ein grundlegendes Ziel der Clintonschen Wirtschaftspolitik liegt darin, diesen Schritt weg vom nationalen hin zu ausländischen Märkten zu beschleunigen – oder wie es bereits George Bush plante, das Land in eine „Export-Supermacht" zu verwandeln. Exportorientierte Ökonomien müssen mit der ganzen Welt konkurrieren. Üblicherweise sind sie versessen darauf, die Lohn-, Energie- und Rohstoffkosten möglichst niedrig zu halten, die Qualität der Produkte ständig zu verbessern und neue Produkte für den Weltmarkt zu entwickeln. Entgegen der Vorstellung, sie würden von der mythischen Hand des „freien Marktes" geführt, werden sie angetrieben von den Strategien riesiger transnationaler Konzerne, von einer neo-merkantilistischen „Industriepolitik" und staatlicher und privater Finanzpolitiken, die den Export zu Lasten der Produktion für die inländischen Märkte fördern.

Auch die US-Ökonomie stellt keine Ausnahme von dieser Regel dar. Die Macht der Bundesregierung (ebenso wie die zahlreicher Bundesstaaten und lokaler Regierungen) wird zunehmend dafür eingesetzt, um den Verkauf von solchen Waren und Dienstleistungen zu erhöhen, mit denen nur auf ausländischen Märkten Profite zu machen sind. Dazu gehören u.a. High-Tech-Ausrüstungen, geschäftliche und Finanzdienstleistungen, Nahrungsmittel und Rohstoffe, Kunstgewerbewaren, hochwertige Waffen und Großraumflugzeuge für die zivile Luftfahrt.

Die Probleme, die sich aus einer Exportorientierung der US-amerikanischen Wirtschaft ergeben werden, sind vielfältig:

1. Ihr Erfolg ist abhängig von einem kontinuierlichen Wachstum der asiatischen Märkte, wobei diese sich schon „abzukühlen" beginnen, insbesondere der große chinesische Markt. 2. China und einige andere süd- und süostasiatische Länder erwirtschaften Exportüberschüsse gegenüber den USA und werden dies auch weiterhin tun. 3. Die neue Nach-Kalte-Kriegs-Haltung vieler asiatischer Länder unter der Führung von Malaysia, „Asien für die Asiaten" zu reservieren, wird es den USA (und der EU) nicht gerade leicht machen, dorthin zu exportieren. 4. Mit der zunehmenden Unabhängigkeit der asiatischen Staaten wird auch deren Forderung deutlicher, daß Waren und Teile, die bisher aus den USA importiert wurden, jetzt in Asien selbst produziert werden. 5. Die asiatischen Märkte sind zweigeteilt. Der Markt für die Mittelschichten wird überwiegend von Auslandschinesen bedient, während der Markt für die Massen, die vom Land vertrieben werden, von sozialen und gewerkschaftlichen Auseinandersetzungen geschüttelt wird. Auf beiden Märkten werden langfristig große Probleme auftreten. 6. Je mehr die USA exportieren, desto mehr Arbeitsplätze werden von den USA in andere Länder verschoben; außerdem wird eine weitere regionale und globale Verschiebung dazu führen, daß immer mehr US-Exportmärkte von Produktionsstätten außerhalb der USA bedient werden. 7. Die US-amerikanische Konsumkultur führt dazu, daß Importe in die USA weiterhin steigen werden, und zwar genauso viel wie die Exporte, wenn nicht gar noch stärker. Damit wird eine exportorientierte Wirtschaft nach deutschem Muster schlicht unterlaufen. 8. Die Clinton-Regierung ist unfähig, die inländischen Veränderungen in der Gesundheits-, Bildungs-, Sozial- und Transportpolitik durchzusetzen, die notwendig sind, um die Bedürfnisse einer Export-Supermacht zu befriedigen. 9. Die Clinton-Regierung hat die Sozialpolitik in eine besondere Form der Wirtschaftspolitik umgemünzt. Das heißt, Bildungspolitik wird ausschließlich als „Investition in Humankapital" definiert, die Umwelt als „Naturkapital" betrachtet und Städte und Kommunen gelten nur noch als „soziales Kapital". Damit bleibt der gesamte Komplex der sozialen Integration und der gesellschaftlichen Solidarität ausgeklammert (oder genauer gesagt, er wird durch eine Law-and-Order-Politik bzw. durch einen Boom im Gefängnisbau in den Griff genommen).

Es ist kaum abzusehen, wie die USA diese schwierige ökonomische Situation bewältigen werden. Zwar hat die Gründung der NAFTA die US-Exporte erhöht, allerdings sind die Importe aus Mexiko noch stärker gestiegen. Außerdem haben bereits vier internationale Autoproduzenten bekanntgeben, daß sie in Mexiko Produktionsstätten errichten werden, um so einfacher in die USA exportieren zu können. Sicherlich wird die GATT (WTO) die Erwartungen der USA auf eine größere Bandbreite von Exportwaren erfüllen, aber mit der GATT (WTO) wird sich auch die weltweite Reservearmee der Arbeitslosen um ca. eine Milliarde erhöhen, werden die Importe steigen und die Investitionen in ausländische Produktionsstätten zur Bedienung lokaler Märkte leichter gemacht. Die USA wollen ihr Haushaltsdefizit auf Kosten des effektiven Bedarfs und der sozialen Zufriedenheit abbauen – was gelingen könnte. Die USA wollen ihre langfristigen Zinsen so hoch halten wie Deutschland, um den Bedarf an Dollar zu stützen. Damit gefährden sie die inländische Bauindustrie, die Immobilien- und Handelsmärkte. Die USA wollen, daß der Dollar im Verhältnis zur Mark und zum Yen billig bleibt. Der Dollar ist bereits so billig, daß eine Inflation und damit weiter erhöhte Zinsen drohen. Die USA wollen ihre Ressourcen anders verteilen, nämlich von der Konsumtion zur Investition, vom öffentlichen zum privaten Sektor, von inländischen zu ausländischen Märkten. Sollten sie damit Erfolg haben, wird der gesellschaftliche und wirtschaftliche Verfall im Lande noch schneller vorangehen als jetzt schon. Wie können die USA zwei so gegenläufige Bestrebungen unter einen Hut bringen, wie es die Forderung nach mehr Konkurrenz und die in der Geschichte des Landes größte Zentralisierung und Konsolidierung des Kapitals darstellen? Kein Wunder, daß Clinton der erste Präsident ist, der, obwohl er eine ökonomische Erholung herbeiführt, jegliche politische Unterstützung verliert.

Unabhängig von der Entwicklung der asiatischen Märkte sind die Zukunftsaussichten für die US-amerikanische Gesellschaft und Wirtschaft mehr als trüb. Es gibt zu viele ökonomische Widersprüche, zu viel politische Dummheit, zu viel revanchistischen Nationalismus und Neo-Merkantilismus und zu viel Konzentration auf die Bildung regionaler Blöcke (eine Art von Neo-Imperialismus). Dennoch bleiben die Arbeiter- und andere soziale Bewegungen weiterhin unschuldig, wenn es um eine Theorie des Kapitalismus und seiner Krise geht. Ihnen fehlt eine Zukunftsvision, die der Mehrheit der Menschen wünschenswert und erreichbar scheint. Eine Grüne, Arbeiter-, linke, feministische, anti-rassistische, urbane Politik, Ökonomie und Gesellschaft böte die Alternative. Wenn diese Gruppen aber nicht ein gemeinsames politisches Ziel haben, um ihre Bewegungen und Organisationen zu vereinen, wird es noch mehr studierte Ignoranz geben, die zu überwinden sein wird. Die „Progressiven" werden sich noch mehr zersplittern und die „Alternativen" werden in winzige Stücke zerfallen. ●

Übertragung ins Deutsche von Eva-Maria Krampe.

LUDGER FITTKAU

Der kurze Frühling der Revolution

Vor 75 Jahren griffen die Ruhrarbeiter zu den Waffen

Im März 1995 haben sich Geschichtswerkstätten, Kulturinitiativen und soziokulturelle Zentren in Veranstaltungen, alternativen Stadtrundfahrten und Gedenkschriften an jene Wochen erinnert, als Arbeiterräte die politische Macht an sich rissen.

Es soll ein besonders warmer und sonniger Monat März gewesen sein, als sich im Ruhrgebiet vor 75 Jahren die größte bewaffnete Erhebung in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung entfaltete. Dem warmen Vorfrühling folgte im rheinisch-westfälischen Industriegebiet ein heißer Tanz, den damals Kinder in Mühlheim mit folgendem Vers für ihre Kreisspiele beschrieben:

„Eins, zwei, drei
Noch haben wir nicht Mai,
Wir haben nur Re-vo-lu-tion,
Bautz, dahinten knallt es schon!"

Bei „bautz" wurde in die Hände geklatscht und mit dem Fuß gestampft, beschreibt der „Mülheimer General-Anzeiger" am 19. März 1920 den kindlichen Revolutions-Reigen.

Der Aufstand entwickelte sich nach der Ankunft von Freikorpsverbänden im Ruhrtal, die sich offen auf die Seite der Kapp-Putschisten stellten, die am 13. März in Berlin die gewählte Regierung der Weimarer Republik vertrieben hatten. Der Kapp-Putsch scheiterte vor allem am politischen Generalstreik, zu dem die Organisationen der Arbeiterbewegung zur Verteidigung der Republik gegen die rechten Militärs unverzüglich aufriefen. Während sich in den meisten Regionen des Landes die Lage nach dem erfolgreichen politischen Massenstreik wieder beruhigte, entwickelten im Ruhrgebiet die Abwehrkämpfe gegen die Militärs eine Eigendynamik, die schon wenige Tage später zur Bildung von bewaffneten Verbänden der Arbeiterschaft führten, die eine Zahl von 60.000 bis 100.000 Kämpfern erreichten. Diese spontane Aufstandsbewegung, die sich den Namen „Rote Ruhrarmee" gab, konnte binnen einer Woche sämtliche Reichswehr- und Freikorpsverbände sowie Einheiten der Sicherheitspolizei aus dem Industriegebiet vertreiben, eine revolutionäre Verwaltung in den Städten etablieren, mancherorts mit Betriebsratswahlen beginnen und sämtliche politische Gefangenen der Jahre 1918 und 1919 aus den Gefängnissen befreien. Selbst bürgerliche Beobachter bescheinigten den revolutionären Vollzugsräten, in den Städten des Aufstandsgebietes in kurzer Zeit wieder geordnete Verhältnisse hergestellt zu haben. Trotz der großen Armut der Ruhrarbeiter wurden Plünderungen weitgehend verhindert, Beschlagnahmungen wurden von den Räten mit dem Recht auf Entschädigung für die betroffenen Kaufleute versehen. Doch die Forderung nach Sozialisierung des Ruhrbergbaus reichte aus, um ein Mitglied der Familie Thyssen dazu zu veranlassen, die Alliierten zur Einstellung der Lebensmittellieferungen an die aufständischen Arbeiter aufzufordern. Doch das Ansinnen der Konzernherren, seine Arbeiter aushungern zu wollen, wurde von den britischen Militärs abgelehnt. Racheakte der Revolutionäre an aus-beuterischen Kapitalisten blieben eine Ausnahme, viele gefangene Freikorpssoldaten wurden nach kurzer Zeit wieder freigelassen.

Ganz anders verhielten sich die Reichswehr – und Freikorpsverbände nach der Niederschlagung des Aufstandes Anfang April 1920. Folgender Dialog bringt die Haltung der später siegreichen Militärs zum Ausdruck, er wurde in London veröffentlicht: „Commandant Graff, ein alliierter Kontrolloffizier, fragte den deutschen Major v. Grienandt, Stabsoffizier der 3. Kavallerie-Division: „Warum erschießt die Reichswehr jeden bewaffneten Arbeiter, der sich ergibt?" Die Antwort des deutschen Offiziers lautete: „Die Rote Armee besteht aus Jugendlichen, denen fünf Jahre lang die väterliche Autorität gefehlt hat; da es zu spät ist, sie hinzubiegen, ist es das beste, sie auszulöschen."

Die Märzrevolution als Jugendrevolte, als Randale von Kids, denen während des 1. Weltkrieges die strafende Hand des Vaters fehlte? Es waren wohl eher die weltkriegserfahrenen Arbeiter, die die militärischen Erfolge gegen eine waffentechnisch überlegene reguläre Truppe herbeiführten. Die „Buer'sche Zeitung" vom 24. März 1920 vermittelt ein Bild vom Geschehen in der Nähe des Frontverlaufes im Münsterland: „In den ersten Nachmittagsstunden langten zahlreiche Bewaffnete, mit der Straßenbahn von Bochum kommend, in Buer an, biwakierten auf den Anlagen vor dem Rathaus und warteten auf Transportmöglichkeiten, nach Dorsten zu kommen. Meist junge Leute aus dem Ruhrbezirk waren es... Durchweg sind es gediente Soldaten, die wieder die Gewohnheiten angenommen haben, die ihnen aus dem Feldleben noch geläufig sind. Einige stärken sich in den umliegenden Cafés und Restaurants. Seltsame Bilder sieht man hier. Am kleinen Café-Marmortisch sitzt ein Rotgardist, die Schirmmütze weit ins Gesicht gezogen, das Gewehr im Arm, mit nägelbeschlagenen Schuhen neben einem Fräulein in Seide und Lackschühchen, das zum gewohnten Nachmittagskaffee gekommen ist und recht wenig erbaut davon zu sein scheint, daß neben ihr irgend ein Rotgardist sich niedergelassen hat."

Was war diese „rote Ruhrarmee", welche Ziele hatte sie? Was bewegte die in den Städten militärisch erfolgreichen Arbeiter, sich im Münsterland auf einen Grabenkrieg einzulassen, in dem die Reichswehr-Geschütze sich voll entfalten konnten? Fragen, die sich auch der Historiker Erhard Lucas-Busemann immer wieder stellte, der mit seinem dreibändigen Werk „Märzrevolution 1920" bis heute die umfangreichste Darstellung der Aufstandsbewegung verfaßte. Die kleine Szene am Marmortisch in Buer deutet an, in welche Richtung auch Lucas-Busemann das Aufstandsgeschehen untersuchen wollte. Er wollte „von einem zentralen Punkt ausgehen: der Frage nämlich, warum zwar Einzelne – vor allem die einzige Frau an führender Stelle, Amalie Schaumann – erkannten, daß die Bewegung um den 26./27. März ihren Höhepunkt überschritten hatte, und daraus die Konsequenz zogen, daß der Rückzug in die Städte angetreten werden müsse, warum dies zu tun aber der Masse der bewaffneten Arbeiter offensichtlich unmöglich war", so formulierte der Historiker am Ende seines Werkes.

Im Ruhrgebiet gilt es jetzt für die historisch denkenden Menschen, eine Art „Kulturkampf" gegen das Verschwinden der Orte zu bestehen, die zur Erinnerung bewegen

könnten. Nichts könnte die Schwierigkeiten eines historischen Denkens im Revier sinnfälliger machen als die kurze Laufbahn des Oberhausener Gasometers vom stillgelegten Energiespeicher für ein Stahlwerk über die beinahe größte Coladose Europas zur wichtigsten Ausstellungshalle des Reviers Mitte der neunziger Jahre.

Die Fördertürme sind weitgehend verschwunden, jetzt werden aus den alten Stahlwerken Großdiskotheken oder Kulturzentren. Im Falle des Gasometers Oberhausen konnte gerade noch verhindert werden, daß man ihn in eine riesige Cola-Dose verpackte: Heute fand mit der Ausstellung „Feuer und Flamme" einer der erfolgreichsten industriegeschichtlichen Ausstellungen ihr Domizil in dem imposanten Bauwerk, das als Industrie-Kathedrale schon deshalb zum Pilgerort für die Ruhrgebietler geworden ist, weil man vom Dach einen Ausblick über das halbe Revier hat. Hier hat das historische Bewußtsein gesiegt, an vielen anderen Punkten ist von der Realität der Stahlproduktion nichts mehr sichtbar. Mit den Gedenkstätten der Märzrevolution ist es noch ungleich schwieriger. Die Massengräber der Arbeiter sind oft außerhalb der Städte, in Waldgebieten oder an Flußläufen. Oder die Wege des Gedenkens führen auf Friedhöfe, an alte Brücken und Gemäuer, denen man ihre Geschichte nicht ansieht, denen erst mit Hilfe von weiteren Kenntnissen etwas abzuringen ist. Dennoch haben sich Stadträte und Bezirksvertretungen im Ruhrgebiet gerade in den letzten Jahren um den Erhalt oder die Restaurierung von Gedenkstätten und Erinnerungstafeln bemüht, an einigen Orten wie in Hamm oder Essen ist sogar eine neue Tafel errichtet worden.

Daß gerade eine Industrieregion es schwer hat, überhaupt so etwas wie historische Orte zu konstituieren, schrieb schon 1926 der Schriftsteller Joseph Roth bei einem seiner Besuche im Ruhrgebiet: „Die Menschen fühlen historisch, das heißt rückwärts. Mauern, Straßen, Drähte und Schornsteine fühlen vorwärts. Die Menschen hemmen die Entwicklung. Sie hängen sentimentale Gewichte an die beflügelten Füße der Zeit." Mit dem Erhalt des Gasometers ist der Warensphäre der Dienstleistungs- und Einkaufspaläste ein Gedenkort entrissen worden, doch rundherum entsteht zur Zeit eines der größten Einkaufszentren Deutschlands. Hier zeigt sich das historische Dilemma einer Gegend, die immerzu den neuesten Investitionsentscheidungen unterworfen wird: „Aber nichts von diesen Dingen hat erhaltende Resonanz. Denn die Dinge, die historischen (sogenannten „kulturellen") leben vom Echo, das sie nährt. Hier aber ist kein Raum für Echo und Resonanz", urteilt Joseph Roth.

Das ist ein Ergebnis der Zurichtung öffentlicher Räume durch die „jagende Zeit" des Industriesystems, der die Aufständischen ins Uhrwerk fallen wollten: „Fessle durch Taten die rasende Zeit", schrieben nach dem Aufstand in Hagen die Arbeiterorganisationen auf das Denkmal über dem Massengrab, das sie auf dem Rembergfriedhof errichteten. ●

Ludger Fittkau ist Mitarbeiter des Hannah-Arendt-Bildungswerkes. Zusammen mit Angelika Schlüter hat er das Buch „Märzrevolution 1920. Ein politischer Fahrradreiseführer" herausgegeben, das im Klartext Verlag erschienen ist.

TERMINE

Veranstalter: initiative sozialistisches forum
Veranstaltungsort: Jos Fritz Café, Wilhelmstraße 15, Freiburg

Termin: 13. Juni 95, 20 Uhr

"Gesäuberter" Antifaschismus?
Die SED und die kommunistischen Kapos von Buchenwald
Im Herbst 1994 erschien eine heftig diskutierte Dokumentenedition, die Akten aus dem Parteiarchiv der SED über die Funktionshäftlinge von Buchenwald, die sog. „Kapos" der illegalen KPD, zusammentrug. Sie vermittelte unbequeme Einsichten in die „Wolfsgesellschaft" des Konzentrationslagers, insbesondere in die Überlebensstrategien der KPD: Die extremen Bedingungen ließen weniger parteiübergreifende Solidarstrukturen entstehen denn Praktiken der Ausgrenzung und der Auslieferung Andersdenkender an die SS: Daneben geben weitere, bislang geheimgehaltene Dokumente Aufschluß darüber, wie die SED nach dem Krieg mit diesen unbequemen Erinnerungen umging, wie sie die Kapos bewertete, sie schließlich in den „Säuberungen" 1950 bis 1954 ausschaltete und dann 1956 rehabilitierte. Ihre nun von der tragischen Wirklichkeit gereinigten Biographien konnten wieder Teil der heroischen Tradition werden. Der Lageralltag von Buchenwald blieb trotz parteiinterner Kenntnis ein öffentlich beschwiegenes Thema; kein Schatten fiel auf die Widerstandskämpfer. Die ehemaligen Häftlinge erfüllten eine politisch-pädagogische Funktion im Sinne des „Antifaschistischen Vermächtnisses", nicht nur in der DDR. Es spricht Leonie Wannenmacher (Essen), die an der Dokumentation „Der 'gesäuberte' Antifaschismus" (hrsg. von Lutz Niethammer, Berlin 1994) mitgearbeitet hat.

Termin: 23. Mai 95, 20 Uhr

Dialektik und Ideologie
Nach dem ersten Weltkrieg, in der schwersten Krise der Arbeiterbewegung, brachte Georg Lukács das Gerücht auf, bei der marxschen Dialektik handele es sich um eine proletarische Geheimwissenschaft, die der bürgerlichen Ideologie den Garaus machen könne. Während der zerstückelnde bürgerliche Verstand die Welt in leblose Einzelteile zerlege, könne die proletarische Dialektik, von einem Standpunkt der Totalität aus, das gesellschaftliche Ganze in den Blick bekommen. Auch nach dem Abschied vom Proletariat blieb für die Kritische Theorie die Dialektik Dreh- und Angelpunkt ihres Versuches, den ideologischen Charakter der abstrakten Verstandesbestimmungen zu durchschlagen. Der Vortrag versucht im Gegenzug dazu zu zeigen, daß die adäquate Form ideologischen Denkens selbst dialektisch ist. Es spricht Michael Koltan (Archiv für soziale Bewegungen).

Termin: 20. Juni 95, 20 Uhr

Jenseits des Subjekts?
Zur Philosophie Michel Foucaults
Wer Foucault sagt, sagt natürlich Differenztheorie. Aber was wir mittlerweile als affirmative feministische Differenztheorie kennen, präsentiert sich bei Foucault noch mit dem Elan der Negation: Verbindlichkeit und Universalität, auf die die erstere einfach pfeift, muß er im fundamentalistischen Kraftakt auseinandersprengen; Gleichheit und Gesellschaft, die für die erstere kein Thema mehr sind, muß er in ontologischer Schwerstarbeit zersetzen und zerkleinern. Damit gerät Foucault - und zwar aus zwingenderen Gründen als denen der phänomenologischen Herkunft - in die Nähe der Kritischen Theorie. Es spricht Monika Noll (Berlin), Mitherausgeberin der Reihe „Frauen" im ca ira-Verlag.

☆ ☆ ☆ ☆ ☆

Fußball-Lesung

Termin: 17. Mai 95, 18 Uhr
Ort: KOZ, Jügelstraße 2, Universität Ffm

mit Gerhard Henschel (Titanic), Martin Krauß (Junge Welt), Jürgen Roth (Die Beute).

ULRICH BRÖCKLING

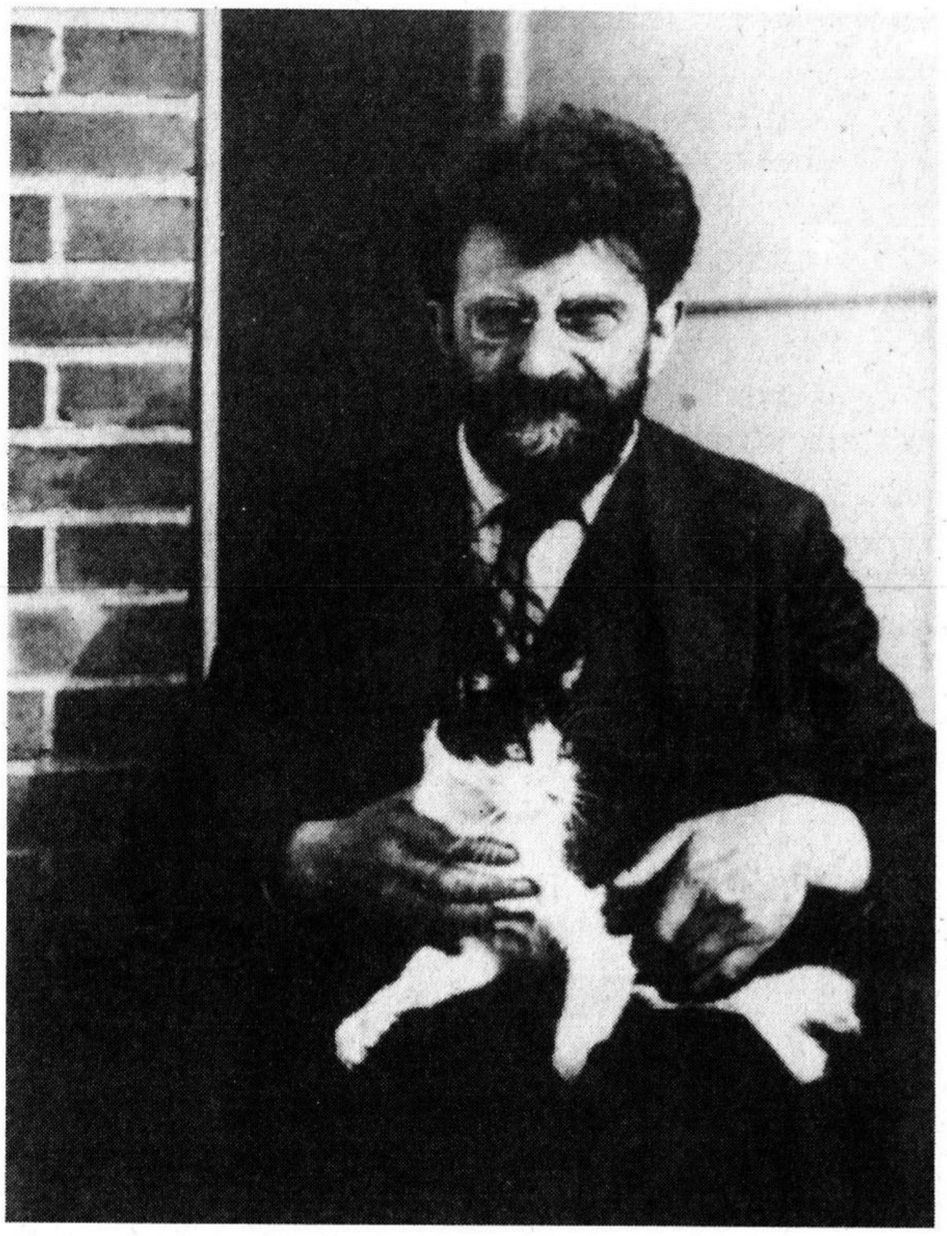
Aufzeichnungen eines Anarchisten

Erich Mühsams Tagebücher

Am 10. Juli 1934 wurde Erich Mühsam im Konzentrationslager Oranienburg ermordet, nachdem er mehr als ein Jahr lang durch verschiedene Gefängnisse und KZs verschleppt und mißhandelt worden war. Festgenommen hatten ihn die Nazis wenige Wochen nach ihrer Machtübernahme in der Nacht des Reichstagsbrandes. Jude, Anarchist, Verfasser 'zersetzender' Gedichte und revolutionärer Manifeste, 1919 Mitglied des Zentralrats der Bayrischen Räterepublik – Mühsam vereinte in seiner Person all das, was die braunen Herren „mit Stumpf und Stiel" auszurotten sich aufmachten. Sechzig Jahre nach seiner Ermordung ist jetzt eine Auswahl aus seinen Tagebüchern der Jahre 1910 bis 1924 erschienen.

Die Geschichte dieser Tagebücher ist selbst eine bedrückende Chronik des Terrors von Staats wegen, gegen den Mühsam sein Leben lang revoltiert hatte: Ein großer Teil seiner Aufzeichnungen entstand wäh-rend der Festungshaft, die er wegen seiner Beteiligung an der Räterepublik absitzen mußte. Für den eingesperrten Dichter wurde das schriftliche Selbstgespräch zum Überlebensmittel, das den weitgehend abgeschnittenen Kontakt nach draußen ersetzen mußte. Doch regelmäßig beschlagnahmten die Gefängnisbehörden die Tagebücher. Unbotmäßige Formulierungen dienten als Begründung für Haftverschärfungen, die am Ende seine Gesundheit ruiniert hatten. Die konfiszierten Hefte erhielt er erst Jahre nach seiner Entlassung zurück.

Mühsams Witwe Kreszentia konnte unmittelbar nach seiner Ermordung aus Deutschland fliehen und den literarischen Nachlaß, darunter die Tagebücher, vor dem Zugriff der Nazis retten. Über Prag gelangte sie nach Moskau, wo man ihr eine Veröffentlichung der Werke ihres Mannes in mehreren Sprachen in Aussicht stellte. Kurze Zeit nachdem sie zu diesem Zweck das Konvolut aus den Händen gegeben hatte, wurde sie verhaftet und verschwand im GULAG. Erst Mitte der fünfziger Jahre gelang es ihr, nach Ost-Berlin auszureisen. Als Mühsams Manuskripte im Moskauer Maxim-Gorki-Institut wieder ans Licht kamen, fehlten einige Tagebuchhefte, und die Wahrscheinlichkeit ist groß, daß sie dem sowjetischen Geheimdienst im Zuge der Stalinschen 'Säuberungen' zu Erpressungs- und Belastungszwecken gegen deutsche Emigranten gedient haben. Bitterer könnte eine Ironie kaum sein: Ausgerechnet die Tagebücher des Mannes, der sich in den Jahren der Weimarer Republik wie kaum ein anderer für politische Gefangene eingesetzt und als einer der ersten gegen die Verfolgung Oppositioneller in der Sowjetunion protestiert hatte, lieferten den Politkommissaren des NKWD Material für ihre absurden Anklageschriften. Kopien des Nachlasses lagerten seit langem in der Ostberliner Akademie der Künste, die jedoch ab Anfang der siebziger Jahre zumindest westlichen Forschern jede Einsicht verwehrte. In der Tat: Auch Bücher haben ihre Geschichte. Die größte Lücke – verschwunden sind die Aufzeichnungen vom Oktober 1916 bis zum April 1919 – umfaßt die Revolutionszeit. Sie teilte Mühsams Leben radikal in ein Davor und ein Danach und läßt auch die jetzt veröffentlichten Tagebücher in zwei Hälften auseinanderfallen: Vor der Revolution die Bohème, danach das Gefängnis.



Erich Mühsam:
Tagebücher 1910 – 1923.
München: deutscher taschenbuch verlag
1994, DM 26.90

1909, ein Jahr vor Beginn der Tagebuchaufzeichnungen, hatte Mühsam sich in München niedergelassen und gehörte seither zum Stammpublikum jener Künstler- und Literatencafés, die Schwabing zum Montmartre der bayrischen Hauptstadt machten. Kaum ein Tag, der nicht im Café Stephanie begann und im Weinlokal mit dem schönen Namen „Torggelstube" endete. Hier verkehrten Heinrich Mann und Frank Wedekind, hier trafen sich die Dichter und Maler des Expressionismus, hier gingen die Karikaturisten des „Simplicissimus" ein und aus. Mittendrin Mühsam, schon von der äußeren Erscheinung her kauziger Bürgerschreck, ständig in neue Liebesverwicklungen verstrickt, oft genug genötigt, seine Zeche durch Vortrag von Schüttelreimen und Ulkgedichten zu begleichen. Bohème, das war jedoch für Mühsam nicht nur Lebensform, sondern auch revolutionäres Programm, genauer, Lebensform *als* revolutionäres Programm:

„Der Haß gegen alle zentralistischen Organisationen, der dem Anarchismus zugrunde liegt, die antipolitische Tendenz des Anarchismus und das anarchistische Prinzip der sozialen Selbsthilfe sind wesentliche Eigenschaften der Bohèmenaturen. Daher stammt denn auch das innige Solidaritätsgefühl zum sogenannten fünften Stand, zum Lumpenproletariat, das fast jedem Bohèmien eigen ist. (...) Verbrecher, Landstreicher, Huren und Künstler – das ist die Bohème, die einer neuen Kultur die Wege weist."

Publizistisches Organ dieser anarchistischen Kulturrevolution war Mühsams

im Alleingang betriebene Zeitschrift „Kain" – „Mitarbeit dankend verbeten" hieß es im Impressum. Sein Versuch, mit der Gruppe „Tat" Künstler und Subproletariat auch praktisch zusammenzuführen, schlug jedoch fehl: Die Obdachlosen, Taschendiebe und Zuhälter waren zum Anhören revolutionärer Reden nur durch ausgiebige Freibierspenden zu bewegen; die Intellektuellen – neben anderen gehörten noch Oskar Maria Graf, Franz Jung und Karl Otten zur Gruppe – zerstritten sich und warfen Mühsam autoritäres Gebaren vor. Doch davon ist in den Tagebüchern nur am Rande die Rede, weit mehr Raum nehmen die amourösen und finanziellen Sorgen ein. Auch hierin erweist sich Mühsam ganz als Gegenbild zum Philister des wilhelminischen Juste-milieu. Das gegen die Spießermoral proklamierte Ideal „freier Liebe" war in der Praxis allerdings eine ziemlich anstrengende und nicht immer erfreuliche Sache, und der „Dalles", die Geldnot, ließ Mühsam nur selten zur Ruhe kommen. Die Honorare für Zeitschriftenbeiträge und Kabarettauftritte flossen spärlich; der wohlhabende Vater verweigerte seinem mißratenen Sohn eine ausreichende Unterstützung.

Zu den spannendsten Passagen der Tagebücher gehören die Aufzeichnungen aus den ersten Wochen des Weltkriegs. Mühsam stimmt zwar nicht ein in den Hurrapatriotismus, aber dem ungeheuren Sog des „Augusterlebnisses" vermag auch er, der notorische Kriegsgegner, sich nicht ganz zu entziehen. Die ersten Eintragungen zeugen vor allem von Verunsicherung: *„Jetzt ist er da. Ich sehe starke, schöne Menschen einzeln und in Trupps in Kriegsbereitschaft die Straßen durchziehen. Ich drücke Dutzenden täglich zum Abschied die Hand, ich weiß nahe Freunde und Bekannte auf der Reise ins Feld oder bereit auszuziehen, weiß, daß viele nicht zurückkehren werden (...) Und – ich, der Anarchist, der Antimilitarist, der Feind der nationalen Phrase, der Antipatriot und hassende Kritiker der Rüstungsfurie, ich ertappe mich irgendwie ergriffen von dem allgemeinen Taumel, entfacht von zorniger Leidenschaft, wenn auch nicht gegen etwelche 'Feinde', aber erfüllt von dem glühend heißen Wunsch, daß 'wir' uns vor ihnen retten! Nur: wer sind sie – wer ist 'wir'?"*

Als er anläßlich der Einstellung seiner Zeitschrift unter anderem schreibt, er hoffe, es werde gelingen, „die fremden Horden" aus Deutschland fernzuhalten, erntet er harsche Kritik von politischen Freunden wie Gustav Landauer und Franz Pfemfert. Es dauert bis zum November 1914, bis das nationale „Wir" beim Kommentieren von Kriegshandlungen wieder aus seinen Aufzeichnungen verschwindet.

An dieser Stelle erweist sich die schlampige Editionspraxis des Herausgebers Chris Hirte als besonders ärgerlich: Im Nachwort erwähnt er zwar, daß Mühsam seine Tagebücher nachträglich überarbeitet hat, da ihn sein spontaner Chauvinismus bei Kriegsbeginn später reute. Die vorliegende Ausgabe weist jedoch weder aus, was in der ursprünglichen Fassung stand, was später nachgetragen oder korrigiert wurde, noch begründet Hirte, nach welchen Kriterien er die zahlreichen Auslassungen vorgenommen hat – und nicht nur in den Aufzeichnungen von 1914! Es mag ja Gründe gegeben haben, nicht alle Eintragungen Mühsams und viele nicht einmal vollständig abzudrucken, nur erführe man diese Gründe gern. Mißtrauisch wurde der Rezensent jedenfalls, als er Ulrich Linses Studie über den Anarchismus im Deutschen Kaiserreich zu Rate zog und dort für Mühsams Haltung zum Krieg aufschlußreiche Passagen aus den Tagebüchern zitiert fand, die im Neudruck fehlen.

Mühsam bemühte sich ab 1915 um Sammlung der pazifistischen und antimilitaristischen Kräfte. Zunächst ohne Erfolg. 1916 beteiligt er sich an der ersten Hungerdemonstration in München. Kurz danach brechen die Aufzeichnungen ab und setzen erst Ende April 1919 wieder ein, nachdem Mühsam und andere Aktivisten der Räte-bewegung von sozialdemokratischen Truppen verhaftet und ins Zuchthaus Ebrach verschleppt worden sind. An der zweiten Räterepublik ist er nicht mehr beteiligt. Die Inhaftierung in der Provinz rettet ihm vermutlich sein Leben: In München wütet Anfang Mai der gegenrevolutionäre Terror. Der Freund und Mentor Gustav Landauer wird von Freikorps-Leuten ermordet. Mühsam selbst wird im Juli zu fünfzehn Jahren Festungshaft verurteilt; Ende 1924 kommt er im Zuge einer politischen Amnestie zusammen mit den Beteiligten des Hitler-Putsches, darunter Hitler selbst, frei.

Dazwischen liegen fünfeinhalb Jahre Haft, geprägt von Schikanen der Gefängnisbehörden, geprägt von Intrigen und Rufmordkampagnen kommunistischer Mithäftlinge gegen den Anarchisten, der sich trotz großer Begeisterung für die russische Revolution auf keine Parteilinie festlegen läßt. Mühsam bleibt auch im Gefängnis linksradikaler Maximalist, doch weitgehend abgeschnitten von politischen Diskussionen gelangt er bisweilen zu krassen Fehleinschätzungen, so, wenn er ausgerechnet Lenin zum anarchistischen Revolutionär im Sinne Bakunins stilisiert.

Die Gefängnistagebücher Mühsams eröffnen einen Blick auf die Frühzeit der Weimarer Republik, der nichts, aber auch gar nichts hat von der angeblichen Leichtigkeit „jener zwanziger Jahre". Sie dokumentieren, wie in Deutschland die politische Macht mit jenen umspringt, die es wagen, sie herauszufordern. An ihm, der nach eigenem Bekunden „nie ein Führer, sondern nur ein Aufwiegler" sein wollte, wurde ein Exempel statuiert, das schon etwas von jener Staatsbarbarei ahnen ließ, der Mühsam selbst zehn Jahre später zum Opfer fiel. ●

Ulrich Bröckling ist Soziologe und lebt in Freiburg.

Betr.: Artikel in *links* 298/299

Menschenrechte für Behinderte

Bezüglich des Artikels von Volker van der Locht zum Thema „Menschenrechte für Behinderte" in der *links* 298/299 will ich seine Hinweise auf die Verweigerung von Selbstbestimmung für Behinderte, durch die Art und Weise wie Versorgung funktioniert, ergänzen. Mir scheint wichtig, daß es sich bei der Versorgung behinderter Menschen – insbesondere im teilstationären und stationären Bereich – um eine „Dreierbeziehung" zwischen Staat, Einrichtung und Klient handelt, bei der behinderte Menschen das kurze Ende erwischen. Dies rührt daher, daß die Einrichtungen über den Kopf des zu versorgenden Menschen mit staatlichen oder quasi staatlichen Kassen abrechnen. Der zu Versorgende bekommt das Geld nie in die Hand, hat nie die Möglichkeit zu entscheiden, daß und was an Pflegeleistungen zu kaufen ist, was er für nötig hält. Auch die direkte Kontrolle über das 'wie' ist ihm entzogen. In dieser Dreierkisten wird er/sie somit zum Objekt.

Selbstbestimmung bleibt ihr/ihm vorenthalten.

In den Niederlanden wird im Moment zumindest versucht, diesen Aspekt der Vorenthaltung von Selbstbestimmung durch Veränderung der Richtung der Geldströme zugunsten des/der Behinderten zumindest teilweise zurückzunehmen. Mit welchem Erfolg kann ich nicht sagen. Klar ist natürlich, daß diese Umleitung der Geldströme dann nicht reicht, wenn es z.B. nur einen örtlichen Monopolanbieter für Pflegedienste gibt oder das Geld nicht reicht. Hier stimme ich mit den Anmerkungen von Volker van der Locht zur Pflegeversicherung völlig überein.

Bezüglich des zweiten Teils des Artikels in der *links,* in dem der Autor auf Foucault zu sprechen kommt, möchte ich noch auf einen, in meiner Sicht erhellenden Aufsatz von Foucault verweisen, der vieles im Umgang der Gesellschaft mit behinderten Menschen durchschaubarer macht, auch wenn er sich scheinbar auf Rassismus bezieht: Michel Foucault: Leben machen und sterben lassen / Die Geburt des Rassismus, veröffentlicht in Bio-Macht, Diss-Texte Nr. 15, Duisburg 1992 oder Diskuss 1/92 (in Frankfurt beim AStA an der Uni erfragen).

UWE SAßMANNSHAUSEN

PAUL TIEFENBACH / ANDREAS WAWRZINEK

Auf dem Weg zur ökologischen Honoratiorenpartei?

Raschkes Konzept für DIE GRÜNEN:

Joachim Raschke:
Die Grünen. Wie sie wurden, was sie sind.
Köln (Bund-Verlag) 1993, DM 68.–

Joachim Raschke, Professor in Hamburg, gilt als einer der wichtigsten Parteienforscher der Bundesrepublik. 1993 erschien von ihm das fast 1000 Seiten umfassende Grundsatzwerk „Die Grünen – was sie wurden, was sie sind". Seine Vorstellungen von der Zukunft der Grünen entfaltet Raschke vor allem in den Kapiteln 14 „Langzeitperspektiven" und – gemeinsam mit F. Nullmeier und Helmut Wiesenthal – in Kapitel 15 „Die Grünen in den 90er Jahren". Kapitel 14 ist übrigens ein Dichterwort vorangestellt: „Zeit urbar machen", Georg Christoph Lichtenberg 1968/71, Bd. 1, S. 204. Dies wirkt belesen und geistreich. Ein Anspruch, den der Text nur teilweise einlöst. Wo sieht Raschke die Perspektiven der Grünen? „Die Perspektiven lassen sich auf drei Punkte zuspitzen: Projekt Mittelpartei, postindustrielle Konzertierung, Ökologie 'plus'. Mit Ökologie 'plus' meint er lediglich, die Grünen seien darauf „angewiesen, mehr als Ein- oder Zweipunkte-Partei zu sein." Sie müßten sich auch um die Veränderung des Geschlechterverhältnisses kümmern und Wohnung, Verkehr, Kultur, multikulturelle Gesellschaft als Themen besonderer Dringlichkeit behandeln. Neu ist das freilich nicht: uns ist nicht bekannt, daß irgend jemand ernsthaft vorgeschlagen hätte, die Grünen sollten sich ausschließlich auf Ökologie beschränken.

Unter dem Stichwort 'postindustrielle Konzertierung' zeichnet uns der Autor ein recht harmonisches Bild der Gesellschaft. Die Parteien sind Spieler in einem Konzert, das nur dann Wohlklang erzeugt, wenn sich ein jeder an seine Rolle hält. Die Aufgaben der einzelnen Parteien in diesem System beschreibt Raschke wie folgt: „Die bürgerlichen Parteien konzentrieren sich auf optimale Produktionsbedingungen, die SPD hat eine besondere Aufmerksamkeit für die Sozialverträglichkeit, die Grünen für die Umweltverträglichkeit der Produktion." (853) Wenn eine Seite gewissermaßen zu kurz komme, entstehe Protest: „Jedes dieser Felder kennt auch seine spezifische Form von Protest. Der Kapital- und Produzentenprotest zeigt sich in Formen von Investitionsstreik und Auslandsverlagerungen, Steuerflucht und Steuerprotest, Erpressungen mit dem Arbeitsplatzargument usw." Welches Instrument sollen nun – laut Raschke – die Grünen im Regierungskonzert spielen? „Auf der Steuerungsebene können die Grünen ein neues, spezifisch postindustrielles Element verbreiteter Konzertierung einbringen: alternativ-kritischer Sachverstand, neue Bewegungen und Verbände, Betroffene. So ließe sich der industrielle Korporatismus um Kritik-, Innovations- und Partizipationsfaktoren erweitern, die Gesichtspunkte gesellschaftlicher und kultureller Modernisierung mit ins Spiel brächten. Darin läge die Korrektivfunktion der Grünen..." Dieser „Umbau von Konkurrenz- und Interventionsdemokratie zu einem neuen Typ, bei dem zwar Parteienkonkurrenz bleibt, auf der Steuerungsebene aber überlagert wird von Kooperations- und Verhandlungsdemokratie, stellt gerade für gesellschaftskritische Oppositionsparteien eine große Herausforderung dar." Letzteres klingt gut und bringt den Kritiker sofort in Verdacht, er wolle sich einer Herausforderung nicht stellen.

Es wird nicht überraschen, daß Raschke, entsprechend dem Bild der „postindustriellen Konzertierung" und gemäß dem Ziel der Überwindung der Parteienkonkurrenz die Ampelregierung als „Perspektive" benennt. (891) Wohlverstanden: er neigt – zumindest in diesem Buch – zur Ampel auch dann, wenn für rotgrün eine parlamentarische Mehrheit bestünde. Die SPD allein sei „ein wenig verläßlicher Partner für die Realisierung von Reformprojekten". Die FDP dagegen bürge für eine liberale Politik z.B. bzgl. Individualrechten und Ausländerpolitik. (891) Wir hatten oben dargestellt, daß Raschke sich das Regierungshandeln als ein Zusammenwirken, eine Art 'Konzert' diverser Partner mit jeweils unterschiedlichen Aufgaben vorstellt. Nach diesem Bild scheint es vernünftig, das liberale Element miteinzubeziehen, obwohl eigentlich unklar bleibt, warum dann das christliche Element nicht auch noch beteiligt werden soll.

Auch die Darstellung, jede gesellschaftliche Gruppe verfüge über gleichwertige Protestformen entspricht nicht der Realität. Denn der Autor verrät uns nicht, welche Formen des Protestes z.B. die Langzeitarbeitslosen ergreifen können. Man braucht es nicht unbedingt so radikal zu formulieren wie Raschke im Jahr 1974: „Das System und die Funktion der Subsysteme ... müssen also auf die dominante Struktur zurückgeführt werden...: den Klassenantagonismus." Bereits praktische Erfahrung mit Kommunalpolitik macht deutlich, daß mehr und mehr politische Felder einschließlich der Kultur und Bildungspolitik vorrangig unter dem Gesichtspunkt behandelt werden, wie weit die zu treffenden Entscheidungen die Gemeinde als Wirtschaftsstandort stärken oder schwächen. Interessanterweise ist Raschkes Buch selbst ein Beleg dafür, wie umfassend kapitalistische Marktstrukturen inzwischen jeden Winkel der Gesellschaft durchdringen: Galt früher einmal die 'Solidarität' als schärfste Waffe einer emanzipatorischen Partei und als konkrete Negation des Konkurrenzprinzips, so sollen nach Raschke die Grünen eine Zusammenfassung 'politischer Unternehmer' sein.

Welche Form soll nun die Partei selbst annehmen? Es finden sich hier die zentralen Begriffe „Projekt Mittelpartei" und „professionelle Rahmenpartei". Mit dem anspruchsvollen Begriff „Projekt Mittelpartei" meint der Autor zunächst, daß sich die Grünen bemühen sollten, mehr als 10 % zu erreichen. Man wird einwenden, daß sie wie jede andere Partei ohnehin bemüht sind, ihren Stimmenanteil zu steigern und auch nichts dagegen haben werden, über 30 % zu erzielen (wie z.B. schon jetzt in verschiedenen Stadtteilen Bremens und Berlins) und damit – nach Raschkes Definition – Großpartei zu werden. Das wäre nun allerdings nicht in Raschkes Sinn. Er meint, nur eine Mittelpartei könne einerseits relevanten machtpolitischen Einfluß ausüben, andererseits aber Anpassung und Aufgabe zentraler Programmpunkte

vermeiden. Offenbar steht hier die Erfahrung mit der SPD im Hintergrund, die – Stichwort Godesberg – ihr Programm revidierte, um Großpartei zu werden. Aber ist die Parteigröße wirklich das entscheidende Kriterium? 1974 meinte Raschke noch, die zu kritisierende Entwicklung zur konturlosen Volkspartei sei induziert durch die Überbelichtung des Ziels der Stimmenmaximierung gegenüber ausformulierten politischen Zielen. Ein Schluß, der zwar bequem wäre, nichtsdestotrotz mit den Realitäten nichts zu tun hat. Denn schon die FDP ist Beispiel dafür, daß Kleinparteien 'Allerweltsparteien' sind und ihre großen Schwestern sogar an Konturlosigkeit überbieten können. Die Differenzierung, die Raschke mit wissenschaftlicher Akribie vornimmt, (20 – 30 % kleine Großparteien, 30 – 40 % mittlere Großparteien usw., vgl. S. 831) scheint uns daher recht wenig zur Klärung beizutragen.

Gewichtiger ist da schon Raschkes Vorschlag der „professionellen Rahmenpartei". Was ist damit eigentlich gemeint? „Im Unterschied zu Parteitypen, bei denen der 'Kern' eindeutig definiert ist, wie bei Mitglieder-, Kader-, Aktivisten-, auch bei Wähler- oder Bewegungsparteien, bildet die Rahmenpartei nur einen offenen 'Rahmen', in dem unter besonderer Beteiligung professioneller Gruppen komplexe Vermittlungsarbeit geleistet wird." (865) Die Rahmenpartei soll Verbindungsglied sein zwischen der „sich selbst organisierenden Gesellschaft" und dem Staat. Sie muß daher für die Gesellschaft offen sein, was sich auch in ihren Strukturen niederschlagen soll (z.B. offene Listen). In der Rahmenpartei stoßen verschiedene politisch Aktive, die in unterschiedlichen Bereichen professionell arbeiten – in Bewegungen, in der Partei oder im Regierungsapparat – aufeinander. 'Professionell' will Raschke nicht im Sinne von 'hauptberuflich' verstanden wissen, es gäbe auch „Semi-Professionelle", die in Teilzeitarbeit oder ehrenamtlich ohne Amt oder Mandat qualifiziert tätig sein könnten. Die grüne Partei solle sich nicht aus basisdemokratischen Daueraktivisten, noch aus Dauerabgeordneten zusammensetzen, es gehe um eine bunte Durchmischung. All das liest sich gut und scheint uns als Zielvorstellung auch durchaus sympathisch, aber leider unrealistisch.

Wie Raschke bereits bei seinem Bild der Gesellschaft als Konzert verschiedener legitimer Interessen harmonisierend alle Macht und Herrschaftsfragen ausgeblendet hat, so übersieht er auch hier, daß es in Parteien Machtinteressen gibt. Hieraus resultieren innere Entwicklungstendenzen der Parteien, wie sie erstmals systematisch von Robert Michels an Hand von Beobachtungen in der SPD bis 1911 herausgearbeitet wurden. Eine Lektüre des Textes von Michels läßt verblüffende Parallelen zur Entwicklung der grünen Partei erkennen. So beschreibt Michels recht anschaulich die Tendenz, daß derjenige, dem die Partei ein attraktives Amt oder Mandat anvertraut hat, dies nach einiger Zeit als seinen Besitz ansieht und es als geradezu persönliche Beleidigung versteht, als unerhörten Eingriff in seine Persönlichkeitsrechte, wenn die Partei dieses Mandat nach einiger Zeit einem anderen Parteimitglied übergibt. Dies erinnert an das Gerede vom „Ex-und Hopp-Prinzip" der Rotation – auch grüne Parlamentarier fühlten sich und ihre Arbeit offenbar unzureichend gewürdigt, wenn ihnen das Dauermandat verweigert wurde. Dieser Hang zur Monopolisierung attraktiver Ämter und das u.a. damit verbundene Monopol der Politikgestaltung verhindert aber das bunte Nebeneinander in der Partei, das sich Raschke wünscht. Die offene Partei, die Raschke möchte, setzt eine offene Entscheidungsstruktur voraus. Tatsächlich aber gibt es in allen Parteien eine Tendenz zur Elitenbildung, die auch bei den Grünen zu beobachten ist. Selbst Raschke meint, es setzten „sich immer stärker traditionelle Mechanismen wie Oligarchisierung und Vermachtung durch." (891) Diese führen aber zur Abschottung nach außen. Wer möchte Attraktives gerne teilen oder züchtet sich gar ohne Not eigene Konkurrenten heran? Raschke, der diese Tendenzen in seiner Schrift von 1974 sogar innerhalb des linken Flügels der SPD beobachtete, hält sie offenbar bei den Grünen für kein besonderes Problem. Im Zusammenhang mit dem Erwerb der Ampelkoalitionsfähigkeit fordert er wie oben dargestellt sogar, die Grünen müßten endlich ein „Machtzentrum" schaffen, sie müßten durch eine Einschränkung der Parteitagsouveränität die Partei kalkulierbarer machen. Elitenbildung sei funktional für Parteien (643). Andererseits meint er aber, die Rahmenpartei solle „elitenlenkend" statt „elitengelenkt" sein. Die Lenkung von unten solle „vor allem durch Parteitage und Urabstimmungen ausgeübt werden." (870) Die Widersprüchlichkeit des Konzepts wird offensichtlich. Mit der Basisdemokratie versuchten die Grünen die Elitenbildung innerhalb der Partei zu verhindern. Dies hat zwar nicht geklappt, aber die basisdemokratischen Regelungen haben eine recht vielfältige und durchlässige Parteielite geschaffen. Im Vergleich mit anderen Parteien sind die Grünen noch immer recht 'offen'. Die noch verbliebenen basisdemokratischen Elemente will Raschke beseitigt sehen. Elitenbildung will er fördern, aber diese Eliten nach Art einer innenparteilichen repräsentativen Demokratie von unten lenken. Wie dies geschehen soll, erklärt er freilich nicht, beläßt es bei vagen Andeutungen. Es ist daher leicht abzusehen, daß sich die innerparteiliche Struktur der Grünen immer mehr der bürokratisch-verkrusteten Struktur aller anderen Parteien annähern wird, die Tendenz dazu ist bereits jetzt unverkennbar. Die offene Rahmenpartei wird ein frommer Wunsch bleiben. ●

In eigener Sache

Wußten Sie schon, wie gefährlich wir sind?

Der Leiter der JVA Kassel an die *links*:

Betr.: Beschwerde gegen den Verstoß des Eigentumsvorbehaltes
hier: Nichtaushändigung bzw. Zur-Habenahme der Zeitschrift *links*
Bezug: Ihr Schreiben vom 21.3.1995

Sehr geehrte Frau Dr. Karges

in Bezug auf Ihr Schreiben wird mitgeteilt, daß die Vollzugsbehörde nicht verpflichtet ist, die Zeitschrift an Ihren Verlag zurückzusenden.
Desweiteren ist die Zeitschrift in das Eigentum des Gefangenen [redacted] übergegangen zu dem Zeitpunkt, da sie zu seiner Habe genommen wurde. Die Vollzugsbehörde verwahrt das Eigentum der Gefangenen, welches diese nicht in Besitz haben dürfen, da dadurch das Vollzugsziel des Gefangenen und/oder die Sicherheit und Ordnung der Anstalt gefährdet würden. Im vorliegenden Fall würden durch die tendenziöse Berichtgestaltung Ihrer Zeitschrift das Vollzugsziel des Gefangenen und die Ordnung der Anstalt gefährdet werden, wenn diese in den Besitz des Gefangenen gelangen würde.

Hochachtungsvoll

Rührend wie sich die leitenden Beamten der grünen hessischen Justiz um Sicherheit und Ordnung in ihren Anstalten und um die Resozialisierung ihrer Gefangenen bemühen. Daß Sicherheit und Ordnung auf so wackligen Beinen stehen, läßt uns hoffen.

CHRISTOPH GÖRG

Aktualität und Tradition

Christoph Türcke/ Gerhard Bolte: Einführung in die kritische Theorie, Wissenschaftliche Buchgesellschaft Darmstadt 1994; 102 Seiten, DM 19.80

Manchmal sagen zwei Worte mehr als viele dicke Bände. Im Frühjahr 1969 begann ein Spiegelreporter ein Interview mit Theodor W. Adorno mit den Worten: „Herr Professor, letzte Woche schien die Welt noch in Ordnung?“ „Mir nicht!“ war die lapidare Antwort. Nicht nur die Konventionen des Interviews und die medientypischen Borniertheiten wurden so gegen den Fragenden gewendet und als etwas erfahrbar, was noch jedes um ein Begreifen bemühte Gespräch zum unterhaltenden small-talk nivelliert. Auch eine über den konkreten Anlaß hinausgehende Naivität bürgerlicher Öffentlichkeit war schlagend unter Beweis gestellt: die Unfähigkeit, die fortdauernde Irrationalität der herrschenden Verhältnisse auch nur zu ahnen, geschweige denn, sich einen Begriff davon machen zu können.

Sich gegen diese Borniertheiten zu wenden, die Verleugnung der Irrationalität genauso wenig hinzunehmen wie ihre schicksalhafte Verklärung zu betreiben, ist ohne Frage ein, wenn nicht das Merkmal kritischer Theorie. Was aber meint dieses Etikett genauer? Welche Personen, welche Gedanken und Inhalte werden mit ihm erfaßt, welche ausgeschlossen? Welche Intentionen bringt es zur Geltung, und wie verhalten sich diese zu ihrem Gegenstand? Diesen Fragen geht eine neu erschienene »Einführung in die kritische Theorie« von Christoph Türcke und Gerhard Bolte mit der Absicht nach, eine Starthilfe zu geben, um das Interesse an der Fortführung kritischer Theorie zu wecken.

Im Gegensatz zu anderen Darstellungen will diese Einführung kein Beitrag zur Aufarbeitung der Geschichte der »Frankfurter Schule« sein. Dies nicht nur, weil die Autoren, beide ausgewiesene Kenner der Materie, eher an einem kurzen, die Entwicklung prägnant zusammenfassenden und nicht alle Schattierungen ausleuchtenden Überblick interessiert sind. Vielmehr gehen sie davon aus, daß kritische Theorie nicht ohne ihren Anfang in der Marxschen Theorie verstanden werden kann, also auch in der Tradition weiter zurückzuverfolgen ist, als es beispielsweise die Untersuchungen von Jay oder Wiggershaus tun, die sie in der Geschichte des Instituts für Sozialforschung aufgehen lassen. Vor allem aber wollen sie der entpolitisierten Lesart als Schule, die auf ihre wissenschaftstheoretische Begründungsfähigkeit untersucht und sorgfältig katalogisiert worden ist, entgegenwirken. Im wechselseitigen Bedingungsverhältnis zwischen kapitalistischer Krise und theoretischer Kritik sehen sie denn auch das identische Motiv, das die Tradition bei allen immanenten Wandlungen doch zusammenhalte.

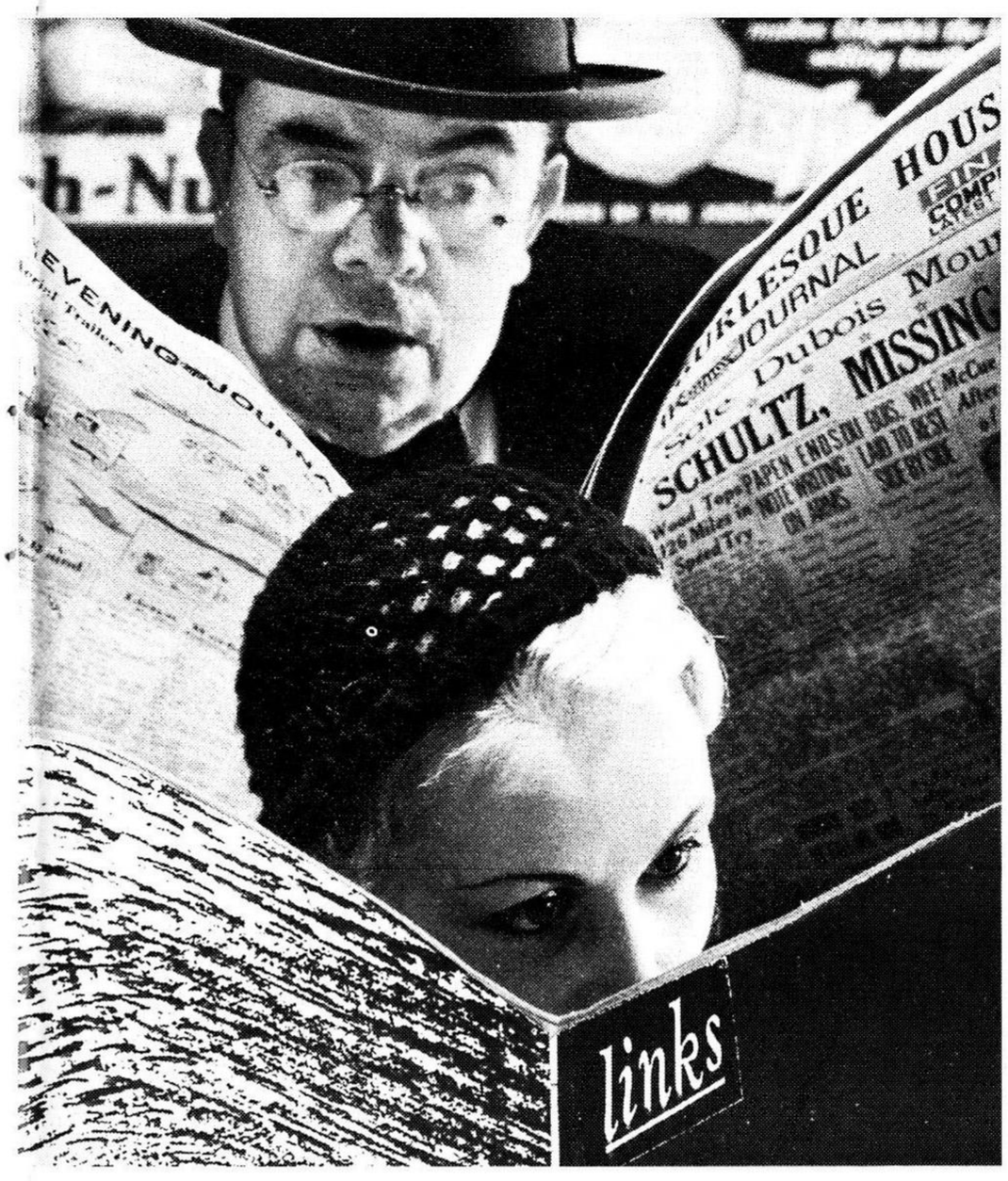
Wer an einem kompakten, lesbaren und sich eng an wichtige Originaltexte haltenden Einstieg in das oft hermetisch wirkende Theorie- und Sprachgebäude interessiert ist, dem kann das Buch auf jedenfall eine Hilfestellung sein. Und auch abgelegenere Theorieelemente wirken in der Zusammenschau anregend, so z.B. die Theorie der Rackets, der hierarchisch organisierten verschworenen Cliquen, die nach Horkheimer zunehmend das soziale Leben prägen (S. 49f.). Angesichts der heute zu beobachtenden gewaltförmigen sozialen Des- und Re-Integrationserscheinungen wäre es eine lohnende Fragestellung, in der Erklärung an diese Formen kollektiver Selbstbehauptung in der bürgerlichen Gesellschaft anzuknüpfen, anstatt die Phänomene auf vermeintlich naturwüchsige kollekive Identitäten zurückzuführen. In vier Kapitel werden die wichtigsten Etappen der Theorieentwicklung von der Marxschen Krisentheorie bis zur Studentenbewegung und zur heutigen Zeit zusammengefaßt. Leider ist der Ausblick auf die heutige Theorielandschaft doch etwas knapper gehalten, als bei einem um Aktualität bemühten Band zu erwarten gewesen wäre.

Die von Bolte und Türcke gewählte Grundthese der Verbindung von Krise und Kritik, die das kritische Vermögen allzu direkt aus der Kontinuität kapitalistischer Verhältnisse und ihrer immanenten Krisenhaftigkeit ableiten möchte, stößt spätestens da an seine Grenzen. Eine an der praktischen Veränderbarkeit der Verhältnisse orientierte Theorie kann ihre eigene Wahrheit nur als bestimmte Negation konkreter Herrschafts- und Unrechtsverhältnisse erreichen, nicht als zeitenthoben abstrakte Theorie. Sie führt so notwendig mit sich, was Horkheimer und Adorno den »Zeitkern der Wahrheit« nannten – sie trägt die Signatur der Verhältnisse an sich, die sie theoretisch zu begreifen und dadurch zu verändern versucht. Gerade diese Erkenntnis macht den Kern der Selbstreflexion – im Sinne einer Selbstanwendung der Marxschen Theorie auf sich selbst – aus, die nach Ansicht der Autoren im Institut für Sozialforschung geleistet wurde (S. 14).

Obwohl im Buch keineswegs Schwächen und Defizite aus heutiger Sicht, so vor allem in der Ökonomietheorie (S. 73), verschwiegen werden, bleibt doch unklar, welche Konsequenzen daraus zu ziehen wären. Zwar wenden sich die Autoren berechtigterweise gegen die Forderung, kritische Theorie solle doch „bitte erst einmal den Standpunkt oder das Vernunftmodell ... ausweisen und rechtfertigen, ehe sie loslegt...“ (S. 38). Doch selbst die Abwehr der unter den Stichworten »Maßstabsproblem der Kritik« oder »Aufklärungsbegriff« diskutierten Begründungsrituale führt die damit verbundenen Fragen über die Hintertür wieder ein: Welches sind denn die praktischen, auf Veränderung gerichteten Potentiale, auf die sich die kritische Theorie nach allen weltgeschichtlichen Katastrophen dieses Jahrhunderts und angesichts der Transformationen des globalen Kapitalismus berufen könnte? Was meint in diesem Sinn kritische Theorie heute?

Zur Beantwortung dieser Fragen reicht es eben nicht aus, hinter den verschiedenen Erscheinungsformen kapitalistischer Krisen »das Identische zu entdecken« (S. VII) und ansonsten auf die reale Vielfalt der heutigen Fortsetzungsversuche kritischer Theorie zu verweisen (S. 96). Die Einführung bleibt so in einer Zwischenposition stecken, auf der einen Seite noch die unfruchtbare Frontenstellung zwischen Habermasianisierender und orthodoxer Lesart zu reproduzieren, sich auf der anderen Seite aber schon jenseits der exegetischen Übungen der letzten Jahre zu befinden und zu einer produktiven Lektüre anzuleiten. Eines jedenfalls macht dieser Band deutlich: zu einer geglätteten »Theorie der Moderne« taugt die kritische Theorie wahrlich nicht! ●

Schon lange kein Buch mehr geschenkt bekommen?



Unglaublich. Doch nicht unabwendbar.
Es gibt ja uns.
Und bei uns gibt's für jedes neue Abo ein neues Buch.
Also 'ran an den künftigen *links*-Leser und geworben.

Zur Auswahl stehen:

- Veit Michael Bader, Rassismus, Ethnizität, Bürgerschaft. Soziologische und philosophische Überlegungen
- Heiner Busch, Grenzenlose Polizei? Neue Grenzen und polizeiliche Zusammenarbeit in Europa
- Sándor Szenes / Frank Bacon, Von Ungarn nach Auschwitz. Die verschwiegene Warnung
- Bettina Höfling-Semnar, Flucht und deutsche Asylpolitik
- Elmar Altvater, Der Preis des Wohlstandes oder Umweltplünderung und neue Welt(un)ordnung

Abo-Bestellscheine

Leser werben Leser

Ich habe eine/e neue/n *links*-AbonnentIn geworben und möchte das folgende Buch (siehe die Angebote in den letzten Ausgaben):

_____

_____

als Geschenk erhalten.

Ich bin *links*-AbonnentIn

_____

Name

und habe nebenstehende/n neue/n LeserIn geworben. Meine Anschrift:

_____

Straße

_____

Wohnort

Vertrauensgarantie: Sie garantieren mir, daß ich diese Vereinbarung schriftlich innerhalb von zehn Tagen durch Mitteilung an den Verlag 2000 (Anschrift wie oben) widerrufen kann. Zur Wahrung der Frist genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs. Das Abonnement verlängert sich jeweils um ein weiteres Jahr, wenn es nicht bis zum 30.9. (frühestens 1995) vor Ablauf des bezahlten Bezugszeitraumes gekündigt wird.

Abonnement

Ich abonniere die *links* ab der nächsten erreichbaren Ausgabe.
Das *links*-Jahresabonnement kostet W: DM 75,-/O:DM 50,-, incl. Porto, Versand und MWSt.

☐ Ich zahle diesen Betrag erst nach Erhalt der Rechnung (Luftpostpreise auf Anfrage)

☐ Der Rechnungsbetrag soll von diesem Konto abgebucht werden:

_____

Bankleitzahl Konto-Nr.

_____

Name der Bank

_____

Vor- und Zuname

_____

Straße

_____

PLZ Wohnort

_____

Datum Unterschrift

Geschenk-Abonnement

Eigene Angaben wie oben. Die *links* soll

☐ ½ Jahr

☐ 1 Jahr an folgende Adresse geschickt werden

_____

_____

_____

Ermäßigtes Abonnement

für: StudentInnen, Arbeitslosenhilfe- und SozialhilfempfängerInnen

☐ Ich abonniere die *links* für 56,- DM gegen Vorlage der Studien-, Sozialhilfe- oder Arbeitslosenhilfebescheinigung.

Förder-Abonnement

☐ Ich fördere die *links* mit DM 100,- im Jahr.

☐ Ich fördere die *links* mit DM .....
(Betrag über DM 100,- im Jahr)

☐ Ich möchte eine Einzugsermächtigung.

Schnupper-Abonnement

☐ Ich möchte die nächsten 2 *links*-Ausgaben zum Preis von W: 20,- DM, O: 15,- DM bestellen.
(Bitte Zutreffendes ankreuzen)

_____

Vor- und Zuname

_____

Straße

_____

PLZ Wohnort

_____

Datum Unterschrift

Verlag 2000, Postfach 10 20 62, 63020 Offenbach
Postvertriebsstück D 1600 E Gebühr bezahlt

1

Infoladen Leipzig SO

Koburger Str. 3
D 04277 Leipzig

WO DIE LINKS ZU HABEN IST:

BUCHLÄDEN

Bamberg
Collibri-Buchhandlung
Austr. 14
Berlin
Buchladen am Savignyplatz
Carmerstr. 9
Kirschkern Buchversand
Schlüterstr. 28
Petermann, Gebr.
Zeitschriftenvertrieb
Kurfürstenstr. 111
Bielefeld
Buchladen Eulenspiegel
Hagenbruchstr. 9
Bonn
Buchladen 46
Kaiserstr. 46
Braunschweig
Magni Buchladen GmbH
Langedamm 13
Bremen
Buchladen am Ostertor
Fehrfeld 60
Darmstadt
Georg-Büchner-Buchladen
Lauteschlägerstr. 18
Dortmund
Buchladen Taranta-babu
Humboldtstr. 44
Düsseldorf
Bibabuze Buchladen
Aachenerstr. 1
Essen
Heinrich-Heine-Buchhandl.
Viehofer Platz 8
Frankfurt
Autorenbuchhandlung
Reuterweg 57
Baersch, Herbert Nachf.
Hostatastraße/
Ecke Albanusstr. 29
Buchhandlung Hector
Gräfstr. 77
Buchhandlung Christensen
Kettenhofweg 104
Club Voltaire
Kleine Hochstr. 5
Karl-Marx-Buchladen
Jordanstr. 11
Uni Buch
Jügelstr. 1 (Studentenh.)
Ypsilon-Buchladen
Berger Str. 18
Freiburg
Jos Fritz-Buchladen
Wilhelm-Str. 10
Göttingen
Buchladen Rote Straße
Rote Str. 10
Hamburg
Buchl. in der Osterstraße
Osterstr. 156
Heinrich-Heine-Buchhandl.
Schlüterstr. 1
Hanau
Buchladen a. Freiheitsplatz
Am Freiheitsplatz 6
Hannover
Hennies & Zinkeisen
Fachbuchhandlung
Marienstr. 14 u. 18
Heidelberg
Der andere Buchladen
Plöck 93
Hildesheim
Amei's Buchecke
Goschenstr. 31
Hockenheim
Hockenheimer Bücherecke
Hirschstr. 20
Kassel
ABC-Buchladen
Goethestr. 77
Koblenz
Reuffel Buchhandlung
Inh. E. Duchstein
Löhrstr. 92
Köln
Der andere Buchladen
Wahlenstr. 1
Lengfeldsche Buchhandl.
Kolpingplatz 1
Vereinigte Universitäts- u.
Fachbuchhandlung
Richard-Wagner-Str. 1
Konstanz
Buchladen
"Zur schwarzen Geiß"
Obermarkt 14
Krefeld
Andere Buchladen
Dionysiusstr. 7
Ludwigsburg
Buchladen Schwarzes Schaf
Reithausplatz 2
Lüneburg
Delbanco Buchhandlung
Bessemerstr. 3
Mannheim
Buchladen M2, 6
M2, 6
Marburg
Roter-Stern-Buchhandlung
Am Grün 28
Mönchengladbach
Prolibri-Buchladen
Regentenstr. 120
Moers
Aragon-Buchvertrieb
Hombergerstr. 30
München
Basis—Buchhandlung
Adalbertstr. 43
Münster
Buchhandlung Krueper
Frauenstr. 42
ROSTA-Buchladen
Aegidistr. 12
Nürnberg
Bücherkiste Diekmann
Schlehengasse 6
Offenbach
Buchladen am Markt, BAM
Wilhelmplatz 12
Tucholsky Buchladen
Mittelseestr. 14
Oldenburg
Carl-v.-Ossietzky-
Buchhandlung
Bergstr. 1
Holzberg Buchhandlung
Haarenstr. 20
Osnabrück
Jonscher Buchhandlung
Postfach 2545
Recklinghausen
Attatroll Buchladen
Herner Str. / Paulusstr. 2
Reutlingen
Jakob-Fetzer-Buchladen
Weingärtnerstr. 7
Rosenheim
Irrlicht Buchladen GmbH
Innstr. 45 a
Saarbücken
Der Buchladen GmbH
Brückenstr. 7
Siegen
Bücherkiste GmbH
Bismarckstr. 3
Schneider Buchhandlung
Sandstr. 9
Stuttgart
Buchhandlung W. Niedlich
Schmale Str. 9
Kunst & Wissen
Postfach 10 28 44
Tübingen
Buchhandlung in der
Gartenstraße
Gartenstr. 20
Die Gruppe
Münzgasse 15
Wetzlar
Buchladen am Kornmarkt
Kornmarkt 12
Zürich
Pinkus & Co.
Froschgasse 7